

# Das Argument

# 85

16. Jahrgang 1974

## **Widerspiegelungs-Diskussion**

### **Streitfragen materialistischer Dialektik (III)**

Editorial: Widerspiegelungs-Diskussion – zweiter Teil 183

Rolf Zimmermann: Semantik, »Widerspiegelung«  
und marxistische Erkenntnistheorie 187

Johannes Meyer-Ingwersen: Mit Marx und Sprache  
gegen den Materialismus?  
Entgegnung auf Leist und Zimmermann 202

Herbert Claas: Brechts »Buch der Vertagungen«.  
Anmerkungen zum »Arbeitsjournal« anlässlich  
der Besprechung von Bruno Frei 220

Paul M. Sweezy: Utopischer Reformismus.  
Kritik an Galbraith' neuestem Buch 228

### **Dokumentation**

Wolfgang Fritz Haug: Ein wichtiger neuer Lernschritt  
in der Planungsdebatte auf Kuba 239

Fidel Castro: Rede vor dem XIII. Gewerkschaftskongreß 241

### **Besprechungen:**

Sprachphilosophie; Hegel- und Lenin-Rezeption;  
Erziehungswissenschaften; Psychologie der Arbeit;  
Ideologie der neuen Rechten; Geschichte  
der Weimarer Republik; Produktivkräfte 273

## Editorial

### Widerspiegelungs-Diskussion — zweiter Teil

Der Aufruf zur Diskussion, den wir in *Argument 81* den kontroversen Beiträgen zu Fragen materialistischer Erkenntnistheorie vorangestellt haben, ist gehört worden. Zunächst hatten wir vor, die eingehenden Stellungnahmen in einem einzigen Heft zusammenzufassen. Dann aber erwies es sich als schwierig, sie sinnvoll zu strukturieren, und ihr Umfang zwang uns schließlich, das Material auf zwei Hefte zu verteilen, die als zweiter und dritter Teil der Widerspiegelungs-Diskussion erscheinen.

Im vorliegenden *zweiten Teil* veröffentlichen wir zunächst zwei Beiträge, in denen die Kontroverse zugespitzt wird auf die Frage nach der Rolle der Sprache für die Erkenntnis.

Im folgenden *dritten Teil* werden wir Stellungnahmen von H. J. Sandkühler und R. Rotermundt veröffentlichen, die von entgegengesetzten Seiten die von W. F. Haug in *Argument 81* skizzierte Position („Was soll materialistische Erkenntnistheorie?“) kritisieren. Im Anschluß an die beiden Kritiken bringen wir eine Erwiderung von Haug. Auch in diesen drei Beiträgen des *dritten Teils* wird über Grundfragen materialistischer Dialektik und damit über den Anspruch des Marxismus und seine mögliche Einlösung zum Teil heftig gestritten.

Was es besonders erschwert, genau zu begreifen, worum in dieser Diskussion eigentlich gestritten wird, was richtig ist und was nicht, ist einerseits die scheinbare „philosophische“ Abstraktheit und spezialistische Absonderung einer erkenntnistheoretischen Diskussion, andererseits die Tatsache, daß noch die kontroversesten Positionen sich gleichermaßen auf Marx berufen. Zum ersten: der Schein des bloß spezialistischen Interesses, das Nichtphilosophen nichts angeht, trägt gründlich. Es verbergen sich dahinter die entscheidenden Fragen hinsichtlich des Seins und Sollens ideeller Produktion. Zum zweiten: daß sich alle hier veröffentlichten Positionen auf Marx beziehen, macht zwar das Bild verwirrend, läßt das Verhältnis dieser sich bekämpfenden Positionen auf den ersten Blick als höchst unklar erscheinen; aber es gibt auch eine erste Möglichkeit an die Hand, auf den zweiten und dritten Blick die Gegensätze zu identifizieren und in ihrem Streit urteilen zu können.

In der Vorbemerkung zum ersten Teil der Diskussion schrieben wir:

„Am Anfang der Diskussion stehen Divergenzen und Unklarheiten, von denen wir hoffen, daß es gelingt, sie im Verlauf zu beseitigen.“

Am Anfang beherrschen sie aber eben doch das Feld — wie an den wissenschaftlich, sprachlich und politisch zum Teil entgegengesetzten Diskussionsbeiträgen des vorliegenden Heftes abgelesen werden kann, so daß nichts anderes übrig bleibt, als die Leser aufzufordern, sich selbst an die Entwirrung zu machen, Argument und Gegenargument zu prüfen und nichts zu akzeptieren als einen Beweis. Nur so kann sich ein verbindlicher und deshalb verbindender Standard herausbilden.“ (Argument 81/1973, S. 558)

Die Reaktionen einiger Leser zeigten in der Folge, daß diese Ankündigung nicht von allen für bare Münze genommen worden war. Daß sich in den Texten dann Schwierigkeiten und Unklarheiten häuften, daß wirklich divergierende Positionen zu Wort kamen, ohne daß Auflösungen ihrer Gegensätze angeboten wurden, scheint manchen verwirrt zu haben. Wer hauptsächlich beruhigend-gesicherte Antworten sucht, dem wird es auch das vorliegende — und nicht weniger das darauf folgende — Heft nicht gerade leicht machen.

Aber gibt ein solcher vielstimmiger Streit nicht denen recht, die den Marxismus als ein „Meer von Meinungen“ — so vor einiger Zeit die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ — gesehen haben wollen, um ihn damit wissenschaftlich und politisch zu „erledigen“? Die „FAZ“ nahm eine Veröffentlichung einer ultralinken Gruppierung zum Anlaß, um deren Argumentation zufrieden als Wasser auf die Mühlen des Kapitals einzuschätzen:

„Durch sein Eifern gegen Abweichler und Verfälscher beweist es (das Autorenkollektiv), daß der Marxismus keine ‚Grundlage‘ ist, auf die man bauen kann, sondern ein Meer von Meinungen, bestenfalls eine lose Assoziation von Doktrinen, die sich alle gern als die einzig wahre ausgeben.“ (FAZ, 13. 10. 72)

Man verwechsle den im *Argument* in Austragung befindlichen Streit um Begriff, Anspruch und Präzisierung materialistischer Dialektik nicht mit dem gleichgültig-aufgeregten Wellenschlag in einem bodenlosen Meer von Meinungen! Daß hier gestritten wird, darf nicht verdecken, daß es dabei in Festigung begriffene Grundlagen und einen allmählich sich herausbildenden Standard gibt. Einige Ansprüche werden von allen Diskutanten akzeptiert, auch wenn darüber gestritten werden kann und muß, ob diese Ansprüche jeweils eingelöst sind. Ein solcher gemeinsam akzeptierter Anspruch ist natürlich der nach Überprüfbarkeit — bloßes pseudo-marxistisches name-dropping oder Operieren mit Autoritäten kann allein nicht beanspruchen, ernst genommen zu werden. Mehr noch: alle Beiträge — auch die, deren Veröffentlichung noch aussteht, akzeptieren in der einen oder anderen Form das, was u. a. Lenin als das „Kriterium der Praxis“ bezeichnet hat. Der Streit geht darum, wie dies Kriterium präzise zu fassen und anzuwenden sei.

Schließlich darf man sich durch den oberflächlichen Eindruck des Streits nicht ablenken lassen von dem, was hier vorgeht: Gegner sind im Clinch — aber sie lassen sich aufeinander ein. Vor allem wird ein grundlegend wichtiges, weitläufiges Feld, das bisher von

der neu erstarkenden westdeutschen Linken entweder ignoriert oder allenfalls parzelliert von einzelnen Vertretern einzelner Richtungen bearbeitet wurde, hiermit neu unter den Pflug genommen.

Eines wird auf alle Fälle das Ergebnis sein: die wichtigsten Argumentationen aus der marxistischen Tradition werden von vielen zur Kenntnis genommen sein, ihre Bestreitung ebenfalls, und ihr Bezug auf konkrete Wissenschaft und Politik wird hergestellt sein. Wissen wird angesammelt und Problembewußtsein geschärft sein. Zitatitis oder demagogische Verwirrungsfeldzüge werden es schwerer haben.

Eine solche Diskussion verlangt die Mitwirkung der Leser. Sie erfordert ein *aktives Lesen*, das mit den ihr zugrundeliegenden Ansprüchen ernst macht — unter Umständen ernster als der eine oder andere Diskutant. Die Leser können einer solchen Diskussion dadurch zum Erfolg verhelfen, daß sie die Beiträge als das ergreifen und bewerten, was sie einzig nützlicherwise sein können: als exemplarische, stellvertretend vorgebrachte Vorschläge und Beweisangebote. Vom praktischen Sinn der Vorschläge ist auszugehen, die Beweisangebote sind zu prüfen.

Oft wird gegen derartige Diskussionen eingewandt, die Diskutierenden würden einander ja doch nie überzeugen. Aber selbst wenn dies schlimmstenfalls so sein sollte, so wäre es noch lange kein Einwand dagegen, einen solchen *Materialismus-Streit* auszufechten. Den Kern dessen, was „Materialismus“, gar „dialektischer“ genannt zu werden verdient, bilden die Lebensinteressen der werktätigen Menschheit, bildet ihre Bewegung zur Aneignung ihrer Produkte und zur bewußten Aneignung und planmäßigen Gestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen. Das Interesse am Materialismus ist letztlich das Interesse an der Aufhebung der Entfremdung. Mit diesem Interesse verbunden, wird die Dialektik kritisch und revolutionär. Der Streit darüber kann Lehrstückcharakter bekommen, auch wenn die Streitenden ihn nicht zum guten Ende führen sollten, sobald diejenigen, denen er vorgeführt wird, ihn ergreifen. Wie immer der einzelne Diskutant seinen Beitrag auffaßt, er zeigt in ihm vor einer großen Leserschaft seine Position in Tätigkeit, zeigt das seines Erachtens an andern Positionen Falsche, d. h. den Interessen der Leser nicht Dienliche öffentlich vor.

Im Endeffekt kommt es auf die Lernprozesse derer an, denen der Streit zur Beurteilung vorgelegt wird.

*Aktiv Lesen* heißt hier, sich urteilsfähig machen, indem man z. B. den Hinweisen folgt. Wo auf frühere Äußerungen Bezug genommen wird — nachlesen! Erst recht nachschlagen und sich den Originalkontext vergegenwärtigen, wo Marx, Engels oder Lenin zitiert werden! Nur so können Finten durchschaut, allem Anschwärzen oder philologischen Imponiergehabe etc. der Boden unter den Füßen weggezogen werden.

Diese geforderte Haltung mag aufwendig, anstrengend erscheinen; aber unter den Bedingungen verwirrender ideologischer Auseinandersetzungen ist es ohne sie kaum möglich, standzuhalten.

Wir legen also nicht Resultate zur Annahme, sondern einen Streit zur Beurteilung vor und können dem Leser — wie Brecht dem Publikum am Ende des „Guten Menschen von Sezuan“ — zurufen:

„Wir stehen selbst enttäuscht und sehn betroffen  
Den Vorhang zu und alle Fragen offen.

.....

Der einzige Ausweg wär aus diesem Ungemach:

Sie selber dächten auf der Stelle nach

Auf welche Weis dem guten Menschen man

Zu einem guten Ende helfen kann.

Verehrtes Publikum, los, such dir selbst den Schluß:

Es muß ein guter da sein, muß, muß, muß, muß!“

Rolf Zimmermann

## **Semantik, „Widerspiegelung“ und marxistische Erkenntnistheorie**

Das systematische Problem, das in der gegenwärtigen Diskussion zur Widerspiegelungstheorie im „Argument“ und in der marxistischen Tradition so unklar wie ungelöst bleibt, betrifft das Verhältnis von historischem und allgemeinem („anschauendem“) Materialismus, hinter dem die Frage steht, wie der historische Materialismus sich eigentlich zu allgemeinen Theorien der Erkenntnis verhält. Daß die sogenannte Widerspiegelungstheorie hierzu nur Scheinlösungen anzubieten hat, liegt bereits in der Uneinheitlichkeit zweier grundverschiedener Begriffe von Widerspiegelung<sup>1</sup>, die zum einen auf den historisch-materialistischen Theorieansatz in Gestalt der Basis-Überbau-Theorie und zum anderen auf eine allgemeine Abbildtheorie der Erfahrung verweisen. Ihre konsistente Einheit bleibt so ein ungelöstes Problem. Diesen Punkt klarzumachen, ist für eine Vorklärung von besonderer Relevanz. Ich diskutiere ihn mit Bezug auf die marxistische Tradition, wie sie in orthodoxer Form auch in einzelnen „Argument“-Beiträgen zum Ausdruck kommt.

Darüber hinaus kann heute nur noch eine Abbildtheorie vertreten, wer die moderne Semantik ignoriert. Somit stellt sich dem historischen Materialismus die Frage nach einer Erkenntnistheorie ohne Abbildbegriff. Diese ist schon mit Marx gegeben, weil bei ihm ein Abbildbegriff keine Rolle spielt. Meine weitere These ist, daß eine erkenntnistheoretisch gewendete Semantik im Anschluß an den späten Wittgenstein die Marxschen Intentionen am ehesten zu rekonstruieren erlaubt, weil sie über Formen sprachlicher Intersubjektivität ausweisbar macht, was eine erkenntnistheoretische Reduktion auf „Praxis“ besagt. Gegen A. Leist zeigt dies, daß die Frage nach einer „Konstitutionstheorie der Erfahrung“ verfehlt ist.

### **I. Zwei Begriffe von Widerspiegelung und ihre theoretischen Kontexte**

1. *Der erste Widerspiegelungsbegriff* (WB I) dient primär zur Formulierung der Basis-Überbau-Theorie. Bei Marx und Engels gibt es einen terminologisch festgelegten Sprachgebrauch zur Formulierung

1 A. Leists Unterscheidungsversuch (Widerspiegelung der Realität — Realität der Widerspiegelung?, in: *Das Argument* 81, 1973, S. 574 ff.), so begrüßenswert er als solcher ist, kann ich im einzelnen nicht folgen, weil ich die Begriffe von vornherein in Richtung auf nachweislich selbständige Probleme ansetze.

dieser Theorie jedoch nicht. So ist es offenbar gleichgültig, ob gesagt wird, daß juristische, politische, religiöse, künstlerische, philosophische Formen der Ideologie die Verhältnisse der ökonomischen Basis widerspiegeln oder ausdrücken oder dieser entsprechen. Alle genannten Wendungen treten bei Marx und Engels auf <sup>2</sup>.

„x widerspiegelt y“, „x ist Ausdruck von y“ und „x entspricht y“ sind damit gleichberechtigte Prädikate, um den ersten Widerspiegelungsbegriff auszudrücken. Entsprechend ist Lenins Operieren mit diesem Widerspiegelungsbegriff so unzweifelhaft wie seine Vorliebe für das Prädikat „x widerspiegelt y“ <sup>3</sup>. Abgesehen von der Formulierung, liegt aufgrund des Stellenwerts dieser Grundthese als Fazit der Basis-Überbau-Theorie <sup>4</sup> die allgemeine Übereinstimmung zwischen Marx, Engels und Lenin auf der Hand.

Im Interesse der Abhebung von anderen Widerspiegelungsbegriffen fragt sich allerdings, welche definitorische Explikation für diesen ersten Widerspiegelungsbegriff angesetzt werden kann, um einerseits Mißverständnisse zu vermeiden und andererseits der Funktion dieses Begriffs bei der Formulierung der Basis-Überbau-Theorie in allgemeiner wie spezieller Hinsicht gerecht zu werden. Hierzu ist die folgende Definition am besten geeignet:

WB I: „x widerspiegelt y“ def = „x entspricht y“

„x entspricht y“ ist im Gegensatz zu „x widerspiegelt y“ und „x ist Ausdruck von y“ am wenigsten metaphorisch belastet; außerdem braucht, glaube ich, nicht darüber gestritten zu werden, ob die These „das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein“ in der Formu-

2 Das kürzlich erschienene Buch von U. Erckenbrecht (Marx' materialistische Sprachtheorie, Kronberg/Taunus 1973) enthält im Anhang ein Register, anhand dessen der Sprachgebrauch zu wichtigen Begriffen wie dem der Widerspiegelung überprüft werden kann. Als Belege hier nur soviel: Im „Vorwort“ von 1859 ist die Rede von der Entsprechung zwischen Basis und Überbau (MEW 13,5.8); im „Kapital I“ „spiegelt“ das Rechtsverhältnis zwischen Privateigentümern das ökonomische Verhältnis „wider“ (MEW 23, S. 99); in der „Deutschen Ideologie“ sind die herrschenden Gedanken „ideeller Ausdruck“ der materiellen Verhältnisse (MEW 3, S. 46); etc. etc. Die vielleicht signifikanteste Stelle findet sich bei Engels: „In einem modernen Staat muß das Recht nicht nur der allgemeinen ökonomischen Lage entsprechen, ihr Ausdruck sein, sondern auch ein in sich zusammenhängender Ausdruck, der sich nicht durch innere Widersprüche selbst ins Gesicht schlägt. Um das fertigzubringen, geht die Treue der Abspiegelung der ökonomischen Verhältnisse mehr und mehr in die Brüche. Und dies um so mehr, je seltener es vorkommt, daß ein Gesetzbuch der schroffe, ungemilderte, unverfälschte Ausdruck der Herrschaft einer Klasse ist . . .“ (MEW 37, S. 491).

3 Vgl. Lenin, Materialismus und Empiriokritizismus, Lenin-Werke, Bd. 14, Berlin 1964, S. 326: „Das gesellschaftliche Bewußtsein widerspiegelt das gesellschaftliche Sein — darin besteht die Lehre von Marx.“

4 Dies gilt sowohl für das „Vorwort“ (MEW 13, S. 8) wie für die „Deutsche Ideologie“ (MEW 3, S. 27).

lierung „das Bewußtsein entspricht dem gesellschaftlichen Sein“ etwas an wesentlichem Inhalt verliert. Abgesehen davon, daß es eine Verwendung des Begriffs in der ökonomischen Analyse gibt, die nicht funktional zur Basis-Überbau-Thematik steht<sup>5</sup>, ist es doch seine primäre Funktion, die Entsprechung zwischen den analysierten ökonomischen Beziehungen und Überbauphänomenen auszudrücken, insbesondere solchen, wo es angebracht ist, von einer ideellen Entsprechung zu ökonomischen Verhältnissen im Bewußtsein von Menschen zu reden<sup>6</sup>.

Neben der dominierenden Häufigkeit, mit der der erste Widerspiegelungsbegriff bei Marx und Engels in diesem Kontext der Basis-Überbau-Thematik auftritt<sup>7</sup>, ist hier auch der Punkt, an dem sich die spezifisch erkenntnistheoretische Fragestellung des historischen Materialismus im Anschluß an die insbesondere von Marx aufgezeigte objektive Entsprechung zwischen ökonomischen Verhältnissen und Bewußtseinsinhalten bzw. -formen zu orientieren hat. Für diese Entsprechung gibt das oft zitierte „Fetischkapitel“ in der Tat ein gutes Beispiel:

Das „Gehirn der Privatproduzenten“ entspricht dem doppelten gesellschaftlichen Charakter ihrer Privatarbeiten (Marx: „spiegelt diesen doppelten gesellschaftlichen Charakter wider“) „in den Formen, welche im praktischen Verkehr, im Produktentausch erscheinen“ — dem „gesellschaftlich nützlichen Charakter ihrer Privatarbeiten also in der Form, daß das Arbeitsprodukt nützlich sein muß, und zwar für andere“ — dem „gesellschaftlichen Charakter der Gleichheit der verschiedenartigen Arbeiten in der Form des gemeinsamen Wertcharakters dieser materiell verschiedenen Dinge, der Arbeitsprodukte“<sup>8</sup>.

5 Dies ist der Fall, wenn Marx aufzeigt, wie der Formwechsel von Waren seine Entsprechung im Stellenwechsel des Geldes findet (MEW 23, S. 130), wenn festgestellt wird, daß die Papiergeldbewegung lediglich den Gesetzen des Geldumlaufs entspricht (ebda, S. 141), oder wenn sich zeigt, daß die absoluten Bewegungen in der Akkumulation des Kapitals ihre Entsprechung in den relativen Bewegungen der Masse der exploitablen Arbeitskraft haben (ebda, S. 648).

6 Daß im Rahmen der Basis-Überbau-Thematik manchmal auch nur von „reeller Entsprechung“ die Rede sein kann, muß gleichfalls festgehalten werden: Wenn Engels z. B. von „rechtlichen und politischen Einrichtungen“ sagt, daß sie der jeweiligen ökonomischen Struktur der Gesellschaft entsprechen (vgl. MEW 20, S. 25), so kann dies nicht als „ideelle Entsprechung“ verstanden werden, da er andererseits davon spricht, daß Rechts- und Staatsformen ein „idealer Überbau“ von Philosophie, Religion etc. aufsitzen (vgl. ebda, S. 82. Vgl. auch Marx/Engels, Ausgew. Briefe, Berlin 1953, S. 502). Dieser in der Diskussion der Basis-Überbau-Theorie geläufigen Differenzierung korrespondiert eine Unterscheidung im Ideologiebegriff, durch die z. B. der Staat als „ideologische Macht“ abgehoben wird von der Ideologie der Politiker, Juristen etc., die die Wirklichkeit dieser Macht verdreht darstellen (vgl. MEW 21, S. 302).

7 Vgl. die Angaben im Register von U. Erckenbrecht, a.a.O.

8 MEW 23, S. 88.



Was hier und an vielen anderen Stellen <sup>9</sup> durchgeführt wird, ist als Verifikationsinstanz der Grundthese „das Bewußtsein entspricht dem gesellschaftlichen Sein“ zu lesen.

In Ergänzung dazu enthält der Satz „das Ideelle (ist) nichts anderes als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle“ <sup>10</sup> einen methodischen Hinweis, der zu extrapolieren ist: worum es geht, ist, einmal zu zeigen, in welchen spezifischen Formen bzw. über welche spezifischen Inhalte die objektive Entsprechung zwischen gesellschaftlichem Sein und Bewußtsein sich umsetzt; andererseits steht in Frage, wie diese objektive Entsprechung über Daten zu Inhalten und Formen des Bewußtseins rekonstruiert werden kann. Der erste Widerspiegelungsbegriff dient so im Rahmen der in Frage stehenden Basis-Überbau-Thematik gleichermaßen zur Formulierung der geschichtsmaterialistischen Grundthese wie zur Darstellung ihrer Konkretionen wie zur jeweiligen Problematisierung der Entsprechungen zwischen ökonomischen Verhältnissen und dem Bewußtsein von Menschen.

Daß die erkenntnistheoretische Problematik, die hier anschließt, erstens spezieller und zweitens weit weniger paradigmatisch behandelt ist als die allgemeinere Fragestellung der geschichtsmaterialistischen Ideologiekritik, ist an dieser Stelle nur zu konstatieren <sup>11</sup>. Gemäß der funktionalen Abhängigkeit des Widerspiegelungsbegriffs vom spezifischen Kontext der Basis-Überbau-Thematik kommt diesem daher bislang keine andere Funktion zu, als die der Formulierung einer Fragestellung <sup>12</sup>: wie entsprechen Inhalte und Formen von Erkenntnis objektiv der ökonomischen Basis, relativ zu warenprodu-

9 So ebda, S. 86. Wenn dort über das „Geheimnisvolle der Warenform“ zu lesen ist, „... daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eigenen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften der Dinge zurückspiegelt“, so bedeutet dies schlicht, daß die Menschen, ob sie es nun wissen oder nicht, das Charakteristische der Warenform, den „gegenständlichen Schein der gesellschaftlichen Arbeitsbestimmungen“ (ebda, S. 97) entsprechend erfahren, wobei dann die oben angegebenen Erscheinungsformen des doppelten gesellschaftlichen Charakters der Privatarbeiten anzuführen sind. (Hier von einer „spontanen“ Widerspiegelung zu sprechen, wie W. F. Haug, Was soll materialistische Erkenntnistheorie? in: Das Argument 81, 1973, S. 564, halte ich für irreführend). Vgl. als signifikantes Beispiel auch MEW 23, S. 329.

10 Ebda, S. 27.

11 Spezieller deshalb, weil der Bewußtseinsbegriff weiter ist als der der Erkenntnis; weniger behandelt, weil detaillierte Antworten auf eine Fragestellung wie die oben folgende ausstehen.

12 Richtig stellt Sohn-Rethel fest: „Ausdrücke wie ‚Abbildung‘, ‚Reflexion‘, ‚Widerspiegelung‘, die oftmals in Erörterungen über den Materialismus verwendet werden, sind bloße Wortbegriffe, die weit eher das Fehlen einer ausgeführten Theorie bezeichnen, als daß sie selber eine solche vertreten oder unnötig machen könnten“ (Materialistische Erkenntnistheorie und Vergesellschaftung der Arbeit, Berlin 1971, S. 33).

zierenden Gesellschaften verschiedener Stufen und relativ zu der diesen eigenen Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit<sup>13</sup>.

Die analysierte Verwendung des Widerspiegelungsbegriffs I ergibt somit eine zwingende Schlußfolgerung für die Rede von „Widerspiegelungstheorie“: Sofern diese Theorie mit dem angeführten Widerspiegelungsbegriff arbeitet, fällt sie zusammen mit der historisch-materialistischen Grundposition selbst und ihren Anwendungen auf ideologie- und erkenntniskritischem Gebiet. Da es, wie sich zeigte, sowohl im besonderen wie allgemeinen für einen historisch-materialistischen Theorieansatz des Wortes „Widerspiegelung“ nicht notwendig bedarf, ist es nurmehr ein terminologisches Problem, ob von „Widerspiegelung“ und „Widerspiegelungstheorie“ (im hier relevanten Sinn) gesprochen wird.

2. Der zweite Widerspiegelungsbegriff (WB II) ist paradigmatisch in folgenden Zitaten vertreten:

„Unsere Empfindungen, unser Bewußtsein sind nur das *Abbild* der Außenwelt, und es ist selbstverständlich, daß ein *Abbild* nicht ohne das *Abgebildete* existieren kann, das *Abgebildete* aber unabhängig von dem *Abbildenden* existiert. Die naive Überzeugung der Menschheit wird vom Materialismus *bewußt* zur Grundlage seiner Erkenntnistheorie gemacht.“<sup>14</sup>  
oder:

„... die materialistische Theorie, nach der das menschliche Bewußtsein die *Widerspiegelung* der objektiv-realen Außenwelt ist ...“<sup>15</sup>.

oder:

„Wie verhalten sich unsere Gedanken über die uns umgebende Welt zu dieser Welt selbst? Ist unser Denken imstande, die wirkliche Welt zu erkennen, vermögen wir in unseren Vorstellungen und Begriffen von der wirklichen Welt ein richtiges Spiegelbild der Wirklichkeit zu erzeugen?“<sup>16</sup>

Als definitorische Explikation bietet sich daher an:

WB II: „x widerspiegelt y“ def = „x ist *Abbild* von y“.

Zunächst ist klarzustellen, daß es natürlich Verwendungen des Prädikats „x ist *Abbild* von y“ gibt, die nicht den zweiten, sondern den ersten Widerspiegelungsbegriff repräsentieren und sich damit auf die oben gegebene definitorische Explikation des ersten Widerspiegelungsbegriffs im Kontext der Basis-Überbau-Problematik unschwer reduzieren lassen<sup>17</sup>.

Daß dies bei den zuerst angeführten Zitaten mit Sinn nicht geht, liegt an der ganz anderen Funktion für eine ganz andere Thematik,

13 Bei allen Fehlern ist es das Verdienst von A. Sohn-Rethel (*Geistige und körperliche Arbeit*, Frankfurt/M., 1970), auf dieser Fragestellung zu insistieren.

14 Lenin, Werke Bd. 14, S. 61 f.

15 Lenin, Werke Bd. 14, S. 350.

16 Engels, MEW 21, S. 275.

17 Vgl. MEW 17, S. 477 und MEW 18, S. 358 f.

die hier der Widerspiegelungsbegriff einnimmt. Was in Frage steht, ist das traditionelle Problemsyndrom der Existenz der Außenwelt, der Objektivität der Erkenntnis und der prinzipiellen Erkennbarkeit der Welt. Auf dieses bezieht sich die auch von W. F. Haug im Anschluß an Engels herausgestellte „Grundfrage“ nach dem Verhältnis von Denken und Sein<sup>18</sup>, für die es eine materialistische Position zu formulieren gilt. Zur Formulierung dieser Position in Auseinandersetzung mit der erkenntnistheoretischen Tradition soll der zweite Widerspiegelungsbegriff qua Abbildbegriff dienen. Dies geht aus dem Kontext der Werke von Engels und Lenin zweifelsfrei hervor<sup>19, 20</sup>, genauso wie die im Hinblick auf seine allgemeinere erkenntnistheoretische Funktion unterschiedliche Verwendung, die den Abbildbegriff gegenüber dem ersten Widerspiegelungsbegriff auszeichnet.

Anders angewendet wird der zweite Widerspiegelungsbegriff deshalb, weil er dazu dient, dem Bewußtsein als solchem Abbildcharakter zuzusprechen. Es ist nämlich ein entscheidender Unterschied, ob im Sinne des ersten Widerspiegelungsbegriffs im Rahmen der Basis-Überbau-Theorie an Begriffen, Behauptungen, Werthaltungen etc. demonstriert wird, daß das Bewußtsein dem jeweiligen gesellschaftlichen Sein objektiv entspricht oder ob solche Formen des Bewußtseins darüber hinaus als Abbilder aufzufassen sind. Daß z. B. bestimmte Aussagen von Kapitalisten der Verkehrung des Verhältnisses von toter und lebendiger Arbeit entsprechen<sup>21</sup>, sagt überhaupt noch nichts darüber aus, ob die Bewußtseinsform der Aussage als Abbild zu interpretieren ist oder nicht.

Dieser weitergehende Schritt wird von der Abbildtheorie vollzogen. Er ist daran abzulesen, daß es unsinnig, zumindest aber unverständlich wäre, wollte man z. B. in das eingangs angeführte Lenin-Zitat (vgl. oben S. 188, Fn. 3) das definitorische Explikat des 1. Widerspiegelungsbegriffs („x entspricht y“) für die verschiedenen Ausdrucksformen des 2. Widerspiegelungsbegriffs („x ist Abbild von y“) einsetzen. Die Grundverschiedenheit der beiden Widerspiegelungsbegriffe und der ihnen verbundenen Theorieansätze macht es unmöglich, historischen und allgemeinen Materialismus in konsistenter Weise über eine „Abbildtheorie“ zusammenzubringen.

Exemplarisch läßt sich dies an Lenin für einen Großteil der marxistischen Tradition verifizieren:

„Das Bewußtsein *widerspiegelt* überhaupt das Sein — das ist eine allgemeine These des *gesamten* Materialismus. Ihren direkten und *untrenn-*

18 Vgl. W. F. Haug, a.a.O., S. 560 und Engels, MEW 21, S. 274.

19 Vgl. auch A. Flew, A ‚Linguistic Philosopher‘ Looks at Lenin’s Materialism and Empirio-Criticism, in: Praxis, 1967, S. 98—111.

20 Insofern ist es inkonsistent, wenn W. F. Haug einerseits das erkenntnistheoretische Problem allgemein mit Engels stellt (a.a.O., S. 560), andererseits aber die Realisierung dieses Problems, die in der Abbildtheorie zum Ausdruck kommt, „wenig erhellend“ findet (ebda. S. 565).

21 Vgl. MEW 23, S. 329.

baren Zusammenhang mit der These des historischen Materialismus, daß das gesellschaftliche Bewußtsein das gesellschaftliche Sein *widerspiegelt*, nicht zu sehen, ist unmöglich“<sup>22</sup>.

Dieser Zusammenhang wird dann so gefaßt:

Materialismus *bewußt*“<sup>14</sup> zur Grundlage seiner Erkenntnistheorie gemacht. Materie), das unabhängig ist von dem Bewußtsein, der Empfindung, der Erfahrung usw. der Menschheit. Der historische Materialismus anerkennt das gesellschaftliche Sein als unabhängig vom gesellschaftlichen Bewußtsein der Menschheit. Das Bewußtsein ist hier wie dort nur das Abbild des Seins ...“<sup>23</sup>.

Lenin gibt hier eine Interpretation der Beziehung zwischen allgemeinem und historischem Materialismus, die den Anschein erweckt, als habe man es jeweils mit demselben Widerspiegelungsbegriff zu tun. Dies wäre jedoch nur dann der Fall, wenn der historische Materialismus so interpretiert würde, daß er die These von der bewußtseinsunabhängigen Existenz der Außenwelt, die Lenin in dem weiter oben angeführten Zitat zur „Grundlage“ des allgemeinen Materialismus erklärt, gleichsam nachträglich auf das Verhältnis von gesellschaftlichem Sein und Bewußtsein anwendet, um zu zeigen, daß diese These nicht auf das Verhältnis „Sein der Natur“ — Bewußtsein beschränkt ist.

Eine solche Interpretation müßte als grundfalsch bezeichnet werden. Sie charakterisiert den historischen Materialismus durch die Trivialität, daß er die Zugehörigkeit des gesellschaftlichen Seins zur Außenwelt erkennt, so, als bedürfte es einer besonderen Anstrengung, um zu sehen, daß die im erkenntnistheoretischen Materialismus allgemein bestimmte Unabhängigkeit des Seins vom Bewußtsein eo ipso auch für den Gegenstandsbereich des gesellschaftlichen Seins und sein Verhältnis zu welchem Bewußtsein auch immer gilt (einmal ganz abgesehen davon, daß das „Fetischkapitel“ aufzeigt, wie wenig „äußeres“, dingliches und „gesellschaftliches“ Sein überhaupt zu trennen sind).

Nicht trivial ist die historisch-materialistische Position deshalb, weil sie nicht die *subjektunabhängige Existenz* von natürlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten unter Betonung der letzteren erkenntnistheoretisch absichern will, sondern dies voraussetzend eine neue Theorie zur Erklärung des Verhältnisses zwischen gesellschaftlichem Sein qua Lebensprozeß und gesellschaftlichem Bewußtsein aufstellt:

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, *von ihrem Willen unabhängige* Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktionskräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die

<sup>22</sup> Lenin, Werke, Bd. 14, S. 326.

<sup>23</sup> Lenin, ebda. S. 329.

reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen“<sup>24</sup>.

Die Aufnahme der Grundintention des historischen Materialismus führt so von selbst auf den oben bestimmten ersten Widerspiegelungsbegriff zurück und zwingt zur Abhebung von einem erkenntnistheoretischen Abbildbegriff, durch den die Intentionen des „Materialismus überhaupt“ befriedigt werden sollen. Der Schein eines einheitlichen Widerspiegelungsbegriffs wird von Lenin dadurch erzeugt, daß er den verschiedenen Sinn der „Unabhängigkeit des Seins vom Bewußtsein“ qua „subjektunabhängige Existenz“ und der „Unabhängigkeit des gesellschaftlichen Seins vom gesellschaftlichen Bewußtsein“ qua „willensunabhängiges Verhältnis“ verunklärt. Die Einheit von allgemeinem und historischem Materialismus kommt nur auf Kosten der Trivialisierung unter Abstrich des letzteren zustande.

Es stellt sich daher die Frage, wie vom *historischen* Materialismus her das Verhältnis zu den Intentionen des allgemeinen Materialismus und damit zu einer allgemein erkenntnistheoretischen Thematik überhaupt zu bestimmen ist. Daß dies unabhängig von einer Widerspiegelungstheorie im Sinne des Abbildbegriffs nötig ist, zeigt sich nicht nur an dem immanenten Dilemma traditioneller Versuche, das sich bis heute fortsetzt<sup>25</sup>, sondern auch an der Destruktion des Abbildbegriffs durch die Semantik. Wie es möglich ist, werde ich in Grundzügen zu zeigen versuchen.

## II. Marxistische und semantische Erkenntniskritik

Was zunächst die semantische Kritik des Abbildbegriffs und der entsprechenden Theorie betrifft, lasse ich diese auf sich beruhen, da A. Leist hierzu bereits Material genug ausgebreitet hat<sup>26</sup>. Er hat es jedoch versäumt, die erkenntnistheoretische Relevanz der Semantik in ihrer prinzipiellen Bedeutung gegenüber der Tradition eindeutig festzumachen. Dazu in Kürze soviel:

Die erkenntnistheoretische Relevanz der Semantik besteht darin, daß sie das Grundscheema der Tradition zerstört, durch das der Gegenstandsbezug des Bewußtseins bzw. der Erkenntnis nach dem Mu-

24 MEW 13, S. 8. Sperrung von mir.

25 So in den früheren Beiträgen von Th. Metscher (Ästhetik der Abbildtheorie, in: *Das Argument* 77, 1972, S. 919—976), H. J. Sandkühler (Zur Begründung einer materialistischen Hermeneutik durch die materialistische Dialektik, ebda, S. 977—1005), R. Albrecht (Die Kritik von Korsch und Pannekoek an Lenins ‚Materialismus und Empiriokritizismus‘, in: *Das Argument* 74, 1972, S. 586—625) und dem neueren Beitrag von F. Tomberg (Über den praktischen Sinn des Widerspiegelungs-Theorems, in: *Das Argument* 81, 1973, S. 618—628). Bei Tomberg heißt es: „Wo daher heute Kritik am Widerspiegelungs-Theorem der materialistischen Erkenntnistheorie geübt wird, kann es sich nur um einen Angriff auf den Materialismus im ganzen handeln.“ (ebda, S. 626). Eben dies ist falsch.

26 Vgl. Leist, a.a.O., S. 574 ff., insbesondere S. 591 ff.

ster sinnlicher Vorstellungen, Wahrnehmungen, Bilder interpretiert wurde.

Die Semantik zeigt demgegenüber in einem ersten Schritt, daß jeglicher Gegenstandsbezug geknüpft ist an ein Satzverständnis als Sinneinheit von Bewußtseinsakten. Hinzu kommt der zweite, erst mit dem späten Wittgenstein<sup>27</sup> erreichte, radikalere Schritt, der besagt, daß Sinneinheiten in Form von Sätzen sich nicht nach Kriterien für Bewußtseinsakte bestimmen, sondern daß umgekehrt Bewußtseinsakte (Meinen, Glauben, Wissen etc.) sich nur im Rückgriff auf Funktionskriterien für Sätze und deren Teilfunktionen in Gestalt einzelner Ausdrücke angeben lassen.

Mit diesem Schritt ist erreicht, was man die Externalisierung des Bewußtseins in die Sprache nennen kann. Er vollendet mit der Zerstörung der Bewußtseinsinnerlichkeit die Zerstörung des traditionellen Erkenntnismodells, das primär am Begriff der Vorstellung und einem nicht-sprachlichen Erfahrungsmodell hier Subjekt — dort Objekt orientiert war. Die erkenntniskritische Relevanz der Semantik ist somit vor allem an einer Wittgenstein-Semantik festgemacht und weit grundsätzlicher als das Einbringen sprachkritischer Momente in vorgegebene Problembestände: es geht weniger darum, zu kritisieren, daß z. B. Lenin das Problem der Wahrnehmung in Verbindung mit seinem Materie-Begriff auf fragwürdige Weise behandelt, als vielmehr darum, daß er mit einem erkenntnistheoretischen Grundmodell nach dem Muster der Wahrnehmung arbeitet, das prinzipiell zu verwerfen ist, mit der Konsequenz, daß die traditionell oft zentrale Wahrnehmungsthematik eher ein Randproblem der Erkenntnistheorie wird<sup>28</sup>. Viel weniger geht es auch darum, für das Thema „Sprache“ zu zeigen, daß ihm mit einem Abbild-Begriff nicht beizukommen ist, sondern darum, die Schlüsselfunktion eines semantischen Ansatzes für die Erkenntnistheorie systematisch zu bestimmen in dem Sinn, daß eine Thematisierung von Erkenntnis (empirischer wie nicht-empirischer) über die Thematisierung von bestimmten sprachlichen Funktionen und Formen und deren Beurteilungskriterien laufen muß.

In diesem systematischen Rahmen wird der Abbildbegriff verworfen. Eine erkenntnistheoretische Abbildtheorie des Bewußtseins ist nur haltbar, wenn eine Abbildtheorie der Sprache haltbar ist. Und diese ist falsch<sup>29</sup>. Daß sich bei Marx und Engels die oft zitierte Einsicht in die prinzipielle Sprachgebundenheit des Bewußtseins findet,

27 Vgl. L. Wittgenstein, *Philosophische Untersuchungen*, in: *Schriften* 1, Frankfurt/M., 1960.

28 Aus diesem Grund reduzieren sich auch Leists Unterscheidungen 1, 2 und 4 auf letztlich eine Frage, vgl. a.a.O., S. 577 f. und 580 f.

29 Daher der Widersinn von Positionen, die meinen, man könne die Rezeption der Semantik mit der Beibehaltung eines erkenntnistheoretischen Abbild-Begriffs verbinden. Leist (a.a.O., S. 592) zitiert eine charakteristische Stelle bei Klaus. Das Entsprechende ließe sich bei Schaff zeigen. Auch das neuere Buch von E. Albrecht (*Sprache und Erkenntnis*, Berlin 1967) kommt über dieses Dilemma nicht hinaus.

ist historisch bemerkenswert<sup>30</sup>. Systematisch ist sie in der Tradition der marxistischen Erkenntnistheorie folgenlos geblieben. Es war unmöglich, ohne die Realisierung einer solch allgemeinen Einsicht in Detailanalysen dahin zu kommen, die traditionelle erkenntnistheoretische Begrifflichkeit semantisch zu kritisieren und umzubilden. Wäre nicht durchgängig eine Vermischung der beiden oben analysierten Widerspiegelungsbegriffe am Werk gewesen, so hätte von daher auffallen müssen, daß Marx — im Unterschied zu Engels — trotz fehlender semantischer Begrifflichkeit auf eine Abbildtheorie gar nicht rekurrieren muß<sup>31</sup>. Faktisch gibt es bei ihm kaum Stellen, die sich auf eine solche extrapolieren lassen<sup>32</sup>. Sicher ist, daß er explizit nirgends eine derartige Theorie in Richtung auf allgemeine Fragen des erkenntnistheoretischen Materialismus vertritt. Dennoch ist insbesondere in den „Feuerbach-Thesen“ eine Grundposition definiert, die dem Ansatz der traditionellen Erkenntnistheorie diametral entgegensteht. Materialismus ohne Abbildtheorie? In der Tat: Diese Position wird seit Marx vertreten.

Ich werde nun Marx' Ansatz im Hinblick auf die Funktion des Praxisbegriffs charakterisieren, um zu zeigen, wie die erkenntnistheoretische Kritik des späten Wittgenstein von Marx her verstanden werden kann. Als Ausgangspunkt ist die folgende Darstellung von A. Schmidt geeignet:

„Mit der allzu abstrakten Fassung des Moments der subjektiven Tätigkeit und damit, daß diese sich von Kant bis Hegel immer mehr zur spekulativen Konstruktion der Welt erweitert, geht für Marx notwendig der Umstand einher, daß das andere, auch am seitherigen Materialismus schon wahre Moment, daß nämlich Sein und Dingstruktur auf Denken sich nicht reduzieren lassen, verloren geht. In einer materialistischen Gestalt kehrt in seiner Theorie das Problem der Weltkonstitution insofern wieder, als sie versucht, vermittels des Praxisbegriffs sowohl das idealistische Erzeugungsmoment als auch das Moment der Bewußtseinsunabhängigkeit am äußeren Sein zu retten. Marx kritisiert daher den alten Materialismus, indem er idealistisch, den Idealismus, indem er materialistisch argumentiert“<sup>33</sup>.

Was Schmidt das Problem der Weltkonstitution nennt und durch das Stichwort der „Bewußtseinsunabhängigkeit am äußeren Sein“ kennzeichnet, verweist auf die Intentionen eines allgemeinen Materialismus im Kontext der traditionellen Erkenntnistheorie, die sich

30 MEW 3, S. 30: „Die Sprache ist so alt wie das Bewußtsein — die Sprache ist das praktische, auch für andere Menschen existierende, also auch für mich selbst existierende wirkliche Bewußtsein . . .“

31 Vgl. als Beispiel für eine solche Konfusion: A. Kosing, Karl Marx und die dialektisch-materialistische Abbildtheorie, in: Marxismus-Digest, Nr. 1, 1972, S. 3—27.

32 Anführen ließen sich z. B.: MEW 3, S. 268 und MEW 24, S. 135. Es fragt sich allerdings, ob in beiden Fällen nicht eine Reduktion auf den ersten Widerspiegelungsbegriff möglich ist.

33 A. Schmidt, Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx, Frankfurt/M., 1971, S. 114.

— unabhängig von einem Abbildbegriff — auf zwei Thesen extrapolieren lassen:

1. Die objektive Realität existiert unabhängig von subjektiven Formen ihrer Aneignung. (Diese These ist in dem obigen Lenin-Zitat, S. 193 enthalten.)
2. Es gibt objektive Erkenntnis in dem Sinn, daß sie Erkenntnis von subjektunabhängigen Gegenständen ist. (Diese These ist eine Antwort auf Engels' Frage nach dem Verhältnis von Gedanken bzw. Erkenntnis und Welt, vgl. oben S. 191.)

Marx soll sich nun auf diese Intentionen<sup>34</sup> beziehen, indem er sie idealistisch, andererseits aber das „Erzeugungsmoment“ des Idealismus materialistisch kritisiert und das vermittels des Praxisbegriffs. Kennzeichnend für Marx' Stellung zur „Konstitutionsthematik“ wäre also ein Eklektizismus. Schmidts Interpretation wirft mehr das Problem auf, als sie es löst, wie denn nun Marx' Position zu der angeschnittenen allgemeinen erkenntnistheoretischen Thematik sich verhält.

Von Marx wie von der Sache her weit adäquater ist, zu sagen, daß beide, allgemeiner Materialismus wie Idealismus, historisch-materialistisch kritisiert werden. Beide nämlich verfolgen eine Fragestellung, die sich als theoretische Scheinfrage erweist:

„Die Frage, ob dem menschlichen Denken gegenständliche Wahrheit zukomme — ist keine Frage der Theorie, sondern eine praktische Frage. In der Praxis muß der Mensch die Wahrheit, i. e. Wirklichkeit und Macht, Diesseitigkeit seines Denkens beweisen. Der Streit über die Wirklichkeit oder Nichtwirklichkeit des Denkens — das von der Praxis isoliert ist — ist eine rein scholastische Frage“<sup>35</sup>.

Hier wie in der ersten Feuerbachthese wird der Praxisbegriff antithetisch zu „Theorie“ eingeführt. Er hat die Funktion, das klassische Problemsyndrom der Erkenntnistheorie als theoretisch sinnvolle Fragestellung aufzulösen. Das bedeutet, daß auch ein allgemeiner Materialismus noch einem entscheidenden Fehler verfällt, wenn er glaubt, die klassischen Probleme theoretisch lösen zu können, indem er den Idealismus mit einer „richtigen“ Gegentheorie konfrontiert<sup>36</sup>. Er unterliegt dann nämlich immer noch einem Begründungsanspruch, der durch die Interpretation der Problematik als theoretische motiviert ist und etwa in Kants Frage „Wie ist Erfahrung überhaupt möglich?“ ihren Ausdruck gefunden hat. Warum es einer Scheinfrage nachgehen heißt, wenn nach theoretischen Gründen dafür oder dagegen gesucht wird, daß die Außenwelt existiert oder daß es subjektunabhängige Gegenstände der Erkenntnis, „von den Gedanken-

<sup>34</sup> Ich übergebe hier die Frage, inwiefern der allgemeine Materialismus nicht genauso gut als „Realismus“ zu bezeichnen wäre.

<sup>35</sup> MEW 3, S. 5.

<sup>36</sup> Diese Seite der Sache übersieht W. F. Haug, wenn er auf Scheinfragen zu sprechen kommt. Vgl. a.a.O., S. 561 f.



objekten wirklich unterschiedene Objekte“<sup>37</sup> gibt, bleibt bei Marx ambivalent.

Dies zeigt sich an dem Dilemma einer Interpretation, die so argumentiert: Indem Marx von vornherein ausgeht von der historischen Praxis in ihrer gesellschaftlich-materiellen Form von Arbeit einerseits und in ihrer „praktisch-kritischen“ andererseits, wird die nicht auf diese Praxisformen bezogene Reflexion, sei sie nun erkenntnistheoretisch oder was immer, funktionslos:

„Marx stimmt mit der bürgerlichen Aufklärung darin überein, daß das nicht auf die Bewältigung praktischer Aufgaben gerichtete Denken zur Schrulle wird“<sup>38</sup>.

Unter Voraussetzung einer solchen Interpretation der zweiten Feuerbach-These erscheint es merkwürdig, warum nicht auch zur Schrulle wird, nach „einer nicht mehr idealistischen Neufassung des Problems, wie eine gegenständliche Erfahrungswelt und ein einheitliches Bewußtsein von ihr möglich seien“<sup>39</sup>, zu fragen. Denn auf die Bewältigung welcher „praktischen Aufgabe“ soll diese Frage bezogen sein?

Will man nicht bei diesem Widerspruch stehenbleiben, so bedarf es entweder einer anderen Interpretation der Marxschen Kritik einer allgemeinen Erkenntnistheorie oder des Verzichts auf die Verfolgung solcher Fragen wie der „Weltkonstitution“ unter historisch-materialistischem Vorzeichen.

Um beim ersten einzusetzen, so kann die Funktion, die eine Berufung auf die „Praxis“ zur Destruktion von Theorie einnimmt, an der Kritik der politischen Ökonomie verdeutlicht werden: systematisch gesehen, besteht die Kritik nicht darin, daß sie der bürgerlichen Ökonomie „Praxisferne“ attestiert, sondern darin, daß sie die Anerkennung der Fundamentalität der gesellschaftlich-materiellen Praxis in Form der Arbeit und den damit gegebenen Bestimmungen als notwendige Bedingung für eine adäquate Theorie nachweist, gemäß dem methodischen Prinzip der Achten Feuerbach-These:

„Alle Mysterien, welche die Theorie zum Mystizismus veranlassen, finden ihre rationelle Lösung in der menschlichen Praxis und in dem Begreifen dieser Praxis“<sup>40</sup>.

„Scholastisch“, „isoliert von Praxis“ wäre demnach eine Theorie, die sich der Anerkennung der Fundamentalität einer bestimmten Praxis und ihrem Begreifen entzieht. Dies nun ist für die traditionelle Erkenntnistheorie, idealistische wie allgemein materialistische, deshalb der Fall, weil sie die Bindung von Erkenntnis an eine Form von Praxis nicht anerkennt, die gleich fundamental mit Arbeit gesetzt ist: Sprache.

37 MEW 3, S. 5.

38 A. Schmidt, a.a.O., S. 119.

39 Ebda., S. 113.

40 MEW 3, S. 7.

Der Nachweis einer solchen Kritik ist in ausgeführter Weise erst dem späten Wittgenstein gelungen. Eine Vergegenwärtigung dieser Kritik in Grundzügen kann zeigen, wie eine materialistische Destruktion der Probleme der allgemeinen Erkenntnistheorie im Sinne Marx' auszusehen hat. Sie zeigt gleichzeitig gegen A. Schmidt und den Beitrag von A. Leist<sup>41</sup>, daß es selbst noch einer Scheinfrage aufsitzen heißt, wenn versucht wird, Marx auf eine „Konstitutionstheorie von Erfahrung“ hin zu extrapolieren. Die systematische Einführung von Sprache als einer Form von Praxis, deren Fundamentalität für Erkenntnis eine radikale Lösung allgemeiner erkenntnistheoretischer Fragen erzwingt, geht über die oben bereits getroffene Feststellung hinaus, daß eine Thematisierung von Erkenntnis über sprachliche Funktionen und Formen und deren Beurteilungskriterien laufen muß. Der entscheidende weitere Schritt, den Wittgenstein vollzieht, besteht darin, die Letztgegebenheit von elementaren Funktionen, Strukturen, Regeln und Kriterien aufzuzeigen, die im Gebrauch der Grundumgangssprache liegt. Mit den Formen dieser Letztgegebenheit ist eo ipso ein Erfahrungsbegriff gegeben, der von der gleichen theoretischen Grundlosigkeit ist wie die Grundumgangssprache selbst. Allgemein:

„... das Sprachspiel hat seinen Ursprung nicht in der Überlegung. Die Überlegung ist ein Teil des Sprachspiels. Und der Begriff ist daher im Sprachspiel zu Hause“<sup>42</sup>.

Von „Grundumgangssprache“ ist der Deutlichkeit halber deshalb zu reden, weil es für eine systematische Interpretation von Sprache und Erkenntnis von vornherein um einen elementaren Bereich geht, für den einfache Einheiten wie Subjekt-Prädikat-Sätze, Befehlssätze etc. oder Funktionen wie Identifikation und Prädikation stehen. Faktisch hat sich auch die Tradition der allgemeinen Erkenntnistheorie durchgehend an dem Subjekt-Prädikat-Schema als der Grundform des assertorischen Satzes (logisch: Einzelnes unter allgemeine Begriffe) orientiert.

Was nun Wittgenstein in näherer Ausführung und immer neuen Anläufen über eine Sinnkritik zeigt, ist, daß man entweder der Grundumgangssprache faktisch und theoretisch zu folgen hat, oder sich der Sinn- bzw. Sprachlosigkeit preisgibt. Letzteres demonstriert er insbesondere an einer Kritik der „Privatsprache“, die deutlich macht, daß es so etwas wie „private Erkenntnis“ nicht gibt<sup>43</sup>. Diese Kritik erhellt zugleich, daß die Anerkennung der Grundumgangssprache sich nicht auf einen sprachimmanenten Apparat von Strukturen, Funktionen und Kriterien beschränkt, sondern gleichursprüng-

41 Leist, a.a.O., S. 583 ff.

42 L. Wittgenstein, Zettel, in: Schriften, Band 5, Frankfurt/M. 1970, § 391.

43 Vgl. L. Wittgenstein, Philosophische Untersuchungen, Frankfurt/M. 1960, §§ 202 ff.

lich einen „gegenständlichen Apparat“ zu akzeptieren bedeutet: die Kriterien der Verwendung von Ausdrücken und Sätzen fallen zusammen mit Kriterien für Gegenstände der Welt. Die Anerkennung der Grundumgangssprache kommt der Anerkennung eines Weltbilds gleich, dem ein allgemeiner Begriff von empirischer Erkenntnis entspricht, der sich in der Aussage beschreiben läßt, daß die Gegenstände empirischer Aussagen subjektunabhängig gegeben sind. Damit ist die Grundumgangssprache als Einheitsform von Intersubjektivität und Objektivität der Welt faßbar. Einheitsform ist sie jedoch nicht als „theoretischer Begriff“, sondern als praktische Übereinstimmung:

„So sagst du also, daß die Übereinstimmung der Menschen entscheide, was richtig und was falsch ist? Richtig und falsch ist, was Menschen *sagen*; und in der *Sprache* stimmen die Menschen überein. Dies ist keine Übereinstimmung der Meinungen, sondern der Lebensform“<sup>44</sup>.

„Zur Verständigung durch die Sprache gehört nicht nur eine Übereinstimmung in den Definitionen, sondern (so seltsam das klingen mag) eine Übereinstimmung in den Urteilen ...“<sup>45</sup>.

Die „Übereinstimmung in den Urteilen“, allgemeiner in der Sprache, durch die Wittgensteins Begriff der Lebensform am treffendsten expliziert wird, bedeutet eine Übereinstimmung in Formen der praktischen Einheit von Intersubjektivität und Objektivität der Welt. Ihre Fundamentalität als Lebensform ist gekennzeichnet dadurch, daß sie, obgleich grundlegende Einheit von Erfahrung, theoretisch grundlos ist. Der Versuch ihrer theoretischen Widerlegung bricht genauso zusammen wie der ihrer Rechtfertigung. Sie liegt „jenseits von berechtigt und unberechtigt“<sup>46</sup>.

Im Hinblick auf die traditionelle Erkenntnistheorie, wie sie in Kants Frage nach der Möglichkeit von Erfahrung zum Ausdruck kommt, läßt sich damit sagen, daß die „Kategorien“ nicht Formen einer theoretischen Einheit zwischen Verstand und objektiver Welt sind, sondern Formen einer fundamentalen praktischen Einheit von Intersubjektivität und Objektivität. Daher kann es nicht darum gehen, diese Formen theoretisch abzuleiten oder nach einer irgendwie gearteten Rechtfertigung für die Objektivität der Erfahrungswelt zu suchen, auch nicht unter „materialistischem Vorzeichen“. Dies hieße, theoretischen Scheinfragen nachzugehen. Die Erkenntnis, daß dem so ist, beruht auf der Anerkennung von Sprache als einer Grundform von Praxis und dem Begreifen ihrer Funktion. Die Leistung von Theorie besteht dabei in einer permanenten Kritik anderer Positionen am Leitfaden der Formen dieser Praxis.

Da in der sprachlichen Praxisform die Einheit von Intersubjektivität und Objektivität der Welt gegeben ist und es so nur darum

44 Ebda, § 241.

45 Ebda, § 242.

46 L. Wittgenstein, *Über Gewißheit*, Frankf./M. 1970, § 359. Vgl. dazu meine Rezension in diesem Heft.

gehen kann, sie als solche genauer zu analysieren<sup>47</sup>, ist es verfehlt, sie durch „Konstitution“ zu charakterisieren, wie Leist das tut, um von ihr aus ein erkenntnistheoretisches „Konstitutionsproblem“ zu thematisieren<sup>48</sup>. Nicht minder fragwürdig scheint die Rede von einer „Konstitutionstheorie von Erfahrung“ am Arbeitsbegriff, die er im Anschluß an A. Schmidt gebraucht<sup>49</sup>. Abgesehen davon, daß es ein Problem ist, wie die Anerkennung der Fundamentalität der gesellschaftlich-materiellen Praxis in Gestalt der Arbeit ein erkenntnistheoretisches Konstitutionsproblem überhaupt aufwerfen kann, und abgesehen davon, daß die Allgemeinheit des Arbeitsbegriffs keineswegs seine erkenntnistheoretische Relevanz impliziert, genügt die Destruktion der allgemeinen Fragen der Erkenntnistheorie als theoretischer Scheinfragen anhand der Fundamentalität einer Praxis, die Einheit von Intersubjektivität und Objektivität der Welt in Gestalt der Sprache ist, um auch eine „Konstitutionstheorie am Arbeitsbegriff“ zu destruieren: Sprache und Arbeit sind gleich fundamental wechselseitig aufeinander bezogen<sup>50</sup>; selbst wenn diese Wechselbeziehung noch einer näheren Untersuchung bedarf, so ist doch klar, daß der in der praktischen Einheit von Intersubjektivität und Objektivität gegebene Erfahrungsbegriff immer schon die materielle, nicht-sprachliche Form von Praxis umgreift.

Damit bleibt die Aufgabe, Sprache-Erkenntnis-Arbeit-Gesellschaft in ihrem *historischen* Zusammenhang zu befragen. Doch dies, weil die „Konstitutionsfrage“ obsolet ist.

47 Das bedeutet, daß eine Aufnahme der Thesen des allgemeinen Materialismus allenfalls darin besteht, sie als Beschreibungen eines Erfahrungsbegriffs zu lesen, der keiner weiteren Begründung fähig werden kann. Hier liegt der Anknüpfungspunkt zu dem oben im Kontext der Abbildtheorie zitierten Satz von Lenin: „Die ‚naive‘ Überzeugung der Menschheit wird vom Materialismus *bewußt* zur Grundlage seiner Erkenntnistheorie gemacht.“ Um dies, wenngleich nicht als Überzeugung, sondern als Praxis, zu tun, bedarf es weder eines Abbildbegriffs noch einer Begründungstheorie von Erfahrung.

48 Leist, a.a.O., S. 592 und 590.

49 Ebda, S. 584.

50 Dies geht auch aus Marx, „Grundrisse“, S. 375 ff., hervor, selbst wenn ansonsten die Äußerungen Marx' zur Sprache uneinheitlich sind und die Rede von einer „Sprachtheorie“ bei Marx nicht zulassen. Völlig abwegig ist es, so etwas wie eine „Arbeitswerttheorie“ der Sprache zu fordern. So z. B. F. Rossi-Landi, Sprache als Arbeit und als Markt, München 1972.

Johannes Meyer-Ingwersen

## Mit Marx und Sprache gegen den Materialismus?

Entgegnung auf Leist und Zimmermann

„Die Sprache wird natürlich zur Phrase, sobald sie verselbständigt wird.“ Marx/Engels<sup>1</sup>

Der Aufruf der *Argument*-Redaktion zu einer Diskussion der Widerspiegelungsproblematik im vergangenen Herbst hat auch Autoren auf den Plan gerufen, die im Angriff auf die Widerspiegelungstheorie einen günstigen Ansatzpunkt für die Bekämpfung des Materialismus gefunden zu haben meinen. Entsprechend der Autorität, die Karl Marx und der Materialismus beim heutigen Diskussionsstand in der BRD genießen, und entsprechend ihrer Absicht, auf die Leser des *Argument* einzuwirken, treten diese Autoren nicht offen antimaterialistisch auf, sondern versuchen, ihre Position unter Zitaten und Zitatbruchstücken von Marx zu tarnen und als eigentlichen Materialismus auszugeben.

Zwei Beiträge dieser Art hat die *Argument*-Redaktion veröffentlicht — den von A. Leist in Heft 81 und den von R. Zimmermann im vorliegenden Heft. Das ist gut so. Denn es gibt Anlaß, sich mit den in der BRD „herrschenden“ Gedanken, ihren Produzenten und deren Funktion näher zu befassen.

Vergleichen wir die beiden zitierten Beiträge. Auf den ersten Blick nehmen sie sich relativ unterschiedlich aus. Leist als typischer Vertreter der Frankfurter Schule hat offenbar den Versuch unternommen, mehrere Arbeiten von Habermas und A. Schmidt zu einem Beitrag zu komprimieren.<sup>2</sup> Erklärtermaßen ist dies zugleich ein „Versuch, auf der Ebene von Sprache und sprachlicher Kommunikation die transzendente Argumentation Kants gewissermaßen ‚neben‘ der Traditionslinie Kant-Hegel zu wiederholen“ (S. 591). Bei dieser Wie-

1 MEW 3, S. 433.

2 In Leists Beitrag sind unter anderem eingegangen: J. Habermas: Erkenntnis und Interesse. Frankfurt/M. 1968. — Ders.: Wahrheitstheorien, in: Festschrift für W. Schulz. Pfullingen 1973. — Ders.: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, in: J. Habermas/N. Luhmann: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Was leistet die Systemforschung. Frankfurt/M. 1971. — A. Schmidt: Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx. Frankfurt/M. 1971. — Heranzuziehen ist auch O. Negts Vorwort in: Abram Deborin, Nikolai Bucharin: Kontroversen ... Frankfurt/M. 1969. — Einiges zur Auseinandersetzung von Marxisten mit diesen Auffassungen findet sich in: Die „Frankfurter Schule“ im Lichte des Marxismus. Frankfurt/M. 1970. Der hierin enthaltene Diskussionsbeitrag A. Schmidts läßt besonders deutlich die außerordentliche Biegsamkeit der „Frankfurter“ Auffassung — je nach Diskussionssituation — erkennen.

derholung der Argumentation Kants im Gewande von Sprachphilosophie unterstellt Leist volle Übereinstimmung mit den Lehren von Marx — er schiebt also Marx auf einem „Neben“-gleis zurück von Hegel zu Kant. Zimmermann demgegenüber tritt als entschiedener Neopositivist auf, der frei nach Carnap<sup>3</sup> „Scheinprobleme in der Philosophie“ destruiert. Im Gegensatz zu Leist, der Marx auf den Standpunkt von Kant zurückzuzerren versucht, möchte Zimmermann Marx vorantreiben — nämlich bis zum späten Wittgenstein.

Inhaltlich schlägt sich dieser Positionsunterschied wenigstens in zwei Punkten nieder: Erstens läßt Zimmermann Sein und Bewußtsein gleichermaßen in einer mythischen „Grundgangssprache“ aufgehen, wohingegen Leist wenigstens ein „vor aller menschlichen Arbeit gegebenes Natursubstrat“ (S. 612) — eine Art unerkennbares Ding-an-sich — stehenläßt. Zweitens legt Leist sehr viel Wert auf die aktive Rolle des Subjekts (dies ist ein Aspekt der von ihm mitvertretenen „Konstitutionstheorie“); bei Zimmermann demgegenüber besteht die gesamte Aktivität des Subjekts im „Akzeptieren“, in der „Anerkennung“ der „Grundgangssprache“ und des angeblich damit gegebenen intersubjektiv übereinstimmenden „Weltbildes“ (S. 199 f.). Tatsächlich legt auch Zimmermann entschiedenen Wert darauf, festzustellen, daß Leist in allen positiven Aussagen unrecht und lediglich in seinem Angriff auf Engels und Lenin recht habe. — Wie groß nun auch die Unterschiede zwischen beiden Positionen auf den ersten Blick zu sein scheinen — bei näherer Betrachtung treten immer mehr Gemeinsamkeiten ins Blickfeld. Im vorliegenden Beitrag werde ich mich mit diesen Gemeinsamkeiten beschäftigen. Die wichtigsten scheinen mir folgende zu sein:

1. Beide Autoren — Leist wie auch Zimmermann — geben vor, sich mit der Widerspiegelungstheorie auseinanderzusetzen, die Lenin in seinem Werk „Materialismus und Empiriokritizismus“ entwickelt hat. Faktisch argumentieren sie aber nur da gegen Lenins Widerspiegelungsbegriff, wo es um die bewußtseinsunabhängige Existenz der Welt, um das Primat der Materie geht. Ansonsten haben sie sich die Arbeit dadurch erleichtert, daß sie den dialektischen Abbildbegriff des Marxismus durch den mechanischen des jungen Wittgenstein ersetzen und diesen dann im Sinne des späten Wittgenstein als widerlegt erklären.

2. Beide Autoren bezeichnen die von ihnen ins Visier genommene Gegenposition als „orthodox“ (Leist: „die Lenin-Orthodoxie“ S. 580, Zimmermann: „die marxistische Tradition, wie sie in orthodoxer Form . . .“ S. 187). Allerdings dürfte das Beiwort „orthodox“ hier wohl nur als höflicherer Ausdruck für „dogmatisch“ stehen, denn als „orthodox“ im Wortsinne geben sich Leist und Zimmermann sogleich selbst zu erkennen: sie sind es nämlich, die Marx viel besser verstanden haben als Engels, Lenin und alle von ihnen verführten Vertreter der Widerspiegelungstheorie zusammen. Weil das so ist, ent-

<sup>3</sup> Vgl. hierzu: R. Carnap: Scheinprobleme in der Philosophie. Frankfurt/M. 1966, dort bes. S. 60 ff.

wickeln sie Marx auch — gegen Engels und Lenin — „schöpferisch“ weiter. Leist bemüht sich, „gegen die Vertreter einer bruchlosen Allianz Marx-Engels-Lenin, eine selber marxistische Kritik an der Widerspiegelungstheorie“ vorzubringen (S. 584), indem er A. Schmidts „erkenntnisanthropologischer Interpretation“ des Marxschen Arbeitsbegriffes folgt und so bei der neukantianischen „Konstitution“ von Welt durch Arbeit (S. 584) und von Erkenntnis durch Sprache (S. 589) landet. Zimmermann seinerseits „rekonstruiert“ die „Marxschen Intentionen“ — die dieser selbst offensichtlich nicht genügend explizit auszusprechen vermochte — „im Anschluß an den späten Wittgenstein“ (S. 187), indem er das Bewußtsein in die Sprache „externalisiert“ (S. 195) und das „erkenntnistheoretische Grundmodell nach dem Muster der Wahrnehmung“ (S. 195), nämlich: „hier Subjekt — dort Objekt“ von Marx selbst — ganz im Sinne Carnaps — „als theoretisch sinnvolle Fragestellung“ auflösen, d. h. als „Scheinfrage“ denunzieren läßt (S. 197).

3. Im Verlauf ihrer respektiven Versuche, Marx vor Engels und Lenin und vor der Widerspiegelungstheorie zu „retten“, geraten beide Autoren notwendig in einen sehr grundsätzlichen Widerspruch zu *jedem* Materialismus. Denn es wäre ein zu offensichtlicher Widerspruch innerhalb ihrer Position, zwar den Widerspiegelungscharakter unserer Bewußtseinsinhalte abzulehnen, aber trotzdem den Gegenständen unserer Wahrnehmung und Erkenntnis eine von unserem Bewußtsein unabhängige Existenz zuzuschreiben. Leist und Zimmermann befinden sich daher beide in der gleichen prekären Lage, ihren Lesern — Menschen des 20. Jahrhunderts — gegenüber die bewußtseinsunabhängige Existenz der materiellen Welt zu bestreiten. Daß sie dabei nicht offen den Weg wählen können, die gesamte materielle Welt einschließlich ihrer Leser für ihre eigene Einbildung zu erklären, liegt auf der Hand. Deshalb versucht jeder von ihnen auf seine Weise, seinen prinzipiellen Bruch mit dem Materialismus zu bemänteln.

Die primitivere Methode wählt dabei offensichtlich Zimmermann, der uns zumutet, das „traditionelle Problemsyndrom der Existenz der Außenwelt, der Objektivität der Erkenntnis und der prinzipiellen Erkennbarkeit der Welt“ (S. 192) als „Scheinfrage“ zu „erkennen“. Hierin können wir ihm allenfalls dann folgen, wenn wir davon ausgehen, daß das Wort „Scheinfrage“ ihm nichts anderes mehr bedeutet als: „Frage, vor deren Beantwortung ich mich drücken möchte“. In der Tat ist dieser Sprachgebrauch bei den Neopositivisten gang und gäbe, was natürlich nichts daran ändert, daß es tatsächliche Scheinfragen gibt. Tatsächliche Scheinfragen sind solche, die von falschen Prämissen ausgehen. „Scheinfragen“ im Sinne der Neopositivisten sind solche, die angeblich prinzipiell unbeantwortbar sind. Die „prinzipielle Unbeantwortbarkeit“ ist dabei aber oft nur die Widerspiegelung von Interessen, die ihrer Untersuchung und Beantwortung entgegenstehen. Wenn Zimmermann die „bewußtseinsunabhängige Existenz der Materie“ als Antwort auf eine „Scheinfrage“ denunziert, heißt dies praktisch nichts anderes, als daß er die Diskussion über Materialismus von vornherein blockieren möchte.

Leist geht subtiler vor. Er gesteht zu, was er mit Ernst nicht bestreiten kann: die Existenz einer Außenwelt, die Existenz der „Natur“ vor den Menschen (S. 586). Er befreit sich von dieser bewußtseinsunabhängig und objektiv existierenden Natur aber sofort wieder, indem er „außerhalb und unabhängig von uns“ gleichsetzt mit „von menschlicher Hand noch unberührt und deshalb objektiv“ (S. 580). Damit ist er angelangt, wo er hin will — denn daß die uns unmittelbar umgebende Natur sehr stark „von Menschenhand berührt“ ist, ist offensichtlich. Leist kann sich hier auch auf Marx berufen, der an Feuerbach kritisiert, daß dieser die „ihn umgebende sinnliche Welt“ nicht als „geschichtliches Produkt“, sondern als „ein unmittelbar von Ewigkeit her gegebenes, sich stets gleiches Ding“ begreift. (MEW 3, S. 43). Die „der menschlichen Geschichte vorhergehende Natur“ existiere nirgends mehr, „ausgenommen etwa auf einzelnen australischen Koralleninseln neueren Ursprungs“ (MEW 3, S. 44). Man kann dem entgegenhalten, daß diese Feststellung nur begrenzt, nur für die unmittelbare Umwelt der Menschen gilt, nicht aber für das Erdinnere und den Kosmos.<sup>4</sup> Aber diese Relativierung trifft nicht den Kernpunkt von Leists Argumentation. Die Frage, in welchem Maße Menschen auf die sie umgebende Welt eingewirkt haben, hat überhaupt nichts zu tun mit der Frage, ob diese Welt objektiv, d. h. außerhalb von ihnen existiert. Tisch, Bett und Auto, die von Menschenhand geschaffen sind, existieren in genau der gleichen Weise objektiv, unabhängig von uns, wie etwa die von Menschenhand noch unberührten Spiralnebel.

Leist vermischt diese beiden Fragen, weil er ein Argument gegen die bewußtseinsunabhängige Existenz der Materie braucht. Da aber die Gleichsetzung von „objektiv“ mit „von menschlicher Hand noch unberührt“ im Grunde nicht sehr überzeugend ist, argumentiert Leist noch auf einer anderen Linie weiter. Es geht um die Frage, was eigentlich durch das aktive Eingreifen der Menschen in die Natur bewirkt wird. Leist beruft sich auf Marx, der gesagt hat, der Mensch könne „in seiner Produktion nur verfahren, wie die Natur selbst, d. h. nur die Formen der Stoffe ändern“ (MEW 23, S. 57, Leist S. 608).

4 Vgl. hierzu: Die „Frankfurter Schule“ im Lichte des Marxismus, S. 137 (Zwischenruf). Der Kosmos-Einwand ist berechtigt, trifft aber nicht den Kern des Schmidtschen Fehlers. Wenn Schmidt nämlich sagt: „Das müßte mir ein feiner Kopf sein, der jene an sich seiende Dingwelt von dem, was wir ihr hinzufügen, säuberlich trennt.“ — so muß man ihn als erstes fragen, wie denn „wir“, die wir doch Teil, vorübergehende Erscheinungsformen der an sich seienden „Dingwelt“ sind, dieser „etwas hinzufügen“ können. Das Problem, mit dem die Idealisten nicht fertig werden, ist in Wahrheit nicht das der Widerspiegelung, sondern das der Materialität ihrer eigenen Existenz. (Im übrigen ist es nicht wahr, daß wir überhaupt nicht trennen: bearbeiteten Gegenständen pflegen wir „Wert“ — nämlich: Tauschwert beizulegen. Allerdings fallen unter diesem Gesichtspunkt verbrauchte Gegenstände (Abfall) und zufällig affizierte (verschmutztes Wasser, verschmutzte Luft) mit „unberührten“ Naturgegenständen zusammen.



Leist nun unterschiebt Marx kühn den „aristotelischen Begriff der Form“ und setzt die „Formen der Stoffe“ mit ihren „Dispositionen“ gleich (S. 609). Auf diese Weise kommt er zu dem Ergebnis, daß die Dispositionen der Stoffe nach Marx' Auffassung Menschenwerk sind. (Und der Schein spricht für diese Auffassung: was hat „der Mensch“ durch Naturwissenschaft und Industrie nicht alles schon für Dinge aus z. B. Rohöl gemacht, was hat er dem Rohöl hierdurch nicht schon für „Dispositionen“ hinzugefügt! Nur ist es in Wirklichkeit so, daß Naturwissenschaft und Industrie die „Dispositionen“ nicht schaffen, sondern die in den Stoffen schon vorher vorhandenen, latenten „Dispositionen“ ans Licht holen!).

Leist macht nun gleich den nächsten Sprung, nämlich von den „Dispositionen“, die angeblich den Naturstoffen von den Menschen angetan werden — „dem linguistischen Ansatz gemäß“ — sofort zu den sogenannten „Dispositionsprädikaten einer empirischen Objektsprache“ (S. 609). Die „Dispositionen“ werden den Stoffen von Menschenhand hinzugefügt, die Menschen aber haben sie aus den „Dispositionsprädikaten einer empirischen Objektsprache“ — diese Philosophie unterschiebt Leist der Marxschen Feststellung, der Mensch könne in seiner Produktion nur so verfahren, wie die Natur selbst, d. h. nur die *Formen* der Stoffe ändern. So fällt es ihm denn auch nicht schwer, die „durch sprachliche Elemente vermittelte Konstitution von Naturgesetzen“ an Marx anzuknüpfen. Von hier aus wird verständlich, daß er Engels dafür tadelt, er habe Naturgeschichte und Natur „mit Gesetzen kosmologischen Umfangs belastet“ (S. 579 f.).

Hier ist nun allerdings ein Einwand möglich. Das Wort „Naturgesetz“ kann ja zweierlei meinen: einmal ein Gesetz — einen Kausalzusammenhang, wie er in der Natur vorhanden ist —, zum anderen das Wissen über das Gesetz in den Köpfen der Menschen und damit auch: seine Formulierung in einer „empirischen Objektsprache“. Meint Leist bei seiner „durch sprachliche Elemente vermittelten Konstitution von Naturgesetzen“ nicht vielleicht nur letzteres? Hierfür scheinen manche Stellen in seinem Beitrag zu sprechen. So, wenn er Marx paraphrasiert: „Wie wir die Formen der Stoffe erfahren, sind sie von uns manipulierte Formen; wie sie als je schon manipulierte sind (für uns), sind sie es aber nach eigenen Gesetzen (an sich).“ (S. 608) Oder: „Kausalität und Gesetzmäßigkeit haben zwar ihr Fundament in einem vor aller menschlichen Arbeit gegebenen Natursubstrat . . .“ (S. 611 f.). Erkennt also Leist die sprach- und menschenunabhängige Existenz der Naturgesetze an? Geht es ihm lediglich um die — durchaus richtige — Feststellung, daß die Erkenntnis dieser Gesetze durch Menschen Sprache voraussetzt? Ist die Formel von der „Erkenntnis-konstitution durch Sprache“ nur eine unglückliche Ausdrucksweise für diesen Zusammenhang? Die Probe aufs Exempel ist offensichtlich die Frage, wie denn „Kausalität und Gesetzmäßigkeit“ aus ihrem „Fundament“, dem „vor aller menschlichen Arbeit gegebenen Natursubstrat“ in die Köpfe der Menschen und ihren sprachlichen Ausdruck hineinkommen. Dies ist genau die Frage nach der Widerspiegelung.

Und hier weiß Leist nur eine Antwort: „... dieses sprachliche Medium selbst ist nicht wiederum objektivistisch als Abbild von Gesetzen, sondern historisch durch die gesellschaftliche Form bestimmt“ (S. 607). Indem er dies behauptet, bestätigt Leist seinen oben zitierten Angriff auf Engels und straft alle seine eingestreuten Beteuerungen, auch er akzeptiere eine menschenunabhängige Grundlage der Kausalität in der Natur, Lügen. Entweder die Naturgesetze in unserem Kopf sind — mehr oder weniger genaues — Abbild der von uns unabhängigen Gesetze in der Natur — also: Widerspiegelung. Oder: sie sind nicht Abbild von etwas Menschenunabhängigem, sondern Ausfluß der Sprache, die wiederum ein Ausfluß der Gesellschaftsform ist. Dann gibt es von uns unabhängige Gesetze der Natur nicht, oder sie sind jedenfalls für uns nicht erfahrbar.

Indem Leist sich immer wieder gegen die Widerspiegelung und für die zweite Alternative entscheidet, bleibt von seiner eingangs konzipierten menschenunabhängigen Natur nichts übrig als ein „Ding an sich“ im Sinne Kants, etwas Unerkennbares, ein Ding ohne Eigenschaften.<sup>5</sup> Das von uns Erkannte und Wahrgenommene wird demgegenüber zum Ausfluß unserer Sprache. Das ist der Sinn seiner Formel von der „Sprache als das hervorragende erkenntniskonstituierende System“ (S. 589).

Der Sumpf, in den Leist und Zimmermann geraten sind, ist — ungeachtet der größeren Subtilität von Leists Argumentation — der gleiche. Es macht keinen wesentlichen Unterschied, ob ich die Frage nach der Bewußtseinsunabhängigkeit der Welt als „sinnlos“ abschiebe und die „sprachliche Praxisform“ zum Fundament der Erkenntnis und zur „Einheit von Intersubjektivität und Objektivität der Welt“ erkläre (Zimmermann S. 200), oder ob ich die ‚von mir und anderen unabhängige Welt zum erkennbaren Ding an sich mache und alle erkannten Eigenschaften von Stoffen und die hinter ihnen liegenden Naturgesetze als durch Sprache konstituiert erkläre.

4. Da beide Autoren vor dem gleichen Publikum in den gleichen Sumpf geraten sind, versuchen sie auch beide auf die gleiche Weise herauszukommen. Tatsächlich befinden sie sich im Widerspruch zu *jedem* Materialismus überhaupt. Ihren Lesern aber wollen sie vorspiegeln, daß sie nur gegen den „anschauenden“ Materialismus zu Felde ziehen — denn diesen hat Marx ja selbst kritisiert (Leist S. 578 ff., Zimmermann S. 187). Sie selbst vertreten demgegenüber den wahren Materialismus — Zimmermann den „historischen Materialismus“, Leist den Materialismus schlechthin. Sie verhalten sich also — wenigstens dem Anspruch nach — zur Widerspiegelungstheorie so, wie Marx zu Feuerbach und den früheren Materialisten.

Bei Leist kommt das so heraus: Engels und Lenin gehen in ihrem Materialismus von den Naturwissenschaften aus. Naturwissenschaften = Anerkennung objektiver Gesetze in der Natur = Materialis-

<sup>5</sup> Leist deutet dies Zurück von Marx zu Kant an (S. 591), Habermas, bei dem er es offensichtlich abgeschrieben hat, spricht es offen aus (Erkenntnis und Interesse, S. 47).

mus = Szientismus. Leist hält dem entgegen: Natur und Naturgeschichte dürfen nicht mit Gesetzen „belastet“ werden (579 f.), die Dialektik von Natur und Gesellschaft ist eine „in die Objekte verlegte Dialektik“ (S. 584), die Natur ist „durch Arbeit geformt“ und als „geformte mittels Sprache in ihren Naturgesetzen fixiert“ (S. 608). Diese subjektiv-idealistischen Auffassungen unterschiebt Leist dem Materialisten Marx, indem er ihn an Feuerbach „die naive Verwendung naturwissenschaftlicher Befunde als letztbegründete ‚objektive‘ Aussagen“ kritisieren läßt (S. 579). Und als wesentlicher Inhalt der Kritik am bloß „anschauenden“ Bewußtsein des früheren Materialismus wird die „Erkenntnis“ ausgegeben, „daß es eine subjektiv unvermittelte ‚objektive‘ Datenbasis auch für die Naturwissenschaften nicht geben kann“. Leist verkehrt hier die Marxsche Feuerbachkritik in ihr Gegenteil: nicht die Beschränktheit des Materialismus auf die bloße Anschauung habe Marx kritisiert, sondern die Tatsache, daß die Anschauung überhaupt materialistisch gefaßt wird! Was von solcher Auslegung der Feuerbachkritik zu halten ist, wird im einzelnen in einem späteren Beitrag zu zeigen sein. Hier sei nur noch darauf hingewiesen, wie Leist sich durch seine schwammige Ausdrucksweise immer wieder ein Hintertürchen offenzulassen versucht. Was er nämlich Marx unterschieben möchte, ist sein eigener Angriff auf die Naturwissenschaften: ihre Aussagen hätten keinen *objektiven* Charakter, weil es für die von ihnen verarbeiteten Daten keine *objektive* Basis gäbe. Weil eine solche Behauptung jedoch zu eindeutig wäre, koppelt Leist das Adjektiv „objektiv“ mit den schwammigen Ausdrücken „letztbegründet“ und „subjektiv unvermittelt“. Letzteres heißt bei ihm aber immer *gleichzeitig* sowohl: „unabhängig von uns existierend“ — also dasselbe wie „objektiv“ — als auch: „von Menschenhand unberührt“ bzw. „von Menschenverstand unbegriffen“. Der materialistisch gesonnene Leser hat also die Auswahl. Er kann Leists Äußerung sogleich so verstehen, wie sie gemeint ist. Er kann sie aber auch zunächst auf die Lesart reduzieren, daß dem Naturwissenschaftler keine von Menschenhand unberührten — bzw. von Menschenverstand noch nicht begriffenen — Stoffe zur Verfügung stehen. Dies ist zwar genaugenommen auch falsch, klingt aber plausibel, wenn man etwa an einen Chemiker denkt, der etwa mit Schwefel und Wasserstoff operiert. Diese auch einem Materialisten zunächst plausibel erscheinende Lesart verbaut aber dann das Verständnis für Leists weitere Argumentation. So wird man beim Weiterlesen unter der Hand zu der anderen Lesart hingezogen, nämlich: daß dem Chemiker überhaupt kein Schwefel zur Verfügung steht, der unabhängig von menschlicher Arbeit, Sprache und Gesellschaftsform mit irgendwelchen Eigenschaften ausgerüstet ist, daß also die Gesellschaft in ihrer jeweils spezifischen Form ihre Sprache hervorgebracht und dadurch dem Schwefel erst seine Eigenschaften mitgeteilt hat.

Bei Zimmermann ist die Argumentation auch in diesem Punkt einfacher und durchsichtiger. Gleich zu Beginn des Artikels werden „allgemeiner“ und „historischer“ Materialismus voneinander unter-

schieden. Der „allgemeine“ Materialismus wird sogleich — in Klammern und ohne nähere Begründung — als der „anschauende“ identifiziert. Er enthält eine „allgemeine Abbildtheorie der Erfahrung“. Der historische Materialismus bestehe demgegenüber in einem „Theorieansatz“ „in Gestalt der Basis-Überbau-Theorie“.

Nach dieser Identifizierung der „Abbildtheorie der Erfahrung“ mit dem von Marx kritisierten „anschauenden“ Materialismus erwirbt sich Zimmermann sogleich das Verdienst einer weiteren Entdeckung. Er wirft nämlich ein Problem auf, das in der „marxistischen Tradition“ nicht nur ungelöst, sondern „so unklar wie ungelöst“ — also wohl unbekannt — sei: das Problem des Verhältnisses „von historischem und allgemeinem („anschauendem“) Materialismus, hinter dem die Frage steht, wie der historische Materialismus sich eigentlich zu allgemeinen Theorien der Erkenntnis verhält“ (S. 187). Die Antwort lautet — zufolge Zimmermann — natürlich: ablehnend!, und sie wird durch Fehlinterpretation der ersten, zweiten und achten Feuerbachthese erreicht (S. 197): Marx nämlich führe den „Praxisbegriff“ antithetisch zur „Theorie“ ein, sei mithin gegen Theorie und also gegen Erkenntnistheorie, weil diese sich mit „Scheinfragen“ abgibt. Möglicherweise ist Zimmermann hier, auf eine Mystifikation Leists hereingefallen, welcher schreibt: „So stellt die Kritik an Feuerbach der anschauenden Sinnlichkeit eine bloß tätige, nicht *auch* erkennende gegenüber“ (S. 588). Nur geht es Leist hier keineswegs darum, Erkenntnistheorie als „sinnlos“ erscheinen zu lassen. Er unterstellt vielmehr Marx eine „Verkürzung“, die dieser auch noch „als Verkürzung“ habe „erkennen lassen“ — er braucht nämlich eine von Marx gelassene Lücke, um dort seine eigene erkenntnistheoretische Position einzuschieben: „Sprache selbst als das hervorragende erkenntniskonstituierende System“ (S. 589). Zimmermann schlägt demgegenüber den anderen Weg ein, der vom gleichen Ausgangspunkt — Mißdeutung der Feuerbachthesen als theoriefeindlich — offensteht: „Das bedeutet, daß auch ein allgemeiner Materialismus noch einem entscheidenden Fehler verfällt, wenn er glaubt, die klassischen Probleme theoretisch lösen zu können, indem er den Idealismus mit einer ‚richtigen‘ Gegentheorie konfrontiert.“ (S. 197) <sup>6</sup> Es gibt danach drei Positionen: zwei, die an den klassischen Problemen der Erkenntnistheorie festhalten, und eine, die diese in Praxis „auflöst“. Zimmermann bringt diese Position auch klar zum Ausdruck, wo er sich von A. Schmidts Mißdeutung der Feuerbachthesen als eklektizistisch absetzt: „Von Marx wie von der Sache her weit adäquater ist, zu sagen, daß beide, allgemeiner Materialismus wie Idealismus, historisch-materialistisch kritisiert werden. Beide nämlich verfolgen eine Fragestellung, die sich als theoretische Scheinfrage erweist.“ (S. 197)

6 Richtig ist an dieser Bemerkung allerdings, daß das Fortbestehen aller möglichen idealistischen Schrullen und Vorurteile trotz immer wieder erfolgter Widerlegung durch Materialisten keine rein innertheoretische Frage ist, sondern hauptsächlich aus seinen praktisch-gesellschaftlichen Ursachen und Zwecken verstanden werden muß.

Es ist unschwer zu erkennen, daß Zimmermann, wo er von „historischem Materialismus“ spricht, nichts anderes im Sinn hat als das neopositivistische Geschwätz von „Scheinfragen“, „sinnlosen Problemstellungen der klassischen Erkenntnistheorie“ etc. Lenins Gegner benutzten als diffamierende Adjektive noch nicht „klassisch“ und „sinnlos“, sie sagten noch: „unmodern“ und „veraltet“. Die Absicht war aber die gleiche, nämlich: sich möglichst problemlos der Grundfrage der Philosophie zu entziehen.

Auf den Ursprung dieser Theoriefeindlichkeit — dieses Absagebriefes des „gebildeten“ Deutschlands an die Theorie — hat Engels bereits 1888 im Schlußabsatz seines „Ludwig Feuerbach“ hingewiesen.<sup>7</sup> Es ist der Übergang der deutschen Bourgeoisie von Kleingewerbe und Manufaktur zur wirklich großen Industrie und der damit verbundene Übergang der entscheidenden Teile dieser Bourgeoisie auf die Seite der Reaktion gewesen, der der Entwicklung der Naturwissenschaften entgegengewirkt und die historischen Wissenschaften einschließlich der Philosophie durch gedankenlosen Eklektizismus, ängstliche Rücksicht auf Karriere und Einkommen bis herab zum ordinärsten Strebertum ersetzt hat.

Mit anderen Worten: der wissenschaftsfeindliche subjektive Idealismus hat sich nicht zufällig in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts in der deutschen Bourgeoisie durchgesetzt. Er ist ein notwendiges Ergebnis der politisch-ökonomischen Entwicklung dieser Klasse. Nur die Arbeiterklasse konnte konsequent das Erbe der deutschen klassischen Philosophie antreten und fortführen. Die Folge dieser Entwicklung ist, daß sich heute jeder Wissenschaftler — insbesondere jeder Gesellschaftswissenschaftler — vor die Alternative gestellt sieht, Theoriefeindlichkeit im Sinne der Bourgeoisie oder aber konsequente Wissenschaftlichkeit im Sinne der Arbeiterklasse zu vertreten. Zimmermann mag deshalb auch noch so sehr davon überzeugt sein, durch die Titulierung der neopositivistischen Theoriefeindlichkeit als „historisch-materialistisch“ eine Art philosophischen dritten Weg gefunden zu haben — einen solchen dritten Weg gibt es nicht.

Nachzutragen bleibt, daß auch Leist nicht so weit davon entfernt ist, die Grundfrage der Philosophie zur Scheinfrage zu erklären. Jedenfalls notiert er tadelnd die „Kraftlosigkeit der schulbuchhaft-säuberlichen Trennung von Idealismus und Materialismus“ (S. 601), und bringt zu allem Überfluß auch noch das alte pfäffische Argument, nach dem es doch *praktisch* ganz gleichgültig sei, auf welchem der beiden Standpunkte ein Mensch stehe: „ob wahren Aussagen und Theorien ‚objektive Realität‘ zukommt oder die wahrgenommene Realität und die Eigenschaften der Gegenstände diesen, wie Peirce in einem nominalistischen Gedankenexperiment vorgeführt hat, durch unsere Manipulation angetan werden, ist für den Erfolg praktischen Handelns belanglos.“ (S. 604) Leist hätte sich hier genauso gut auf Carnap berufen können, der zwei Geographen — einen Idealisten und einen „Realisten“ — in Afrika nach einem vermuteten

7 MEW 21, S. 306 f.

Berg suchen läßt: „In allen empirischen Fragen herrscht Einigkeit. Die Wahl des philosophischen Standpunktes hat also keinen inhaltlichen Einfluß auf die Naturwissenschaft.“ (S. 62) Auch Zimmermann kann übrigens nicht umhin, anzudeuten, daß seine „Destruktion“ der „Scheinfrage“ nach der Existenz oder Nichtexistenz der Außenwelt jedenfalls nichts mit seiner praktischen Erfahrung zu tun hat. Er sagt: „Die Anerkennung der Grundumgangssprache kommt der Anerkennung eines Weltbildes gleich, dem ein allgemeiner Begriff von empirischer Erkenntnis entspricht, der sich in der Aussage beschreiben läßt, daß die Gegenstände empirischer Aussagen subjektunabhängig gegeben sind.“ (S. 200) In die richtige Reihenfolge gebracht, heißt das doch: „Ich stelle fest, daß ich und andere einen Begriff empirischer Erkenntnis haben, der darauf hinausläuft, daß die Gegenstände empirischer Aussagen subjektunabhängig gegeben sind. Dieser unausrottbar in mir vorhandene Erkenntnisbegriff fällt mit der positiven Antwort auf eine von mir destruierte ‚Scheinfrage‘ zusammen. Wie kommt das nur? Das kommt sicher daher, daß ich mit der ‚Grundumgangssprache‘ ein Weltbild akzeptiert habe, in dem dieser Begriff empirischer Erkenntnis enthalten ist.“ Dementsprechend erklärt Zimmermann seine Bereitschaft, die „Thesen des allgemeinen Materialismus“ als „Beschreibung eines Erfahrungsbegriffes zu lesen, der keiner weiteren Begründung fähig werden kann“ (S. 201 Anm. 47). Zu gut deutsch: „Auch ich denke in meiner alltäglichen Praxis so, daß ich die Gegenstände, die ich sehe, höre, fühle, rieche — für subjektunabhängig halte. Insofern ist das, was die Materialisten behaupten, eine genaue *Beschreibung* meiner praktischen Erfahrung, meines alltäglichen Denkens. Dieses alltäglich-praktische Denken destruiere ich aber, sobald ich zur Theorie übergehe. Theoretisch begründen kann ich dies Verhalten damit, daß eine ‚Begründungstheorie von Erfahrung‘ sinnvoll nicht möglich ist, da mit der ‚Grundumgangssprache‘ eo ipso ein Erfahrungsbegriff gegeben ist, der, von der gleichen theoretischen Grundlosigkeit ist, wie die Grundumgangssprache selbst.“ (S. 199)

Es ist das alte Lied: Schon der Bischof Berkeley hatte es nötig, zu betonen, daß seine Auffassungen *praktisch* selbstverständlich auf dasselbe hinauslaufen wie die der bösen „Atheisten“. <sup>8</sup> Aber der Kern ist eben nicht, daß der Idealist wenigstens in der Frage der von ihm wahrgenommenen Objekte praktisch ganz genauso wie der Materialist denkt und handelt — sondern daß er dazu durch die von ihm unabhängigen objektiven Bedingungen *gezwungen* wird, und zwar unter Hintansetzung aller idealistischen Prinzipien.

5. Ein weiterer Punkt, in dem beide Autoren übereinstimmen, ist ihre überaus häufige Berufung auf „die Praxis“, genauer gesagt: auf den Begriff der „Praxis“ oder auch nur auf das Wort „Praxis“. Leist begründet das mit einem Zitat von A. Schmidt so: „Nicht das Abstraktum der Materie, sondern das Konkretum der gesellschaftli-

<sup>8</sup> Vgl. hierzu: Lenin, Materialismus und Empirio-kritizismus, in: Lenin Werke, Bd. 14, S. 19.

chen Praxis ist der wahre Gegenstand materialistischer Theorie.“ (S. 581) Leist und Schmidt mögen dies Postulat für ausgesprochen materialistisch und marxistisch halten — es ist aber einfach nur kurzichtig. „Die gesellschaftliche Praxis“ ist um nichts weniger ein Abstraktum als „die Materie“. Und genauso, wie ich „die gesellschaftliche Praxis“ konkretisieren kann, indem ich mich z. B. mit der gesellschaftlichen Praxis von Leist beschäftige, kann ich auch „die Materie“ konkretisieren, indem ich mich mit der materiellen Beschaffenheit von Leist beschäftige. Deshalb ist an Konkretheit noch nichts dadurch gewonnen, daß ich statt von „der Materie“ von „der gesellschaftlichen Praxis“ rede. Diese Kurzichtigkeit des Zitats ist aber nur seine eine Seite. Die andere ist, daß es offensichtlich die Materialisten für ihre Theoriebildung auf den Objektbereich „Gesellschaft“ beschränken soll. Bestimmte Materie — Schwefel, Steinkohle, Wirbelsäule etc. — kann dann nur noch unter der Fragestellung untersucht werden, was an ihr durch gesellschaftliche Praxis hinzugekommen ist. Dies geht natürlich auf A. Schmidts Lehrsatz zurück, der Mensch könne nur erkennen, was er geschaffen habe. Kein Wunder, daß — wer von solchen Prämissen ausgeht — bei der sprachlichen Konstitution der Naturgesetze landen muß.

Ansonsten dient Leist die Berufung auf „Praxis“ hauptsächlich dazu, „Widersprüche“ im materialistischen Wahrheitskonzept zu konstruieren, zu deren „Glättung“ seiner Meinung nach die Trennung von absoluter und relativer Wahrheit erfunden worden ist. Daß Leist sich nicht in der Lage sieht, das „Praxismodell“ der Wahrheit mit dem materialistischen Begriff der Wahrheit — von ihm „Adäquationsthese“ tituliert — auf einen Nenner zu bringen, erstaunt nicht, unterlegt er doch dem „Praxiskriterium“ die gesamte Philosophie des Pragmatismus: „Der Praxisthese dagegen geht es darum, den Geltungsanspruch wahrer Aussagen durch den Hinweis auf ihren pragmatischen Sinn in erfolgreichem Handeln zu belegen.“ (S. 602) Hier kommt Leist ausnahmsweise einmal mit A. Schmidt in Konflikt, welcher ausdrücklich bemerkt, daß die Praxis als Wahrheitskriterium nicht „pragmatisch mißverstanden“ werden dürfe: „Aus der praktischen Nützlichkeit der Ideologie für den Fortbestand von Herrschaft geht für Marx gerade nicht ihre Wahrheit hervor.“<sup>9</sup> Diese sehr richtige Bemerkung richtet A. Schmidt übrigens nicht gegen den Katholizismus, gegen die „Totalitarismus-Theorie“ oder gar gegen die Auffassungen der Frankfurter Schule. Er macht vielmehr diese Aussage nur, weil er glaubt, von ihr aus einen Angriff auf den realen Sozialismus starten zu können. Leist, der Schmidt sonst in allem folgt, vergißt diese Aussage sofort, wo es darum geht, den Unterschied zwischen dem *Wesen der Wahrheit* und ihrem *Kriterium* zu einem Widerspruch zwischen zwei unvermittelt nebeneinanderstehenden Wahrheitsbegriffen umzufälschen.

Leist zeigt das Erscheinungsbild dieses konstruierten Widerspruchs, indem er uns zunächst einmal eine „strenge Fassung des Praxis-

9 Schmidt, a.a.O., S. 120 (Text und Anm. 121).

kriteriums“ vorführt: „daß es keine wahren Aussagen geben soll, die nicht zweckdienlich sind“ (S. 604). Hierzu stehe nun im Gegensatz, daß zufolge der Adäquationsthese „viele Aussagen („dort ist ein roter Fleck“) auch in zweckfreien Kontexten wahr“ sind. In der Tat: ein unauflöslicher Widerspruch! Spätestens für die Konstruktion dieses Widerspruchs kann man Leist nun wirklich keine gutwillige Unwissenheit mehr konzidieren — die Verwirrungstaktik wird offensichtlich. Denn er selbst zitiert ja im unmittelbaren Zusammenhang (S. 602) eine Leninstelle, deren voller Text seine Auslegung des „Praxiskriteriums“ als Wesensbestimmung von Wahrheit als Fälschung entlarvt und den ganzen mühsam konstruierten „Widerspruch“ auflöst. Lenin faßt hier ein längeres Engels-Zitat wie folgt zusammen: „Die materialistische Theorie, die Theorie der Widerspiegelung, ist hier also mit größter Klarheit dargestellt: die Dinge existieren außer uns. Unsere Wahrnehmungen und Vorstellungen sind ihre Abbilder. Durch Praxis werden diese Abbilder einer Probe unterzogen, werden die richtigen von den unrichtigen geschieden.“<sup>10</sup> Kein Wort davon, daß sich das „Praxiskriterium“ auf „Aussagen“ bezieht — es bezieht sich auf die in unserem Kopf entstehenden *Abbilder*. Kein Wort auch davon, daß diese Abbilder nur in dem Augenblick wahr sein sollen, wo sie „zweckdienlich“ sind — das Herausbilden von Abbildern ist überhaupt keine Sache des Augenblicks. Nach und nach bilden sich in unserem Kopf die Abbilder heraus — durch Überprüfung an der Praxis werden sie bestätigt und gefestigt oder verworfen und korrigiert. Für die Unterstellung, das Wesen der Wahrheit einer Aussage bestehe in ihrer augenblicklichen Zweckdienlichkeit, gibt es im Rahmen des Materialismus nicht die geringste Grundlage.

Bei Zimmermann dient die Berufung auf „Praxis“ — wie schon gesagt — der Begründung der Behauptung, daß „es einer Scheinfrage nachgehen heißt, wenn nach theoretischen Gründen dafür oder dagegen gesucht wird, daß die Außenwelt existiert . . .“ (S. 197). Die Berufung auf Praxis — so sagt Zimmermann — nimmt eine Funktion „zur Destruktion von Theorie“ ein (S. 198). Hieraus folgert er, die „traditionelle Erkenntnistheorie, idealistische wie allgemein materialistische“ sei deshalb scholastisch, „weil sie die Bindung von Erkenntnis an eine Form von Praxis nicht anerkennt, die gleich fundamental mit Arbeit gesetzt ist: Sprache.“ (S. 198)

Sehen wir für einen Augenblick von der Frage ab, ob man „Arbeit“ und „Sprache“ als zwei getrennte „Formen der Praxis“ so nebeneinanderstellen kann, ob beide „gleich fundamental“ „gesetzt sind“ (und von wem?!), und ob es nicht besser wäre, von einem „Zusammenhang“ zwischen Erkenntnis und Sprache zu reden als von einer Bindung der Erkenntnis an Sprache. Selbst wenn man zunächst diese Fragen offenläßt, bleibt Zimmermanns Feststellung doch schief — sie bedeutet nämlich ins Positive gewendet: Die Erkenntnistheorie braucht nur (allgemein) die Bindung von Erkenntnis an Sprache anzuerkennen, um schon nicht mehr scholastisch zu sein. Und genau



nach dieser Maxime verfährt Zimmermann: Er redet allgemein von der „prinzipiellen Sprachgebundenheit des Bewußtseins“ (S. 195), geht aber auf die konkrete Rolle konkreter sprachlicher Erscheinungen für das Bewußtsein nicht einmal versuchsweise ein.

Leist ist ihm hier um zwei Nasenlängen voraus, insofern er wenigstens erwähnt, daß es Wörter gibt, die unsere Kenntnis über die Entstehungsgeschichte einer Erscheinung zum Ausdruck bringen (S. 600, z. B. „Narbe“), und daß Aussagen über Naturgesetze die Existenz von Dingart-Wörtern und von Dispositionsprädikaten voraussetzen (S. 609 f.). Aber auch das bringt nicht viel, solange sich Leist kein konkreten Gedanken darüber macht, wie diese Wörter funktionieren, wie sie überhaupt in die Köpfe konkreter Menschen hineinkommen und schließlich: wie sie historisch entstanden sind.

6. Ein zentraler Punkt über Übereinstimmung zwischen beiden Autoren ist ihr Versuch, den Materialismus vom Boden der „Sprache“ her aus den Angeln zu heben. Dabei stützt sich Zimmermann offen auf „die Semantik“ und den späten Wittgenstein; Leist, der Wittgenstein nur beiläufig erwähnt (S. 593), arbeitet mit der Formel von der Sprache als dem „hervorragenden erkenntniskonstituierenden System“ (S. 589). Beide glauben damit einerseits bei Marx anknüpfen zu können — der ja den engen Zusammenhang zwischen Sprache und Bewußtsein herausgestellt hat —; beide glauben andererseits, Marx auf dem Boden der neupositivistischen „Sprach“-Philosophie vollenden zu können.

Bei ihrer Berufung auf „Sprache“ befinden sie sich in breitester Gesellschaft. Idealisten aller Schattierungen haben sich seit Beginn dieses Jahrhunderts mehr und mehr in den Bereich der „Sprache“ zurückzuziehen versucht — und die Materialisten sind ihnen hierher nicht gefolgt. Einmal, weil zunächst andere *praktische* Aufgaben für sie auf der Tagesordnung standen, zum anderen, weil sich Materialisten — im Gegenteil zu Idealisten — eben nicht so unbekümmert — oberflächlich und ohne jede Sachkenntnis — über jeden beliebigen Gegenstand äußern können.<sup>11</sup> — Warum dieser Rückzug? Die Antwort dürfte unter anderem in folgender Richtung zu suchen sein. Bis zum Beginn unseres Jahrhunderts traten subjektiv-idealistische Anschauungen nicht nur in rationalistischem Gewande, sondern ganz breit auch in Form empiristischer bis sensualistischer Theorien auf (älterer Positivismus, Empirio-kritizismus, Lebensphilosophie). Diese Position war aber — gerade angesichts der wachsenden Rolle der theoretischen Forschung in den Naturwissenschaften — über das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hinaus nicht mehr haltbar<sup>12</sup>.

<sup>11</sup> Ein Nebenergebnis des hier erwähnten Rückzugs der Idealisten in „die Sprache“ ist übrigens der beklagenswerte theoretische Stand unserer „modernen“ Linguistik, was in den Standardlehrbüchern der Geschichte der Linguistik dadurch verdeckt wird, daß hier Namen wie Franz Brentano, Husserl, Marty und der Wiener Kreis nicht vorkommen.

<sup>12</sup> Vgl. hierzu: Grundlagen der marxistisch-leninistischen Philosophie. Frankfurt/M. 1971, S. 561.

Hinzu kommt, daß die Anerkennung der sinnlichen Wahrnehmung als letztlich einzige Quelle der Erkenntnis für die Aufrechterhaltung des Idealismus nicht unproblematisch ist — denn daß das sinnlich Wahrgenommene auch wirklich und unabhängig vom wahrnehmenden Subjekt existiert, ist eine Selbstverständlichkeit, der sich kein Mensch in seinem alltäglichen Verhalten entziehen kann. Die Neupositivisten haben deshalb die Anpassung an die neueren Ergebnisse der Naturwissenschaften zugleich dazu benutzt, ihren empiristischen Anspruch bis zur Phrase auszuhöhlen und sich dabei der für sie lästigen — weil unmittelbar auf Materie gerichteten — Sinne zu entledigen. Bei ihrem durch Frege und Russell vorbereiteten Rückzug auf Sprache und Logik wird die Erfahrung von der einzigen Quelle der Erkenntnis auf das Kriterium für die Sinnhaftigkeit von Sätzen reduziert. Und selbst aus dieser Funktion wird die Erfahrung praktisch noch verdrängt, da das Wahrheitskriterium praktisch nicht Erfahrungstatsachen, sondern „Protokollsätze“ sind.

Neupositivisten wie Neukantianer sind eben durch und durch „rationalistisch“. Für sie reduziert sich das „Subjektive“ mehr oder weniger auf den begrifflichen Teil der Erkenntnis, den sie als etwas von der übrigen Welt Losgelöstes und prinzipiell Verschiedenes sehen. Um diese Ablösung zu begründen, lassen sie das Begriffliche aus „der Sprache“ hervorgehen, die ihrerseits „unhintergebar“ sei. Auch sie sind zwar der Meinung, daß das begriffliche Denken irgendwie mit der übrigen Welt verbunden ist — daß es aber eine Hirntätigkeit ist, die sich auf der Basis der sinnlichen Wahrnehmung entwickelt hat und aus ihr ihren gesamten Stoff nimmt, ist für sie nicht akzeptabel.

Es dürfte daher kein Zufall sein, wenn in den Beiträgen Leists und Zimmermanns — die immerhin von der Widerspiegelungstheorie der Erkenntnis handeln — die Sinne nicht ernsthaft behandelt werden. Lediglich bei Leist werden sie zweimal erwähnt (S. 577, 589), ohne daß jedoch ein Bezug zur begrifflichen Erkenntnis hergestellt würde. Bei der ersten Erwähnung geht es Leist darum, die Tatsache, daß wir Gestalten wahrnehmen und nicht nur eine Summe von Einzelempfindungen — gegen den von ihm unterschobenen mechanischen Abbildbegriff auszumünzen. Wie grob er dabei die materialistischen Auffassungen entstellt, wird daran deutlich, daß er Lenin nicht nur die Kenntnis des qualitativen Unterschiedes von Empfindung und Wahrnehmung abspricht, sondern ihm außerdem noch eine „Leninsche Vorstellung der Identität von sinnlicher Empfindung und Außenwelt“ unterschiebt. Als ob nicht Lenin gerade gegen diese subjektiv-idealistische Vorstellung ein ganzes Buch geschrieben hätte! Bei der zweiten Erwähnung (S. 589) stehen die Sinne in einem Marx-Zitat. Leist — für den es ausgemacht ist, daß Erkenntnis im wesentlichen durch Sprache konstituiert wird — geht auf sie nicht mehr ein.

7. Schließlich ist festzuhalten, daß Leist und Zimmermann nicht darum herumkommen, daß auch schon Marx das von ihnen bekämpfte Wort „widerspiegeln“ benutzt hat. Da sie beide die Taktik

verfolgen, Marx in allem Recht haben zu lassen und nur die übrigen Marxisten anzugreifen, müssen beide irgendeinen Sinn des Wortes „widerspiegeln“, „konstituieren“, den sie selbst auch akzeptieren können, um diesen dann Marx als den einzig von ihm gemeinten zu unterstellen. Beide müssen also verschiedene „Grundbegriffe“ oder „Grundbedeutungen“ von „Widerspiegelung“ unterscheiden. Leist ist hier gründlicher, er unterscheidet 6 solcher „Grundbedeutungen“. Zimmermann kann Leist bei dessen Unterscheidungsversuch, „so begrüßenswert er als solcher ist“ (!), „im einzelnen nicht folgen, weil ich die Begriffe von vornherein in Richtung auf nachweislich selbständige Probleme ansetze“. (S. 187 Anm. 1) Zu gut deutsch: Leist trennt in seinem — ansonsten „begrüßenswerten“, weil antimarxistischen — Unterscheidungsversuch künstlich Dinge, die in Wahrheit zusammenhängen; Zimmermann trifft hier ausnahmsweise ins Schwarze.

Sein eigener Unterscheidungsversuch zeigt denn auch deutlich, worum es eigentlich geht. Zimmermann unterscheidet zwei Widerspiegelungsbegriffe — WB I und WB II. Den ersten akzeptiert er, den zweiten lehnt er ab. Blicken wir von hier aus auf Leists Beitrag zurück, so sehen wir, daß dieser im Kern nichts anderes gemacht hat, was er allerdings sehr geschickt verbirgt. Oberflächlich unterscheidet er 6 „Grundbedeutungen“ des Wortes „Widerspiegelung“, die er der Reihe nach allesamt ablehnt (S. 576 — 583). *Nachträglich* erkennt er dann aber einen Fall von „Widerspiegelung“ als „ideologischen und pathologischen Grenzfall“ von „sprachlichem Bewußtsein“ an. „Sprachlich geleitete Erkenntnis nähert sich in dem Maße einer Widerspiegelung, als das typisierte und symbolische Wissen, ... von der Selbsterfahrung im Produktionsprozeß abgehängt und mit klischeehaften, fremdgeleiteten Formeln gefüllt wird. Marx gebraucht die Spiegelungsmetapher in der Warenanalyse bezeichnenderweise nur, wenn er auf die Fetischisierung der Wertqualität zur stofflichen Eigenschaft hinweist“ (S. 594). Es ist unschwer zu erkennen, daß hier ins nachhinein die sog. Grundbedeutung 5 akzeptiert wird. Tatsächlich entsteht der Eindruck der Ablehnung einer Gleichsetzung von „Ideologie“ und „Widerspiegelung“ hier nur dadurch, daß das Wort „Widerspiegelungstheorie“ zunächst im Sinne des „Abbildbegriffes“ gebraucht wird, was später ja nicht mehr der Fall ist. Zimmermann hat nun genau diesen Ansatzpunkt aufgegriffen und weiterentwickelt. Für ihn dient der akzeptable „erste Begriff (WB I) ... primär zur Formulierung der Basis-Überbau-Theorie“ (S. 187) — es geht darum, „die Entsprechungen zwischen den analysierten ökonomischen Beziehungen und Überbauphänomenen auszudrücken, insbesondere solchen, wo es angebracht ist, von einer ideellen Entsprechung zu ökonomischen Verhältnissen im Bewußtsein von Menschen zu reden.“ (S. 189) Die ganzen übrigen „Grundbedeutungen“, die Leist künstlich auseinandergeklaut hat, faßt Zimmermann als Widerspiegelungsbegriff II (WB II) zusammen — und diesen lehnt er genauso ab wie Leist die angeblich verschiedenen Grundbedeutungen.

Was beide *gemeinsam* damit negieren, ist: daß es eine von uns unabhängige existierende Welt gibt, die mehr ist als ein bloßes „Ding an

sich“; daß wir von dieser einzig durch unsere Sinne Kenntnis erhalten; daß unser Denken keinen anderen Stoff erhält als solchen, der wenigstens in letzter Instanz auf die Mitteilungen unserer Sinne zurückgeht; und: daß die Ergebnisse unseres Denkens nach dem gleichen Maßstab zu messen sind wie unsere Sinneswahrnehmungen — nämlich daran, wieweit sie die von unserem Bewußtsein unabhängige Wirklichkeit richtig wiedergeben.

Mit dieser Übereinstimmung im Negativen hört die Übereinstimmung der beiden Autoren aber auch fast schon auf. Oberflächlich ist noch ähnlich, daß es sich bei Leist beim akzeptierten „Widerspiegelungsbegriff“ um „Ideologie“, „Produktionsprozeß“, „Fetischisierung der Warenwelt“ handelt und bei Zimmermann um „Basis/Überbau“, „Ökonomie“ und Bewußtsein. Diese positive Übereinstimmung ist aber nur scheinbar, da es für Leist bei der akzeptierten „Widerspiegelung“ in Wahrheit um das Falsche an falscher Ideologie, um das Abhängtsein des Wissens von der Selbsterfahrung im Produktionsprozeß geht (S. 594). Leist deutet hier eine mögliche Gegensätzlichkeit zwischen „sprachlicher Leitung“ und „Selbsterfahrung“ an — er setzt das von der „Selbsterfahrung“ abgehängte Wissen gleich mit solchem, das durch klischeehafte, fremdgeleitete Formeln gefüllt ist. Als Maßstab für die Richtigkeit bzw. Falschheit nimmt er also „Selbsterfahrung“ — die er vermutlich im Sinne seiner „Leninschen Vorstellung der Identität von sinnlicher Empfindung und Außenwelt“ (S. 577) für identisch mit der tatsächlichen Situation im Produktionsprozeß hält? — nicht etwa die Sprache. Am Ende erfährt man dann aber, daß der außersprachliche Maßstab bloßer Schein war — es geht nicht um die Überprüfung des eigenen Denkens an der Wirklichkeit, sondern um „das Vermögen, mit Sprache gegen Sprache zu denken“ (S. 596). So wird — indem der Widerspruch zwischen Sein und Bewußtsein auf einen Widerspruch in der Sprache reduziert wird — die Sprache wieder voll in ihre Würde als „erkenntniskonstituierende“ Macht eingesetzt.

Zimmermann hat diese innersprachliche Widerspruchsmöglichkeit in seinen WB I nicht übernommen. Für ihn läßt sich die „Widerspiegelung“ ökonomischer Verhältnisse im Bewußtsein der Beteiligten problemlos (S. 188) als „Entsprechung“ definieren. Die von Leist zum Kern des von ihm akzeptierten Widerspiegelungsbegriffes gemachte *falsche Widerspiegelung* taucht bei Zimmermann nur noch in einem Engels-Zitat auf (S. 188, Anm. 2), das er zwar als „die vielleicht signifikanteste Stelle“ bezeichnet, ohne aber zu erklären, warum.

In der Tat paßt der Widerspruch zwischen falschem und richtigem Bewußtsein nicht so recht in Zimmermanns „Weltbild“. Dies aus dem späten Wittgenstein hergeleitete Weltbild besteht nämlich darin, eine „Grundungangssprache“ zu postulieren, die „gleichursprünglich“ sprachimmanenter und gegenständlicher Apparat sei (S. 199 f). „Die Kriterien der Verwendung von Ausdrücken und Sätzen fallen zusammen mit den Kriterien für die Gegenstände der Welt.“ Hinter dieser wundersamen Welterkenntnissprache verschwindet die reale

Welt — denn der eine Wesenszug dieser Sprache ist „Letztgegebenheit“ (S. 199) (andernorts auch „Unhintergebarkeit“ genannt, vgl. Argument 81, S. 657 — 661). Der andere Wesenszug dieser letztgegebenen Seins-Bewußtseins-Grundumgangssprache ist eine ebenso wundersame Harmonie — nämlich die „praktische Übereinstimmung“, die bei Wittgenstein und Zimmermann eine Übereinstimmung aller Sprachteilnehmer zugleich in der Grammatik und auch in den Urteilen ist. Die Parallele zu Leo Weisgerber ist auffällig, aber oberflächlich. Denn Weisgerber brauchte sein „sprachliches Weltbild“ zur ideellen Vereinigung aller Deutschen — Wittgenstein und Zimmermann brauchen es demgegenüber, weil sie nach Wegfall der realen Welt, die allen Menschen gleichermaßen „gegenübersteht“, in Verlegenheit um eine Erklärung der „Intersubjektivität“ sind. Wenn die Intersubjektivität nicht durch die Auseinandersetzung mit einer subjektunabhängigen, prinzipiell für alle gleichen Umwelt entsteht, dann muß sie eine andere Quelle haben — nämlich die „Grundumgangssprache“, die von allen Menschen „akzeptiert“ worden ist. Und da es nun widersprüchlich wäre, sowohl die Intersubjektivität als auch ihr partielles Fehlen aus der Teilhabe an der „letztgegebenen“ Grundumgangssprache herzuleiten, läßt Zimmermann das Gegenteil von Übereinstimmung in den Urteilen — also z. B. den Kampf zwischen richtigem und falschem Bewußtsein — einfach ins Wasser fallen. Allerdings sollte es Zimmermann nicht schwer sein, in diesem Punkte Leist einzuholen und so das Wahrheitsproblem als Problem „richtiger Sprache“ wieder in den Griff zu kriegen. Er braucht dazu nur als Komplement seiner „Grundumgangssprache“ die Menge des „Unsprachlichen“ in der Sprache zu postulieren — also die Menge der Ausdrücke und Sätze, die dazu dienen, von seinem Weltbild abweichende — und also sinnlose — Urteile zu formulieren.

Zusammenfassend kann man sagen, daß beide Autoren im wesentlichen übereinstimmen. Beide stolpern über die Subjekt-Objekt-Problematik — wahrscheinlich, weil sie mit der materialistischen Einsicht nicht zurechtkommen, daß unsere ganze schöne „Subjektivität“ nichts weiter ist als die Tätigkeit höchst materieller Organe — insbesondere unseres Gehirns. Beide werden mit dieser Schwierigkeit nicht anderes fertig als dadurch, daß sie die Materie aus ihrem Bewußtsein zu verdrängen versuchen. Beide sind daher gezwungen, *theoretisch* etwas zu bezweifeln, was ihnen *praktisch* eingestandenermaßen völlig klar ist: die von ihnen selbst und allen anderen Menschen unabhängige Existenz der materiellen Welt. (Um hier Mißverständnisse auszuschließen — das Wort „unabhängig“ steht hier genau in dem Sinn, in dem die Existenz einer Wüste von der *Anordnung* eines kleinen Teils ihres Sandes zu einer Düne *unabhängig* ist.) Beide Autoren postulieren aber auch „Praxis“ als Urgrund aller richtigen Erkenntnis, obgleich sie ihre praktische Gewißheit im Sinne des Materialismus zugunsten ihrer theoretischen konstruierten Zweifel im Sinne des subjektiven Idealismus beiseite schieben. Beide schließlich richten sich — bei vorgegeblicher Anerkennung all dessen, was Marx gesagt hat, und sogar dessen, was er nicht gesagt hat (!) — schärfstens

gegen den Materialismus — d. h. gegen die wissenschaftliche Ideologie der Arbeiterklasse. Dies wird noch dadurch unterstrichen, daß beide das Wesen der Marxschen Kritik an Feuerbach und am nur anschauenden Materialismus verfälschen, indem sie Marx als Grundanliegen Wissenschaftsfeindlichkeit (Leist) bzw. erkenntnistheoretischen Relativismus (Zimmermann) unterschieben. Beide verschweigen demgegenüber völlig den *Kern* der Marxschen Kritik, der zusammenfassend in den beiden letzten Feuerbachthesen formuliert ist und der — positiv gewendet — mit Marx' Bestimmung des „praktischen Materialisten“ zusammenfällt; nämlich: Kommunist zu sein, dem es darum geht, die bestehende Welt zu revolutionieren, die vorgefundenen Dinge praktisch anzugreifen und zu verändern (MEW 3, S. 42 — 45) — d. h. mit aller Kraft für die Aufhebung der Klassengesellschaft zu kämpfen, um so die Bedingungen für die „menschliche Gesellschaft“ (Feuerbachthese 10) überhaupt erst zu schaffen.

Herbert Claas

## Brechts »Buch der Vertagungen«

### Anmerkungen zum „Arbeitsjournal“ anlässlich der Besprechung von Bruno Frei \*

Brechts Schweyk, von der SS verhaftet und zum Kriegsdienst gepreßt, unterbricht die notwendige Aufklärungsarbeit unter seinen mitgefangenen Landsleuten angesichts der näherliegenden Bedrohung mit dem Trost: „Auf Wiedersehn im ‚Kelch‘, um sechse, nachm Krieg.“ (GW 5/1977)<sup>1</sup> — Georg Lukács berichtet, um die prinzipielle Annäherung zwischen ihm und Brecht zu dokumentieren, von einer Aufforderung Brechts, 1941 in Moskau ausgesprochen, sich nicht gegeneinander aufhetzen zu lassen. „Wir verabschiedeten uns — ich kann Brechts Worte natürlich auch hier nur sinngemäß wiederholen — damit, daß wir uns eine Stunde nach Kriegsende im Café Josti, Potsdamer Platz, treffen würden.“<sup>2</sup> Die Vermutung ist nicht abwegig, daß Brecht sich bei diesem Vorschlag entschloß, erst nach der Lösung der wichtigsten historischen Kampfaufgabe, der Überwindung des Faschismus, die Brecht-Lukács-Debatte zu führen. Es ist bekanntlich nicht dazu gekommen, sofern man darunter die Teilnahme der beiden Debattierer versteht. Wohl aber ist die Debatte noch in vollem Gange, sofern man ihr die Beiträge zuschlägt, in denen Brechts, Lukács' und anderer Positionen zum Problem des künstlerischen Realismus rekonstruiert und umkämpft werden.<sup>3</sup> Brechts Arbeitsjournal ist geeignet, nicht nur dieser post-festum-Diskussion auf historisch-materialistische Beine zu helfen. Es dokumentiert und reflektiert als Ganzes die Dialektik der politischen und ästhetischen

\* Das Argument 82, 15. Jg. 1973, S. 725—734.

1 Auf diese Weise wird auch im folgenden Text die 20bändige Ausgabe von Brechts Gesammelten Werken, Frankfurt/M. 1967, zitiert. Hier: Gesammelte Werke, Band 5, S. 1977. Die einfachen Zahlenangaben in Klammern bezeichnen die Seitenzahlen von Brechts „Arbeitsjournal 1938—1955“, Frankfurt/M. 1973.

2 Georg Lukács: In memoriam Hanns Eisler, in: Die Zeit, Nr. 36 vom 3. 9. 1965.

3 Klaus Völker: Brecht und Lukács, in: Kursbuch 7 (1966), S. 80—101, schreibt deshalb die „Analyse einer Meinungsverschiedenheit“; Werner Mittenzwei: Die Brecht-Lukács-Debatte, in: Sinn und Form 1 (1967), S. 235—269, ändert im Argument 46, S. 12—43, den Titel des gleichen Aufsatzes in: Marxismus und Realismus; Johann-Friedrich Anders/Elisabeth Klobusicky: Vorschlag zu einer Interpretation der Brecht-Lukács-Kontroverse, zugleich eine Kritik an Gallas, Mittenzwei und Völker, in: alternative 84/85 (1972), S. 114—120, sehen „Kontroverses“; und Lothar Baier: Streit um den Schwarzen Kasten, in: Text + Kritik, Sonderband

Produktion im Exil, die, „als praxis, wegverlegt ist von den zentren der alles entscheidenden geschehnisse.“ (171) Was Brecht aus gegebenem Anlaß nicht leichtthin ausplaudert, vergißt er nicht. Das Arbeitsjournal nimmt die vertagten Absichten auf und begleitet unter ihrem Blickwinkel die schmalen Realisierungschancen der je aktuellen ästhetischen Produktion. Weil Brecht sie nach ihrer Stellung zur übrigen materiellen Produktion und den daraus resultierenden Klassenkämpfen bestimmt, wird ihm das erzwungene Exil zur „inzwischenzeit“ (191), in der er schreibt, „wie eine windmühle, die auch ohne korn geht“ (394). Die Tagebuchform, sonst Rückgriff auf das literarische Mittel individueller Selbstvergewisserung, bezeugt lediglich die Verhinderung einer den objektiven gesellschaftlichen Möglichkeiten entsprechenden Produktion. Brecht schrieb Tagebücher vorher nur vom Juni 1920 bis zum Februar 1922, in einer Zeit also vor der öffentlichen Rezeption seines Werks, bevor Herbert Ihering nach der Uraufführung von „Trommeln in der Nacht“ schreiben konnte, Brecht habe „über Nacht das dichterische Antlitz Deutschlands verändert“. Damals repräsentierten sie ein Noch-Nicht der Brechtschen literarischen Praxis, nach 1938 ein Jetzt-Nicht. Das Arbeitsjournal greift nicht unmittelbar in Klassenkämpfe ein — insofern ist es „nicht zur Veröffentlichung bestimmt“ (Bruno Frei). Er wählt die Form des Journals nicht, um etwas für sich zu behalten. Vielmehr will man es nicht von ihm haben. Brecht sieht darauf, seinen „werken eine lange dauer verleihen zu wollen“, weil er „grund zu der pessimistischen annahme zu haben glaubt, seine ideen (dh die von ihm vertretenen ideen) könnten eine sehr lange Zeit brauchen, um sich durchzusetzen.“ (276)

In Hollywood verfällt er angesichts der Praxis kommerzieller Filmdrehbuchschreiber, denen er sich zugesellen muß, auf rührende Versuche von Doppelstrategie. Zum Lidice-Film „Hangmen Also Die“ (Brecht hätte ihn gerne „Trust The People“ genannt) gewinnt er seinen Koautor Wexley „mit mir und in meinem haus abends ein völlig neues idealscript zu schreiben“, das er dem Regisseur Fritz Lang vorlegen will. „natürlich lege ich das schwergewicht auf die volksszenen.“ (522) Die Filmgeschichte „The Silent Witness“ kam mit der Überlegung zustande, wie man marktgerecht herstelle, ohne insgeheime Ansprüche aufzugeben. „Sie (die Autoren) müßten die in Hollywood geltenden Regeln und Tabus beachten und wissenschaftlich, genau und objektiv vorgehen, so daß niemand durchschauen könne, was für ein anspruchsvolles Meisterwerk sie in Wirklichkeit vorlegten.“<sup>4</sup>

Bertolt Brecht I (1972), S. 37—44, läßt nur eine „sogenannte Brecht-Lukács-Debatte“ gelten.

Die Beiträge liegen unterdessen gesammelt vor in Hans-Jürgen Schmitt (Hrsg.): Die Expressionismusdebatte. Materialien zu einer marxistischen Realismuskonzeption. Frankfurt/M. 1973. Eine umfangreiche Bibliographie der Sekundärliteratur (22 Titel) liefert Jan Knopf: Bertolt Brecht. Ein kritischer Forschungsbericht. Fragwürdiges in der Brecht-Forschung. Frankfurt/M. 1974, S. 195 f.

4 Erwin Leiser: Bert Brecht und der Film. Neue Zürcher Zeitung, 22. 8. 1970.



Für die Lyrik, die er unter diesen Verhältnissen schreibt, hat er das Bild der „flaschenpost“. „das hat etwas schrulliges, kauzhaftes, borniertes.“ (406) Dem Schiffbrüchigen, der im eigenen Interesse etwas über seine Position zu vermelden hat, bleibt die räumliche und zeitliche Zufälligkeit von Adressaten, die ihm selber kaum mehr beizustehen vermögen.<sup>5</sup> Eine ganze Serie von Projekten und Versuchen bequemt sich den aufgezwungenen Kampfbedingungen im Exil an, ist unter dem „standard“, indem sie notwendige Beiträge angesichts noch notwendigerer vertagt, doch daneben gilt: „für die schublade braucht man keine konzession“ (45), und nach den Anpassungsleistungen, die den historischen Materialisten auszeichnen, wächst „die lust, etwas ganz und gar und überall unaufführbares hinterherzuschicken.“ (260)

Der Zentralbegriff des Arbeitsjournals, das signalisiert sein Titel, ist die Produktion. Die äußere Disparatheit der Notizen fügt sich zum System der Elemente, das der Vollzug der Produktion verlangt. Körperliches Befinden (193), Wohnung (509), Einkünfte (496) und Tageseinteilung (878) umschreiben den Zustand der Arbeitskraft. Angemessene Ergänzungen dieser Bestandsaufnahmen sind die Inventurlisten: über persönlichen Besitz (73), Bücher auf dem Tisch des Sohnes (222), Grundzahlen der ökonomischen Entwicklung der Sowjetunion (614 f.), eigene Verwertungschancen (460). Die Subsistenzmittel der Arbeitskraft schließen Radionachrichten (705), Zigarren (120) und Kriminalromane (684) ein. Arbeitsgegenstand sind die Beziehungen der Menschen untereinander, deren Bestimmtheit im Faschismus einerseits (380 f.), im Aufbau des Sozialismus andererseits (77). Die gesellschaftlichen Verhältnisse gruppieren die Menschen in widersprüchlichen Einheiten, als Völker, als Klassen, zu deren Beobachtung die Kenntnis der historisch-materialistischen Dialektik — Bewegungsgesetz und zugleich Methode der Erkenntnis — unverzichtbar ist (86). Dem literarischen Produktionsprozeß, der Aneignung der Welt durch ihre Abbildung, stehen als Fundus der Arbeitsmittel die Wörter, die gewordenen Formen sprachlicher Mitteilung, die Brecht erst waschen muß (155), und die Ansammlung bereits produzierter Literatur, die auf ihren Materialwert überprüft werden muß, zur Verfügung. Zum Zweck der szenischen Darstellung (Theater, Film) verbinden sie sich mit den Mitteln der Schwesterkünste, der bildenden Kunst und der

5 Was Brecht als äußerste Depravierung seiner Möglichkeiten gilt, markiert Adornos ästhetische Theorie als gelungene Autonomie jenseits einer schlechten empirischen Welt. „Als Adorno einmal über den Sinn seiner theoretischen Arbeiten sprach, nannte er das in seiner ‚Philosophie der Neuen Musik‘ ausgeführte Modell der Flaschenpost. Er wollte einen Zettel in eine Flasche stecken und diese ins Meer werfen in der Hoffnung, daß irgendwann einmal irgendwo irgendjemand diese Flasche fände und den Zettel lese. Hanns Eisler soll darauf geantwortet haben: ‚Ach Teddie, was soll auf diesem Zettel schon anderes stehen als: MIR IST SO MIES!‘“  
Jürgen Fredel: Zum Verhältnis von materieller und künstlerischer Produktion bei Th. W. Adorno. Soz. Diplomarbeit, Marburg 1974 (Masch.).

Musik. Die beschriebene Produktionsstörung durch die Emigration wirft Brecht auf die gesellschaftliche Form der einfachen Warenproduktion, gleichsam die vorindustrieller Vereinzelung zurück, die er zuvor theoretisch und praktisch abgestreift hatte, als er in den Organisationen der Arbeiterbewegung mit den fortgeschrittensten technischen Mitteln (Theater, Radio, Film) arbeitete. Einer Inventurliste von zehn Stücken, die er von 1933 bis 1943 schrieb, schickt er die Überlegung voran: „wenn immer man fertig ist mit einer arbeit in diesen jahren, entsteht jene vernichtende pause der unnatürlichen nichtverwertung, die überstanden werden muß. der vertriebene steinmetz hat wieder einmal, seiner gewöhnung folgend wie einem laster, einen der felsbrocken in ein bildnis umgewandelt und sitzt nun daneben, ausruhend, wie er sagt, wartend, wie er nicht sagt.“ (592) Die Gebrauchswertrealisation stößt auf ihre Schranken. Brechts ästhetische Produktion findet ihren Abschluß erst in einer tätigen Rezeption, dem genußvollen Erkennen der Zusammenhänge der wirklichen Welt in ihrer ästhetischen Abbildung, welches Erkennen realistisches Denken und Handeln ermöglichen soll. Mit praktikablen Abbildungen der Wirklichkeit liefert die Kunst Vorprodukte für den Prozeß ihrer bewußten Veränderung. Brecht betont den Stellenwert der „großen Produktion“ als Prinzip der Bewegung gegenüber der „großen Ordnung“ als dem Prinzip des zu Erreichenden bei seiner Definition des Sozialismus: „er ist hingegen viel praktischer als große produktion zu definieren. produktion muß natürlich im weitesten sinn genommen werden, und der kampf gilt der befreiung der produktivität aller menschen von allen fesseln. die produkte können sein brot, lampen, hüte, musikstücke, schachzüge, wässerung, teint, charakter, spiele usw. usw.“ (247) Die objektive Produktion und das subjektive Produktionsinteresse setzen materielle Bewegung in Gang, materialisieren die Dialektik, die Bruno Frei als „Denkstruktur des Notierenden“, als „Grundraster“ im Arbeitsjournal hervorhebt. Der Produktionsaspekt systematisiert die „Fächer“, die Bruno Frei addiert. Sein unglückliches Bild von den „Fächern“, denen Brecht mittels des Passepartout-„Schlüssels“ Dialektik „den Tagesstoff entnimmt“, stellt den Blick auf die eigentliche Leistung der dialektischen Methode. Eine Betrachtungsweise, die den Stoff historischer Produktion als gegebenen Zusammenhang auflöst, reduziert den Begriff der Dialektik auf allfällige „Vieldeutigkeit“.

Zu den fünf Gegenständen des Arbeitsjournals, denen Bruno Frei sich zuwendet, leuchten ihm die ausgewählten Texte zu Deutschland und der Sowjetunion unmittelbar ein; er stellt sie kurz dar. Problematisch sind ihm Brechts Positionen zu den aktuellen Aufgaben, zur Einschätzung des faschistischen Krieges also und dem Anteil der Literatur am Kampf dagegen innerhalb des Volksfrontbündnisses. Ein Drittel der Besprechung widmet Frei der Realismus-Diskussion und der Kontroverse in den Positionen Brechts und Lukács, die er gegeneinander abwägt mit dem Ergebnis, „Brechts Unruhe, im Kampf gegen den Faschismus könnte die Volksfront klassenneutral entarten, die Bündnispolitik ihres Klassengehalts entleert werden“,

habe „vom Bereich der Literatur auf die Bereiche der Politik verstärkt übergreifen.“ Die Richtung des Übergreifens von der Literatur her vermutet bei Brecht ästhetischen Idealismus, der sich im politischen Umfeld entsprechend verteidige, die Absicherung abgehobener literarischer Fehden also, zu denen im übrigen auch politische Ansichten gehörten. Tatsächlich spottet Brechts theoretisches und praktisches Verhalten dieser Sphärentrennung. Der von Walter Benjamin berichtete Satz Brechts: „ganz ernst ist es mir nicht“, bezeichnet den Stellenwert der Literatur als Moment der allgemeinen Geschichte. Wenn er „zu viel an Artistisches, an das, was dem Theater zugute kommt“, denkt, vernachlässigt er, was primäre gesellschaftliche Zwecke verlangen. Die Ernsthaftigkeit des konträren literarischen Typs, den Brecht den „Visionär“ nennt, lebt von der Überschätzung ästhetischer Produktion, der „Literatur die Hauptrealität“ ist. Sie hat keinen Blick für die Sphäre materieller Produktion, von der sie zehrt. Demgegenüber verantwortet Brecht als der „Besonnene, dem es nicht ganz ernst ist“, seine ästhetische Produktion auch vor außerästhetischer Vernunft.<sup>6</sup> Grundlage der im Arbeitsjournal sichtbaren Kontroversen ist sicher die von Bruno Frei hervorgehobene Klassentransparenz als Brechts Forderung an das Bündnis. Frei akzeptiert sie, sofern sie begrifflich vorgestellt ist, vermag ihrer konkreten Ausprägung in bestimmten Situationen jedoch nicht zuzustimmen. Er nennt Brechts Rede auf dem 1. Pariser Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur 1935 „grundsätzlich richtig, aber in jenem Augenblick nicht geeignet, die deutschen Schriftsteller im Exil zu einigen.“ Gegenüber der Mehrheit der linksbürgerlichen literarischen Emigration, die sich in den Kaffeehäusern weniger hauptstädtischer Zentren sammelte und ihre politischen Ansichten mehr aus den überkommenen Konstellationen der ausgehenden Weimarer Republik speiste als aus den neuen Aufgaben des Kampfes gegen den siegreichen Faschismus, befürwortete Brecht in einem Brief an Johannes R. Becher im Juni 1933 eine Strategie der politischen Schulung.<sup>7</sup> In seinen „Unpolitischen Briefen“ vermißt er „bei diesem Denken der Vertriebenen und Bedrohten eine einschneidende Überlegenheit über jenes der Vertreiber und Bedroher. Gut, das eine war die rohe Stimme der Barbarei, sie war roh und dumm, das andere war die Stimme der Kultur, sie war wohltonend, aber auch dumm.“ (GW 20/187)

Wie das Kongreßprotokoll<sup>8</sup> belegt, waren die Schriftsteller im Exil auf eine Art und Weise einig, die ein bescheidenes Maß von

6 Walter Benjamin: Gespräche mit Brecht. In: W. B.: Versuche über Brecht, Frankfurt/M. 1966, S. 118—121.

7 Werner Hecht, Hans-Joachim Bunge, Käthe Rüllicke: Bertolt Brecht, sein Leben und sein Werk. Reihe Schriftsteller der Gegenwart 10, Berlin 1971, S. 106.

8 In: Zur Tradition der sozialistischen Literatur in Deutschland, Berlin und Weimar 1967, S. 801—839. Aus dem selben Band zitiert Bruno Frei Brechts Referat (S. 714—719).

klassenspezifischer Argumentation wohl vertragen konnte, um Folgen zu bewirken. Nur Kenntnis des Klassencharakters des Faschismus ermöglicht nach Brecht eine realistische Literatur, die der Forderung genügt, „die Realität so darzustellen, daß sie meisterbar wird“ (216). Die Differenz zu Lukács ist unter diesem Aspekt eine, die Vertagung nur in Ansehung der gemeinsamen aktuellen Fronten aushält, nicht aber grundsätzlich ungeklärt bleiben darf. Seine eigene Produktion liefert Brecht die Einwände gegen professorale Reglementierung durch Lukács. Er respektiert den Historiker der bürgerlichen Gesellschaft, verwahrt sich aber zugleich gegen dessen Dekrete zur Normierung der ästhetischen Produktion nach den Vorbildern einführender „Gestaltung“ ohne Wissen. „kein Fakt mehr, kein konkretum.“ (13) Da geht es nicht um den von der Literaturwissenschaft aufgebauten Gegensatz zwischen „geschlossener“ und „offener“ Form, was Frei auch sieht. Daß Brecht ihm dennoch nicht ganz geheuer ist, formuliert Frei, wenn Brecht in „Zorn“ und „Saft“ gerät, von „Ungeduld angesteckt“ wird oder einer Sache „entgegen fiebert“. Er ist geneigt, radikale Äußerungen Brechts in Konflikten, zum Beispiel dem mit Thomas Mann, „einem bei ihm ungewöhnlichen Affekt“ zuzuschreiben und schließlich als „mehr aus dem Persönlichen gespeist . . . als aus dem Politischen“ abzudrängen. So mildert er, kaum daß er ihn zuläßt, den Verdacht, Brecht sei im Grunde ein alter Linksradikaler, „linksoptimistisch“, dessen „linkes Wunschdenken“ allenfalls als „antizipierendes Mißtrauen gegen Entscheidungen, die, taktischer Vorteile willen, Grundsätzliches außer acht lassen“, durchgehen kann. Die radikalen Analysen des Arbeitsjournals (vgl. etwa die Notiz zum 20. Juli 1944) als eines Vertagungsbuches gehen aber gleichzeitig mit einer durchaus staatsmännischen Praxis Hand in Hand. (Bündnisstrategien können am allerwenigsten auf stetige Reflexion ihrer Prämissen verzichten.) Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß weder die Stellungnahmen gegen Lukács noch gegen Thomas Mann oder Becher einem größeren Publikum bekannt wurden. In seinem Aufsatz „Weite und Vielfalt der realistischen Schreibweise“, den allein er zu veröffentlichen gedachte, wählte Brecht eine „positive Form“, um eine Verschärfung der Gegensätze zu vermeiden (GW 19/339). Anders Lukács, der seinen direkten Angriff gegen Brecht (nicht im Bündnisorgan „Das Wort“, wie Frei annimmt, sondern im Zentralorgan der Internationalen Vereinigung Revolutionärer Schriftsteller „Internationale Literatur“, Heft 7, 1938) in dem Aufsatz „Marx und das Problem des ideologischen Verfalls“ erst für die Ausgabe seiner Werke (Band 4, Essays über Realismus, Neuwied und Berlin 1971) gestrichen hat. Brechts Verhalten entspricht dem Typus des Revolutionärs, den Engels 1874 angesichts der Probleme blanquistischer Kommuneflüchtlinge als denjenigen charakterisierte, der im Exil vermeidbaren Enttäuschungen entgehe und historische Verhältnisse produktiv umsetze: „Wer unter den Flüchtlingen Verstand und Einsicht hat, der zieht sich von dem unfruchtbaren Gezänk zurück, sobald es mit Anstand geschehen kann, und treibt etwas Besseres.“ (MEW 18/528) Die undialektische theoretische Gleichset-

zung von Faschismus und Kapitalismus, die Frei aus zwei Notizen Brechts von 1948 (805 und 828) herausliest, findet anderswo keine Stütze und ist auch hier nicht gemeint. Vielmehr problematisiert Brecht die Möglichkeit der *Rückkehr* der Nazis zu bürgerlich-demokratischen Herrschaftstechniken in dem Deutschland, das durch eine militärische Niederlage und nicht durch demokratische Bewegungen von innen den Faschismus loswurde. Er mutmaßt folglich über die Verwüstungen in den Köpfen seiner Gegner: „nicht nur die Laster, auch die gesamten Tugenden der Klasse haben die Naziform bekommen.“ (805) Daher ist dem Zurückgekehrten „das Land (...) immer noch unheimlich.“ (1017)

Damit ist schon die deutsche Misere beschrieben, die in den späten Berliner Jahren die Vertagung von Projekten und Überlegungen erzwingt und sich, wenn auch in selteneren Aufzeichnungen, im Arbeitsjournal niederschlägt. Von seinem Schweizer Zwischenaufenthalt 1947/48 hatte Brecht sein Stück über die Gefährdung der siegreichen Revolution mitgebracht, wie er meinte für eine Situation, in der es nütze. „DIE TAGE DER COMMUNE muß zurückgestellt werden, schon weil die Volksbühne, etwa 60 000 Mitglieder zählend und die Hauptmasse unseres Publikums ausmachend, nur etwa 0,3 % Arbeiter enthält.“ (915) Der bürgerliche Dichter, als den Brecht sich betrachtet, bietet dem Proletariat die von ihm erarbeiteten und gemeisterten „höchstentwickelten Ausdrucksmittel“ an (143), aber es sind nicht genug da, sie anzunehmen. „in diesem wie in einem anderen löst der Einzug der Dialektik in das Theater einen deutlichen Schock auch bei denen aus, die auf anderen Gebieten die Dialektik anerkennen.“ (1001) Das Arbeitsjournal als Reflexionsort der Produktionsbedingungen Brechts, der hinderlichen wie der förderlichen, greift aus und reflektiert die Produktionsbedingungen eines ganzen Gemeinwesens, für das er positiv engagiert ist an der Seite der zur Herrschaft gelangten Klasse. Er braucht weiter den Aufbewahrungsort für zu vertagende Probleme. „was die Absetzung des LUKULLUS angeht: es ist vorauszusehen, daß bei Umwälzungen von solchem Ausmaß die Künste selbst da in Schwierigkeiten kommen, wo sie führend mitwirken.“ (945) Die Eintragung zum 17. Juni 1953 sieht in den Demonstranten „in aller ihrer Richtungslosigkeit und jämmerlichen Hilflosigkeit (...) die aufsteigende Klasse“ (1009) und gewärtigt damit die riesige Aufgabe, zu der Brecht mit politisch-ästhetischen Mitteln beitragen wollte. Freilich keine abstrakte Frage nach einem neuen Menschen spielt da hinein, sondern für Brecht das seit dem „Baal“ in unterschiedlicher Weise angemeldete Erkenntnisleitende Interesse an der gesellschaftlichen Befriedigung des menschlichen Glücksverlangens. Der späte Nachfahre des Baal war mit einer Stückfigur projiziert, die aus Elementen der Lebensgeschichte des Offenmaurers Hans Garbe die Probleme des sozialistischen Aufbaus in der DDR vorstellen sollte. „dem Stoff entnommen, eine Linie: dieser Arbeiter richtet sich auf, indem er produziert. zu untersuchen, was alles sich für ihn und bei ihm ändert, wenn er vom Objekt der Geschichte zu ihrem Subjekt wird — unter der Bedingung, daß dies nicht

ein rein persönlicher vorgang ist, da er ja die klasse betrifft.“ (959)<sup>9</sup> Dieser Klasse, die in den kapitalistischen wie in den sozialistischen Ländern je unterschiedene Kampfaufgaben hat, nützt es, die aufbewahrten Gedanken Brechts auf den Gebrauchswert zu überprüfen, der ihnen geblieben ist.

9 Zum Garbe-Stoff vgl. Bertolt Brecht: Büsching. Stückentwurf von 1954, und Hildegard Brenner: Schule des Helden. Anmerkungen zu Brechts Büsching-Entwurf, beides in: alternative 91 (1973), S. 212—221.

Paul M. Sweezy

## Utopischer Reformismus \*

### Kritik an Galbraith' neuestem Buch

Es wäre interessant, zu verfolgen, wie sich John Kenneth Galbraith' Ideen von „American Capitalism“<sup>1</sup> (1952) bis zu dem eben erschienenen „Economics and the Public Purpose“<sup>2</sup> entwickelt haben. Ein solcher Überblick würde meiner Meinung nach zeigen, daß Professor Galbraith sehr empfänglich für momentane Stimmungen ist. Ohne Schwierigkeit und ohne sich darüber Rechenschaft abzulegen, gelangt er von einer Art Panglosse-Optimismus in dem Buch „American Capitalism“ (und dem gleichzeitigen bekannten Artikel „We Can Prosper Without War Orders“ aus dem „New York Times Magazine“) über wachsende Skepsis in den Büchern der mittleren Phase („The Affluent Society“<sup>3</sup> und „The New Industrial State“<sup>4</sup>) zu etwas, was sich jetzt anbahnt und hie und da unverhohlene Alarmstimmung ist. Das alles geht Hand in Hand mit einem im Wesentlichen kaum veränderten Bild von der amerikanischen Wirtschaft und Gesellschaft — und nach Galbraith' eigener Ansicht ist es wohl auch von diesem Bild abzuleiten. Diese bemerkenswerte Tatsache legt die Vermutung nahe, daß die Übereinstimmung zwischen diesem Bild und der Wirklichkeit nicht in allen Teilen vollkommen ist. Gerade auf diesen Aspekt möchte ich die Aufmerksamkeit richten.

Zunächst wäre zu sagen, daß Galbraith' neueste Kritik der neoklassischen (oder orthodoxen oder allgemein anerkannten) Ökonomie wenig enthält, was neu wäre. Sie ist mit Abwandlungen und wechselndem Nachdruck in all seinen Schriften wiederholt worden. Im großen und ganzen ist sie vollauf berechtigt. Die in den Bildungsanstalten des Establishments gelehrt Ökonomie besitzt kaum Relevanz für die Wirklichkeit und ist durch und durch apologetisch, wenn

\* Zuerst erschienen in „Monthly Review“, Vol. 25, Nr. 6, Nov. 1973. Der Abdruck erfolgt mit Genehmigung des Autors. Die Übersetzung besorgte Jürgen Behrens.

1 American Capitalism. Boston / New York 21956 (1952). — Deutsche Übersetzung: Der amerikanische Kapitalismus im Gleichgewicht der Wirtschaftskräfte. Stuttgart / Wien / Zürich 1952.

2 Economics and the Public Purpose. Boston / New York 1973. — Deutsche Übersetzung: Wirtschaft für Staat und Gesellschaft. Droemersch Verlagsgesellschaft Th. Knaur Nachf., München 1974 (384 S., Ln., 29,80 DM). — Im folgenden wird nach der amerikanischen Ausgabe zitiert.

3 The Affluent Society. Boston / New York 21969. — Deutsche Übersetzung: Gesellschaft im Überfluß. München / Zürich 1959.

4 The New Industrial State. Boston / New York 21971. — Deutsche Übersetzung: Die moderne Industriegesellschaft. München 1968.

nicht der Absicht, so doch ihrer Wirkung nach. Ich will nicht näher darauf eingehen: wer mit Galbraith' Kritik noch nicht vertraut ist, findet sie ausgezeichnet dargestellt und von manchem neuen Ansatz ausgehend (Galbraith zeigt sich diesmal in der Rolle eines kleinbürgerlichen Frauenbefreiers) in seinem Buch „Economics and the Public Purpose“. Worauf ich vor allem die Aufmerksamkeit lenken möchte, ist das „Modell“ (der Begriff ist heutzutage geradezu obligatorisch), das er an die Stelle seiner Version des neoklassischen Bildes von einem konsumentenbeherrschten, selbstregulierenden Marktsystem setzt, in dem der Erzeuger keine Macht hat, ein Modell, das nur dann nicht zufriedenstellend funktioniert, wenn irreführende intellektuelle und unwisende Politiker damit herumhantieren.

Das Modell, das Galbraith hier vorlegt, unterscheidet sich darin von seinen früheren Versionen, daß er jetzt die Wirtschaft in zwei Teile zerlegt, die er das „Planungssystem“ und das „Marktsystem“ nennt. Das Planungssystem ist, wie er auf Seite 217 anmerkt, lediglich ein neuer Name für das, was traditionell der „monopolistische oder oligopolitische Sektor“ genannt wurde: es umfaßt etwa tausend gigantische Aktiengesellschaften, die zusammen drei Viertel — oder noch mehr — der gesamten Industrieproduktion des Landes herstellen. Das Marktsystem bildet den Rest der Privatwirtschaft, seine wichtigsten Untergruppen sind Landwirtschaft, Dienstleistungen und Kleinhandel. Nachdem er diese beiden „Systeme“ ausgemacht hat, geht Galbraith nun daran, das Funktionsganze der Wirtschaft im Sinne ihrer Wechselwirkung untereinander und mit dem Staat oder dem öffentlichen Sektor zu analysieren.

Seiner Analyse zufolge spielt das Planungssystem die dominierende Rolle. Hier hat die Triebkraft der gesamten Wirtschaft (der Einlagen- und — Investitions-Prozeß) ihr Zentrum. Mit all seiner erdrückenden Monopolmacht ist das Planungssystem in der Lage, das weitgehend wettbewerbsbestimmte Marktsystem zu exploitiere, indem es diesem ungünstige terms of trade aufzwingt wie eine Metropole ihren Kolonien. Diese Disparität der Macht wird auch im jeweiligen Verhältnis der beiden Systeme zum Staat widergespiegelt: das Planungssystem hat leichten Zugang zu allen Zweigen der Regierung und übt eine wirksame Kontrolle über die Mehrzahl von ihnen aus, während das Marktsystem im großen und ganzen ausgeschlossen bleibt. „Der moderne Staat“, so erklärt er auf S. 172, „ist nicht das Exekutiv-Komitee der Bourgeoisie, sondern eher das Exekutiv-Komitee der Technostruktur.“ („Technostruktur“ ist Galbraith' Bezeichnung für diejenigen, die die riesigen Aktiengesellschaften kontrollieren: wir werden gleich darauf zurückkommen.) Das Resultat dieser einseitigen Machtverteilung ist, daß das Planungssystem alles vom Staat bekommt, was es haben will, insbesondere Geld, während das Marktsystem ausgehungert wird. Das wiederum bedingt einen Prozeß wachsender Ungleichheit zwischen den beiden Systemen. An dieser Stelle können wir einen einschneidenden Wandel in Galbraith' Auffassungen im Vergleich zu seinen früheren Büchern feststellen, insbesondere gegenüber „The Affluent Society“. In jener Schrift



kontrastierte er privaten Überfluß mit öffentlichem Mangel und behandelte Ungleichheit als ein Problem von abnehmender Bedeutung, um das man sich keine ernsthaften Sorgen mehr zu machen brauche. Jetzt lautet das Argument nicht mehr, der öffentliche Sektor werde als solcher ausgetrocknet (Rüstung und Autobahnbau schlagen reichlich Geld für sich los), sondern die Verteilung der Ressourcen, soweit sie dem öffentlichen Sektor zufließen, widerspreche dem „öffentlichen Wohl“. Ungleichheit wird nunmehr als eines der größten und am meisten vorherrschenden Übel der Gesellschaft angesehen. Der Autor hätte freundlicherwise zugeben können, daß diejenigen, die stets dieser Auffassung gewesen sind, Recht hatten und er im Unrecht war. Doch hätte dies ein gewisses Maß an Bescheidenheit verlangt, das nicht eben Galbraith' Sache ist.

Verglichen mit der neoklassischen Theorie stellt dieses Zwei-Systeme-Modell zweifellos eine Verbesserung dar. Es integriert Monopol- und Staatsmacht, die dominierenden Mächte in der US-Wirtschaft der Gegenwart, in die Analyse des Systemganzen (die neoklassische Theorie ist kunstreich darauf angelegt, gerade dies zu vermeiden), und es gelingt ihm ganz gut, plausible Diagnosen im Hinblick auf einige Hauptprobleme des Systems anzubieten. Eines davon ist die bereits erwähnte Zuteilung von Ressourcen an den öffentlichen Sektor und innerhalb desselben. Ein anderes ist die Inflation, die in diesem System nach der Erkenntnis von Galbraith endemisch ist, unzugänglich jeder Kontrolle durch Steuer- und Finanzpolitik und sehr wohl verträglich mit beständig hohen Arbeitslosen-Quoten.

Ich bin indessen der Auffassung, daß Galbraith' Modell in vielerlei Hinsicht gravierende Mängel aufweist und letztlich hinausläuft auf eine Art neuer, stromlinienförmiger Apologie des Monopolkapitalismus. Da eine zufriedenstellende Entwicklung der gesamten Thematik mehr als nur eine kurze Rezension erforderlich machen würde, werde ich mich im folgenden darauf beschränken, diejenigen Punkte zu beleuchten, in denen mir die grundsätzlichen Schwächen seiner Analyse zu liegen scheinen.

*Das Planungssystem.* Jedes Wirtschaftsunternehmen, vom kleinsten bis hinauf zum größten, muß natürlich ein gewisses Maß an Planung durchführen. Als Gruppe jedoch leisten die Großunternehmen keinerlei gemeinschaftliche Planung und konstituieren kein System in dem gebräuchlichen Sinne eines Zusammenschlusses wechselseitig eng aufeinander abgestimmter und weniger eng zu ihrer Umwelt im Verhältnis stehender Einheiten. Galbraith räumt dies auf vielen Seiten seines Buches selbst ein, so wenn er von der Notwendigkeit von Maßnahmen spricht, „die Koordination der Industrie sicherzustellen, zu der das Planungssystem selbst nicht in der Lage ist“ (251), oder wenn er die Energie-„Krise“ geradezu als ein Symptom für die Unfähigkeit des Planungssystems behandelt, wirklich zu planen (31. Kap.). Abgesehen von innerbetrieblicher Planung, die zwar real genug, aber kein spezielles Merkmal des von Galbraith gemeinten Planungssystems ist, scheint er unter Planung ganz allgemein die Macht der großen Kapitalgesellschaften zu verstehen, ihr

Gewicht allenthalben in ihren Beziehungen zu Konsumenten und Regierung in die Waagschale zu werfen, ein Umstand, den natürlich alle Theorien des Monopolkapitalismus nachdrücklich unterstreichen, ohne sich dabei zur Beanspruchung des Wortes Planung veranlaßt zu sehen.

Warum also ist Galbraith derart versessen auf den Begriff des Planungssystems? Der Grund dafür ist meines Erachtens der, daß er ihm ermöglicht, die Machtstruktur in den USA in ein Konzept zu bringen, das seinen eigenen Voreingenommenheiten und seinem Reform-Programm entspricht. Um dies klären zu können, müssen wir zunächst einen anderen von Galbraith' Schlüsselbegriffen verstehen.

*Die Technostruktur.* Es ist inzwischen eine nahezu allgemein akzeptierte Auffassung, daß die typische große Kapitalgesellschaft nicht durch Mehrheitsentscheidungen ihrer Aktionäre oder gar von ihrem Aufsichtsrat kontrolliert wird, sondern durch das, was man gewöhnlich deren Management nennt, i. e. ihre leitenden Angestellten, die (ausgenommen in Zeiten finanzieller Schwierigkeiten) normalerweise eine sich selbst ergänzende Gruppe darstellen, die den Aufsichtsrat eher selbst auswählt als vice versa. Es ist wichtig, zu erkennen, daß dies keineswegs meint, was man sich oft darunter vorgestellt hat, nämlich daß Eigentum und Kontrolle in der großen Aktiengesellschaft voneinander getrennt sind. Ganz abgesehen von solchen Fällen, in denen das Management von Besitzern großer Aktienpakete (Majorität oder Minorität) zusammengestellt wird und diese repräsentiert, sind die Geschäftsführer großer Gesellschaften mit nur wenigen Ausnahmen selbst wohlhabende Männer im Besitz wesentlicher Kapitalbeteiligung sowohl an der eigenen wie an anderen Aktiengesellschaften. Weit davon entfernt, vom Eigentum getrennt zu sein, sind sie einfach die aktivste Gruppe derjenigen, die C. Wright Mills die korporierten Reichen genannt hat und die gewaltige Teile des Nationalreichtums in ihrem Besitz halten. Da dies so ist, sollte man doch natürlich annehmen, daß sie ihre Gesellschaften ausschließlich mit dem Blick auf maximalen Profit und die am schnellsten zu erzielende Kapitalakkumulation führen.

Aus Gründen jedoch, die erst im folgenden ganz verständlich werden, entspricht diese Schlußfolgerung den Absichten Galbraith' keineswegs. Gern würde er wohl den Kapitalisten ganz abschaffen, doch da dies unmöglich ist, wäre es das nächstbeste, ihn in einen funktionslosen (und relativ machtlosen) Rentier umzuwandeln. Doch das wiederum ist, wie wir bereits gesehen haben, mit der Theorie der „Kontrolle durch Manager“ nicht zu bewerkstelligen: die Manager sind in Wirklichkeit Kapitalisten im vollsten Wortsinne. Also wird Galbraith dazu getrieben, eine neue Theorie zu erfinden, die Theorie der Technostruktur. Das Kernstück seiner Argumentation besagt, daß das Management von Kapitalgesellschaften — im oben definierten Sinne — in Wahrheit überhaupt keine Kontrolle ausübt. Den Managern mangelt es am notwendigen Wissen, und Wissen ist die Grundlage der Macht. Dieses Wissen aber besitzt eine große Gruppe von

Spezialisten, und „die Organisation zu perfektionieren und zu leiten, in deren Dienst die Spezialisten stehen, erfordert ebenfalls Spezialisten. Schließlich braucht man nicht nur ein Individuum, sondern einen Komplex von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Technikern, von Verkaufs-, Werbungs- und Marketing-Fachleuten, von Public-Relations-Experten, Lobbyisten, Anwälten und Leuten mit spezieller Kenntnis der Bürokratie in Washington und der Möglichkeiten, sie zu manipulieren, und aus Koordinatoren, Managern und leitenden Angestellten setzt sich die Führungs-Intelligenz eines Wirtschaftsunternehmens zusammen. Dies ist die Technostruktur. Nicht ein einzelnes Individuum, sondern die Technostruktur wird zur Führungsmacht“ (82). Auf diese Weise wird das Management in die weitaus umfassendere Technostruktur eingebettet und ihr untergeordnet. Diese leitet ihre Macht vom Wissen der Spezialisten ab und ist dem Eigentum in keiner Hinsicht verpflichtet.

Der nächste Schritt besteht darin, die Technostruktur mit einer Reihe von Zwecken auszustatten, die Galbraith in „absichernde“ und „affirmative“ unterteilt. Die Schutz-Zwecke sind Sicherheit vor und Freiheit von äußerlich einwirkenden Störungen, wie etwa durch Gläubiger oder Gewerkschaften; die „affirmativen“ Zwecke schmelzen zusammen auf einen bloßen Machtzuwachs der Technostruktur. Um diese Ziele zu erreichen, strebt die Technostruktur 1) nach einem gewissen (gar nicht unbedingt niedrig gehaltenen) Gewinn-Minimum (94), das ausreichend sein muß, den Aktionären eine „vernünftige“ Dividende auszuschütten, den Druck von Gläubigern zu vermeiden und das Wachstum zu finanzieren; und 2) nach einer maximalen Wachstumsrate, gemessen am Umsatz, die eine stetige Expansion der Machtbasis der Technostruktur und die Schaffung neuer Positionen für die Technostruktur zum Ergebnis hat. Galbraith legt in ständigen Wiederholungen großen Nachdruck darauf, daß Profitmaximierung nach Art desjenigen, den er an einer Stelle seines Buches den „ursprünglichen Kapitalisten“ (247) nennt, *nicht* das Ziel der Technostruktur sei. Wir werden darauf zurückkommen.

Es ist nur noch notwendig hinzuzufügen, daß die Technostruktur das Planungssystem in seiner Verfügungsmacht hat, um Preise zu kontrollieren, den Konsumenten zu manipulieren und den Staat zu beherrschen. Da, wie wir bereits wissen, das Planungssystem zudem noch das Marktsystem beherrscht und ausbeutet, scheint es ganz so, als hätten wir hier ein genaues Abbild der Machtstruktur der amerikanischen Gesellschaft vor uns. Die Technostruktur sitzt am Schalt- hebel und läßt die ganze Show ablaufen.

Nach Auffassung Galbraith' jedoch ist dies ein ziemlich wackliges Arrangement. Die Technostruktur repräsentiert eigentlich niemanden als sich selbst, sie bezieht Macht weitgehend aus ihrer Fähigkeit, der Mehrzahl der anderen Sand in die Augen zu streuen und sie solange einer Gehirnwäsche zu unterziehen, bis sie ihnen weisgemacht hat, daß ihre Zwecke identisch seien mit dem öffentlichen Wohl. (Gerade in diesem Zusammenhang mißt Galbraith der Rolle der neoklassischen Ökonomie, die Menschen glauben zu machen, daß die schwerste

aller Sünden eine Störung des natürlichen Ganges des Wirtschaftsgeschehens sei, eine große und, wie es oft scheint, entscheidende Bedeutung zu.) Wenn die Öffentlichkeit oder hinreichend große Teile von ihr davon abgebracht werden können, die Dinge in dieser Weise zu betrachten, dann sollte es auch relativ leicht sein, die Knechtschaft der Gesellschaft gegenüber der Technostruktur zu brechen. Der Staat könnte sodann „emanzipiert“ und in einen „öffentlichen Staat“ transformiert werden, und eine ganze Reihe von Reformen, die sich schließlich zu einem „neuen Sozialismus“ oder mehreren neuen Sozialismen addieren, könnten in Gang gesetzt und durchgeführt werden.

Jedermann hat natürlich ein Recht auf seine eigene Utopie, und viele Utopien sind es wert, eingehend erörtert zu werden, sowohl wegen der Interessen, die in ihnen stecken, wie deswegen, was sie über ihre Urheber preisgeben. Ich muß bekennen, daß mich die von Galbraith nicht besonders anregt, wenngleich sie gegenüber all demjenigen, was wir davon haben, zweifellos Verbesserungen in sich birgt — womit allerdings nicht viel gesagt ist. Wenngleich er von Sozialismus redet, ist in Galbraith' Anregungen wenig enthalten, das demjenigen ähnlich wäre, was die meisten Menschen mit diesem Begriff verbinden. Er würde einige wenige Sektoren der Privatwirtschaft nationalisieren, darunter vor allem die Rüstungsindustrie, doch er ist nicht naiv genug, sich einzubilden, daß allein dadurch sich bereits sehr vieles ändern würde. Was den Rest angehe, so blieben Eigentumsverhältnisse und Organisation der Wirtschaftstätigkeit unverändert, mit einer Ausnahme. Jede Gruppe würde sich ermuntern, unterstützt und in manchen Fällen vielleicht sogar gezwungen fühlen, sich zu organisieren, um ihr eigenes ökonomisches Interesse durchzusetzen. Da wir schon keine universelle Konkurrenz haben können — so scheint er uns zu bedeuten —, laßt uns wenigstens das Monopol universalisieren. Und wenn jemand, gewitzigt durch Erfahrungen der Vergangenheit, einwenden sollte, daß dies eine doch recht zweifelhafte Methode sei, das „öffentliche Wohl“ zu erreichen, würde Galbraith wahrscheinlich erwidern, daß wir nie einen „öffentlichen Staat“ gehabt hätten, der über die gesamte Wirtschaft präsiidierte und seine wohlmeinenden Diktate all den miteinander in Widerstreit liegenden, doch (in der neuen Ordnung) relativ machtlosen Gruppen und Interessen aufgezwungen habe, die die Wirtschaft ausmachen. Der öffentliche Staat verkörpert vermeintlich den öffentlichen Zweck in sich, und Galbraith ist ihrer beider Prophet.

Doch warum dies eine Utopie nennen und nicht vielmehr, was Galbraith zweifellos darunter zu verstehen scheint, ein nüchternes, realistisches und realisierbares sozialreformerisches Programm? Der Grund ist ganz einfach der, daß seine Konzeption der Machtstruktur Lichtjahre von der Wirklichkeit der monopolkapitalistischen Gesellschaft entfernt ist.

Die Technostruktur beherrscht weder das Planungssystem noch sonst irgend etwas. Galbraith' gegenteilige Meinung beruht auf einer Verwechslung von solchen Entscheidungen, die innerhalb eines ge-

benen Rahmens getroffen werden, und dem Entscheiden darüber, welche Ziele durch diesen Rahmen denjenigen aufgezungen werden, die innerhalb desselben arbeiten. Ich glaube nicht, daß er recht hat, wenn er behauptet, die Technostruktur treffe anstelle des Managements sämtliche operativen Entscheidungen — ob eine neue Fabrik gebaut werden soll, worin das diesjährige Modell sich von dem des Vorjahres unterscheiden soll etc. etc. — doch selbst wenn er recht behielte, hätte dies keinerlei Auswirkungen auf den Endzweck des Unternehmens. Dieser wird bestimmt weder durch ein Individuum noch durch eine Gruppe, sondern einzig durch das Wesen des Wirtschaftssystems, oder wie die Marxisten sagen würden: durch das Wesen des Kapitals als sich selbst verwertender Wert<sup>5</sup>. Konkret gesprochen: dieser Zweck ist von zweifacher Art und er muß es sein: so viel Profit wie möglich zu machen und so schnell wie möglich zu wachsen. Objektiv bestimmt, wird dies das subjektive Ziel des Managements; und es durchwaltet die gesamte Ideologie und das Wertsystem der Geschäftswelt. Die Belegschaft (vor allem die Technostruktur) wird diesem Kriterium entsprechend eingestellt und jeder, dem es einfallen sollte, irgendein anderes Ziel zu verfolgen, wird umgehend entlassen. Wirkliche Macht im Unternehmen ist im Besitz derjenigen, die die Macht besitzen, einzustellen und zu entlassen, und es ist genau eben diese Macht, die dem Management eigen ist. Indem es sie ausübt, handelt das Management als Kapitalist und zugunsten des Kapitalisten.

Es könnte scheinen, als wiche diese Argumentation im Grunde gar nicht so sehr von der Position von Galbraith ab. Gewiß, er streitet rundweg ab, daß Profitmaximierung irgendwie Teil der Zielsetzungen einer Kapitalgesellschaft sei; doch insoweit er darauf besteht, daß *Wachstum* dieser Zielstellung wesentlich sei, könnte an diesem Punkt der Anschein entstehen, als wollte ich eine Abgrenzung vornehmen, ohne daß ein echtes Unterscheidungsmerkmal vorliege. Denn immerhin sind — wie jedermann aus der Geschäftswelt uns klipp und klar sagen könnte — Profite der Schlüssel zum Wachstum, gleichgültig, ob es aus internen Rücklagen oder durch ein Zurückgreifen auf den Kapitalmarkt (Geldmarkt) finanziert wird. Je profitträchtiger eine Kapitalgesellschaft, umso schneller ihr Wachstum. Also könnte man Galbraith' Leugnung der Profitmaximierung als bloße Spitzfindigkeit ohne jede wirkliche Bedeutung abtun. Es ist wichtig, zu begreifen, warum Galbraith nicht zugeben kann, daß es so ist. Profitmaximierung ist das einhellige Interesse der Eigentümer der Industrie. Wenn es zugleich das Hauptziel des Managements einer Kapitalgesellschaft ist, dann liegt zweifelsfrei eine Interessenidentität bei Eigentümern und Managern vor. Wenn aber Aktiengesellschaften nicht von ihren Managern, sondern von ihren Technostrukturen kontrolliert werden, die ihrerseits weitaus mehr daran interessiert sind, ihre

5 Der Begriff des sich selbst verwertenden Werts ist entscheidend für die gesamte Struktur der Marxschen Ökonomie. Er wird in bündiger Kürze (auf 30 Seiten) im I. Band von „Das Kapital“, II. Abschnitt, 4. Kapitel, erklärt.

eigene Machtfülle zu vergrößern als die Profite, dann werden Aktiengesellschaften eben nicht im Interesse der Eigentümer geführt. In diesem Fall ist die Kontrolle über den Schlüsselbereich der Wirtschaft der besitzenden oder der Kapitalisten-Klasse aus den Händen gegliitten und in die relativ schwache Hand einer neuen technokratischen Schicht übergegangen. Und wie oben bemerkt, wird von dieser Schicht ferner angenommen, daß sie bereits Kontrolle über den Staat erlangt habe. Dieser Auffassung entsprechend wird die Aufgabe des Reformers im Vergleich zu früher wesentlich vereinfacht und erleichtert. Keine Notwendigkeit des Klassenkampfes oder ähnlicher Gelegenheiten mehr. Man kläre einfach die Öffentlichkeit auf, emanzipiere den Staat und stufe die Technostruktur auf ihre eigentliche, untergeordnete Rolle herunter.

Sobald wir erkennen, daß all dies Illusion ist, daß die Kapitalisten die gigantischen Gesellschaften von heute genauso vollständig kontrollieren wie vor hundert Jahren die kleineren Unternehmen, können wir uns kaum der Mutmaßung erwehren, daß Galbraith' Theorie auch in anderer Hinsicht kaum irgend zuverlässiger sein werde. Und die Antwort lautet — was nicht überraschen kann (eine seiner Lieblingswendungen) —, daß sie es tatsächlich nicht ist.

Zunächst einmal ist das Bild eines mehr oder weniger homogenen „Marktsystems“, das einer handvoll gigantischer Aktiengesellschaften gegenübersteht, in extremer Weise bloße Einbildung. Nicht etwa, daß das kleine, ausgebeutete und selbst ausbeutende Unternehmen in Bereichen der Wirtschaft wie z. B. der Landwirtschaft, im Kleinhandel und auf dem Dienstleistungs-Sektor nicht wirklich existierte: es existiert und wird ein Opfer des Systems, wie Galbraith ganz richtig sagt. Doch es gibt zugleich eine Vielzahl von Nutznießern, die durch keinen noch so kühnen Flug der Phantasie in Galbraith' Planungssystem unterzubringen sind. Nur einige wenige der wichtigeren Kategorien enthüllen bereits, wie verbreitet und bezeichnend das Phänomen ist: kleine und mittlere Unternehmen des Handwerks und Gewerbes, standortgebundene Baufirmen (fast die gesamte Bauindustrie), Großbauern und Viehzüchter, Grundeigentümer und Bodenspekulanten, Besitzer von Rundfunk- und Fernsehstationen, ortsansässige Privatbankiers, Freiberufliche (insbesondere Ärzte und Rechtsanwälte). Natürlich sind nicht alle, die in diese Kategorien gehören, zu den Gewinnern zu rechnen. Doch buchstäblich Millionen von ihnen sind alles andere als Opfer des Systems: im Gegenteil, viele unter ihnen rechnen zu den Hauptnutznießern. Sie mit dem Besitzer des Gemüseladens an der Ecke in einen Sack zu werfen, ergibt so wenig Sinn, daß man dafür wohl ein grundlegend anderes Motiv unterstellen muß. Und in Galbraith' Falle glaube ich, daß sein Motiv letztendlich — dem Autor selbst wahrscheinlich unbewußt — darin besteht, das Bild der Machtstruktur in den USA noch weiter zu verwirren. Viele der in den Kategorien aufgezählten Leute (und manche andere, die nicht mit aufgeführt sind), sind im landläufigen Sinne wohlhabend, mit einem Einkommen und Anlagevermögen, die weit über dem Durchschnitt dessen liegen, worüber die Technostruk-

tur verfügt, und sie sind auf mannigfache Weise (z. B. durch Aktienkapital) mit den korporierten Reichen verflochten. Politisch gesehen beherrschen sie ihre Kommunen und die Wahldistrikte, oftmals bis hinauf zur Bundesstaatsebene, in der sie leben und ihre Geschäfte abwickeln. Sozial gesehen gehören sie zur selben Klasse wie die korporierten Reichen, haben mit ihnen Lebensstil, Wertvorstellungen und Ideologie gemeinsam. Sie konstituieren demnach, was ihre Zahl und geographische Streuung angeht, den bei weitem größten Teil einer relativ homogenen Klasse, die ihre enormen Reichtümer und Privilegien aus dem ökonomischen status quo bezieht.

Doch ist sie zugleich herrschende Klasse in dem Sinne, daß sie den Staat beherrscht? Gemessen an Galbraith' Theorie müßte die Antwort lauten: nein. Er macht einen ziemlich scharfen Unterschied zwischen bürokratischen und gewählten Abteilungen der Regierung. Die Bürokratien sind in Zusammensetzung und Zielsetzung der Technostruktur ähnlich, insoweit ihnen eine starke Tendenz innewohnt, zu entwickeln, was er ein symbiotisches Verhältnis nennt: das ist die eigentliche Quelle der Macht, die die Technostruktur über den Staat hat. Die gewählten Abteilungen, Kongreß und das Amt des Präsidenten, sind andererseits nicht notwendig an irgendeine Machtgruppierung gebunden. Gewiß, die Republikanische Partei und bisher auch große Teile der Demokratischen Partei haben sich der Auffassung der Technostruktur angeschlossen, daß das, was gut für sie sei, auch der Nation zum Wohl gereiche. Doch diese Allianzen sind nicht unaufbrechbar. Wie wir bereits gesehen haben, glaubt Galbraith, daß, angefangen mit den gewählten Abteilungen, der Staat von der Technostruktur emanzipiert und in ein Werkzeug des „öffentlichen Wohls“ umgewandelt werden könne.

Vom Standpunkt der Klassenanalyse nehmen sich die Dinge allerdings ganz anders aus. Die oberen Chargen der Regierungsbürokratie (einschließlich der Justiz) werden in überwältigendem Maße gestellt von Angehörigen der ökonomisch herrschenden Klasse und/oder Leuten, die unmittelbar von ihr abhängig sind; und die Organisationen der politischen Parteien werden auf jeder Ebene von den Privilegierten kontrolliert, die angetreten sind, das meiste aus der Protektion und den Vergünstigungen herauszuholen, die Gemeinde, Staat und Bundesstaats-Regierungen zu vergeben nun einmal in der Lage sind. Dies sind Tatsachen, die durch zahllose empirische Untersuchungen von Großstädten, Kleinstädten und politischen Institutionen bestätigt worden sind, wenngleich, das muß auch gesagt werden, nicht alle Autoren dieser Studien die logische Schlußfolgerung ziehen, daß die Regierung in den Vereinigten Staaten samt und sonders von genau denselben Interessengruppen in Besitz genommen ist, die den Hauptteil des Reichtums in diesem Lande besitzen und sein Wirtschaftsleben kontrollieren. Diese Interessengruppen konstituieren zusammengenommen eine herrschende Klasse im vollen Wortsinne, die reichste und mächtigste in der Geschichte der Menschheit.

Die Folgerungen hieraus sind für Galbraith' Reformstrategie natürlich verheerend. Wenn der Feind eine wurzellose, emporgekommene Technostruktur ist, die sich hauptsächlich dadurch an der Macht hält, daß sie ein ideologisches, leeres Wohlstandsversprechen verkauft, dann ergäbe es allerdings einen Sinn, auf einen ideologischen Gegenangriff zu vertrauen, dem die Anstrengung folgen würde, die Demokratische Partei für Galbraith' neueste Spielart des Populismus einzunehmen. Doch wenn der Feind in Wahrheit eine Bourgeoisie von gewaltiger Machtfülle ist, ausgestattet mit der Erfahrung von zwei Jahrhunderten Herrschaft und absolut skrupellos, grundsätzlich alle verfügbaren Mittel anzuwenden, um ihre Ziele zu erreichen<sup>6</sup>, dann scheint eine grundlegend andere Strategie angebracht. Vor allem sollte man sich besser nach möglichen Verbündeten umsehen, die sich an einem Kampf mit vernünftigen Erfolgsaussichten zum Sturz der jetzt herrschenden Klasse beteiligen können. Und ich fordere Galbraith oder wen auch immer auf, anzugeben, wo solche denkbaren Verbündeten sonst noch außer in der Arbeiterklasse zu finden sind, wobei ich das Wort in einem möglichst breiten Sinne gebrauche, unter Einschluß der großen Mehrheit jener, die ungeachtet der Farbe ihres Kragens, für ihren Lebensunterhalt arbeiten müssen. Die Arbeiter besitzen potentielle Macht, nicht weil sie in der Mehrheit sind — wenn es hart auf hart geht, schert sich keine herrschende Klasse um die Arithmetik von Mehrheiten und Minderheiten —, sondern weil sie unentbehrlich sind für den Produktionsprozeß und folglich für das ganze Leben der Gesellschaft.

Wie die meisten Liberalen setzt Galbraith wenig Hoffnungen auf die Arbeiter. Wenn er Recht behält, werden die Verhältnisse immer weiter verkommen, ganz so wie sie sich bereits seit langem — wie Galbraith jetzt erkannt hat — schon verschlechtert haben. Doch es könnte sich vielleicht als weitaus konstruktiver erweisen, von der Annahme auszugehen, daß von einem gewissen Stadium dieses Pro-

6 Soweit ich mich entsinne, wird Vietnam nur einmal in einer Fußnote erwähnt und ist im Index überhaupt nicht aufgeführt. Bevor er wieder ein neues Buch schreibt, würde Galbraith gut daran tun, darüber nachzudenken, welche Schlüsse aus dem Verhalten der USA in Vietnam hinsichtlich der letzten Konsequenzen zu ziehen sind, bis zu denen die herrschende Klasse Amerikas zu gehen bereit ist, wenn das, was sie für ihre vitalen Interessen hält, bedroht ist. Eine vollständige Würdigung von „*Economics and the Public Purpose*“ müßte sich damit befassen, wie der Autor den Imperialismus und die Rolle der USA überall in der Welt behandelt. Ich will hier nur soviel sagen, daß seine Erörterungen derart kurzgehalten, oberflächlich und nichtssagend sind, daß sie die Vermutung nahelegen, daß Galbraith mit den jüngsten Arbeiten auf diesem Gebiet, insbesondere denjenigen aus der jüngeren Generation von Sozialwissenschaftlern in der Dritten Welt, nicht vertraut ist. Das kann nicht überraschen, da die meisten dieser Arbeiten marxistisch oder in starkem Maße marxistisch beeinflusst sind, und dort, wo Galbraith auf den Marxismus Bezug nimmt, beweist er, daß er nur einer bewährten Tradition bürgerlicher Sozialwissenschaften folgt: er lehnt es rundheraus ab, ihn ernstzunehmen.



zesses an die amerikanischen Arbeiter ein politisches Erwachen erleben werden, ähnlich wie in den Dreißiger Jahren, das nächste Mal jedoch auf einer Stufe, die dem Ernst der sich abzeichnenden Krise des Weltkapitalismus angemessen ist. Ich würde Galbraith gern das Kompliment machen, darauf zu vertrauen, daß er — sollte dies eintreten — flexibel genug sein werde, ein weiteres Buch zu schreiben, in dem er auseinandersetzt, wie und warum er alles schon lange vorher habe kommen sehen.

---

„In Wirklichkeit tut er (Proudhon), was alle guten Bourgeois tun. Sie sagen alle, daß die Konkurrenz, das Monopol etc. im Prinzip ... die alleinigen Grundlagen des Lebens sind, in der Praxis aber viel zu wünschen lassen. Sie alle wollen die Konkurrenz ohne die unheilvollen Folgen der Konkurrenz. Sie wollen alle das Unmögliche, d. h. bürgerliche Lebensbedingungen ohne die notwendigen Konsequenzen dieser Bedingungen. Sie alle verstehen nicht, daß die bürgerliche Form der Produktion eine historische und vorübergehende ist ... Dieser Irrtum stammt daher, daß der Bourgeois-Mensch für sie die einzig mögliche Grundlage aller Gesellschaft ist, daß sie sich keine Gesellschaftsordnung denken können, in der der Mensch aufgehört hätte, Bourgeois zu sein.“

Karl Marx, Brief an P. W. Annenkow (1846), in: Marx/Engels Werke, Bd. 27, S. 459 f.

Wolfgang Fritz Haug

## Ein wichtiger neuer Lernschritt in der Planungsdebatte auf Kuba

Den Kern zahlloser Diskussionen um die richtige Verwirklichung des Sozialismus bilden die Fragen der sozialistischen Ökonomie, bilden die vielfältigen Probleme, die sie aufwirft. Wer nicht in erster Linie die materielle Praxis der sozialistischen Gesellschaften berücksichtigt, die Notwendigkeiten der Produktion des gesellschaftlichen Lebens und seiner Reproduktion auf erweiterter, qualitativ höherer Stufenleiter, der wird keinen anderen Aspekt richtig einschätzen können.

Die Diskussionen um die Rolle von „Ware-Geld-Beziehungen“ und „Wertgesetz“ im Sozialismus kranken fast durchweg an hochgradiger Abstraktheit, an praktischer Ahnungslosigkeit.<sup>1</sup> Klassikerzitate werden oft gegen praktische Lösungsversuche ausgespielt, ohne Rücksicht darauf, daß sich widersprüchliche Aussagen zitieren lassen und daß von den Zitierten immer wieder eingeschärft worden ist, nicht von abstrakten Prinzipien auszugehen, sondern von der praktischen Bewegung. Lenins Äußerungen zur sozialistischen Wirtschaftspolitik sind, gerade weil er nicht auf abstrakten Prinzipien beharrte, widersprüchlich. In ihnen spiegelt sich der Lernprozeß zuerst seiner Partei und dann, dies vor allem, der Sowjetmacht. Eine bestimmte Politik bewirkt bestimmte Veränderungen in der Gesellschaft; die Veränderungen in der Gesellschaft setzen eine veränderte Politik auf die Tagesordnung.<sup>2</sup> Und wenn auch schroffe Wendungen notwendig werden, so gibt es in den Augen Lenins nur eine Haltung, die prinzipiell richtig ist: „zielstrebig und beharrlich lernen, jeden unserer Schritte an der praktischen Erfahrung überprüfen, uns nicht fürchten, Begonnenes mehrmals umzuarbeiten, unsere Fehler zu korrigieren und uns dabei aufmerksam in ihre Bedeutung vertiefen“<sup>3</sup>.

1 Vgl. dazu die in manchem ergänzungsbedürftige aber in der Hauptsache treffende Replik von K. H. Götze und J. Harrer auf eine „Kursbuch-Polemik gegen die politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR“, in: *Das Argument* 68, 13. Jg. (1971), S. 810—850.

2 Reichliches Material dazu bringt H. Haumann: Die russische Revolution und ihre ersten Versuche sozialistischer Wirtschaftspolitik, in: *Das Argument* 82, 15. Jg. (1973), S. 768—803.

3 Lenin: Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution, in: *Werke*, Bd. 33, S. 38 f. Zur Bedeutung dieser Haltung und des Begriffs der Wendungen für Brecht vgl. W. F. Haug: *Bestimmte Negation*, Frankfurt/M. 1973, vor allem S. 72, Anm. 2.

Es gibt nur einen Zugang zum Begreifen der Organisationsformen sozialistischer Ökonomie und ihrer Bedeutung: von der praktischen Notwendigkeit und der wirklichen Entwicklung her — allgemeine-theoretische Positionen behalten ihr Recht nur, soweit sie sich hier bewähren. Und Begreifen heißt auch: Eingreifen können. Das bedeutet nicht, daß von den Ansprüchen, die sich in jenen abstrakt ausdrücken, auch nur ein Jota aufgegeben werden muß.

Die hervorragende lehrhafte Qualität der im folgenden dokumentierten Rede von Fidel Castro besteht darin, daß sie eine ganz wichtige, mit praktischer Erfahrung gefüllte Phase des gesellschaftlichen Lernprozesses auf Kuba wiedergibt. Was als fertige Form immer wieder sich zu verselbständigen, unverständlich zu werden droht, zeigt sich hier im Werden, in seiner Notwendigkeit. Deshalb läßt sich aus dieser Rede, die Castro als Erben und Fortführer von Marx und Lenin zeigt, mehr über die politische Ökonomie des Sozialismus und die Gesetzmäßigkeiten, die beim Aufbau des Sozialismus berücksichtigt werden müssen, lernen als aus vielen Lehrbüchern. Was oft fälschlicherweise graue Theorie und Formelkram bleibt, zeigt sich hier in Aktion als praktische Vorschläge von und für Millionen, wie ein gemeinsamer, weiterführender Weg zu finden sei.

Deshalb bringen wir dies Dokument trotz seines Umfangs im wesentlichen ungekürzt.

Fidel Castro Ruz

## Rede vor dem XIII. Gewerkschaftskongreß\*

Verehrte Gäste,  
Genossen der Leitung der Partei,  
Genossen der Führung der CTC<sup>1</sup>,  
Genossinnen und Genossen Delegierte dieses Kongresses!

Es wird nicht einfach sein, in wenigen Worten die ganze Bedeutung, den ganzen Reichtum und die Wichtigkeit dieses Ereignisses zusammenzufassen. Es wurde zu Recht gesagt, daß dieser 13. Kongreß unserer Arbeiter ein historischer sein wird. Und in diesem Kongreß hat sich vor allem das Niveau des politischen und revolutionären Bewußtseins unserer Arbeiter ausgedrückt. Hier sind Dinge diskutiert worden — und auch im Verlauf des Prozesses, der zu dem Kongreß führte —, die tiefgreifend, wichtig, entscheidend für unseren revolutionären Prozeß sind.

Was besonders hervortritt, ist der demokratische Geist, der in der gesamten Arbeit dieses Arbeiterkongresses herrschte — treu dem Ziel, eine machtvolle und zutiefst demokratische Gewerkschaftsbewegung zu entwickeln. Die in diesen Thesen diskutierten Fragen betreffen aufs engste wesentliche Punkte des ideologischen und politischen Prozesses unserer Revolution, aber die hier getroffenen Entscheidungen wurden nicht kraft eines Beschlusses der Partei herbeigeführt, obwohl sie — worauf der Genosse Lazaro Pena in seinem Bericht hinwies — die Einstellung der politischen Führung des Landes und die Einstellung unserer Arbeiter ausdrücken, sondern sie sind in den Reihen unserer Arbeiter breit diskutiert worden. Ein Standpunkt wird nicht vorgeschrieben; man diskutiert ihn mit den Arbeitern. Maßnahmen werden nicht per Dekret ergriffen, wie gerecht oder zutreffend bestimmte Maßnahmen auch sein mögen. Die grundlegenden Entscheidungen, die das Leben unseres Volkes betreffen, müssen mit dem Volk und vor allem mit den Arbeitern diskutiert werden.

Einige Punkte der Thesen waren sehr komplex. Sie erforderten das Verständnis der Arbeiter und breite Diskussionen. Einige von ihnen könnten bestimmte Arbeiter betreffen, einige beinhalteten auch Opfer. Aber jedes notwendige Opfer wird in einem revolutionären Volk, das Herr seiner Geschicke ist, nicht im Interesse einer

\* Gehalten in Havanna am 15. 11. 1973. Übersetzt und mit Anmerkungen versehen von Maja Gloger nach der autorisierten Fassung in der Zeitschrift „Bohemia“ vom 23. 11. 1973.

<sup>1</sup> CTC = Central de Trabajadores de Cuba (Zentrale der kubanischen Arbeiter-Gewerkschaft).

Ausbeuterklasse, sondern im Interesse des Volkes gebracht. Einer der wesentlichen Punkte, die in den Thesen enthalten waren, war dieser Punkt, dieses Prinzip: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Arbeit.“ Dies ist eine wesentliche Frage beim Aufbau des Sozialismus, und unsere revolutionären und sozialistischen Arbeiter haben sie als solche verstanden. Und indem wir dieses Prinzip diskutierten, haben wir ein grundlegendes Prinzip, ein Schlüsselprinzip der revolutionären Ideologie diskutiert. Daß jeder nach seiner Fähigkeit beitragen, daß jeder nach seiner Arbeit empfangen soll, ist ein Prinzip, ein ehernes Gesetz beim Aufbau des Sozialismus. Wenn wir lernen, dieses Prinzip wirklich zu begreifen, dringen wir in die Tiefen des politischen Denkens ein, dringen wir in die Tiefen des revolutionären Denkens ein und lernen, es von einem anderen Prinzip zu unterscheiden, dem Prinzip der kommunistischen Gesellschaft, das Karl Marx aufstellte: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“ Es ist eben dies, was die sozialistische Phase von der kommunistischen Phase des revolutionären Prozesses unterscheidet. Es ist gut möglich, daß uns allen das kommunistische Prinzip lieber ist, daß uns das kommunistische Prinzip viel schöner scheint, daß wir das kommunistische Prinzip für humaner halten. Aber den Kommunismus kann man in der menschlichen Gesellschaft nicht durch einen Erlaß einführen; es ist ein Ziel, das im harten Ringen des Kampfes erobert werden muß und nur Ergebnis eines Prozesses sein kann. Vor einigen Jahren konnte man in unserem Land das Wort Kommunismus nicht einmal erwähnen. Und heute ist es notwendig zu erklären, daß der Kommunismus nur das Endergebnis eines revolutionären gesellschaftlichen Prozesses sein kann; und wenn uns auch das kommunistische Prinzip mehr zusagen mag, müssen wir — wenn wir zum Kommunismus gelangen wollen — damit beginnen, das sozialistische Prinzip anzuwenden.

Natürlich werden seit dem Sieg der Revolution Maßnahmen ergriffen und Prinzipien angewandt, die einen gewissen kommunistischen Charakter haben. Es gibt bestimmte Dienstleistungen, die dem ganzen Volk zugute kommen, es gibt gewisse Dienstleistungen, die nach dem Bedürfnisprinzip verteilt werden. So ist zum Beispiel das öffentliche Gesundheitswesen ein Dienst, der dem ganzen Volk angeboten wird, den man allen Arbeitern gleichermaßen anbietet — unabhängig von ihrer Arbeit und ihrer Fähigkeit; es ist ein Dienst, der allen Bürgern angeboten wird. Ein anderes Beispiel: das Erziehungswesen. Unser Land unternimmt Anstrengungen, um allen Kindern die sorgfältigste Erziehung zukommen zu lassen — unabhängig von der Familie, unabhängig vom Einkommen, unabhängig von der Arbeitsleistung ihrer Eltern. Es gibt viele Dienstleistungen, die die Revolution dem ganzen Volk anbietet. Aber bei der Einkommensverteilung für jeden Arbeiter kann man dieses Prinzip nicht anwenden; dort muß man das sozialistische Prinzip anwenden. Als wir am 26. Juli bei der Gedenkfeier zum 20. Jahrestag sagten, daß wir verstehen müßten, mutig die idealistischen Irrtümer zu kor-

rigieren, in die wir verfallen waren, bedeutete dies, daß eine Korrektur notwendig wurde, wenn wir in bestimmten Momenten versucht hatten, weiter voranzugehen, als möglich war. Denn wenn man versucht, weiter vorzustoßen, als man eigentlich kann, ist die Konsequenz, daß man zurückgehen muß, und hier geht es glücklicherweise nicht darum zurückzugehen! Es geht darum, etwas zu berichtigen! Und zwar zu berichtigen, weil wir Sozialisten sind! Und weil wir Kommunisten sein wollen! (*Beifall und Rufe: „Fidel, Fidel!“*) Und weil wir niemals auf das kommunistische Ziel unserer Revolution und die Entwicklung unseres revolutionären Bewußtseins verzichten werden! Und weil wir auch in Zukunft immer die Selbstlosigkeit, die Uneigennützigkeit und den solidarischen Geist der Menschen an die erste Stelle setzen werden!

Egalitäre Prinzipien bei der Ausführung der Arbeit selbst anzuwenden, unabhängig von der produktiven Anstrengung — denn logischerweise hat es in allen diesen Jahren der Produktion entsprechende Löhne gegeben wie bei den Zuckerrohrernten oder die von der Qualität der Arbeit abhängigen Löhne —, dies ist ein egalitäres Prinzip, das wir korrigieren müssen. Marx sagte von diesem Prinzip — das also jeder nach seiner Fähigkeit beitragen und nach seiner Arbeit erhalten soll —, daß es ein Prinzip sei, welches nicht den engen bürgerlichen Rechtshorizont überschreite. Und er sagte dies, indem er von der Realität ausging, daß nicht alle Menschen gleich sind, daß nicht alle Menschen die gleichen Energien haben, daß nicht alle Menschen die gleichen Fähigkeiten besitzen.

Aber Marx vergaß dabei nicht, daß man den Sozialismus ausgehend von der kapitalistischen Gesellschaft und auf den Ruinen der kapitalistischen Gesellschaft zu erbauen beginnt. Und deswegen verlieh er auch jenem Gedanken Ausdruck, an den wir am vergangenen 26. Juli erinnerten: „In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“<sup>2</sup>

Es gibt viele Beispiele, die uns zeigen, daß wir noch nicht darauf vorbereitet sind, im Kommunismus zu leben — abgesehen davon, daß man, um im Kommunismus zu leben, nicht nur ein kommunistisches Bewußtsein braucht, sondern daß die Reichtümer aus der Arbeit des Menschen reichlich hervorgehen müssen. Die Entwicklung der Produktivkräfte ist notwendig. Und vielleicht gefällt es niemandem von uns, vor so wertvollen und repräsentativen Abordnungen

2 Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW Bd. 19, S. 21.

der internationalen Arbeiterbewegung unsere Schwächen und unsere Mängel darzulegen. Aber wenn wir ihnen gegenüber aufrichtig sein sollen und danach streben, ihrer Anerkennung würdig zu sein, so geschieht dies vor allem, weil wir unsere Irrtümer und unsere Fehler nicht verbergen, weil wir den Mut haben, sie einzugestehen und zu bekämpfen.

Als wir uns mit den Tabak-Arbeitern versammelten, erwähnten wir einige dieser Beispiele. Eines Tages kamen Schwierigkeiten mit den Anlagen zur Wasserabmessung auf. Und in der Verwaltungsstelle, die mit der Verteilung des Wassers und Kassierung des Wassergeldes betraut ist, traf man die Entscheidung, das Wasser kostenlos abzugeben. Das scheint eine sehr schöne und gerechte Sache zu sein. Das Wasser ist eine grundlegende Notwendigkeit. Und dennoch — was geschah? Die Wasserverschwendung ist unglaublich. Eine der Städte, die am meisten Wasser verschwendet — wenn sie welches hat (*Gelächter*), und wenn sie keines hat, dann liegt es zum Teil daran, daß sie es verschwendet — ist La Habana. Es ist ganz sicher, daß unsere Wasserverteilungsnetze sehr alt sind und eine Erneuerung wirklich nötig hätten, die wir ausführen wollen, sobald wir dazu in der Lage sind, und die sich im Programm der vielen Arbeiten befindet, die wir in den kommenden Jahren durchführen müssen. Aber es ist auch sicher, daß viele Leute — seit das Wasser nichts mehr kostet — sich nicht bemüßigt fühlen, den Hahn jemals zuzudrehen (*Gelächter und Beifall*). Seit das Wasser kostenlos verteilt wird, bemüht sich kaum ein Mensch darum, das Problem des Wasserverbrauchs zu lösen. Und das Bewußtsein der Notwendigkeit, Wasser zu sparen, existiert nicht. Und die kommunistische Verteilung des Wassers führt uns zur Verschwendung des Wassers, worin sich zeigt, daß wir nicht darauf vorbereitet sind, das Wasser auf kommunistische Weise zu verteilen.

Das ist das Ergebnis dieser Erfahrung und gewisser Untersuchungen wie der, die in Alamar stattfand. In Alamar gibt es bewußte und gute Arbeiter. Aber es wurde ein Versuch gemacht, und man beschloß, einer Anzahl von Familien eine Wassermenge zuzuteilen — denn eine gewisse Menge Wasser kann man sogar kostenlos abgeben —, und man gab allen Leuten täglich 90 Liter Wasser. Ab dieser Menge mußten sie es bezahlen, und sie mußten es teuer bezahlen. In anderen Gebäuden kassierte man kein Wassergeld, aber man maß den Verbrauch. Und das Ergebnis war — ich habe heute diese Ergebnisse konkret nachgeprüft (*Gelächter*) —, daß die Häuser, die das Wasser nicht bezahlten, etwa vier- bis fünfmal mehr verbrauchten als die Häuser, die es bezahlten. Und diejenigen, in denen man ein Meßgerät angebracht hatte, verbrauchten nicht einen einzigen Liter mehr Wasser als notwendig. Daher steht also auf unserem Programm der Bau einer Fabrik für Wasseruhren, und da nicht so sehr die Einnahmen aus dem Wasser als vielmehr die Ersparnis von Wasser interessiert — denn es geht nicht darum, mit Hilfe des Wassers Geld einzutreiben, sondern Wasser zu sparen, das teuer ist, das zahlreiche Installationen, Energieverbrauch, Ver-

brauch von Motoren, von allem erfordert —, und da viele der neuen Dörfer, die gebaut werden, Wasser brauchen und viele der Dörfer, die es schon vorher gab, auch Wasser brauchen, wollen wir in allen Wohnungen, die Wasser erhalten, diese Wasseruhren anbringen, sobald wir über Wasseruhren verfügen. Und man kann zwei Kriterien anwenden: entweder vom ersten Liter an kassieren oder allen eine bestimmte Menge kostenlos geben und ab dieser Menge — wie man es in Alamar machte — kassieren und es teuer bezahlen lassen, um vor allem die Wasserverschwendung bezahlen zu lassen.

Wir haben noch ein anderes Beispiel. Dieses handelt nicht von einer kommunistischen Verteilung. Es war praktisch halb-kommunistisch. Wir hatten in den Autobussen Schaffnerinnen und Schaffner. Und zu einem bestimmten Zeitpunkt beschloß man — im vollen Vertrauen auf das Bewußtsein der Fahrgäste — die Ausgaben für die Schaffner einzusparen. Und natürlich — das müssen wir um der Gerechtigkeit willen sagen — bezahlt die überwältigende Mehrheit des Volkes ehrlich ihre Fahrten. Aber es gibt einige, die nicht bezahlen, es gibt einige, die einfach irgend etwas dort in den Zahlbehälter werfen. Und wenn man dann abrechnet, scheint die Zahl derjenigen zuzunehmen, die nichts hineinwerfen, um den Omnibus zu bezahlen. Nun gut, jeder kann sich diese Frage stellen. Was wäre nützlicher: tausend Arbeiter, die in den Bussen La Habanas kassieren oder tausend Arbeiter in einer Textilfabrik? Jeder versteht, daß tausend Arbeiter in einer Textilfabrik viel mehr für das ganze Volk produzieren würden. Und dennoch wird sich vielleicht unsere Gesellschaft vor der Notwendigkeit sehen, Tausende von Arbeitern mit der unproduktiven Aufgabe zu beschäftigen, uns selbst zu kontrollieren. Einfach nur die Bezahlung des Fahrgeldes zu kontrollieren.

Dies ist ein anderes Beispiel, das zeigt — abgesehen von leichtverständlichen und logischen theoretischen Argumenten —, daß wir nicht für die kommunistische Verteilung vorbereitet sind. Aber wir könnten fortfahren und uns fragen, wieviel Brennstoff wir nutzlos verbrauchen; wie viele Rohstoffe wir verschwenden; wieviel Elektrizität wir im Übermaß verbrauchen. Und es ist klar, daß wir mit den „patrullas click“<sup>3</sup> und mit einfachen Appellen an das Bewußtsein nicht erreichen werden, Elektrizität einzusparen.

Ich bringe das Thema zur Sprache, weil dieses Problem der Elektrizität ein unangenehmes Problem ist, das wir werden angehen müssen; ein unpopuläres Problem, jedoch ein Problem, das wir angehen müssen, da wir ja die Tarife der „Electric Company“ (ich erinnere mich schon nicht mehr richtig, wie sie hieß), des „elektrischen Polypen“, erheblich gesenkt hatten; der „elektrische Polyp“ hatte einen Tarif, um den Verbrauch anzuregen: die ersten Kilowatt berechnete er teurer und je mehr man verbrauchte, desto billiger wurde es; und wir in unserer revolutionären Unerfahrenheit — oder sagen wir: unserer revolutionären Unvorsichtigkeit — senkten die

3 Vermutlich kleine Gruppen von Freiwilligen, die darauf achten, daß nicht unnötig Strom verbraucht wird (*click* = den Lichtschalter bedienen).



Tarife jenes „Polypen“ auf die Hälfte, alle Tarife, und behielten dasselbe System bei, das den Verbrauch anregte. Und ich sage Unvorsichtigkeit, weil wir an den Tag hätten denken müssen, an dem das Stromnetz nicht länger Eigentum irgendeines „Polypen“ sein würde, sondern Eigentum des Volkes. Später ging der „Polyp“ in das Eigentum des Volkes über, und es ist das Volk, das die Konsequenzen jeder Verschwendung von Elektrizität bezahlen muß. Die Investitionen, die gemacht werden müssen, werden immer größer. Dieses Land ist ein energiearmes Land, weil es überhaupt keine hydroelektrische Energie besitzt — eine lange und schmale Insel, die keine großen Flüsse hat —, es hat keine Kohle, Öl ist noch nicht aufgetaucht, und in unseren Wäldern blieb nicht einmal Holz übrig. Den Brennstoff muß man aus einer Entfernung von 10 000 km holen, die Ozeane überqueren; man muß Hunderte Millionen Pesos in die Elektrizitätswerke und das Stromleitungsnetz investieren. Das Öl kostet heute auf dem Weltmarkt dreimal soviel wie vor dem Sieg der Revolution; und wir haben für die Elektrizität die um die Hälfte gesenkten Preise von früher und ein System, das den Verbrauch antreibt. Ich erkläre all dies nicht deswegen so ausführlich, um euch geistig darauf vorzubereiten, daß die Regierung die Strom-Tarife ändern wird. Ich erkläre euch nur einfach, wie wir mit allen diesen Dingen verfahren und warum wir der Meinung sind, daß die Regierung die Strom-Tarife ändern sollte; nicht den Grundtarif, d. h., was von denjenigen bezahlt wird, die nur relativ wenig Elektrizität verbrauchen, aber wir müssen die Tarife von einer bestimmten Grenze an ändern, von einem bestimmten Verbrauch an. In der Absicht, Geld einzutreiben? Nein! Man weiß ja, daß man mit den Zigaretten viel mehr einnimmt als mit allen elektrischen Einrichtungen zusammen; mit den Getränken nimmt man mehr ein, mit dem Bier wird mehr eingenommen. Ich weiß, daß einige dieser Preise nicht populär sind. Es geschieht in der Absicht, Elektrizität zu sparen. Und wenn wir immer mehr elektrische Haushaltsgeräte haben — wo kommen wir hin, wenn der Fernsehapparat den ganzen Tag läuft, wenn das elektrische Bügeleisen die ganze Zeit eingeschaltet ist?

(...)

Aber wenn ich davon spreche, Strom zu sparen, sind die Hauptverantwortlichen für die Verschwendung von Strom im wesentlichen die Produktionsstätten, und es ist vor allem die Verwaltung. Ein großer Teil der Verschwendung von Strom geht zu Lasten der Verwaltungseinrichtungen und der Sorglosigkeit über die Frage der Einsparung elektrischer Energie.

Und wir meinen natürlich, daß eines der Anzeichen für die Effektivität jeder Fabrik, jeder Industrie, die Frage der Einsparung von Elektrizität ist; das gilt ebenso für jedes Dienstleistungszentrum, für jede Schule. Und natürlich haben wir die Hoffnung, daß die Arbeiter den Kampf um die Einsparung von Strom — neben anderen Aufgaben — auch in den Arbeitszentren führen. Eines der wichtigen Probleme ist die Regulierung des Stromverbrauchs im Hinblick auf die Belastung. Das bedeutet: ein gewisser Stromverbrauch sollte in

den Stunden stattfinden, in denen der Verbrauch am niedrigsten liegt, und er sollte in den Stunden mit höchstem Stromverbrauch vermieden werden, um uns Stromausfälle zu ersparen. Ich kann dazu ein Beispiel nennen: Pumpen für die Bewässerung, die 12, 14, 16 Stunden arbeiten können; man muß versuchen, diese Geräte tagsüber zu benutzen, und vermeiden, sie zwischen 7 und 9 Uhr und abends zwischen 7 und 10 Uhr zu benutzen. Sonst sind die Kosten unvorstellbar. Sogar die industrialisierten Länder mit großen Energiequellen haben in den Stunden mit dem größten Verbrauch Probleme . . .

Kürzlich mußte unser Land Extra-Ausgaben für die Anschaffung von bestimmten Anlagen vornehmen, den sog. „plantas pico“. Fast 20 Mio. Dollar gab unser Land aus, um diese Maschinen für den Moment des größten Stromverbrauchs zur Verfügung zu haben, bis die Investitionen, die im Hinblick auf das Strom-Problem gemacht werden, Früchte tragen — die Anlagen, die in La Habana entstehen und die Anlagen, die in Mariel gebaut werden. Das Land hat ein bedeutendes Investitionsprogramm im Elektrizitätsbereich. Die Menge an Elektrizität, die erzeugt wird, ist dreimal größer als vor der Revolution, und das elektrische System wird beträchtlich erweitert. Aber es genügt nicht, zu erweitern und zu erweitern und Brennstoff zu verbrauchen und zu verbrauchen; wir müssen bei der Einsparung von Energie, bei der Einsparung von Brennstoff eine Linie haben. Und den größten Verbrauch an Brennstoff, den das Land hat, hat es bei der Produktion elektrischer Energie. Es ist klar, daß unsere Zuckerrfabriken verbrauchen, unsere Zementfabriken verbrauchen, unsere Industrie verbraucht, unsere Handelsschiffe verbrauchen, unsere Fischereiflotte, unser Transport — kurz und gut, alles was sich im Land bewegt, bewegt sich mit Brennstoff. Deswegen ist der Index der Brennstoffeinsparung in allen Industrien eine wesentliche Frage.

Die Welt hat ein zunehmendes Problem mit dem Brennstoff, unabhängig von der durch die imperialistischen Aggressionen im Nahen Osten hervorgerufenen Situation; die Zukunftsperspektiven sind ungewiß, und die Welt sieht sich einem immer größeren Brennstoff-Problem gegenüber.

Die Tonne kostet fast 50 Pesos auf dem Weltmarkt; die Vorausagen und Schätzungen besagen, daß noch vor 1980 die Tonne bei etwa 80 bis 90 Dollar liegen wird und daß sich die Welt mit zunehmenden Schwierigkeiten bei den Brennstoffen konfrontiert sehen wird. Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, wie wir eine Sparpolitik in jedem Sinne entwickeln müssen, insbesondere für den Brennstoff, und wobei uns die Arbeiterbewegung eine außerordentliche Hilfe leisten kann, wo immer auch Brennstoff verschwendet wird — sei es auf einer Farm, sei es in einer Fabrik oder wo sonst immer. Und dies sind Realitäten, mit denen sich unsere Arbeiter auseinandersetzen müssen.

Aber die Analyse einer Unzahl von Tatsachen zeigt deutlich, daß unsere Gesellschaft, unser Volk noch keine Kultur hat, um im Kommunismus zu leben — abgesehen davon, daß es keine genügend

entwickelte Wirtschaft hat, um im Kommunismus zu leben — und daß wir auf realistische Weise, auf sehr realistische Weise die Prinzipien anwenden müssen, die dieser Phase unserer Revolution entsprechen, und daß wir sie in jedem Sinne anwenden; nicht nur in der Verteilung, nicht nur bei den Löhnen, sondern auch in der Verwaltung — alle die Prinzipien, die der sozialistischen Phase der Revolution entsprechen. Und wenn wir Fehler irgendeiner Art begangen haben, müssen wir in der Lage sein, sie zu berichtigen. Denn natürlich ist der Arbeiterkongreß nicht mehr als ein erster Schritt. Ihr habt sehr viel gesprochen, und ihr habt Euch sehr viele Gedanken über das Prinzip gemacht, mehr mit besserer Qualität und geringeren Kosten zu produzieren. Das ist es, was die Arbeiter gesagt haben. Und jetzt ist es genau das, was die Verwaltung, was der gesamte ökonomische Apparat der Revolution sagen muß. Mehr, besser und mit geringeren Kosten produzieren und alle entsprechenden Maßnahmen ergreifen!

Die Arbeiterbewegung hat in bezug auf dieses Prinzip eine Reihe von entsprechenden und angemessenen Maßnahmen angeregt, die etwa das Verhältnis zwischen dem Lohn und der Norm betreffen; das Verhältnis zwischen Lohn und Erfüllung oder Übererfüllung oder Nichterfüllung der Norm; die Probleme in Verbindung mit den Überstunden, wenn die reale Notwendigkeit von Überstunden entsteht; das Problem der Doppelschicht, wenn ein Arbeiter dableiben muß, um die Schicht eines anderen Arbeiters zu übernehmen, der der Arbeit ferngeblieben ist. Aber wurden diese Maßnahmen oder Anregungen etwa mit ökonomischem Geist besprochen? Nein! Und vielleicht ist das Interessanteste, das Bemerkenswerteste im Verhalten unserer Arbeiter und ein Beweis ihres Bewußtseins, daß es im Verlauf des Kongresses nicht die geringste Spur von ökonomistischem Geist gegeben hat. Der Ökonomismus ist eine von der Bourgeoisie und den Kapitalisten in die Arbeiterbewegung hineingetragene Deformation. Der Ökonomismus wäre einer revolutionären Arbeiterklasse unwürdig, die an heute denkt, aber die noch heiligere Pflicht hat, an morgen zu denken; die an die gegenwärtige Generation denkt, jedoch noch mehr an die zukünftigen Generationen. Es war nicht der Ökonomismus, der die Anregungen in den Thesen inspiriert hat, sondern die wirkliche Sorge um die Einsparung, um die Produktion, um die Produktivität, um die Arbeitsdisziplin. Und dabei war in jedem Augenblick der Standpunkt gegenwärtig, daß man versuchen muß, die Pläne ohne Überstunden zu erfüllen. Stehen diese Vorschläge etwa im Widerspruch zur freiwilligen Arbeit? Nein! Denn die Arbeiter haben die erzieherische, revolutionäre, kommunistische Bedeutung der freiwilligen Arbeit vollkommen verstanden, und sie haben in ihren Resolutionen vollkommen richtig alle diejenigen Fälle angegeben, in denen es gerecht, angemessen und korrekt ist, die Prinzipien der freiwilligen Arbeit anzuwenden. Im Gegenteil: die Sorge dafür, daß sich die freiwillige Arbeit nicht in eine Verschwendung, in einen unnützen Verbrauch von Kraft, von menschlicher Kraft und materiellen Mitteln verwandelt, um admini-

strative Mängel zu verschleiern, sondern daß die freiwillige Arbeit erzieherischen Zielen und dem Ziel gesellschaftlichen Nutzens dienen soll, die ihr die volle Rechtfertigung und Existenzberechtigung verleihen. Und unsere Arbeiterklasse hat, indem sie die Fahne der freiwilligen Arbeit hochhielt und deren Prinzipien zur Diskussion stellte und erklärte, einen Beweis für ihr hohes Bewußtsein geliefert; und sie hat dem Anerkennung gezollt, der ein Beispiel des sozialistischen und kommunistischen Revolutionärs war — dem Kommandanten Ernesto Guevara.

Die freiwillige Arbeit wird beibehalten werden. Und man wird sie freihalten von Fiktionen, Unreinheiten und Verschwendungen! (. . .)

Dieser selbstlose Geist, dieser solidarische Geist, diese tiefe Sorge um das kollektive Interesse und für die Interessen der Arbeiterklasse und des gesamten Volkes hat sich auch in anderen Aspekten und anderen Punkten der Thesen gezeigt; denn verschiedene Punkte bedeuteten konkrete Opfer in wirtschaftlicher Hinsicht. Da haben wir den Fall der Resolution 270. Das war keine einfache Sache; es war eine sehr heikle Sache, weil es schon eine halbe Million Arbeiter gab, denen die Resolution 270 zugute kam. Und die Resolution 270 mußte überwunden, mußte abgeschafft werden! Welches war nun die Haltung der Arbeiter gegenüber dieser Resolution, die mit Opfern verbunden war? Welches war die Haltung unserer Arbeiter, die dem Rentenalter am nächsten standen? Es ist eine vorbildliche Haltung gewesen, eine uneigennützigte Haltung, eine wirklich selbstlose Haltung. Es ist sicher, daß diese vielleicht eine der schwierigsten Maßnahmen war, aber unsere Arbeiter erkannten, daß man die Resolution 270 aufheben mußte, weil sie für unsere Wirtschaft nicht länger tragbar war.

Ich persönlich trage viel Verantwortung für diese Resolution 270 (Aus dem Publikum wird gerufen: „Die tragen wir alle, Fidel!“). Ich danke Euch für Eure Solidarität. Doch ich werde jetzt den Gedanken ausführen, den ich begonnen hatte. Wir brachten die Idee auf, Prämien zu vergeben — diejenigen Arbeiter mit außergewöhnlichen Verdiensten zum Ziel einer besonderen Auszeichnung zu machen. Und wir wollten dies nicht nur mit den individuellen Anstrengungen verbinden, sondern mit den kollektiven Anstrengungen in einem Augenblick großen Aufschwungs des Wettbewerbs. Schon dieses Prinzip krankte logischerweise an einem Fehler, der sich später herausstellte, und zwar dem, daß es einzelne Arbeiter mit enormen Verdiensten gab, die durch diese Maßnahme nicht begünstigt wurden, da ja das kollektive Verdienst erforderlich war. Und diese Idee und dieser Widerspruch zeigen uns die dialektische Entwicklung der Ereignisse: denn eine in gewissem Sinne gute, in gewissem Sinne gerechte Idee, die zwei Verdienste — das individuelle und das kollektive — miteinander verbinden möchte, kann sich in eine ungerechte Idee verwandeln, wenn Arbeiter mit großen persönlichen Verdiensten ausgeschlossen bleiben, und die dann ihren Unmut darüber zum Ausdruck bringen, daß sie ohne ihre Schuld nicht in den

Genuß einer Maßnahme kommen, weil ihr Arbeitszentrum nicht dieses Verdienst oder jene Auszeichnung besitzt.

Uns hat stets die Tatsache beschäftigt, daß Arbeitern mit einem musterhaften Benehmen, die allen in ihrem Arbeitszentrum bekannt waren, gleich der Lohn abgezogen wurde, wenn sie mal krank wurden und weniger als drei Tage bei der Arbeit fehlten. Diese Methode, dieses System war auf die Tatsache zurückzuführen oder war im Gesetz 1100 auf die Tatsache zurückzuführen, daß es viele Arbeiter gab — wir sollten nicht von vielen sprechen, niemals können wir „viele“ sagen: „viele“ könnte den Anschein erwecken, als handele es sich um die Mehrheit der Arbeiter. Nein! — Es gab also Arbeiter, die montags krank zu werden pflegten. Und zu jener Zeit gab es auch Ärzte, die ihre Freunde krankschrieben. Und man hatte sich überlegt, daß es bei der Sozialversicherung und dem Schutz im Krankheitsfall schließlich nicht die Hauptsache war, für die ein oder zwei Tage dauernden Krankheitsfälle vorzusorgen, sondern für jene Fälle, wo einer wirklich krank wird, eine Woche, einen Monat oder so lange, wie die Krankheit eben dauert. Daß der wesentliche Inhalt der Sozialversicherung darin bestand, einen Schutz in den wichtigen Fällen zu bieten. Und deswegen hatte man im Gesetz 1100 diese Bestimmung aufgenommen. Aber es war immer sehr schmerzlich, an die Arbeiter mit beispielhaftem Verhalten zu denken, auf die dieses Verfahren, das sich auf die Vermutung stützte, daß sie nicht wirklich krank wären, Anwendung fand, wenn sie tatsächlich mal einen Tag fehlten. Und es handelte sich um Arbeiter, die in den Arbeitszentren sehr gut bekannt waren. (. . .)

Es gibt noch einen Punkt, der sehr heikel war: das Problem des historischen Lohns. Der historische Lohn entstand ursprünglich als Notwendigkeit, eine gewisse Einheitlichkeit bei den Löhnen einzuführen. Er war eine Antwort auf die bestehende enorme Vielfalt der Lohnarten, aus der Notwendigkeit, eine Skala festzusetzen, und stand unter dem Vorsatz und Ziel, die Arbeiter nicht zu beeinträchtigen, denn viele dieser historischen Löhne waren das Resultat bedeutender früherer Kämpfe der Arbeiter selbst, und die Revolution wollte keine Maßnahmen ergreifen, die die Arbeiter schlechter stellen würde. Nachher entstand er aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten, aus der Verschmelzung von Produktionseinheiten, wo die Arbeiter früher verschiedene Entlohnungen gehabt hatten. Dies war der Ursprung des historischen Lohns. Aber der historische Lohn wurde später mehr und mehr deformiert. Es entstanden neue Quellen des historischen Lohns, und zwar auch unbegründete.

Wie sollte man dieses sozialistische Prinzip anwenden, wenn man nicht ein Kriterium bezüglich des historischen Lohns entwickelte?

Aber der historische Lohn war eine komplexe Sache, denn, obwohl die Zahl der Arbeiter, die heute einen historischen Lohn erhalten, absolut gesunken ist, kamen neue Fälle historischer Löhne hinzu; und das Problem ging Hunderttausende von Arbeitern an.

Man entschied sich grundsätzlich, keine radikalen Formen vorzuschlagen, nicht das Problem von heute auf morgen zu lösen, denn viele historische Löhne hatten einen berechtigten Ursprung und gründeten auf das Vertrauen der Arbeiter in die Revolution; so daß man daher, wo dieses Problem auftrat, sehr vorsichtig vorgehen und die rechtmäßig erlangten Interessen berücksichtigen mußte: eine fortschrittliche Politik einschlagen, um zu vermeiden, daß ein einziger historischer Lohn an erste Stelle tritt, und allmählich und auf verschiedenen Wegen den historischen Lohn abschaffen. Es ist logisch, daß mit neuen Lohnabstufungen, mit der Bindung des Lohnes an die Produktion auf verschiedenen Wegen, die allmähliche Abschaffung des historischen Lohnes zu erreichen ist. Nicht auf radikale Weise, nicht so, daß legitime Interessen der Arbeiter, die von der Revolution durchgesetzt wurden, berührt werden; aber doch mit dem entschlossenen Willen, für die schrittweise Abschaffung auf verschiedenen Wegen — auch über die Qualifikation — zu kämpfen, damit jede Möglichkeit für einen historischen Lohn verschwindet. Und daß jeder Mensch Entlohnung nach der ausgeübten Tätigkeit erhält. Und wenn jemand in einem Moment eine sehr wichtige Stellung hat und danach eine sehr bescheidene Stellung einnehmen muß, soll er auch auf die geringere Entlohnung zurückgestuft werden. In diesem Land wurde niemand mit einer Stellung geboren. *(Gelächter und Beifall)* Das ist kein erbliches Recht. Und wir müssen dieses Prinzip anwenden, auch wenn es uns schmerzt, auch wenn sich schmerzliche individuelle Situationen ergeben sollten. Hier gibt es sogar die Sozialversicherung, damit es nicht einen einzigen Schutzlosen in diesem Land gibt. Jedes Prinzip ist besser als das Prinzip, einen einmal erhaltenen Lohn für immer beizubehalten. Und dieses Prinzip muß konsequent angewandt werden, und jeder soll endlich wissen, daß dies die Norm ist, daß dies das Prinzip, daß dies das Gesetz, daß dies der Wille der Arbeiter ist. Und logischerweise muß die Entlohnung im Verhältnis zur Qualität und Menge der Arbeit stehen, welche die betreffende Person ausführt. Wenn sie einen verantwortungsvollen, wichtigen Posten innehat, muß sie eine höhere Entlohnung erhalten. Wenn sie später wegen mangelnder Qualifikation für diesen Posten, wegen Irrtümer oder Fehler nicht auf diesem Posten bleiben kann, kann sie ebensowenig den Lohn beibehalten. Das ist ein wesentliches Prinzip. Und es ist klar, daß dies eine Frage der Zeit sein wird. Man kann dabei nicht drastische Lösungen von heute auf morgen anwenden. Aber wir müssen hartnäckig in dieser Richtung arbeiten.

Wir haben hier zwei wichtige Beispiele aus den Thesen zitiert, die von den Arbeitern entschieden unterstützt wurden, obwohl das für viele von ihnen Opfer wirtschaftlicher Art einschließt. Aber in den Versammlungen sind nicht nur die Thesen diskutiert worden. Es wurden viele andere Punkte diskutiert. Und man hat auf diesem Kongreß, man hat in der Partei die Resolutionen aufmerksam verfolgt, die über andere Punkte verabschiedet worden sind, und man wird sie auch in Zukunft beachten. Das soll heißen, daß dieser

ganze Prozeß nicht nur im Umkreis bestimmter Thesen abgelaufen ist. Während seines Verlaufs tauchten andere Fragen auf, die die Arbeiter beschäftigten und die aufgrund der Tatsache, daß eine bestimmte Zahl von Arbeitern in den Versammlungen ihre Sorge darüber zum Ausdruck brachten, von der Arbeiterbewegung und von der Partei aufgegriffen wurden.

Da haben wir z. B. das Problem, die Lohnskala und die Qualifikationskriterien zu überprüfen, bei bestimmten Aktivitäten den Überstunden keine Grenze zu setzen, Ausdehnung der bezahlten Freizeit für den landwirtschaftlichen Handarbeiter, die Lohnstabilisierung<sup>4</sup> in der Zuckerindustrie. Darin liegt ein anderes bedrängendes Problem, da eines Tages die Lohnstabilisierung in der Zuckerindustrie eingeführt wurde, und ein Arbeitervertreter der Gewerkschaft von „Cuba libre“ sagte hier mit großer Klarheit, daß im Kapitalismus 200 Arbeiter die Reparaturaufgaben in der Fabrik ausführten, während es jetzt aufgrund der Stabilisierung — ich glaube, er sagte 702 oder 708 Arbeiter gibt. Wir wollten nicht nachfragen, weil wir hier viele Gäste hatten und weil es uns traurig machte. (Gelächter) Es stimmt, daß wir nicht an diesem Kongreß teilgenommen haben. Wir sind zu diesem Kongreß eingeladen worden. Einige fragten sich, warum wir nichts sagten, aber wir sind nicht zum Reden hierhergekommen, wir kamen, um Euch zuzuhören. Aber es ging mir die Frage durch den Kopf, daß, wenn wir viele Arbeitervertreter der Zuckerfabriken gefragt hätten, wie viele Arbeiter die Fabrik im Kapitalismus und wieviele sie jetzt bedienen, man hätte beweisen können, daß wir viel mehr Arbeitskraft einsetzen, als es die Kapitalisten taten, um die Fabriken mit geringerer Effizienz zu handhaben, als es die Kapitalisten taten. Aber deswegen sind unsere Arbeiter nicht weniger revolutionär. Unsere Arbeiter tragen nicht die Schuld daran. Die Schuld tragen wir (*Ausrufe: „Alle!“*), denn wir sind nicht fähig gewesen, eine administrative Leistungsfähigkeit zu entwickeln, die wenigstens der der Kapitalisten gleichkomme. Aber wir sind schuld daran, daß in einer Fabrik die Belegschaft sich aufbläht, und zumindest an der Stabilisierung sind wir zweifellos schuld: man redete hin und her, daß es keine Arbeitskräfte gebe, daß man die Stabilisierung machen müsse. Und letzten Endes wurde die Stabilisierung vorgenommen; nun wird man sehen müssen, was man mit der Stabilisierung macht, um jenes Prinzip anwenden zu können, das die Thesen dieses Kongresses leitete. Aber ich sage auch nicht, daß man von heute auf morgen eine Lösung suchen muß. Keine der Lösungen, die wir suchen sollten, kann von heute auf morgen erfolgen: man muß sie gut untersuchen, sie alle!

Es ist klar, daß unsere Zuckerindustrie ein großes Handicap hat, und es ist ein Handicap für das Land, daß seine Hauptindustrie eine zyklische Industrie ist. Und das schafft natürlich sehr ernste

4 Stabilisierung heißt die Einführung der ganzjährig garantierten Arbeit für die Arbeiter der Zuckerfabriken, die vorher Saisonarbeiter waren.

Probleme, die darin liegen, daß eine solche Industrie nur die Hälfte des Jahres arbeitet, und die Revolution hat den Arbeitern gegenüber auch heilige Pflichten, wie zum Beispiel für alle Arbeiter einen Arbeitsplatz zu finden, und zwar einen möglichst sicheren. Wir müssen überlegen, wie wir für die Arbeiter der Zuckerfabriken eine sichere Beschäftigung finden. Wir streben sogar das Ziel an, daß sich jede Zuckerfabrik in einen agroindustriellen Komplex verwandelt, wo während der toten Zeit nicht nur die Fabrik, sondern auch alle Maschinen, alle Bewässerungssysteme, alle Ausrüstungen repariert werden; kurz, eine Aufgabe suchen. Aber es ist wirklich — bei jedem Licht besehen — ökonomisch unvertretbar, daß die Fabrik, die von 200 Arbeitern instandgehalten wurde, jetzt 700 „stabilisierte“ Arbeiter in dieser toten Zeit benötigt. Der Genosse sagte, daß 400 genügend seien. Er erklärte nicht sehr gut, warum 400, aber er sagte ganz ehrlich 400. Es stimmt, daß eine der Aufgaben, die wir den während jener Periode in den Zuckerfabriken überschüssigen Arbeitern geben könnten, die Arbeit im Baugewerbe wäre, wenn wir heute über mehr Baumaterial verfügten — und wie nötig brauchen wir Bauten jeder Art überall —, aber leider verfügen wir gegenwärtig nicht über solche Materialüberschüsse, um den unausgelasteten Arbeitern der Zuckerfabriken eine Beschäftigung auf dem Bau zu verschaffen. Wir glauben natürlich, daß die von Euch verabschiedete Resolution richtig ist, dieses Problem zu untersuchen und herauszufinden, wie man dieses Prinzip in Beziehung zu den Zuckerfabriken anwendet. Auf jeden Fall können wir kein ruhiges Gewissen haben, solange die Realität einer Unterbeschäftigung Tausender Zuckerarbeiter während eines Teils des Jahres besteht, die die Belegschaften der Zuckerfabriken auf Grund der Stabilisierung aufblähen.

Keine Maßnahmen, die Schutzlosigkeit für den Arbeiter mit sich bringen. Die Revolution wird niemals auch nur einen einzigen Arbeiter in diesem Land ungeschützt lassen, niemals wird sie ihn seinem Schicksal überlassen! Aber suchen wir doch Formeln, arbeiten wir Formeln aus, suchen wir Lösungen, die nicht nur gerecht, nicht nur human, sondern auch wirtschaftlich sind. Und wir dürfen nicht den Weg der geringeren Anstrengung, der bequemerer Lösung gehen, auch wenn es besondere Belastungen für das Land mit sich bringen sollte.

Einige dieser Probleme sind Ergebnis der Unterentwicklung. In dem Maße, in dem wir neue Industriezweige in den Zuckerfabriken entwickeln, in dem Maße, in dem die Landwirtschaft revolutioniert wird, in dem Maße in dem Landwirtschaft und Industrie im Umkreis aller Zuckerfabriken miteinander verbunden werden, werden wir mehr Arbeitsmöglichkeiten haben und werden wir mehr Lösungen für diese Art von Problemen haben. Aber auf jeden Fall muß man sich ernsthaft mit dieser Frage beschäftigen.

Es wurde auch das Problem jener Fälle aufgeworfen, in denen der Verlust der Arbeitsfähigkeit auf eine Berufskrankheit oder einen



vom Arbeiter nicht fahrlässig verschuldeten Unfall zurückzuführen ist; diese Fälle sollten in bezug auf die Entlohnung berücksichtigt werden, und man schlug vor, bei dem betreffenden Arbeiter keinen totalen Lohnabzug gegenüber der Arbeit vorzunehmen, die er vorher ausführte. Dies ist eine berechtigte Sorge. (...)

Es erschien uns sehr gerecht, daß man zum Beispiel einen pensionierten Arbeiter von den Zuckerfabriken, der außerdem in einem technologischen Institut arbeiten geht, bezahlt; man soll ihn bezahlen! Denn wenn wir das Gesetz 1100 anwenden und er einen bestimmten Lohn empfängt und wir ihm dann eine andere Arbeit geben, soll man ihm logischerweise diese Arbeit von drei oder vier Stunden, die er ausführen kann, bezahlen, das ist sehr gerecht.

Bei den Lehrern gibt es nicht nur das Problem des Zeitfonds. Die Lehrer haben eine ziemlich dürftige Lohnskala, und zwar vor allem die Volkslehrer. Ihr wißt, daß eine große Zahl der Lehrer, über die wir verfügen, Lehrer ohne Titel sind, die mit einem sehr niedrigen Gehalt anfangen. Zweifellos gehört diese Frage der Lehrer zu denen, die wir analysieren müssen und wobei wir versuchen müssen, dafür irgendeine Lösung zu finden, denn die Arbeit des Lehrers ist zur Zeit sehr hart. Die Erfolge im Erziehungswesen sind während der letzten Jahre außerordentlich groß, ein Ansporn für das Land in jeder Hinsicht. Und ich glaube, daß alle Arbeiter vollkommen damit einverstanden sein werden, daß man untersuchen muß, in welcher Form wir den Lehrern besser helfen können.

Während sich der gesamte Prozeß für den Kongreß entwickelte, analysierte man in der Leitung der Partei verschiedene dieser Fragen, zu denen Ihr Resolutionen verabschiedet habt. In der Parteileitung wurden etliche Maßnahmen ergriffen und Standpunkte bezogen, die z. B. die Neuordnung der Lohnskala, die Revision der Qualifikations-Kriterien, die Verbesserung der Bezahlung bei außergewöhnlichen Arbeitsbedingungen, die Durchführung der Entlohnung nach der Arbeitsleistung, Anhebung der Lohnskala in denjenigen Produktionseinheiten, die zur technischen Organisation und Normierung der Arbeit übergehen, betrafen.

Ich denke, Ihr habt diesen letzten Punkt bestens verstanden, aber ich möchte noch einige Worte hinzufügen. Es geht darum, daß wir mit den Normen in gewisser Weise in einer Falle festsitzen, denn einige Normen sind sehr elementar, einige sind besser angepaßt und andere sind weniger angepaßt. Und logischerweise trat hier ein Widerspruch auf, denn wenn sich zeigt, daß die Norm niedrig ist und übererfüllt wird, könnte das Ergebnis eine Anhebung der Norm sein. Ihr habt eben gerade in der Resolution eine Frage aufgeworfen: die Verbesserung der Normen. Man muß sehen, welches Kriterium Ihr in der Frage der Norm, des an die Norm angepaßten Lohns anwenden werdet und an welche Norm Ihr ihn anpassen werdet. Denn Ihr wißt, daß es einige Normen gibt, die ohne Frage niedrig sind, und die Arbeiterführer werden mit aller Ehrlichkeit kalkulieren müssen, ob sich die Anwendung einiger dieser Prinzipien nicht in

einem Lohnzuwachs niederschlagen kann, ohne daß sich eine Zunahme der Produktion ergebe. Aber jedenfalls denken wir, daß es die Normen, die in der einen oder anderen Form bestehen, nun mal gibt, und so sehr Ihr sie auch verbessern mögt, werden sie weiterbestehen; und wenn sie zu wirklich technischen Normen werden, wird sich natürlich die Produktivität erhöhen. Aber wir glauben, daß in jenen Arbeitszentren, in denen man mit der Einführung technischer Normen beginnen wird und wo als Ergebnis der wirklich technischen und wissenschaftlichen Normen die Produktivität zunehmen sollte, man auch eine Lohnskala entwickeln sollte, die sich von der der Arbeitszentren unterscheidet, wo elementare Normen gelten. Das ist das Prinzip. Habt Ihr das verstanden? (*Beifall und Rufe: „Ja“*) Das heißt: uns interessiert die Einführung der technischen Normen in einer Region, in einer bestimmten Industrie, wegen irgendwelcher Probleme; die technischen Normen werden eingeführt, und man stellt eine höhere Lohnskala auf als in einem Zentrum, wo es keine technischen Normen gibt. Deswegen der Punkt über die Zunahme der Tarife der Skala in den Einheiten, die zur technischen Organisation und Normierung der Arbeit übergehen.

Wir haben den Standpunkt der Partei zum Ausdruck gebracht, daß wir gemeinsam mit den Führern der Arbeiterbewegung alle und jede einzelne dieser Fragen, die Ihr in den Resolutionen aufgeworfen habt, analysieren müssen, und zwar in der Absicht, sie zu lösen, indem wir sie — selbstverständlich — sorgfältig untersuchen, und zwar so bald wie möglich. Und über viele dieser Fragen gibt es in den Reihen der Parteileitung bereits einen Standpunkt. Wenn Ihr Euch nicht langweilt (*Rufe: „Nein“*), wäre es interessant, auf einige Dinge hinzuweisen, die uns beschäftigen müssen und einige wichtige Daten klarzumachen, damit wir aus diesem Kongreß und dem gesamten ihm vorausgegangenem Prozeß einen echten und maximalen Nutzen für die Revolution ziehen.

Es gibt eine Sache, ohne die keiner der Beschlüsse, die wir auf dem Kongreß gefaßt haben, eine praktische Möglichkeit hätte. Das Prinzip, jedem nach seiner Arbeit zu geben, Überstunden oder die Doppelschicht zu bezahlen oder jede beliebige Lohnskala zu überprüfen, wäre überhaupt nichts wert, wenn wir nicht ein finanzielles Gleichgewicht beibehielten. Sogar die Verwendung materieller Anreize hat keine Gültigkeit, hat keine Berechtigung in einer Situation maßloser Inflation. Wenn wir auf dem Kongreß alle diese Probleme in Hinblick auf angemessene Formeln und Lösungen haben aufwerfen können, liegt das daran, daß das Geld tatsächlich einen gewissen Wert zu haben beginnt. In einer Situation, in der jeder die Taschen voller Geld hatte, hätte keine dieser Formeln eine große Wirkung haben können.

Man muß noch etwas mehr sagen: im Kapitalismus ist das Geld alles, Geld ist das Leben und der Tod der Menschen. Wir haben unsere Schwächen und unsere Mängel aufgezeigt. Der Kapitalist und das kapitalistische System funktionieren kraft bestimmter, sehr

mächtiger Motivationen. Der Kapitalismus hat vor allem die Reservearmee an Arbeitskräften: die Arbeitslosen. Und es gibt keine wirksamere Disziplin als die Angst, die Arbeit zu verlieren, was im Kapitalismus dem Hungertod gleichkommt. Vor dem Tor jeder Fabrik gab es praktisch eine Schlange von Arbeitslosen, die auf die Möglichkeit warteten, eine Beschäftigung zu finden. Dieser Mechanismus schafft die kapitalistische Disziplin. Außerdem ist es im Kapitalismus so, daß der Arbeiter, der keine Arbeit oder kein Geld hat, vor Hunger stirbt und daß seine Angehörigen vor Hunger sterben; wenn die Kinder, die Familie oder er selbst krank werden, sterben sie, wenn er keine Arbeit oder kein Geld hat. Die Möglichkeiten zu leben, die Möglichkeiten, seine Gesundheit zu erhalten, die Möglichkeiten, in Hinblick auf das Alter oder einen Unfall Vorsorge zu treffen, die Möglichkeiten zur Erziehung seiner Kinder — alles hängt ab von seiner Arbeit und von dem Geld, das er in der Tasche hat.

Im Sozialismus ist das anders. Auch wenn der Sozialismus noch nicht der Kommunismus ist, auch wenn die sozialistische Verteilung noch nicht die kommunistische Verteilung ist — im Sozialismus verschwindet die Arbeitslosigkeit, im Sozialismus verschwindet die Unsicherheit des Lebens, die Angst vor der Vertreibung aus der Wohnung, die Angst vor Krankheit, vor Alter und Unfall; jedem ist eine Beschäftigung sicher, jedem ist die ärztliche Versorgung unter optimalen Bedingungen sicher — viel besser als die, welche die Kapitalisten im Kapitalismus für sich hatten. Denn wir können mit Stolz sagen, daß unsere medizinische Versorgung viel besser funktioniert als jene, welche die Kapitalisten für sich und ihre Familien hatten, daß die Revolution eine Unzahl von Krankheiten ausgerottet hat, daß die Kindersterblichkeit in unserem Land bereits auf dem Niveau entwickelter Länder liegt: das heißt, daß sie minimal ist und daß sich unsere medizinische Versorgung verbessert und jedes Jahr weiter verbessern wird; daß kürzlich sogar ein Hausbesuchsdienst unserer Polikliniken für alte Leute und Kinder eingerichtet worden ist, die nicht ins Krankenhaus gehen können. Der Sozialismus bietet dem Volk alle diese Sicherheiten — den Arbeitern und ihren Familien.

Und wenn der Mensch im Kapitalismus eine Motivation hat, denkt er zuerst ans Überleben, an die Gesundheit, an seine Kinder; an den Schrecken, ohne einen Pfennig in der Tasche dazustehen, wenn ein Angehöriger, ein geliebter Mensch krank ist; an alle diese Schrecken, aus welchen sich die kapitalistische Arbeitsdisziplin nährt. Das heißt, es sind die unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen im Kapitalismus, die die Arbeitsdisziplin schaffen.

Im Sozialismus gibt es diese Triebfeder nicht, im Sozialismus gibt es diese Motivationen nicht, im Sozialismus ist das Geld nicht unerläßlich für alle diese Sachen. Die wichtigsten Dinge — Dinge, die die Arbeiter selbstverständlich unmittelbar interessieren, die lebenswichtigsten Probleme sind verschwunden, sind durch die gesamte Gesellschaft gelöst. Deswegen verwandelt sich die Bedeutung des Bewußtseins der Arbeiter, die politische Kultur der Arbeiter und die

Haltung der Arbeiter in ein Element, das im Sozialismus unersetzlich ist, da ja die Motivationen der Arbeiter bereits andere sind.

Selbstverständlich vollzieht sich im Sozialismus die vollständige Identifikation des Menschen mit den Produktionsmitteln, die völlige Identifikation des Menschen mit den Reichtümern des Landes, die völlige Identifikation des Menschen mit dem Schicksal seines Landes, mit dem politischen Prozeß seines Landes, mit den politischen Problemen seines Landes: Das heißt, daß der Arbeiter zum Besitzer der Reichtümer wird und die Geschicke seines Vaterlandes zu lenken beginnt. Aber die moralischen Faktoren, die Bewußtseins-Faktoren, die kulturellen Faktoren sind im Sozialismus unersetzlich. Wir dürfen nicht einen Augenblick denken, daß wir die Probleme mit Geld lösen werden, die nur das Bewußtsein lösen kann. Wir müssen die materiellen Anreize klug gebrauchen und sie mit den moralischen Anreizen kombinieren, aber wir dürfen nicht einen Augenblick glauben, daß wir schon den Menschen von heute, den sozialistischen Menschen, noch mit ausschließlich materiellen Anreizen leiten können, denn die materiellen Anreize haben schon nicht mehr dieselbe Gültigkeit wie im Kapitalismus, in dem sich alles — das Leben und der Tod — mit dem Geld löst, das man in der Tasche hat.

Aber jedenfalls verwandelt sich ein Überfluß an Geld, ein großer Überfluß an Geld für viele Personen, nicht für alle, in das Gegenteil eines Anreizes. Wir können nicht einen Augenblick lang die Zehntausende von Arbeitern, die Hunderttausende von Arbeitern, die überwältigende Mehrheit der Arbeiter dieses Landes vergessen, die bereit sind, in jeder Hinsicht, in jedem Augenblick und ohne die geringsten materiellen Anreize das zu tun, was nötig ist bei der Zuckerrohrernte, bei der Verteidigung des Landes, bei allem. Dies dürfen wir niemals vergessen — wie einige Arbeiter sagten —: als es keine elektrischen Haushaltsgeräte gab, als es keine Mikrobrigaden<sup>5</sup> gab, als es keine Wohnungen gab, als es nichts gab — was die Arbeiter dieses Landes alles geleistet haben und dadurch dieses Bewußtsein erlangten, das sie heute haben und auf das wir stolz sind. Und wir fühlen diesen Stolz vor unseren Gästen, vor denen wir ebensowenig zögern — obwohl es uns weh tut —, unsere Schwächen einzugestehen.

Seit dem Jahre 1971 hat es einen Prozeß der Deflation, der Verringerung der Geldmenge im Umlauf gegeben. Das heißt, daß wir 1971 Millionäre waren und jetzt weniger Millionäre sind. Klar, die Wirtschaft ist gewachsen. 1971 nahm sie um 5 % zu, 1972 um 9 %,

5 Mikrobrigaden sind freiwillige Verbände von maximal 33 Personen, die meist für die Dauer eines Jahres für Bautätigkeiten abgestellt werden, während die im Arbeitszentrum verbliebenen Arbeiter deren Arbeit mit übernehmen. Die auf diese Weise erstellten Wohnungen gehören dem Produktionszentrum und werden von der Vollversammlung der Arbeiter nach dem Kriterium der größten Bedürftigkeit an Angehörige des Produktionszentrums verteilt.

1973 bis jetzt nahm sie um 13 % zu. Insgesamt in diesen drei Jahren ein Wachstum von 30 %. Es ist klar, daß einer der Sektoren, die das wirtschaftliche Wachstum am meisten vorangetrieben haben, der Bausektor war. Und natürlich müssen wir uns für die kommenden Jahre ein bescheidenes, aber sicheres Wachstum vornehmen. In der Gedenkfeier zum 20. Jahrestag sprachen wir von etwa 6 % pro Jahr. 6 % pro Jahr entspricht einer Verdoppelung der gesamten Produktion in elf Jahren. Das ist kein zu verachtender Rhythmus. Es ist nichts Sensationelles. Jedoch können wir diesen Rhythmus übertreffen, ihn übertreffen, aber nur, wenn wir sehr realistisch planen. Und deshalb sprechen wir von einem durchschnittlichen Wachstum von 6 % pro Jahr während der nächsten zehn Jahre.

In diesen Jahren sind die Löhne gestiegen; zumindest das, was an Löhnen ausgezahlt wird. 1967 wurden 2773 Millionen an Löhnen gezahlt; 1970 waren es 3111; 1971 — 3187; 1972 — 3367 und für 1973 rechnet man mit 3690 Millionen an Löhnen. Obwohl die Lohnmenge gestiegen ist, wurden dennoch die umlaufenden Zahlungsmittel reduziert. Das werde ich Euch später erklären. Ich will zuerst hinzufügen, daß sich die Sozialversicherung auf 547 Millionen beläuft, weil die Sozialversicherung pro Jahr noch um 1100 zunimmt. Zahlungen an Bauern für den Ankauf land- und viehwirtschaftlicher Produkte: 240 Millionen; andere Zahlungen an die Bevölkerung (private Frachtfuhrleute, Stipendien für Studenten usw.): 273, die eine Gesamtsumme der Einkommen der Bevölkerung von 4750 Millionen Pesos ausmachen. Das ist es, was die Bevölkerung 1973 an Geld erhält. Die Lohnmenge ist seit 1967 um etwa 900 Millionen gestiegen. Trotzdem hat die Geldmenge, die sich in der Verfügungsgewalt der Bevölkerung befindet, abgenommen, weil die Bevölkerung mehr verbraucht hat, als sie in diesen Jahren erhalten hat. Dieser Prozeß begann 1971. In der zweiten Jahreshälfte wurden 150 Millionen eingenommen. Ah! Mir fehlt eine Angabe, die Ihr sicher wissen wollt. Wieviel Geld besaß die Bevölkerung im besten Moment? Sie hatte 3478 Millionen! Das war das Maximum. Jetzt sind wir ärmer. In der zweiten Hälfte des Jahres 1971 wurden 150 Millionen eingenommen; im Jahre 1972 wurden 680 Millionen eingenommen; im Jahre 1973 werden nach den Berechnungen 400 Millionen eingenommen werden. Insgesamt wird man in den 2½ Jahren 1230 Millionen eingenommen haben.

Das ist natürlich Geld, das man von der Bevölkerung eingenommen hat und das dann wiederum die Bevölkerung reicher macht. Denn obwohl das paradox erscheinen mag — je mehr Geld wir im Umlauf hatten, desto ärmer waren wir. Denn wer dies einsammelte, waren nicht die Latifundisten noch die Bourgeois: es war Euer revolutionärer Staat selbst. Dies ist, wie Ihr wißt, mittels zweier Formeln erreicht worden; die eine ist die Zunahme von Gütern für die Verteilung an die Bevölkerung; und die zweite ist der Preisanstieg für einige nicht lebenswichtige Artikel. Wenn ich sage „nicht lebenswichtige“, will ich damit nicht sagen, daß sie uns etwa nicht gefielen (*Gelächter*). Ich sage einfach „nicht lebenswichtige“. Das war nicht die Milch, es war nicht das Brot, es waren nicht die Lebensmittel. Es

waren die Zigaretten, die alkoholischen Getränke. Na ja, aber die Leute schwammen doch im Geld. Und man beginnt schon, die Auswirkungen dieser progressiven Abnahme des Geldes zu beobachten. Versteht Ihr? (*Ausrufe: „Ja!“*)

Wir sind begeistert, daß unsere Arbeiter diese Daten haben und dies verstehen, denn das ist die einzige Weise voranzukommen. Wir sind keine Spekulanten, wir mögen die teuren Sachen nicht. Aber dieses Meer von Geld spiegelte sich in der Wirtschaft wider. Sagt mir doch: inmitten dieses Geldmeeres, was wären da alle Beschlüsse dieses Kongresses wert? Wir wissen schon, daß, wenn das Geld reichlicher vorhanden ist als Güter und Dienstleistungen, dann viele aufhören, sich für Geld zu interessieren; für jenes Geld, das sowieso nicht mehr einige lebenswichtige Probleme löst, weil diese lebenswichtigen Probleme bereits von der gesamten Gesellschaft gelöst werden. Niemand macht sich Sorgen wegen seiner Kinder, wegen allem, man braucht kein Geld dafür.

Eine Lehrerin auszubilden, kostet — es kostet ziemlich viel! Eine Krankenschwester auszubilden, kostet — es kostet ziemlich viel. Die Jahre, die man von der Grundschule bis zur Mittelschule braucht. Und eine qualifizierte Frau. Und wie nötig wir Lehrer brauchen. Aber wenn jemand einen guten Lohn hatte, ein junger Mann, und dann eine Lehrerin heiratete, sagte er: „Geh nicht arbeiten, das ist doch nicht nötig.“ (*Gelächter*) Und das Land verlor die Lehrerin. Und das Land verlor die Krankenschwester. Wenn das Land die Lehrerin und die Krankenschwester verliert, dann verliert es sie allerdings nicht nur wegen des Geldes, sondern wegen des rückständigen Bewußtseins, wegen Machismo und Supermann-Kult und all dieser Dinge, die uns noch anhaften. Was machen wir damit? Zum Kapitalismus zurückkehren, wo die Frauen von ihrem Ehemann leben, wo die Frau ein Schmuckstück im Hause ist? (*Ausrufe: „Nooooo!“*) Ich bin sicher, daß zumindest die kubanischen Frauen damit nicht einverstanden sein werden (*Ausrufe: „Noooo!“ und Beifall*). Und wir dürfen nicht vergessen, daß wir jetzt zwei Frauen im Exekutiv-Sekretariat der CTC haben.

Aber dieser ganze Überfluß an Geld begann sich auf wirtschaftlicher Ebene auszuwirken: Bedürfnis nach weiterer Arbeitskraft an vielen kritischen Stellen, manchmal in einem Krankenhaus, manchmal in einem wichtigen Dienst, und diese Arbeitskraft war nicht zu finden. Es gab einfach zu viel Geld! Was ein weiteres Beispiel dafür ist, wie ungenügend wir für den Kommunismus vorbereitet sind. Denn Marx sagte: „... nachdem die Arbeit nicht Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden ist.“ Und wenn der junge Mann, der geheiratet hat, die Lehrerin nach Hause schickt, zeigt sich, daß die Arbeit noch nicht das erste . . ., wie Marx sagt (*Gelächter*), „das erste Lebensbedürfnis“ ist. Nicht nur ein Mittel zum Leben, er sagt „Lebensbedürfnis“. Und wir hatten diese Realität: daß die Textilfabriken nicht arbeiteten, daß die Fabrik X keine Arbeitskräfte hat, daß die, die angestellt worden waren, weggegangen sind; daß von

100 gleich 60 fehlen, weil es keine Beständigkeit in der Arbeit gibt. Dies ist das logische Resultat des großen Überflusses an Geld, Versteht Ihr das? (*Ausrufe: „Ja!“*)

Jetzt beginnt man bereits die umgekehrten Auswirkungen zu sehen (*Lachen*). Man beginnt, eine größere Nachfrage nach Arbeit festzustellen. Und im gegebenen Augenblick könnten wir sogar ganz hübsche Kopfschmerzen kriegen, wenn es darum geht, Arbeit zu finden für alle, die welche verlangen. Aber nun gut! Wir werden uns den Kopf zerbrechen und das Problem lösen müssen. Aber das wird besser sein als eine stillgelegte Fabrik zu haben, weil Arbeitskräfte fehlen.

Wir wollen keine Reservearmee an Arbeitern. Das ist ganz klar. Niemals wird die Revolution zu einer solchen Maßnahme greifen, weil das kapitalistische Maßnahmen sind! Aber auf jeden Fall müssen wir leben, müssen wir unsere materiellen Bedürfnisse befriedigen, müssen wir vorankommen, müssen wir die Unterentwicklung besiegen, müssen wir die Armut besiegen. Und deswegen ist es notwendig, realistisch zu sein, all dieses zu verstehen und zu wissen, welche Maßnahmen man anwendet, warum man sie anwendet, was gut und was schlecht ist für die Wirtschaft und warum es gut und warum es schlecht ist, wie viele wir sind und wie viele wir an Revolutionären haben und was uns alles noch fehlt, um Revolutionäre und Kommunisten zu sein!

Nun gut. Gegenwärtig sind 2248 Millionen im Umlauf. Es ist weniger geworden. Etwas weniger und wir befinden uns innerhalb dessen, was man — nach Meinung der Fachleute — als normale Grenzen des zirkulierenden Geldes ansehen kann. Es ist eine große Sache, zu diesen normalen Grenzen zu gelangen und ohne Zweifel ein Fortschritt. Und ohne diese normalen Grenzen hätte keiner der Beschlüsse, die Ihr gefaßt habt, die Beschlüsse wirtschaftlicher Art, eine praktische wirtschaftliche Tragweite. Sie würden nicht funktionieren, sie hätten keine Wirkung.

Daraus ergibt sich ein sehr wichtiges Prinzip: das finanzielle Gleichgewicht. Daß es in den Händen des Volkes eine Geldmenge geben soll, welche die normalen Grenzen nicht übersteigen darf; daß die Gegenüberstellung zwischen dem, was an Löhnen gezahlt wird und der Gesamtsumme der zur Verfügung der Bevölkerung stehenden Güter und Dienstleistungen ausgeglichen sein muß. Wenn wir einfach wieder Geld austreuen, wenn wir anfangen, mehr an Löhnen zu verteilen, als wir an verfügbaren Waren und Dienstleistungen haben, verwandeln wir uns wieder in Millionäre, das heißt, wir haben wieder viel Papier und wenige Güter und Dienstleistungen. Daher ist es von größter Wichtigkeit, daß das Verhältnis zwischen dem Gesamteinkommen der Bevölkerung und den verfügbaren Gütern und Dienstleistungen aufrechterhalten wird. Das ist ein wesentliches Prinzip. Verstehen wir das? (*Ausrufe: „Ja!“*)

Hier gibt es auch eine Liste davon, wofür die Bevölkerung Geld ausgibt. Mal sehen: Stadtreform ist wenig, das sind 60 Millionen;

Kino und Theater, 46; Strom und Gas, 70. Das sind keine großen Posten. Es sind keine Dinge, um Geld zusammenzukriegen. Es gibt sogar Statistiken darüber, was für den Friseur, für den Barbier, den Transport — die, die bezahlen — ausgegeben wird (*Gelächter*). Nun gut: im kommenden Jahr beabsichtigen wir, noch ein bißchen mehr Geld einzunehmen. Das ist sehr gut, um uns innerhalb der Grenzen zu bewegen — wenn sich die Fachleute nicht irren bezüglich dieser Grenzen.

Jetzt sollt Ihr sehen, welche verbindlichen Ausgaben wir für den Zuwachs der Löhne im kommenden Jahr machen müssen — und das, ohne die Preise anzurühren; und natürlich sind einige Preise hoch, aber so sind sie nun mal: sie sind schon lange nicht angerührt worden ... Und wenn Ihr eine gute Nachricht hören wollt, werde ich Euch sagen, daß die Genossen vom Dienstleistungssektor eine kleine Ermäßigung bei den alkoholischen Getränken vorgeschlagen haben. Denn da haben sich Lagerbestände gebildet, und sie werden einen Abbau vornehmen. Wenn man ein Produkt nicht exportieren kann, soll es lieber die Bevölkerung haben. Das ist ein weiteres Prinzip. Obwohl wir uns daran gewöhnen müssen, etwas in den Kellern zu lassen; denn es ist die Angewohnheit aufgekommen, wenn es etwas gibt, gleich zu sagen: „Warum gibt es dort was? Warum wird nicht der Preis runtergesetzt?“ Man wird sich daran gewöhnen müssen, daß es etwas als Beweis dafür gibt, daß der verdiente Lohn einen Gegenwert in den Läden hat! Aber jedenfalls sind die Vorräte, die sie haben, zu groß geworden, und sie werden den Preis etwas herabsetzen.

Aber nun: wieviel muß man im kommenden Jahr auf jeden Fall an zusätzlichem Einkommen für die Bevölkerung ausgeben? Zunahme der Arbeitskräfte: 113 500 Arbeiter; 177 Millionen Pesos. Das ist jedes Jahr soviel. Und wenn es mehr sein sollten, dann mehr. Rückgang der Abwesenheit vom Arbeitsplatz. Hier gibt es eine optimistische Berechnung: dieser Rückgang wird 37 Millionen mehr an Löhnen darstellen. Welch ein Vertrauen in die Beschlüsse des Arbeiter-Kongresses! Arbeitsstellenwechsel: 0,5 Millionen. Sozialversicherung, Gesetz 1100: 40 Millionen. Insgesamt eine Ausgabe — schon verbindlich — von 254 Millionen Pesos mehr im Jahre 1974 als 1973. Ist das klar? So daß man 254 Millionen auf jeden Fall ausgeben muß, auch wenn wir nicht mehr tun, als diejenigen zu beschäftigen, die beschäftigt werden müssen, jene zu pensionieren und ihnen eine Rente zu geben, denen diese Renten zukommen. Kurz und gut, unvermeidliche Ausgaben.

Jetzt hat man eine Berechnung angestellt. Verschiedene Maßnahmen, von denen die Partei einige grundsätzlich gebilligt hat in Übereinstimmung mit den Vorschlägen der Arbeiter und auch einige von denen, die Ihr angenommen habt: Abschaffung von zwei ersten Gruppen; Reorganisierung, Qualifikationsmerkmale, Urlaubszahlungen ... Also, Urlaubszahlungen ist hier nicht richtig, das hätte Lohnabzug heißen müssen, und wenn es ein Abzug ist, sehe ich nicht



ein, warum das die Ausgaben erhöhen muß. Aber gut: die Abschaffung der zwei ersten Gruppen der Skala, die die landwirtschaftlichen Arbeiter betrifft; das macht 10,5 Millionen. Die Erweiterung der Skala für Techniker — um die Skala der Techniker zu erweitern und für das qualifiziertere Personal eine angemessene Entlohnung zu schaffen — das würde 67 Millionen bedeuten. Das ist theoretisch. Diese Entscheidungen sind noch nicht getroffen worden. Man hat sie positiv überdacht. Erweiterung der Skala des für die Produktionsleitung verantwortlichen Personals; das käme auf 65 Millionen. Die Überprüfung der Qualifikations-Kriterien: 7,2 Millionen. Zahlungen wegen außergewöhnlicher Arbeitsbedingungen: 50 Millionen. Zahlungen von Überstunden und Doppelschichten: 55 Millionen. Bindung der Löhne an die Normen: 44 Millionen. Technische Normierung: 2,5. Andere: 13,6. Dies macht eine Gesamtsumme von 314,8 Millionen aus, bei Verwirklichung aller dieser Maßnahmen. Insgesamt wären es 569 Millionen mehr an Löhnen im Jahr 1974. Wenn man hier von der Erweiterung der Skala für das verantwortliche Personal in der Produktionsleitung spricht, handelt es sich um den Brigade-Chef, den Gruppen-Chef, der einen Lohn in einem ausgeglichenen Verhältnis zu dem des Traktoristen, des Facharbeiters erhalten muß.

Was bedeutet das? Das bedeutet, daß wir bei der Umsetzung aller dieser Beschlüsse sehr vorsichtig sein müssen. Was bedeutet sehr vorsichtig? Beginnen, die Verhältnisse in den Produktionszentren zu studieren und beginnen, diese Beschlüsse dort anzuwenden, wo jeder Lohnanstieg von einer Zunahme der materiellen Produktion begleitet sein wird, um die materielle Produktion zu erweitern, damit sie den Lohnerhöhungen entspricht. Es gibt natürlich Arten materieller Produktion, die nicht unmittelbare Ergebnisse bringen, die sich in einem Lohnzuwachs niederschlagen können und nicht in einem Zuwachs an verfügbaren Gütern für die Bevölkerung; sagen wir, ein thermoelektrisches Werk wird zwei Jahre lang gebaut, das bedeutet nicht sofort eine materielle Einnahme. Es kann einen Lohnzuwachs im Baugewerbe geben; aber es gibt Bauten, die sich nicht unmittelbar in einem Zuwachs an Gütern zur Verfügung der Bevölkerung niederschlagen. Aber schließlich kann man jede dieser Maßnahmen nur allmählich einführen und nur sehr vorsichtig, indem man bei allen jenen Arbeitszentren beginnt, wo die Arbeitskraft das Grundlegende ist, wo sich der Lohnanstieg unmittelbar in einem Zuwachs an verfügbaren Gütern für die Bevölkerung niederschlägt. Und man muß eine sehr sorgfältige Bilanz führen und das mit den Arbeiterführern diskutieren, jede einzelne dieser Maßnahmen und ihre wirtschaftlichen Konsequenzen, um so zu verhindern, daß sich die Beschlüsse — die ein vorzügliches Instrument sein können, um die wirtschaftliche Effizienz anzuheben — in einen neuen inflationären Prozeß verwandeln, in dem die Löhne und die Einkommen an Löhnen oder die Ausgaben für Löhne in keinem Verhältnis mehr stehen zu der Produktion von materiellen Gütern. Auf dieses Gleichgewicht vor allem müssen wir achten. Wir gewinnen nichts, wenn wir die Beschlüsse anwenden und dann erneut ein finanzielles Un-

gleichgewicht entsteht. Es ist sehr wichtig, daß die Arbeiterführer diese Daten kennen. Auf jeden Fall gibt es in der materiellen Produktion selbstverständlich einen Zuwachs; aber wir können nicht eine Lohnerhöhung vornehmen, die über dem Anstieg der materiellen Produktion liegt. Denn außerdem muß das Land große Investitionen für die Entwicklung machen. Das ist sehr wichtig.

Ab und zu sind es auch nicht Einschränkungen in bezug auf die Arbeitskraft, die unsere materielle Produktion erfährt. Wäre doch in allen Fällen die Arbeitskraft die einzige Einschränkung der materiellen Produktion ... Es gibt viele Industrien, in denen die Einschränkung darin besteht, daß wir an die Grenze ihrer Kapazität gelangt sind, daß sie nicht mehr hergeben; es gibt andere Industrien, in denen die Einschränkungen bei den Rohstoffen liegen, weil sie teuer oder weil sie knapp sind oder weil man keine Rohstoffe bekommt. Das heißt, daß es hier unausgenutzte Kapazitäten in der Industrie gibt auf Grund der Probleme mit den Rohstoffen, und in anderen gibt es unausgenutzte Kapazitäten wegen der Probleme mit den Arbeitskräften. Wo die Einschränkung bei den Rohstoffen liegt, kann sie von den Möglichkeiten abhängen, diese Rohstoffe im Ausland zu erwerben. Wenn natürlich die Zuckerproduktion zunimmt und die Exporte zunehmen, haben wir da einen Weg, die Importe von Rohstoffen zu erhöhen. In dem Maße, wie die Exporte erhöht werden, können auch die Importe zunehmen. Es ist jedoch nicht einfach, auf den Weg der Importe zurückzugreifen. Warum? Ich werde Euch zeigen, wie die Preise auf dem Weltmarkt ausgesehen haben und wie sie zur Zeit aussehen, um einige Beispiele zu nennen. Klar, man sagt: es gibt viel mehr Geld, also wollen wir mehr Importgüter herbringen. Das hängt vor allem von unseren Exporten ab. Aber bei einigen Artikel, Bohnen zum Beispiel, Preis im Jahr 1969 pro Tonne: 121,5 Pesos; Preis der Bohnen, die man für 1974 kaufen muß: 574 Pesos die Tonne. Mais, kapitalistischer Markt, Preis von 1969: 58,08; Preis 1974: 131,55 die Tonne. Getreide, Jahr 1969: 71,76; Jahr 1974: 159,45. Konsumpreis ging im Jahr 1970 bis auf 90 Dollar die Tonne herauf; Preis 1974: 400 Pesos. Pflanzenöl, 228,51 im Jahr 1969; Preis 1974: 329,22; Milchpulver, Jahr 1969: 128 Pesos; Jahr 1974: 603 Pesos. Mehl, Jahr 1969: 93,60; Jahr 1974: 191. Fischmehl, Jahr 1969: 129,80; Jahr 1974: 386,2. Phosphorgestein — ein Rohstoff —, Jahr 1969: 22 Pesos; Jahr 1974: 50. Stickstoffhaltiger Dünger, Harnstoff, Jahr 1969: 80,13; Jahr 1974: 141. Dreifacher Superphosphat, Jahr 1969: 67,57; Jahr 1974: 120. Kunstseidengewebe in Tausenden Quadratmetern, Preis von 1969: 643,13; Jahr 1974: 964,69. Wollstoff, Jahr 1969: 871,23; Jahr 1974: 1306,70. Baumwollfaden in 1000 linearen Metern, Jahr 1969: 227,52; Jahr 1974: 379,98. Azetat-Faser in Tonnen, Jahr 1969: 1314; Jahr 1974: 2284. Nylon-Faser, Jahr 1969: 2570; Jahr 1974: 4155,77. Acryl-Faser, Jahr 1969: 2360; Jahr 1974: 4738. Und in diesem Stil geht es weiter mit den Produkten.

Was bedeutet das? Es existiert ein weltweiter Inflationsprozeß; einige grundlegende Rohstoffe wie das Öl werden sehr teuer, und die chemische Industrie hat in der Weltwirtschaft ein sehr großes

Gewicht. Es gibt im allgemeinen eine große Nahrungsmittelknappheit auf der Welt. Viele dieser Produkte bekommt man noch nicht einmal, unabhängig von ihrem Preis, und viele dieser Posten — wie Mehl, Fischmehl oder Milchpulver, alle diese Produkte, aber vor allem die Rohstoffe für das Futter — haben sich außerordentlich verteuert; und dennoch wird die Produktion von Eiern auf gleichem Niveau aufrechterhalten, wird für die Eier der Preis beibehalten, den sie in allen diesen Jahren hatten, man behält die Milch für die Bevölkerung, für die Kinder zu dem Preis bei, den sie alle diese Jahre lang gehabt hat. Natürlich muß die Wirtschaft diesen Kostensteigerungen entgegentreten.

Wenn man die gegenwärtigen Preise der Produkte, der Importe, mit dem für den Zucker erlangten Preis vergleicht, unter Berücksichtigung der Einschränkungen des Weltmarkts, so kommt dies einem Zuckerpreis von 3 Centavos gleich; es war sogar schwierig, in dem Zuckerabkommen zu einer Übereinkunft zu gelangen, weil die importierenden Länder den Zuckerpreisen Höchstgrenzen setzen wollten, die unannehmbar waren. Man sollte für die Zuckerpreise eine Höchstgrenze annehmen und danach hinausgehen, um alle diese Rohstoffe und Produkte zu diesen märchenhaften Preisen zu kaufen, die sie haben. Deswegen gab es kein Abkommen. Es ist also eine objektiv komplizierte Situation, es ist keine einfache Situation. Daher kann man nicht sagen, daß wir mit Importen die Produkte herbeschaffen können, um jeden Lohnzuwachs, den es gibt, auszugleichen. Das heißt, es gibt objektive Grenzen, die wir sehr in Betracht ziehen müssen. Aber diese Daten, die wir Euch angeboten haben, bringen uns dazu, noch mehr Nachdruck auf die Notwendigkeit zu legen, um jeden Preis nach wirtschaftlicher Effizienz zu streben; sie stärken alle Kriterien und alle Standpunkte, die Ihr während dieses Prozesses analysiert habt, und sie stärken auch die Anwendung des Prinzips, mehr Produktion und mehr Qualität zu geringeren Kosten anzustreben.

Ein Genosse sagte, daß die Arbeiter diese Diskussionen wie richtige Staatsmänner führten. Und das stimmt. Und es ist von außerordentlicher Bedeutung, daß die Arbeiter diese Angelegenheiten sehr ernsthaft in ihre Hände nehmen! Im Kampf um eine höhere Produktion mit besserer Qualität zu weniger Kosten heben alle diese Tatsachen die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Arbeit im allgemeinen und ganz besonders der landwirtschaftlichen Arbeit hervor; die Wichtigkeit der Arbeit in den Zuckerplänen, in den Viehzuchtplänen, in den Reisplänen; die enorme Bedeutung, die der Arbeit der Landwirtschafts-Gewerkschaft zukommt — ebenso bei Einsparungen wie bei der Erhöhung der Produktion. Auf diesem Kongreß sind Resolutionen zur Beteiligung der Arbeiter an der Wirtschaftsleitung angenommen worden. Und in einer der Resolutionen wurde die Notwendigkeit dargelegt, daß Arbeiter in den Direktionsräten der Produktionseinheiten der Betriebe und auch in den Ministerien vertreten sein müßten. Die Führung der Partei ist mit dieser Resolution des Arbeiterkongresses vollkommen einverstanden.

den. Aber mehr noch: zu den systematischen Versammlungen des Exekutivkomitees des Ministerrats, wo die Jahrespläne analysiert werden, wo man grundlegende Entscheidungen administrativen und ökonomischen Charakters trifft, soll unserer Ansicht nach auch die Vertretung der Arbeiterbewegung zur Teilnahme eingeladen werden. Dieses läßt einen alten revolutionären Wunsch Wirklichkeit werden, nämlich den organisierten Arbeitern ein Maximum an Beteiligung an der Wirtschaftsleitung zu geben, wie es einem sozialistischen Prozeß entspricht.

Ihr seid zu einem weiteren wichtigen Beschluß gekommen: die Bewegung der Mikrobrigaden auf der Grundlage von zusätzlicher Arbeit zu stärken und zu erhalten als die richtige Methode und angemessene Lösung des Wohnungsproblems. Gegenwärtig werden mehr Wohnungen gebaut als in jedem der vergangenen Jahre der Revolution, und einen großen Teil dieser Wohnungen bauen die Mikrobrigaden. Ah, wenn wir mehr Material hätten, mit der Arbeitskraft, die wir durch die Anwendung dieser Resolutionen freistellen könnten, welche Anzahl von Wohnungen könnten wir bauen, von Grundschulen, von Kindergärten und sozialen Lösungen auf Grund von zusätzlicher Arbeit! Jedenfalls dürfen wir uns nicht entmutigen lassen. Es werden bedeutende Investitionen gemacht, um die materielle Grundlage für den Bausektor zu erweitern, um mehr Eisenroste, mehr Zement, mehr Steine, mehr Sand, mehr Material jeder Art zu haben. Und es wird der Zeitpunkt kommen, in dem wir dem Baugewerbe mit den Mikrobrigaden einen neuen und grandioseren Impuls geben können, um das Wohnungsproblem zu lösen. Es ist wichtig, daß diese Bewegung nicht nachläßt! Man wird Euch einladen, die Wohneinheit von Alamar zu besuchen — sofern Ihr sie noch nicht kennt —, die man gerade neu erbaut. Und Ihr werdet die Funktionalität, die Geräumigkeit und die sozialen Lebensbedingungen sehen, die dort die Arbeiter für die Arbeiter schaffen — kein Viertel der Bourgeoisie und der Kapitalisten, nicht einmal im Traum, konnte die Dienstleistungen, Schönheit und Geräumigkeit aufweisen, die jenes Viertel besitzt, das die fleißigen Hände unserer Arbeiter erbauen.

Es besteht das Risiko, daß einige Arbeitszentren so vorankommen, daß sie die hauptsächlichen Wohnungsprobleme schon gelöst haben und daß dies dann Auswirkungen auf die Kontinuität der Arbeit der Mikrobrigaden hat. Das wäre nicht gut. Es wäre gut, wenn sie ihr Wohnungsproblem lösten, aber es wäre nicht gut, wenn sich diese Mikrobrigade aus jener Fabrik auflöste oder entmutigen ließe. Richtig wäre, daß einige Mikrobrigaden — wenn sie schon so viele Wohnungen zusammengebracht haben, daß die Situation für ihre Arbeitszentren weniger dringend ist —, daß sie dann mit proletarischem Geist, mit solidarischem Geist weiterarbeiten und Wohnungen für andere Sektoren der Werktätigen bauen, die wie im Fall der Lehrer zum Beispiel nicht über eine starke Kraft für die Bautätigkeit verfügen können, weil sie in ihrer überwiegenden Mehrheit Frauen sind. Und wenn gesagt wird, daß die Lehrer mit Arbeit

überlastet sind, soll man mir bitte erklären, wie sie dann das Wohnungsproblem lösen sollen.

Es ist klar, daß wir eines Tages, wenn wir eine viel größere Produktivität im Bauwesen haben und Arbeitskräfte freisetzen können, auch staatliche Brigaden haben können, die für solche oder ähnliche Fälle Wohnungen bauen, wie wir bereits die Brigaden haben, die für Techniker bauen. Denn die Techniker kommen her, und das mindeste, was wir tun können, ist, ihnen eine Wohnung zu geben. Und in Zukunft dürfen wir nicht nur mit Mikrobrigaden im Wohnungsbau arbeiten — mit Fertigteilen, mit einer Erhöhung der Produktivität —, sondern werden auch staatliche Brigaden haben müssen, die dazu beitragen, das Wohnungsproblem vor allem für jene Sektoren zu lösen, die wegen der Ausrichtung und Art ihrer Arbeitskraft nicht die Möglichkeit haben, sich dem Mikrobrigaden-Plan anzuschließen. Deswegen ist es notwendig, daß die Mikrobrigaden nicht ihre Stärke verlieren, und wir müssen diese Kraft auf die erforderlichen Punkte konzentrieren, wobei die Brigade eine enge Beziehung zu ihrem Arbeitszentrum aufrechterhält. Wir müssen um jeden Preis verhindern, daß der Arbeiter der Mikrobrigade die Verbindung zu seinem Zentrum verliert, denn diese Bindung an das Arbeitszentrum ist die Seele der Mikrobrigade. Wir sind sogar zu gewissen Kriterien in bezug auf die Qualifikation gekommen: wenn sie sich als Bauarbeiter qualifizieren, können sie die Vorteile dieser Zunahme ihrer Fähigkeiten als Bauarbeiter in den Mikrobrigaden erhalten; wenn sie einen Lohn haben, der unter dem liegt, der ihnen als solcher Facharbeiter zustünde, soll man diese Qualifikation in Betracht ziehen und ihren Lohn verbessern. Aber man darf sie nicht vom Arbeitszentrum trennen. Wenn wir die Verbindung des Arbeiters der Mikrobrigade mit seinem Arbeitszentrum abtrennen, töten wir damit die Mikrobrigaden. Und wir sehen keine andere Lösung. Denn wenn wir eines Tages staatliche Brigaden einrichten können, werden wir mehr Wohnungen herstellen. Aber wir meinen, daß zumindest während der nächsten zehn oder zwölf Jahre die Mikrobrigaden die Seele des Wohnungsbaus und vieler anderer sozialer Bauten in Verbindung mit der Wohnung sein werden. Und selbstverständlich werden die überschüssigen Kräfte in den Zuckerfabriken eine große Aufgabe in dieser Richtung erfüllen, wenn wir Material haben. Wir empfehlen der Arbeiterbewegung, daß sie auf die Kontinuität der Mikrobrigaden achtgibt. (. .)

Es ist auch das Problem der elektrischen Haushaltsgeräte diskutiert worden. Wir sind der Meinung, daß die von Euch beschlossenen Lösungen angemessen sind. Natürlich haben sich hier bei einigen Widersprüche gezeigt. Ein Arbeiter sagte sogar, daß manchmal der nette Mensch, den alle Leute nett finden, nur deswegen Glück bei irgendeiner Verteilung hat. Aber ich bin sicher, daß dies die Ausnahme von der Regel ist, wie der Genosse Lazaro sagt. Sicher. Nun, wenn aber dieser sympathische Mensch die Masse in die Irre führen kann, wie wird es da mit dem Funktionär sein? Denn wenn nicht die Masse, sondern ein Funktionär die Verteilung übernimmt

und sich die Masse irren kann, dann irrt sich der Funktionär hundertmal, wenn sich die Masse einmal irrt. Glaubt Ihr, daß wir ein anderes Verfahren für die Verteilung der von Mikrobrigaden gebauten Wohnungen haben, als das Vollversammlungs-Verfahren? (*Ausrufe: „Nein!“*).

Es ist klar, daß alles im Leben seine Probleme hat, und neben anderen Dingen verstehen wir, daß dies eine zusätzliche Arbeit für die Arbeiterführer bedeutet. Und es ist klar, daß man die Produkte, die zunehmend freigegeben werden, nicht in den Versammlungen zu verteilen braucht. Uhren, Dampftöpfe — wir wollen uns riesig freuen, daß man sie nicht mehr nach diesem Verfahren zu verteilen braucht. Und wenn es Fernsehgeräte im Überfluß gibt — wunderbar! Es werden bereits mehr als 100 000 pro Jahr verteilt. Aber diese Fernsehgeräte sind vor allem über die Arbeitszentren gelaufen. Diese 250 000 Fernsehgeräte sind in die Hände von Arbeiterfamilien gelangt. An Kühlschränken haben wir keinen besonderen Überfluß; ihre Zahl steigt an; für sie werden wir die Verteilung über die Arbeitszentren beibehalten.

Und wenn dann später das Farbfernsehen eingeführt wird und die ersten Farbfernseher erscheinen; und wenn man eines Tages Motorräder verteilen muß, oder das Land sogar einmal nach der Befriedigung anderer Bedürfnisse über einige tausend Autos verfügen kann? Was soll das heißen? Daß es einige knappe Artikel geben wird. Aber wir glauben, daß wir — sofern solche Artikel knapp sind — den Arbeitern den Vorzug geben müssen. Es geht darum, in einem Volk, das ein Volk von Arbeitern ist, den Arbeitern den Vorzug zu geben. Vorher bekam man diese Artikel, indem man vor den Geschäften Schlange stand, und das war noch empörender. Sobald wir ein besseres Verfahren gefunden haben — falls wir es überhaupt finden —, das diesem Prinzip treu bleibt, werden wir dieses bequemere Verfahren anwenden, das Euch allen diese Arbeit in den Zentren ersparen soll. Aber gebt diese Artikel, die Ihr ausgewählt habt, vorläufig nicht aus der Hand; nehmt diese Arbeit in den Gewerkschaftssektionen auf Euch, bis wir eine bessere Formel nach dem gleichen Prinzip gefunden haben. Klar, denkt ja nicht allzu bald an Autos (*Gelächter*).

Das Land wird jetzt einige Mietwagen importieren, was sehr teuer ist, um diese Schrotthaufen zu ersetzen, die die Straßen unserer Städte verunzieren. Man wird auch einige Autos für Techniker anschaffen — es handelt sich dabei nicht um ein Privileg —, um den Technikern Autos verkaufen zu können, welche sie für die von ihnen ausgeführten Funktionen benötigen — mit dem Ziel, ihre Produktivität zu erhöhen. Werdet Ihr damit einverstanden sein? (*Ausrufe „Ja!“ und Beifall*) Zum Beispiel die Ärzte, die Hausbesuche machen. Man hat ihnen einen Wagen gegeben, den sie zum Selbstkostenpreis zahlen sollen; sie erhalten Zahlungserleichterungen und bestreiten einen Teil der Kosten für Unterhaltung und Brennstoff. Das Auto gehört ihnen, und zweifellos pflegen sie es sehr gut. Außer-

dem fahren sie es auch selbst, und das ist sehr wirtschaftlich. Denn die Artikel, die heute ein Luxus sind, müssen nach dem Kriterium vergeben werden, wo sie am nützlichsten für das Land sind. Ich weiß, daß Ihr es nicht sagt, aber wir wissen, daß auch die Arbeiterbewegung einige Fahrzeuge braucht (*Beifall und Ausrufe*). Natürlich ist der vom Genossen Lazaro und den Arbeiterführern vorgebrachte Grund sehr fundiert. Als wir sie fragten, wieviele ständige und hauptberufliche Kader sie haben würden — wir bemühen uns sehr ernsthaft darum, daß sich der Funktionärsstab der Arbeiterbewegung nicht zu sehr aufbläht — haben sie erläutert, daß sie manchmal drei Kader brauchen, wo eines genügen würde, weil die Arbeitsmittel fehlen. Und das kam auch in der Diskussion über die Gemeindegremien heraus. Wir verstehen wirklich, daß Ihr Kader einsparen und die größte Produktivität erreichen müßt. Wir versprechen Euch keine unmittelbaren Lösungen, aber wir versichern Euch, daß wir im Verlauf des Jahres 1974 uns anstrengen werden, um der Arbeiterbewegung ein unerlässliches Minimum an Fahrzeugen zur Verfügung zu stellen, das sie für ihre Arbeit und im Hinblick auf eine Steigerung Eurer Produktivität als Arbeiterkader braucht.

Ihr habt Beschlüsse über die Qualifikationen gefaßt. Ihr habt sogar einen Gesetzentwurf, der hier auf dem Kongreß angenommen worden ist und den die Revolutionäre Regierung mit aller Sicherheit in ein Gesetz verwandeln wird. Das Problem der Qualifikation ist sehr wichtig, denn man schätzt, daß die Arbeiterbewegung während der nächsten Jahre 100 000 Arbeiter aus- und fortbilden muß — unabhängig von den Facharbeitern, die von den polytechnischen Schulen und technologischen Instituten, d. h. aus der regulären Ausbildung kommen.

Auf dem Gebiet der Qualifikation werden wir während der kommenden Jahre wirkliche Wunder vollbringen können, weil sich in allen Teilen des Landes die polytechnischen Schulen, die technologischen Institute vervielfachen und wir jedes Jahr größeren Wert auf diesen Schultyp legen. Jährlich werden im ganzen Land insgesamt etwa 150 polytechnische Schulen und Mittelschulen gebaut; das entspricht 150 Einheiten zu je 500 Schülern. Allein in der Provinz Oriente und in nur einem Jahr sind fast zwanzig polytechnische Schulen bei den Zuckerfabriken gebaut worden! In Alquitex ist gerade das Technologische Textil-Institut eingeweiht worden; in Ariguanabo wird im Dezember eine polytechnische Schule mit einer Kapazität von tausend Schülern direkt neben der Fabrik eingeweiht werden.

Die materielle Grundlage für die Berufsausbildung unserer Jugend nimmt außerordentlich zu. Und eben diese materielle Grundlage kann auch von den Arbeitern genutzt werden. Sie können dort direkt neben den Fabriken als Lehrer tätig sein, sie können die Lehrer der Zentren für die Fortbildungs-Kurse in Anspruch nehmen. Man kann dort die vielfältigen Formen der Zusammenarbeit zwischen der Ar-

beiterbewegung und den Plänen zur Ausbildung der Jugend untersuchen.

Wie wir zu Beginn sagten, ist dieser Kongreß deshalb so bedeutsam, weil er einen ersten wichtigen und entscheidenden Schritt in der Aufgabe darstellt, nach maximaler Effizienz unserer Wirtschaft zu streben. Danach streben, daß sich die maximale Effizienz der Wirtschaft für die kommenden Jahre in eine Hauptaufgabe der Revolution verwandelt! In eine Aufgabe der Partei, der Regierung, der Arbeiterbewegung, der Jugend- und Massenorganisationen.

Es wird bereits an der Fertigstellung des Plans für 1976—80 gearbeitet, der der erste Fünfjahrplan der Revolution sein wird — ein Plan, den der erste Kongreß unserer Partei im Jahre 1975 in großen Zügen annehmen wird. Und dieser Plan wird unausweichlich ein anspruchsvoller Plan, ein starker Plan sein, der das Vorankommen des Landes in den nächsten Jahren garantieren soll, und der die größte Anstrengung unseres ganzen Volkes erfordern wird. Wir hoffen, daß die Arbeiterführer an der Ausarbeitung dieses Plans und alle unsere Arbeiter an der Diskussion darüber teilnehmen. Die Wirtschafts-Schlacht ist grundlegend. Und diese Schlacht wird man nur mit der größtmöglichen Beteiligung der Massen unserer Arbeiter gewinnen können.

Man wird auch die Autorität der Verwaltung stärken müssen. Eine weitere positive Seite dieser Sache der Arbeiter ist, daß sich — wie Lazaro sagte — nicht der geringste anti-administrative Geist zeigte. Wir hoffen auf eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen beiden Repräsentanten unseres Volkes: Ihr als Vertreter der Arbeiter, die mit ihren Händen die Reichtümer schaffen; und die Verwaltungsleute als Vertreter des sozialistischen Staates, Vertreter der sozialistischen Verwaltung. Wir haben das Pendant zur Verwaltung gestärkt. Jetzt muß die Verwaltung selbst gestärkt werden.

Genossinnen und Genossen:

Unsere Partei ist stolz auf die Ergebnisse dieses Kongresses, auf Eure Arbeit, auf Eure Erfolge. Er war ein außerordentlicher Beweis politischer und revolutionärer Reife. Er hat das Bewußtsein unserer Arbeiter in seiner ganzen Tiefe an den Tag gebracht. Am heutigen Tag habt Ihr die Führer der CTC gewählt. Die Partei war an der Auswahl der Kandidaten nicht unbeteiligt. Aber die Partei griff nicht ein, indem sie sagte, wen man wählen müsse; die Partei griff ein, indem sie die höchsten Führer der Arbeiterbewegung fragte, welcher der Standpunkt der Arbeitermassen sei, welcher der Standpunkt der Gewerkschaften und welcher der Standpunkt der Arbeiterführer bezüglich der Kandidaten sei, die man dem Kongreß vorschlagen solle. Und in einmütiger Weise brachten die Führer, die heute das Nationale Komitee bilden, im Namen der Arbeiter zum Ausdruck, daß die kubanischen Arbeiter den Genossen Lazaro Pena als Generalsekretär der CTC haben wollten. (*Langanhaltender Beifall*). Der Genosse Lazaro Pena übte eine wichtige Funktion in der Leitung der Partei aus, aber wegen der enormen Bedeutung, die diese



gestärkte Arbeiterbewegung für die Revolution hat, akzeptierte die Leitung der Partei, daß sich der Genosse Lazaro der Kandidatur stellte und in Zukunft direkt an dieser Front arbeitet. Die Wahl, durchgeführt auf vollkommen demokratische Weise, drückt die Empfindungen der Arbeiter aus — und das ist die Aufgabe der Partei: den demokratischen Geist des Prozesses zu garantieren, den Willen der Massen zu interpretieren und zu unterstützen, sie in den grundlegenden Problemen zu leiten — diese Wahl drückt vor allem einem Genossen die Anerkennung aus, der sein ganzes Leben der Sache der Arbeiter gewidmet hat (*langanhaltender Beifall*); sie stellt eine Würdigung seiner Fähigkeiten als Lehrer der gewerkschaftlichen Kader dar; denn die Arbeiterführer sagten uns, daß Lazaro für sie wie ein Lehrer war und daß sie während der Monate bei ihm mehr über Fragen der Arbeiterbewegung, über den Umgang mit den Arbeitern und über Gewerkschaftsaufgaben gelernt hatten als in ihrem ganzen Leben zuvor.

Aber die Wahl ist auch eine Anerkennung der außergewöhnlichen Begabung des Genossen Lazaro Pena, mit den Arbeitern umzugehen und sie zu führen. Der Genossen Lazaro war außerdem die Seele des Prozesses, der diesem Kongreß vorausging — von der Arbeit an den Thesen bis zur Abhaltung des Kongresses. Aber außerdem ist neben dem Genossen Lazaro Pena eine Mannschaft junger Arbeiterführer gewählt worden — Agapito wird ja wohl nicht wütend werden, weil ich ihn auch jung nenne, denn dafür halten wir alle ihn wegen seines Enthusiasmus —; es gibt eine ganze Gruppe junger Kader mit großartigen Eigenschaften, mit einer großartigen Haltung und einem soliden Prestige unter den Arbeitern; und wir sind sicher, daß sie an der Seite des Genossen Lazaro Pena sehr viel lernen werden. Und deswegen wird eine der Aufgaben des Genossen Lazaro Pena sein, nach seiner Art und seinem Vorbild diese außerordentlich wertvolle Gruppe junger Kader zu formen, die für die kubanische Arbeiterbewegung eine große Hoffnung sind.

Es befriedigt uns, die Form zu sehen, in welcher sich der gesamte Prozeß des Kongresses entwickelte, und wir empfinden Befriedigung, eine große Befriedigung über die von Euch gewählten Genossen. Es befriedigt uns zutiefst der demokratische Geist der Arbeiterbewegung. Und wir können sagen, daß, wenn 1970 die Parole ausgegeben wurde, eine kräftige, eine machtvolle, zutiefst demokratische Arbeiterbewegung zu schaffen, heute schon die soliden und unzerstörbaren Grundlagen dieser Arbeiterbewegung geschaffen worden sind. Die Begeisterung und Qualitäten der Delegierten, die zu diesem Kongreß gekommen sind, erfüllen uns mit Hoffnung. Die Sicherheit, das Vertrauen, welches ihr Handeln, ihre Arbeit und auch ihre Beiträge hier geprägt haben, erfüllen uns mit Befriedigung. Und wir wissen, daß wir nicht irren, wenn wir behaupten, daß unsere Arbeiterbewegung und unsere Partei einen großartigen Nachwuchs an kämpferischen, begeisterten, ehrlichen und revolutionären Kadern haben. Noch nie hatte unsere Arbeiterbewegung ähnliche Perspektiven! Noch nie war unsere Arbeiterbewegung so gefestigt, wie sie es

heute ist! Und so wird die Revolution mit einer neuen Kraft rechnen können, die Partei wird mit zusätzlicher Kraft rechnen können für die kommenden Aufgaben. Es wird Eure Pflicht sein, auf diesem Weg fortzuschreiten, Euch anzustrengen, zu lernen, Euch fortzubilden und die großartige Tradition fortzusetzen, die Ihr mit diesem historischen Kongreß geschaffen habt.

Dieser Kongreß war außerdem ein großartiger Beweis internationalistischen Geistes. Unsere Arbeiter haben sich mit voller Befriedigung, mit Begeisterung, mit Entschlossenheit mit der Sache und den Kämpfen der Arbeiter der ganzen Welt solidarisiert. Ihr habt hier in Anwesenheit der Vertreter von fast 70 Arbeiterorganisationen der Welt diesen internationalistischen Geist zum Ausdruck gebracht, in den großartigen Beweisen der Freundschaft, Zuneigung und Solidarität mit den Arbeitern der Sowjetunion und den Arbeitern aller sozialistischen Länder; ihr habt eure bedingungslose Unterstützung für die Arbeiter des chilenischen Brudervolkes, für den heroischen Kampf der arabischen Völker, für das geliebte Volk von Vietnam, das Brudervolk von Puerto Rico, für die Kämpfer, die in Afrika gegen Neokolonialismus, Kolonialismus und Rassismus kämpfen, zum Ausdruck gebracht.

Ihr habt Euren Stolz über die kubanischen Arbeiter ausgedrückt, die in verschiedenen Ländern der Welt ihre internationalistischen Pflichten erfüllen — Euren Stolz auf die ärztlichen Brigaden, die dem Brudervolk von Syrien ihre Dienste bringen; auf die Bauarbeiter, die in der Demokratischen Republik Guinea arbeiten; auf die Ärzte, Techniker verschiedener Zweige, Lehrer und andere, die gegenwärtig in Äquatorialguinea oder in Algerien oder im Jemen ihren Dienst leisten. Und Ihr brachtet den Wunsch zum Ausdruck, daß Brigaden kubanischer Bauarbeiter nach Vietnam gehen sollen, wie sie es auch in Kürze mit ihren Ausrüstungen tun werden, um zum Wiederaufbau dieses Bruderlandes beizutragen.

Diese Gefühle ehren uns, sie ehren unsere Arbeiterklasse und erfüllen unsere Partei mit Befriedigung und Zuversicht, weil es ohne internationalistischen Geist niemals kommunistisches Bewußtsein geben würde. Obwohl wir nur ein kleines und noch armes Land sind, darf es uns nicht im geringsten leid tun, etwas von unseren Mitteln wegzunehmen, um damit anderen revolutionären Völkern zu helfen, die noch ärmer sind als wir. Außerdem: wenn es ein Volk gibt, das die Pflicht hat, anderen zu helfen, dann ist es ein Volk wie unseres, das die Früchte des proletarischen Internationalismus so aus der Nähe kennengelernt hat, das soviel Hilfe erhalten hat wie wir. Wenn das große Vaterland Lenins Kuba in entscheidenden Momenten mit allen seinen Kräften geholfen hat, ist es nur gerecht, daß auch wir gemäß unseren Kräften anderen revolutionären Völkern helfen.

Aber dieser Kongreß war auch aus anderer Sicht eine Demonstration großartigen internationalistischen Geistes: wegen der Anwesenheit hier von Vertretern aus fast 70 Arbeiterorganisationen anderer Länder. (...)

Unser Land hat seine internationalistischen Pflichten erfüllt und wird sie auch in Zukunft erfüllen! Und wenn wir uns der Kubaner erinnern, die ihre Pflichten in anderen Ländern erfüllen, dürfen wir nicht die Genossen der Revolutionären Streitkräfte vergessen, die auf die eine oder andere Weise ebenfalls ihre Pflichten als Techniker in verschiedenen Ländern erfüllen (*Langanhaltender Beifall*).

Dieser Kongreß hat Chile besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Und am heutigen Tag wurde an alle Arbeiter der Welt ein bewegender Aufruf zur Solidarität mit dem chilenischen Volk und zum aktiven Kampf gegen die verbrecherische faschistische Junta gerichtet. Wir sind sicher, daß die Arbeiterbewegung der ganzen Welt, und im besonderen die Arbeitervetreter der europäischen Länder, die ihre Gewerkschaftsorganisationen hier so würdig und glänzend vertraten — wir beziehen uns auf die Arbeitervetreter der kapitalistischen Länder, die auch hier unter uns anwesend sind — wir sind sicher, daß die Arbeiterführer diesen Aufruf aufnehmen und zu ihrem machen werden. Tausende von Chilenen und nicht nur Chilenen, sondern auch Lateinamerikanern, die in Chile lebten, sind von der faschistischen Junta eingekerkert, verfolgt oder ausgewiesen worden. In zahlreichen Ländern hat man ihnen Gastfreundschaft angeboten. Eine große Zahl von ihnen möchte in unser Vaterland kommen und in unserem Vaterland wohnen, solange sie nicht in ein befreites Chile oder in ihre befreiten Heimatländer zurückkehren können.

Wir haben Schwierigkeiten mit den Wohnungen. Aber wir schlagen hier den Arbeitern, den Teilnehmern dieses Kongresses vor, daß die Arbeiter-Mikrobrigaden von La Habana für jedes Gebäude, das sie in Zukunft fertigstellen, eine Wohnung einer chilenischen oder lateinamerikanischen Familie anbieten sollten (*Langanhaltender Beifall*). Wir haben in La Habana etwa 500 Mikrobrigaden. Das bedeutet in weniger als einem Jahr 500 Wohnungen, in denen die wohnen sollen, die aus dem Bruderland Chile in unser Vaterland gekommen sind, um hier zu leben. Wir haben nicht viel. Aber das wenige, das wir haben, teilen wir gerne und als Revolutionäre mit unseren verfolgten lateinamerikanischen Brüdern aus allen Teilen dieses Kontinents.

Genossinnen und Genossen Delegierte:

Mir bleibt nur noch, allen hier anwesenden Vertretern der Arbeiterbewegung unsere unendliche Dankbarkeit dafür auszudrücken, daß sie an diesem Akt teilgenommen haben. Und Euch allen im Namen unserer Partei unsere tiefste Anerkennung und unseren aufrichtigsten Glückwunsch zu dem Erfolg dieses Kongresses auszusprechen.

Es lebe die kubanische Arbeiterklasse! (*Ausrufe: „Viva!“*)

Es lebe der proletarische Internationalismus! (*Ausrufe: „Viva!“*)  
Patria o Muerte!

Venceremos! (*Ausrufe: „Venceremos!“* und *langanhaltender Beifall*)

## Besprechungen

### Philosophie

**Krumpel, Heinz:** Zur Moralphilosophie Hegels. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin/DDR 1972 (112 S., Ln., 12,— M).

„Zur bürgerlichen Verherrlichung des Bestehenden gehört immer auch der Wahn dazu, daß das Individuum, das rein Fürsichseiende, als welches im Bestehenden das Subjekt sich selbst notwendig erscheint, des Guten mächtig sei. Ihn hat Hegel zerstört. Seine Kritik an der Moral ist unversöhnlich mit jener Apologetik der Gesellschaft, welche, um sich in ihrer eigenen Ungerechtigkeit am Leben zu erhalten, der moralischen Ideologie des Einzelnen, seines Verzichtes auf Glück bedarf“ (Adorno). Durchaus auf der Linie dieser Argumentation, die Hegels Rechtsphilosophie nicht als blinde Apologie bürgerlicher Verhältnisse, sondern als tendenzielle Überschreitung, Kritik eben dieser Verhältnisse begreift, liegt Krumpels Hegelbuch, dessen weitaus größter Teil der Hegelschen Auseinandersetzung mit der Kantischen Moralphilosophie und deren abstrakter Glorifizierung des moralischen Individuums gewidmet ist.

Hatte Kant, als der Ideologe der „heroischen Phase“ des aufstrebenden Bürgertums, Moral gefaßt als kategorisch-abstraktes „Du sollst“, das dem je einzelnen Individuum aufgegeben ist, und drückte sich darin die Vorstellung aus, daß Selbstregulierung und „Verträglichkeit“ der Willkürsubjekte im Rahmen privatrechtlicher Beziehungen und Normen strukturell möglich seien, so durchschaute Hegel bereits die bloß formalen Rechtsbeziehungen der isolierten Individuen und die daraus sich ableitenden moralischen Imperative als abstrakte, die in dem Maße scheinhaft werden, wie der einzelne und seine Moralität im Bezugssystem gesamtgesellschaftlich geltender Normen und Zwänge unter die Objektivität eines „Ganzen“, das Hegel zufolge erst das Wahre ist, subsumiert werden. Diese Erkenntnis ermöglicht es Hegel, ungeachtet seines spekulativ-idealistischen Ansatzes, die objektive Krise des bürgerlichen Subjekts namhaft zu machen, eines Subjekts, das noch bei Kant als autonomes vernünftiger Selbststeuerung fähig sein sollte. Bloß subjektive Moralität erweist sich für Hegel als Chimäre, denn, so Hegel, „die Weltgeschichte bewegt sich auf einem höheren Boden, als der ist, auf dem die Moralität ihre eigentliche Stätte hat“.

Während die Kantische Ethik mit ihren rigoristischen Postulaten die moralischen Pflichten und guten Handlungen am einzelnen fest-

macht und damit auf das Legitimationsmodell des gerechten Tauschs fixiert bleibt, registriert Hegel die Unmöglichkeit subjektiver Moralität, indem er zeigt, daß Subjektivität eingebunden ist in einen objektiven Zusammenhang, der in der Rechtsphilosophie unter dem Titel „Sittlichkeit“ (Familie, bürgerliche Gesellschaft, Staat) erscheint.

Zentral ist dabei die Hegelsche Einsicht — und diesem Aspekt geht Krumpel detailliert nach (48 ff.) —, daß Moral nicht Sache des guten Willens des einzelnen ist — sonst kommt es, wie Hegel im Blick auf Kant anmerkt, lediglich zur schlechten Unendlichkeit des Sollens —, sondern Resultat der wechselseitigen Abhängigkeit der Individuen durch das System der Bedürfnisse und durch die Weise ihrer Befriedigung, der Arbeit: „Die Vermittlung des Bedürfnisses und die Befriedigung des Einzelnen erfolgt durch seine Arbeit . . .“ (Hegel). Gegenüber der Objektivität gesellschaftlicher Arbeit und den sich daraus ergebenden sozialen Interdependenzen, in deren Medium sich der Prozeß der Selbsterzeugung der Gattung vollzieht, erscheint Kants moralischer Rigorismus als folgenlose subjektive Gesinnung, die an keiner Realität meßbar ist.

Krumpel zeigt denn auch (41 ff.), daß das Revolutionäre an Hegels Kantkritik wesentlich darin liegt, daß Hegel die Trennung von Innen und Außen, von intelligiblem und empirischem Ich, die Kants Moralbegriff prägt, aufhebt, indem er die „tätige Seite“ (Marx) prononciert, durch welche allein sich das Subjekt objektiviert: „Was das Subjekt ist, ist die Reihe seiner Handlungen. Sind diese eine Reihe wertloser Produktionen, so ist die Subjektivität des Wollens ebenso eine wertlose“ (Hegel). Moralität ist somit nicht ein Absolutes, vielmehr ist sie bedingt durch und aufgehoben in einem Geflecht objektiver gesellschaftlicher Beziehungen, deren „Notwendigkeit“ und „Allgemeinheit“ Hegel um so energischer betont, je mehr er die Substanzlosigkeit des bloßen Gut-sein-Sollens durchschaut. Die Verwirklichung der Freiheit kann für Hegel nur auf der Grundlage eines Allgemeinen und Notwendigen geschehen, das vom individuellen Bewußtsein gewußt wird, nicht, indem es sich moralisch von ihm distanziiert, sondern seine Objektivität anerkennt. Darin, wird Marx später schreiben, liegt „ein großes, obgleich nach einer Seite hin . . . unbewußtes Verdienst Hegels, der modernen Moral ihre wahre Stellung angewiesen zu haben“.

Wenn — und das läßt sich implizit aus Hegels Moralbegriff, explizit aus der Marxschen Geschichtstheorie ableiten — Moral (ebenso wie der Staat) das Produkt bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse ist; wenn das Bedürfnis nach Moral historisch dann entsteht, sobald der Prozeß des Zerfalls der „unbefangenen Sittlichkeit“ (89) einsetzt; wenn also m. a. W. *alle* Moralen Resultate gesellschaftlicher Klassenantagonismen und der Legitimationsbedürfnisse von Herrschaft sind — dann ist allerdings nicht ganz einsichtig, was Krumpel meint, wenn er von einer spezifisch „marxistischen Ethik“ (58) bzw. von einer „materialistisch betriebenen Ethik“ (64, 74) spricht. Als historische Negation nicht nur des Kapitalismus, sondern aller vorange-

gangenen Klassengesellschaften hebt der Sozialismus mit der Abschaffung aller Formen von Privateigentum zugleich auch alle Institutionen auf, die strafend und legitimierend privates Eigentum sichern. Insofern enthält der Marxismus in der Tat kein „Gran Ethik“ (Lenin). Insofern auch ist der Rezensent, entgegen Krumpels Auffassung, der Meinung, daß der Marxismus als Theorie und Praxis der Revolution notwendig amoralisch ist, d. h., daß er keiner spezifischen Moral mehr bedarf. Eine „marxistische Ethik“ ist, streng genommen, ein Widerspruch in sich selbst. Die Moral des Kommunismus, wenn man denn mangels eines anderen diesen Begriff gebrauchen will, besteht in der emanzipatorischen Praxis frei assoziierter Produzenten, die sich als kollektiv organisierte gegen die Gewalt existierender Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse richtet. In solcher Rücksicht verliert Moral ihren bornierten Charakter, sofern sie nicht mehr an die privateigentümliche Verfügung über Waren, sondern an die *gemeinschaftliche* Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums gebunden ist. Als private stirbt Moral dann ebenso ab wie private Warenproduktion. An ihre Stelle tritt im Sozialismus die rationale Praxis mündiger Subjekte — das wäre die Aufhebung von Moral im Hegelschen Doppelsinn des Wortes.

Trotz der genannten Unklarheit bezüglich einer „marxistischen Ethik“ bleibt Krumpels Buch ein lesenswerter Versuch, dem Problem und der Funktion von Moral in der bürgerlichen Gesellschaft auf die Spur zu kommen. Hegels Moralphilosophie bietet dafür den geeigneten Ansatzpunkt. Hans-Martin Lohmann (Offenbach/Main)

**Fetscher, Iring:** Hegels Lehre vom Menschen. Kommentar zu den §§ 387 bis 482 der Enzyklopädie der Philosophischen Wissenschaften. Friedrich Frommann Verlag (Günther Holzboog), Stuttgart-Bad Cannstatt 1970 (285 S., Ln., 36,— DM).

Iring Fetscher legt hier seine vor 20 Jahren geschriebene Dissertation unverändert vor. In dem Vorwort zur Buchausgabe von 1970 schreibt er, daß seine eigene philosophische Auffassung kaum zum Ausdruck komme, denn gemäß der Denkweise der Dilthey-Schule habe er versucht, Hegel beim Wort zu nehmen und ihn aus sich selbst zu erklären (11). In der Einleitung zur Dissertation ist Hegel gemäß dieser hermeneutischen Deutung in das Gesamtkonzept seiner Zeit gestellt, mit den gesellschaftlichen und philosophischen Einflüssen. Entsprechend der Hegelschen Einteilung in der Enzyklopädie geht Fetscher auch seine Untersuchungsarbeit an: 1. Teil: Mensch als reines Naturwesen (Anthropologie); 2. Teil: Individuum im Verhältnis zur Umwelt (Phänomenologie); 3. Teil: Psychologie: der konkrete, einzelne Mensch. — Im Gegensatz zu anderen Autoren meint Fetscher, daß diese Dreiteilung nichts mit der dialektischen Triade zu tun habe, sondern Sinn dieser Dreiteilung sei aufzuzeigen, wie zwei abstrakte Momente ineins (3. Teil) wachsen; sie finden zur Wahrheit,

zur Durchdringung von Inhalt (1. Teil) und Form (2. Teil). Die ins Detail gehende Interpretation befaßt sich aber nicht nur mit der Lehre vom Menschen, sondern sie sieht das Hegelsche Menschenbild im Kontext mit dem gesamten philosophischen System. Fetscher arbeitet die Hegelsche dialektische Methode sauber und sorgfältig heraus. Selten findet man eine so klare Darstellung, die gleichzeitig mit dem Menschenbild bei Hegel verglichen wird. Fetscher entwickelt die Identität von Identität und Nichtidentität, indem er nachvollzieht, wie aktive, setzende Substanz auf passive, gesetzte Substanz einwirkt und aktive Substanz die passive ersetzt durch sich selbst. Dabei verwechselt auch aktive Substanz ihre Bestimmtheit: sie war Setzen und wird Gesetztsein. Beide Seiten des Substanzverhältnisses gehen je in ihr Gegenteil über und bleiben doch sie selbst, sie gelangen zur Wahrheit. — Dies Verhältnis auf den Menschen übertragen, bedeutet bei Hegel — so interpretiert Fetscher —, daß der Leib anfangs die Seele bestimmt, schließlich die Seele den Leib, „das ursprünglich passive Moment ist aktiv geworden, der Leib und die Seele haben im Austausch ihrer Bestimmungen ihre ‚Wahrheit‘ gefunden“ (241).

Am Beispiel dieser Darstellung wird ersichtlich, daß Fetschers Buch von seiner Anlage her ein Lehrbuch über Hegel im bürgerlich-hermeneutischen Sinn geworden wäre, wenn er nicht gleichzeitig den Versuch unternommen hätte, Hegel gegen jedermann zu verteidigen, und das meist in apologetischem Ton. Wo es gegen den Marxismus geht, liegt Fetscher meistens schief. Das Dilemma tritt deutlich hervor, wenn Fetscher den objektiven Geist bei Hegel mit der Gesellschaft bei Marx vergleicht und behauptet, daß rationalisierte Mystik nicht nur das Wesen der Hegelschen, sondern auch der marxistischen Gesellschaftsphilosophie sei. Obwohl überwiegend die Marxschen Frühschriften zitiert werden, hätte Fetscher auch da schon auffallen müssen, daß es genügend Stellen gibt, an denen Marx auf den ersten geschichtlichen Akt des Menschen, die Produktion hinweist, die gesellschaftlich organisiert wird und die gesellschaftliche Grundlage bildet. — Hier sieht man, daß eine vor 20 Jahren geschriebene Schrift nicht unbedingt mehr den Meinungsstand des Autors widerspiegelt: Die nach dem Zweiten Weltkrieg in der Politologie ausgebildete Lehre von den „totalitären Staaten“ spricht von einer „mystischen Überhöhung der Gesamtinteressen“, gemeint sind die sozialistischen Staaten, und das genügte diesen Theoretikern, vom „Totalitarismus“ zur gedankenlosen Abqualifizierung der Marxschen Gesellschafts- und Staatstheorie überzugehen. Man weiß von Fetscher, daß er sich als Politologe gegen diese „Totalitarismusideologie“ gewandt hat. Seine Auffassung aus der Dissertation ist darum sicher nicht mehr seine heutige.

Doch muß man weiterhin kritisieren, daß Probleme der heutigen Diskussion wenig berücksichtigt bleiben. Bei dem Thema „Hegels Lehre vom Menschen“ wäre wichtig gewesen, das Verhältnis von Mensch und Geschichte herauszuarbeiten, das heute in der Erörterung einer Marxschen Anthropologie behandelt wird, als die vom geschichtlich bedingten Menschen. Das wird nur kurz, allzu kurz, ange-

gangen. Aufgrund der Untersuchung der verschiedenen Stellungnahmen in den verschiedenen Hegelschen Schriften kommt Fetscher zu der Auffassung, daß es bei Hegel nur geschichtlich gewordene Menschen gibt. Doch auch hier unterläuft ihm, daß er im Gegensatz zur Anthropologie bei Gehlen (wie bekannt, eine zeitlos-statische Anthropologie) nur sieht, daß bei Hegel der Geist den Leib rechtfertigen muß und bei Gehlen der Leib den Geist (53). Mehr Unterscheidungen trifft Fetscher nicht!

Auch der Begriff der „Erfahrung“ ist heute wieder von aktuellem Interesse in der marxistischen Diskussion. Zwar greift Fetscher auch diesen Begriff auf, doch auch hier zeigt sich ein Mangel. Für Fetscher ist die Hegelsche Erfahrung nichts anderes, als was sie in der Heideggerschen Hegelinterpretation schon immer war: Die dialektische Zusammengehörigkeit von Erfahrendem und Erfahrenem ist eine neue Weise des Anwesens, des Seins (255). In der reicheren Bestimmung einer marxistischen Interpretation ist aber Erfahrung, wie Hegel schon in der Einleitung der „Phänomenologie“ (S. 78 der Suhrkamp-Werk-Ausgabe) sagte: „Diese *dialektische* Bewegung, welche das Bewußtsein an ihm selbst, sowohl an seinem Wissen als an seinem Gegenstande ausübt, *insofern ihm der neue wahre Gegenstand* daraus *entspringt*, ist eigentlich dasjenige, was *Erfahrung* genannt wird.“ Es wäre eine Bereicherung für die Diskussion, das bei Hegel dazu Gedachte herauszuarbeiten. Statt dessen bleibt Fetscher hier bei Heideggerschen Bestimmungen, die einen „folgenlosen“ Hegel produzieren.

Das alles macht klar, daß hier eine Schrift erscheint, die zu den aktuellen Problemen der neueren Hegelrezeption nicht Stellung nimmt. Nach Fetschers eigener Darstellung entstand die Schrift als Verteidigung gegen die damaligen Hegelgegner auf allen Seiten (13). Er äußert selber Bedenken an der späten Veröffentlichung (15). Heute würde er eine solche Arbeit nicht mehr schreiben (11). Vielleicht!

Detlef Horster (Hannover)

**Müller-Herlitz, Ursula:** Karl Marx. Wesen und Existenz des Menschen. Ansätze zur kritischen Erörterung seiner Anthropologie. Goldmann-Verlag, München 1972 (96 S., br., 9, —DM).

Diese Abhandlung wurde als philosophische Magisterarbeit in Münster vorgelegt. Im Vorwort polemisiert die Verfasserin gegen „Studenten- und andere Gruppen, die eine ‚marxistische Universität‘ etablieren wollen, an der endlich ‚wahres‘ Wissen und ‚wahre‘ Bildung vermittelt werden soll“ (5) und tritt für eine „freie“ Universität ein: „frei von oktroyierten Einseitigkeiten und frei zu theoretisch-praktischer Bewältigung ihrer innergesellschaftlichen Aufgabe“ (5). Über die genauere Bestimmung dieser Aufgabe schweigt sie sich jedoch gründlich aus. — Die Einleitung begründet die Notwendigkeit, sich mit der Marxschen Anthropologie zu beschäftigen: „Eine



solche Aufgabe scheint . . . nicht unnütz in einer Zeit, der die Ereignisse von Polen und Ungarn 1956, vor allem über die Tragödie der Tschechoslowakei 1968 noch lebhaft im Gedächtnis sind“ (11).

Müller-Herlitz' Arbeit ist zwei längst bekannten Interpretationsmustern verpflichtet: 1. die Marxsche Anthropologie ist aus dem Frühwerk, insbesondere den „Philosophisch-ökonomischen Manuskripten“ zu entwickeln. Originell ist allenfalls die Begründung für diese „Selbstbescheidung“: Erkennend, daß die Beantwortung der Frage, ob ein Gegensatz zwischen jungem und spätem Marx besteht, vom ideologischen Standort abhängig ist, zieht Müller-Herlitz die absurde Konsequenz, Marx' Schriften nach 1848 überhaupt nicht zu diskutieren. Nach dieser Amputation läßt sich wieder ungefährdet über „Wesen und Existenz des Menschen“ philosophieren. Wir haben es also bei Müller-Herlitz' Buch mit einer weiteren Variation jener Verleugnungspraxis zu tun, die „die“ Anthropologie bei Marx da festmacht, wo er selbst explizit anthropologische Begrifflichkeit verwendet, und stillschweigend die wissenschaftlichen und politischen Konsequenzen seines „Spätwerks“ ignoriert. 2. Die Marxsche Anthropologie wird einer Eschatologie zugeschlagen; Müller-Herlitz bemüht sich ausgiebig, die christlich-theologische Marx-Exegese heranzuziehen. In diesem Zusammenhang bestimmt sie Marx' Humanismus als „Leidenschaft“ für das „letztlich eschatologische Reich des Friedens zwischen Mensch und Natur, zwischen Mensch und Mitmensch und im Menschen selbst“ (13). Das „Motiv“ der Marxschen Fragestellung gründet so „im Leiden an der Gegenwart“. Daß hiermit der Marxsche Ansatz psychologisiert und sein politischer Anspruch ignoriert wird, versteht sich. Gerade in den „Manuskripten“ leistet Marx die erste — noch unvollständige — Kritik der Nationalökonomie und der „nationalökonomischen Fakten“. Diese „Motivierung“ des Marxschen Humanismus wird unterschlagen.

Das Zentralstück des Buches handelt unter der Überschrift „Realer Humanismus“ weitschweifig von der „Entfremdung“. Die Entfremdungskonzeption wird mit bestimmten historischen Phasen identifiziert: 1. der nicht-entfremdete Mensch des Urzustands, 2. der entfremdete Mensch der Gegenwart, 3. der totale, nicht-entfremdete Mensch der Zukunft (21 f.). Die Kritik, die Müller-Herlitz schließlich an Marx versucht, reproduziert diese Voraussetzungen und ist notwendige Folge dieses Schematismus: Marx „hat den zukünftigen Menschen *alles* möglich sein lassen und überfordert ihn mit dieser Totalität, die dazu führt, daß dem Menschen jegliches Transzendieren seiner selbst (das eigentlich-menschliche Konstituens) unmöglich und unnötig werden muß . . . Marx hat die Züge der Endlichkeit als nicht voll-menschlich nur auf den Menschen der Gegenwart, den existierenden bezogen und wollte sie dem zukünftigen absprechen, als nicht zu seinem Wesen gehörige. Damit hat er die Menschlichkeit des gegenwärtigen Menschen verkannt und die ‚Göttlichkeit‘ des zukünftigen übersteigert, indem er die Kategorie der Möglichkeit überdehnte und auch das Nicht-Mögliche zum bloßen Noch-nicht-Möglichen machte“ (47 f.). Da die Verfasserin die Marxsche Skepsis vor

leeren Spekulationen nicht versteht, unterstellt sie ihm gerade diese: „In dieser unrealistischen *Übersteigerung* menschlicher *Möglichkeiten*, die einfach darin manifest wird, daß Marx selbst nicht zwischen Nicht-Möglichem und Noch-nicht-Möglichem differenziert, daß er mit der Totalität des zukünftigen ‚Wesens‘ die gegenwärtige ‚Existenz‘ seinsmäßig degradiert, liegen Schwäche und Grenze der Anthropologie des jungen Marx“ (48).

Der zweite Teil des Buches besteht aus einer oberflächlichen Zitatsammlung aus Schriften von Marxisten wie Bloch, Schaff, Kolkowski und Kosik, die gegen den „orthodoxen“ Marxismus ausgespielt werden sollen.

Ekkehard Ruebsam (Berlin/West)

**Reichelt, Helmut:** Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx. Mit einem Vorwort von Iring Fetscher. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1970 (268 S., br., 16,— DM).

Das Hauptverdienst dieser Arbeit liegt im Aufweis und Nachvollzug des spezifischen Entwicklungsgangs in der Marxschen Darstellung der politischen Ökonomie. Allerdings ist dies begrenzt auf einen Teil des ersten Bandes des „Kapital“ bis zur Herausbildung des Kapitalbegriffs und die parallele Entwicklung in den „Grundrissen“. These ist, daß die Marxsche Darstellung die strikte Forderung realisiert, keine „Kategorie“ einfach aufzugreifen, sondern sie in ihrer logischen Abfolge, die mit der Reihenfolge ihres historischen Auftretens nicht identisch ist (132), auseinander abzuleiten in einem Verfahren, von dem Reichelt meint, daß es im Anschluß an Hegel als „immanentes Über-sich-hinausgehen“ beschrieben werden könne. Zur Unmittelbarkeit der Erscheinungsform wird dabei zurückgekehrt, indem sie als vermittelte gezeigt wird. Reichelt arbeitet hier die prinzipielle Differenz zum Verfahren der bürgerlichen Ökonomie, auch der klassischen, heraus: nicht nur greift diese die Kategorien empirisch aus der Wirklichkeit auf als geschichtslose Gegebenheiten; weil sie den Charakter der Erscheinungsformen verkennt, versucht sie auch — wie Marx dies bei Ricardo festgestellt hat — subsumtionslogisch die Übereinstimmung der Erscheinungen etwa mit dem Wertgesetz aufzuweisen (oder aber es auf diesem Weg zu widerlegen). Dies Verfahren muß aber scheitern, weil es notwendig die Zwischenschritte verfehlt, über die sich das Gesetz zur Oberfläche der Erscheinungen vermittelt; vielmehr sollen ihr die Fakten das Gesetz direkt bewähren. Damit aber bleibt das Problem ungelöst, warum es sich in der Realität der Erscheinung so darstellt, wie es sich darstellt: Erscheinungsform als entwickeltes Konkretes bleibt unverstanden, wo sie als isoliertes Faktum aufgegriffen wird. Der Verfasser zeigt das Marxsche Verfahren des notwendigen Übergangs nicht nur bei der Entwicklung der Geldform aus der Wertform, sondern auch in der weiteren Entwicklung der Geldfunktionen als Zirkulationsmittel,

Münze etc. (sehr prägnant in der komplizierten Frage des Papiergeldes); vor allem aber auch im Übergang zum Kapital. Ohne Frage liegt hier der schwierigste Schritt. Marx selbst insistiert auf dieser Schwierigkeit, wenn er der bürgerlichen Ökonomie vorhält, es sei ihr nie gelungen, das Kapital *abzuleiten*, indem sie das Moment des Profitabwerfens immer schon definitiv mitsetzt. Das Kapital systematisch einführen heißt aber gerade, diese Bewegung der Verwertung abzuleiten. Reichelt zeigt nun diesen Übergang von der dritten Geldfunktion („allgemeine Form des Reichtums“); hier wird die sinnvolle Ergänzung durch die „Grundrisse“-Interpretation deutlich, da dort er im Kern gleiche Gedanke erheblich anders dargestellt wird (202 ff.). Dieser Übergang von den Kategorien der einfachen Zirkulation wird vom Autor als ein Knotenpunkt der Darstellung begriffen. In die systematische Entfaltung des Kapitalbegriffs geht hier eine historische Voraussetzung ein: die Existenz des freien Lohnarbeiters. In den Grundrissen folgt daher an dieser Stelle eine kurze Darstellung der ursprünglichen Akkumulation. Durch den Verzicht auf strenge Ableitung bleibt der bürgerlichen Ökonomie dieser historische Charakter verschlossen. Zugleich wird von dieser Entfaltung des Kapitalbegriffs her der von den Kategorien der einfachen Zirkulation erzeugte ideologische Schein der Freiheit und Gleichheit (Äquivalententausch) aufgebrochen, dem die bürgerlichen Ökonomen verhaftet bleiben, weil ihr Standpunkt des äußerlichen Aufgreifens der Kategorien sie das Kapital unverbunden neben die einfache Zirkulation stellen läßt, wodurch verdeckt wird, wie diese sich verändert, indem sie Moment der Kapitalbewegung wird.

Mit der Entwicklung des Kapitalbegriffs bricht Reichelt seine Darstellung der Kategorienentwicklung ab; er bemerkt nur noch: „Die weitere Darstellung ergibt sich aus der Entfaltung der Widersprüche der ‚allgemeinen Formel‘, wie Marx diese Bewegung des Werts als übergreifendes, sich in der Zirkulation erhaltendes und ausreckendes Subjekt im Kapital nennt . . .“ (249). Was bisher erst entwickelt ist, ist die allgemeine Form des Kapitals, unter die alle seine Erscheinungsweisen (Handelskapital wie industrielles Kapital) fallen müssen. Der weitere Fortgang bringt die Schritte der weiteren Konkretisierung. Gleichwohl hält der Autor zu Recht fest, daß es im „Kapital“ insgesamt *nur* um die Darstellung des allgemeinen Begriffs des Kapitals geht; die historische „wirkliche Bewegung der Konkurrenz“ fällt aus der Darstellung heraus. Dies festzuhalten, ist deshalb so wichtig, weil es die Fehlerhaftigkeit all jener Auffassungen aufdeckt, die unterstellen, Marx habe nur eine bestimmte historische Form des Kapitalismus erfaßt, der sogenannte „Spätkapitalismus“ z. B. sei hingegen etwas *ganz* anderes. Marx hat in der Tat aber überhaupt keine bestimmte historische Vorfindlichkeit des Kapitalismus dargestellt, der Anspruch ist vielmehr der, daß jede konkrete Analyse eines bestimmten Entwicklungsstandes des Kapitalismus vom allgemeinen Begriff des Kapitals auszugehen hat. Die Entfaltung dieses Begriffs aber ist das „Kapital“, das daher nach wie vor niemals fertige Analyse der jeweiligen historischen Erscheinung ist, gleichwohl aber un-

verändert einziger richtiger Leitfaden dieser Analyse. Das wird von Reichelt zwar so nicht hervorgehoben, aber es ist sein Verdienst, den Charakter des „allgemeinen Begriffs des Kapitals“ herausgearbeitet zu haben: „Das existierende Kapital muß seinem Begriff nicht unmittelbar entsprechen, aber die Form, in der es existiert, muß als Existenzweise begriffen werden, auf welche die Wertbewegung hinführt“ (134). Aus der Systematik der Darstellung des Kapitalbegriffs erklärt der Verfasser es auch als notwendig, daß die Marxschen Bemerkungen zur Krise scheinbar zufällig über das ganze Werk verstreut sind. Der Aspekt der Krise muß immer wieder aufgenommen werden auf den verschiedensten Stufen der Kategorienentwicklung. Was sich zunächst nur eröffnet, ist ihre abstrakteste Form, ihre bloße Möglichkeit, bedingt durch die Scheidung von Kauf und Verkauf; jede weitere Entwicklung bedeutet eine Anreicherung des Begriffs. Sie ist daher an die systematische Entwicklung des Kapitalbegriffs geknüpft und kann davon nicht abgelöst werden (184 ff.).

Es handelt sich soweit um einen positiv einzuschätzenden Beitrag über den Zusammenhang von Darstellungsform und Methode bei Marx, der wesentliche Entwicklungsschritte des „Kapital I“ herausarbeitet anhand einer These, die freilich expliziter hätte erläutert werden können: was heißt z. B. prägnant „immanentes Über-sich-hinausgehen“? Bloße verbale Appelle an eine unterstellte Hegel-Lektüre des Lesers sind akademische Arroganz. Aber die Arbeit hat noch andere sich durchziehende Aspekte, denen auch eine relativ lange Behandlung der Marxschen Frühschriften geschuldet ist: es besteht z. B. ein in der Ausführung keineswegs gründlich eingelöster Anspruch, Wesentliches zum Verhältnis von Marx und Hegel beizutragen. Es sind vor allem drei Punkte, worin eine enge Beziehung behauptet wird. Erstens wird eine Analogie hergestellt zwischen dem Marxschen Verständnis des Kapitals als „automatischem Subjekt“ des Verwertungsprozesses und dem Hegelschen Geistbegriff (77, 88, 133, 248). Mag dies für die Art der Entfaltung der Bewegung auch durchaus zutreffen, so läßt Reichelt dabei jedoch die eigentümliche Qualität dieses „automatischen Subjekts“ unberücksichtigt, die Marx als „Schein der Tatsachen“ bestimmt. Zweitens, so Reichelts These, seien methodische Elemente wie die Rede von „Begriff“, die wissenschaftliche Trennung von Wesen und Erscheinung bei Marx ebenso wie bei Hegel der ihnen gemeinsamen gesellschaftlichen Wirklichkeit geschuldet. Herrschaft des Begriffs sei theoretischer Ausdruck des Kapitals als den Subjekten fremde Objektivität, die Trennung von Wesen und Erscheinung theoretische Manifestation der Kapitalherrschaft: deren Beseitigung hebt nach dieser Vorstellung solche Trennung auf. Die Differenz liege nun darin, daß Marx diesem gesellschaftlichen Sachverhalt bewußt Rechnung trage, während er bei Hegel in mystifizierender Form erscheine (77 ff.): „Hegels Idealismus, der behauptet, daß die Menschen einem machthabenden Begriff gehorchen, ist dieser verkehrten Welt wesentlich angemessener als jede nominalistische Theorie, die das Allgemeine nur als subjektiv-Begriffliches akzeptieren will“ (80). Der Verfasser geht hier

soweit, zu unterstellen, daß die dialektische Darstellungsform ganz und gar an das Bestehen der kapitalistischen Gesellschaft geknüpft sei. Wohl ist in der Tat die Darstellung und Abfolge der Kategorien im „Kapital“ der Dominanz des Kapitals in der zu analysierenden Gesellschaft geschuldet, wie Marx in den Grundrissen ausgeführt hat, und es ist unzulässig, diese Abfolge als historisch-chronologische mißzuverstehen, gar in dem Sinn, daß ihr logisches Auseinanderhervortreiben, das kapitalistische Bedingungs zusammenhänge widerspiegelt, als notwendige historische Evolution ausgelegt wird, wie es der Autor nicht ohne Grund Engels' Anti-Dühring unterstellt (258). Diese Einschränkung der Darstellungsmethode auf den systematischen Zusammenhang eines jeweiligen historischen Gesellschaftszustands ( hier der bürgerlichen Gesellschaft), die sich mit Marx selbst belegen läßt (Grundrisse S. 945), stützt jedoch keineswegs die viel weitergehende Behauptung Reichelts vom Zwangszusammenhang von Dialektik und Kapitalismus.

Eine dritte Beziehung zu Hegel sieht der Verfasser im Anspruch an die strenge Ableitung der Kategorien, der gewissermaßen gegenüber der bürgerlichen Ökonomie die Hegelsche Kantkritik wiederhole. Die viel zu geringe Konkretheit dieser Analogie rächt sich darin, daß sie sich für den Gedankengang nicht fruchtbar machen läßt; zugleich ist dies Ausdruck einer Tendenz des Autors, die Marx'sche Kritik zu stark als Wissenschaftskritik zu verstehen, weniger als Kritik des „nationalökonomischen Zustands“, der realen Verhältnisse also. Obendrein unterschlägt dies Marxens Wendung gegen Hegels spekulatives Verfahren, sein Insistieren auf dem Forschungsprozeß, in dem allein die Abstraktionen zu gewinnen sind, von denen die systematische Darstellung ihren Ausgang nimmt, wodurch dieser der Charakter der gedanklichen *Reproduktion* gegeben wird im strikten Gegensatz zum sich selbst in seine Konkretionen entfaltenden Geist.

Die einseitige Betonung der Wissenschaftskritik zeigt sich auch in Reichelts zentraler Festlegung auf den „Kategorien“-Begriff, der von Marx zuweilen ambivalent verwandt wird, der aber zumindest ungeschickt ist, da er zu stark assoziiert ist mit der Herleitung bloß theoretischer Elemente der politischen Ökonomie und nicht realer Gegebenheiten. An präziser formulierten Stellen spricht Marx stets davon, daß die Kategorien gesellschaftliche Verhältnisse *ausdrücken*, ihre Entwicklung auseinander muß also als Widerspiegelung der Beziehungen gesellschaftlicher Formen begriffen werden. Dies Problem aber wird von Reichelt übergangen. Die Auslegung des „Kapital“ in einem primär wissenschaftskritischen Sinn läßt bei ihm Raum für eine unpräzise Form von Gesellschaftskritik, wie er sie andererseits dem Marx'schen Werk entnehmen zu müssen glaubt. Nur so ist auch der lange erste Teil der Arbeit über die Marx'schen Frühschriften zu verstehen (19—72), der aus dem eigentlichen Thema sonderbar herausfällt. Zwar ist es richtig, daß sich in diesen Schriften z. T. spätere Marx'sche Einsichten schon keimhaft aussprechen, keineswegs zulässig ist jedoch ein Verfahren, worin vom „Kapital“ wesentlich prägnanter ausgesprochene Sachverhalte in der Sprache der Früh-

schriften reformuliert werden. Wo es der Sache nach um die Abschaffung eines hinter dem Rücken der Individuen sich durchsetzenden gesellschaftlichen Zwangszusammenhangs geht, um die bewußte Übernahme und Entfaltung jener gesellschaftlichen Kräfte der Individuen, die ihnen im Kapitalismus als fremde Macht gegenüberreten, da rekurriert der Verfasser auf einen recht unbestimmten Begriff von Entfremdung, die er ausspricht als „Überhang gesellschaftlicher Objektivität“ (37), der gegenüber er stets nur „Individuen“ bzw. „Subjekte“ figurieren läßt, abstrahiert vom gesellschaftlichen Zusammenhang. So wird zumindest unterschwellig nahegelegt, die Individuen überhaupt der Gesellschaft als objektiver Macht fremd gegenüberzustellen. Damit wird ein Entfremdungsbegriff wiederbelebt, der sich an Arbeitsteilung überhaupt festmacht, nicht am Warencharakter der Produkte und der kapitalistischen Verfügung über sie. Dies vermittelt sich merkwürdig mit der These der Verhaftung von Wissenschaft an den Kapitalismus: „Wo erst die Individuen zu ihrem Recht kommen und nicht mehr unter ein — von ihnen selbst noch in dieser Form produziertes — abstrakt-Allgemeines subsumiert sind, werden generelle Aussagen unmöglich. Mit der Aufhebung gesellschaftlicher Objektivität, der abstrakten Negation wirklicher Individualität, verschwindet der Gegenstand aller (!) Theorie“ (40). Wenn Reichelt über die Aufhebung des Kapitalismus stets nur zu sagen weiß, daß erst dann die Subjekte sich voll entfalten, die Individuen zu ihrem Recht kommen können, so ist diese allzu gemeinplätzig Redeweise doch nicht ohne innere Logik: es ist ein Vorgriff solcher Art, daß er den Autor dessen enthebt, zur Frage der Gesellschaftsumwälzung einen Klassenstandpunkt zu beziehen. Standpunktbedingt scheint ihm stets nur die bürgerliche Wissenschaft, die Kritik der politischen Ökonomie dagegen als eine Perspektive des Durchschauens, die die bürgerlichen Bedingtheiten transzendiert, ihre eigene Darstellungsform der Gesellschaftsform insgesamt geschuldet weiß und dies reflektiert, ihrerseits aber nirgends sozial festgemacht ist. In diesem Kontext erhält der relativ ausgebreitete Rückgriff auf den Begriff der Charaktermaske seinen Stellenwert; dieser ist nämlich der einzige, mit dem der Verfasser seine Ausführungen über das „Kapital“ an die wesentlich in Begriffen aus dem Umkreis der Frühschriften formulierte inhaltliche Gesellschaftskritik zurückbindet. Nicht vom Standpunkt der dem Kapital unterworfenen Arbeiterklasse wird hier die Kritik formuliert, sondern von dem eines antizipierten Subjekts, indem nicht die Klassenherrschaft angeprangert wird, sondern die Vergewaltigung des Subjekts überhaupt, das „gesellschaftlicher Objektivität“ so ausgeliefert ist, daß es nicht anders denn als Charaktermaske erscheinen kann; dies gilt natürlich für den Kapitalisten ebenso wie für den Arbeiter. In diesem Gedanken spricht sich zwar das generelle Menschheitsinteresse an der Überwindung des Kapitalismus aus, aber es spricht sich — weil abstrakt die Klassengegensätze überspringend — falsch aus. Die Reduktion auf diesen einen Aspekt der Kapitalismuskritik (Charaktermaskenhaftigkeit) ist daher nicht marxistisch, sondern philantro-

pisches Entfremdungslamento. So zeigen sich in dieser teilweise sehr qualifizierten Marxrezeption von 1970 auf dem freilich hohen Abstraktionsniveau der methodischen Exegese des ersten Bandes deutlich noch die Wurzeln ihrer Entstehung: aus der Phase des Übergangs der Studentenbewegung von Positionen der Frankfurter Schule und Marcuses zum Marxismus. Ulrich Müller (Heidelberg)

**Lenin, Wladimir Iljitsch:** *Hefte zu Hegels Dialektik. Einleitung* von Thomas Meyer. Verlag Rogner & Bernhard, München 1969 (255 S., br. 10,— DM).

Die westdeutsche Teil-Edition aus Lenins philosophischem Nachlaß — sie enthält die Exzerpte und Randglossen zu Hegels „Wissenschaft der Logik“ und das Fragment „Zur Frage der Dialektik“, beides in den ersten Monaten des 1. Weltkriegs entstanden — kann ihre raison d'être eigentlich nur darin haben, daß sie mit der umfangreichen Einleitung von Thomas Meyer, zur Zeit der Abfassung mit dem Studium der Philosophie in Frankfurt befaßt, einen Beitrag zur kritischen Lenin-Diskussion hinzufügt — während der Lenin-Text in Band 38 der Dietz-Ausgabe mit DM 7,50 billiger zu haben ist und überdies ganze 500 Seiten mehr aus Lenins philosophischer Kleinarbeit zur Kenntnis bringt.

Jene 60-Seiten-Einleitung greift weit über die Aufgabe hinaus, eine Verständnishilfe für den dargebotenen Text anzubieten. Sie will nicht weniger, als ein zentrales philosophisches Marxismusverständnis an einschlägigen Marx- und Engelstexten explizieren (9—33), um dann das gesamte Lebenswerk Lenins — das philosophische, das gesellschaftstheoretische und das geschichtlich-praktische — von dort her kritisch zu beleuchten. Aus einer Überfülle pointierter Formulierungen seien nur die folgenden angeführt, die den Kerngedanken wiedergeben dürften: „Materialistische Dialektik, mit ihrer unabdingbaren Verwiesenheit auf den praktischen Emanzipationskampf entwickelter Subjekte, kann in ihrer kritischen Gestalt kaum Aktualität für eine Gesellschaft gewinnen, deren Bauernmassen in einem geistig wie materiell feudalistischen Abhängigkeitsverhältnis festgehalten sind. Daher der systematische Primat eines weltanschaulichen Materialismus in Lenins Theorie, die sich nicht als Diskussionsbeitrag an ein sein Schicksal nun selbst in die Hände nehmendes Publikum wenden kann, sondern aus dem Fundus einer ‚wissenschaftlichen‘ Theorie einen Adressaten agitieren muß, der zu ihr von sich aus keine Beziehung haben kann.“ (42) Lenin bewegt sich in einem „vorbürgerlichen Erfahrungshorizont“ (46), und seine Theorie ist gerade in ihren Schwächen „nicht so sehr Resultat theoretischer Ignoranz, als vielmehr unkritischer Ausdruck einer objektiven Zwangslage“ (57). „Organisationstheorie und Erkenntnistheorie Lenins speisen sich aus der gleichen Quelle des realen Entwicklungsstandes von Subjektivität.“ (55)

Bedenkt man dieses Argumentationsprogramm, so erscheinen 60 Seiten als unangemessen kurz — Meyer hätte vielleicht doch den Vertrieb des Lenin-Texts dem Dietzverlag überlassen und die 175 Seiten mit Eigenem ausfüllen sollen. Und dies auch in einigem anders, als er seine Einleitung abgefaßt hat. Kritisch zu vermerken wäre; zunächst an der Peripherie, ein allzu umstandsloses Operieren mit Kategorien der Frankfurter Schule (Vernunft als Maß des Richtigen, Widerspruch zwischen Realität und Begriff als Grund von Veränderungen, Horror vor „Ontologie“); Ungenauigkeiten in der Textanalyse (Revolutionstheoretisches bei Marx vermeintlich nur im Feuerbachkapitel der „Deutschen Ideologie“, gewalttätige Stilisierung von Positionen — etwa, wo eine „objektivistische“ Variante Marxscher Dialektik herauszuschauen soll); mangelhafte Einordnung der jeweiligen Texte in ihren zeitlichen Entstehungszusammenhang (insbesondere die philosophischen Arbeiten von 1908—09 und 1914—16, vgl. die Stelle S. 16 über die „nicht zufällige“ Wahl des Zeitpunktes für die Strapazen der Hegellektüre). Gravierender noch dürfte sein, daß Meyer die Leninschen Theoreme in bezug auf ihren praktischen Situationskontext so pointiert und dramatisiert, daß schon die bloße Wiedergabe im höchsten Maße inkriminierend wirkt. Genau umgekehrt sollte hier die Aufgabe m. E. darin bestehen, die künstlichen Pointierungen selbst dort, wo Lenins eigene Worte zu ihnen verleiten, tunlichst zu meiden und das Fließende der Übergänge zur Geltung zu bringen. Lenin selbst war ein Meister solcher „Modalisierung“, der vielfältig abgestuften operativen Palette. Schließlich sollte man auch die Ausgangssituation nicht so schematisch darstellen (und damit auch die Differenz zwischen dem Marxschen und dem Leninschen Praxis-Konzept). Die „entwickelte Subjektivität“, die — wie Meyer bemerkt — ja selbst keine feste Vorgegebenheit ist, sondern in der Bewegung selbst wachsen muß, ist in der Tat ein kardinales Moment, das die Analyse mit Recht in den Mittelpunkt rückt. Doch kann man der russischen vorrevolutionären Situation ernstlich nachsagen, es habe dergleichen überhaupt nicht gegeben, und Lenin nachsagen, er habe theoretisch kein Organ dafür gehabt und praktisch nichts dafür getan, daß die Spontaneität der Subjekte, die bewußte Selbsttätigkeit revolutionierter Massen, Fortschritte des Wachstums machen könnte? Die Kritik wird gerade in diesem Punkt von mikrologischer Genauigkeit sein müssen, wo es gilt, Defizite im Bereich des praktisch zu Leistenden zu ermitteln. Die fragwürdige Dramatisierung liegt darin, daß Meyer ein *Dilemma* sieht, wo die kritische (nicht skeptische) Betrachtung mit einer *begrenzten Wahl- und Realisationsmöglichkeit* rechnet. Kann man z. B. Elemente eines mehr sozialtechnologischen Umgangs mit Bevölkerungsteilen gänzlich diskriminieren, weil es legitimerweise doch nur den herrschaftsfreien Dialog der mündiger-werdenden Mündigen geben dürfte?

Die Kritik an Meyers Kritik führt zu einer allgemeinen Reflexion darüber, wie man als „kritischer Marxist“ mit einem Mann wie Lenin umgehen sollte. Ich finde es beklemmend, daß man ihm in weiten Bereichen der marxistischen Bewegung, der alten wie der neuen,



noch immer nicht in normal-menschlichen Formen begegnet, sondern mit einer Ehrfurcht, wie man sie den Unsterblichen entgegenzubringen pflegte. Ich fürchte nur, daß die nonchalante Art, in der Meyer mit Lenin umspringt, nicht sonderlich hilfreich sein wird.

Helmut Fleischer (Darmstadt)

**Wittgenstein, Ludwig:** Über Gewißheit. Hrsgg. v. G. E. M. Anscombe und G. H. von Wright. Bibliothek Suhrkamp, Bd. 250. Frankfurt/M. 1970 (179 S., geb., 9,80 DM).

Wittgenstein ist inzwischen auch in der BRD zu einem Klassiker der neueren Philosophie geworden, so daß dem vorliegenden Text eine zahlreiche Verbreitung und Kommentierung von vornherein sicher ist. Das Interesse wird sich dabei allerdings hauptsächlich aus den angestammten Disziplinen der Analytischen Erkenntnis- und Sprachtheorie rekrutieren. Daß demgegenüber Wittgenstein auch für die marxistische Theorie zur Aufarbeitung ansteht, hat bislang nicht die nötige Beachtung gefunden. Im Anschluß an eine immanente Diskussion soll daher im folgenden wenigstens die Perspektive für eine Wittgenstein-Rezeption im Sinne einer materialistischen Sprachtheorie skizziert werden, zumal die Schrift „Über Gewißheit“ hierzu fruchtbare Passagen enthält.

Zunächst ist zum Editorischen festzuhalten, daß „Über Gewißheit“ aus Aufzeichnungen besteht, die Wittgenstein in den letzten ein- und einhalb Jahren seines Lebens (1949—1951) in deutscher Sprache geschrieben hat. Hervorzuheben ist der Charakter des Textes als einer in sich zusammenhängenden Abhandlung, die keine Auswahl darstellt (vgl. das Vorwort der Herausgeber). Freilich hält sich auch „Über Gewißheit“ in dem für Wittgenstein typischen aphoristischen Denk- und Schreibstil, und so ist vorweg auf die üblichen Schwierigkeiten zu verweisen, die bei einer Umsetzung dieses Stils in konventionell wissenschaftliche Prosa aufgeworfen werden.

Als Ausgangspunkt seiner Überlegungen dient Wittgenstein die Auseinandersetzung mit G. E. Moore, der seine Philosophie des „common sense“ durch die Behauptung demonstrieren wollte, daß er die Wahrheit von einigen Sätzen mit Sicherheit wisse. Beispiele solcher Sätze sind: „Hier ist eine Hand — und hier ist eine zweite“, „Die Erde bestand lange Zeit vor meiner Geburt“, „Ich habe mich niemals weit von der Erde entfernt“. Mit solchen Sätzen hatte Moore geglaubt, das natürliche Sprach- und Weltverständnis gegen den philosophischen Skeptizismus wenden zu können. Was Wittgenstein in „Über Gewißheit“ tut, ist nun, aus einer kritischen Prüfung der Mooreschen Wahrheitsgewißheit heraus eine selbständige Klärung von Wissensaussagen zu geben, um dann den Begriff des Wissens im Rahmen einer Theorie des Sprachgebrauchs und einer Interpretation von Sprache als „Lebensform“ zu diskutieren.

Demnach besitzen Wissensaussagen eine Eigenschaft, die sie von Äußerungen der Form „Ich glaube, daß . . .“ oder auch von der Kund-

gabe seelischer Zustände wie „Ich habe Schmerzen“ deutlich abzuheben zwingt. Die Differenz zwischen Wissen und Glauben dokumentiert sich darin, daß aus „Ich weiß, daß . . .“ folgt „Ich glaube, daß . . .“, aber nicht umgekehrt (177; Verweise nach Numerierung der Abschnitte) und daß sich subjektive Wahrheit des Glaubens im Widerstreit zu Tatsachen beschreiben läßt („Er glaubt es, aber es ist nicht so“), nicht aber eine Wahrheit des Wissens, denn man kann nicht sagen „Er weiß es, aber es ist nicht so“ (vgl. 177, 179, 42). Entsprechend scharf ist die Abhebung von „Ich weiß, daß . . .“ zu solchen Äußerungen wie „Ich habe Schmerzen“, da ein Zweifel im letzten Fall, wenn überhaupt, nicht durch die Frage „Welche triftigen Gründe hast du dafür?“ ausdrückbar ist und sich Äußerungen wie „Ich habe Schmerzen“ einer Bewertung in „wahr“ oder „falsch“ zu entziehen scheinen.

Zur Logik von Wissensaussagen gehört ferner, den Unterschied zur einfachen Behauptungsform „Es ist so“ herauszuheben. Mögen „Ich weiß, daß es so ist“ und „Es ist so“ wechselseitig ersetzbar sein, so sind es doch nicht ihre Negationen (vgl. 593). Die Beschreibung „Er weiß es nicht, aber es ist so“ zeigt die Notwendigkeit, bei Wissensaussagen das Bestehen oder Nichtbestehen von Sachverhalten explizit auf den Rechtfertigungshorizont eines Sprechers zu beziehen. Damit lassen sich die von Wittgenstein analysierten Komponenten der Struktur von Wissensaussagen in einem gängigen Schema zusammenfassend wiedergeben: ein Sprecher S weiß, daß (eine Aussage) p der Fall ist, wenn gilt (1) S glaubt, daß p; (2) p ist wahr; (3) S hat triftige Gründe für p.

Die von Wittgenstein gegebene Klärung zur Logik des Wissens ist — systematisch gesehen — als Vorbereitung der leitenden Sachfrage von „Über Gewißheit“ zu lesen: Lassen sich für Aussagen wie die Moores triftig, objektive Gründe angeben, und worin können diese bestehen? Um gleich die allgemeine Antwort hierauf vorwegzunehmen, so lautet diese, daß Moores Sätze ihren Grund nicht in einem theoretischen Wissen, sondern in praktischer Sicherheit haben, und daß dies bedeutet, den Begriff des Wissens auf eine fundamentale Verbindung von Sprache und Praxis zurückzubeziehen.

Auf dem Weg zu dieser Antwort und ihrer näheren Erläuterung ist zunächst der rationale Kern herauszustellen, der Moores Verweis auf die Wahrheit von Sätzen wie „Hier ist eine Hand und hier ist eine zweite“ etc. zugrundeliegt. Dieser Verweis demonstriert, wie selbstverständlich uns die Wahrheit von derartigen Sätzen ist, und wie merkwürdig, wenn nicht unsinnig, ein Zweifel oder Irrtum in solchen Fällen wäre (vgl. 32). Was Moore damit eigentlich zeigt, ist dies, daß für jeden „Vernünftigen“ in einer entsprechenden Situation („unter normalen Umständen“, 27) die Annahme solcher Sätze außer jedem Zweifel steht (vgl. 325).

Sätze dieser Art stehen fest, so sicher wie nur irgendetwas feststehen kann, sie gehören zur „Methode unseres Zweifelns und Untersuchens“ (151). An ihnen zu zweifeln würde einem Zweifel an der

Bedeutung unserer einfachsten Worte gleichkommen (vgl. 369 und 456: „Wenn ich also zweifle, oder unsicher bin darüber, daß das meine Hand ist . . . , warum dann nicht auch über die Bedeutung dieser Worte?“) und somit die Grundlage unseres Urteilens aufheben, ein „Chaos“ herbeiführen (vgl. 613).

Die Grundlage unseres Urteilens ist eingebettet in ein „Nest von Sätzen“ (225), in ein System, dessen wir beim Lernen der Sprache nicht explizit versichert werden, sondern das im Kontext des übrigen Sprachverhaltens sich mit einer feststehenden Achse herausbildet, um die sich alles dreht, auch wenn wir dies im Lernprozeß nicht direkt erfahren (vgl. 152). So lernen wir z. B. nicht, daß unsere Hände etc. existieren, sondern wir lernen „Dies ist eine Hand“, „Dies ist ein Tisch“ etc. Indem wir auf diese Weise lernen, wird zunächst einmal sprachliches Verhalten eingeübt, was jedoch gleichzeitig bedeutet, daß wir ein bestimmtes „Weltbild“ ergreifen (vgl. 167), in das einige fundamentale Tatsachen gleichsam eingegossen sind (vgl. 558). Solchem Lernen sind Wissen und Zweifel nachgeordnet (vgl. 160, 374, 538); beides kann sich erst einstellen aufgrund der Fraglosigkeit einer elementaren Sprachpraxis, auf die wir uns schon eingelassen haben müssen, um später Wissen und Zweifel überhaupt anbringen zu können.

Was sich so im Lernprozeß wie bei der Suche nach weiterer Evidenz für die untersuchten elementaren Sätze zeigt, ist, „daß die Zweifellosigkeit zum Wesen des Sprachspiels gehört“ (370). Dieser entspricht eine selbstverständliche Sicherheit, für die Wittgenstein treffende Formulierungen findet: „Ich möchte nun diese Sicherheit nicht als etwas der Vorschnellheit oder Oberflächlichkeit Verwandtes ansehen, sondern als (eine) Lebensform“ (358). „Das heißt doch, ich will sie als etwas auffassen, was jenseits von berechtigt und unberechtigt liegt; also gleichsam als etwas Animalisches“ (359). Die Praxis der Sprache ist einer theoretischen Rechtfertigung immer schon voraus; die Sprache ruht auf Praxis, und diese hat in der Sprache ihre Form.

Unter logischer Perspektive kommt die besondere Eigenart der aufgezeigten elementaren Verbindung von Sprache und praktischer Sicherheit darin zum Ausdruck, daß die Grenze zwischen Logik und Empirie fließend wird. Es entsteht nämlich die Schwierigkeit, wie Sätze, in denen die zweifelsfreie Grundlage von Sprache sich dokumentiert („Hier sind zwei Hände“ etc.) eigentlich zu charakterisieren sind. Denn was soll man von Sätzen sagen, die weder im herkömmlichen Sinn empirisch noch sonstwie theoretisch überprüft werden können und die doch unerschütterlich feststehen? Ihrer Unerschütterlichkeit wegen scheinen sie in die Nähe von analytischen Wahrheiten der Logik und Mathematik zu geraten (vgl. 628, 657) — andererseits sind es doch Sätze über Gegenstände und somit auf Erfahrung bezogen.

Wittgenstein umschreibt diesen Sachverhalt damit, daß nicht nur Sätze der Logik, sondern auch Sätze von der „Form der Erfahrungssätze“ zum Fundament allen Operierens mit Sprache gehören (401) und daß es offenbar keine scharfe Grenze zwischen Regeln und Er-

fahrungssätzen gibt (vgl. 319). Sind also zweifelsfreie Sätze wie „Hier sind zwei Hände“ als Regeln zu bezeichnen? Dies ist wiederum deshalb problematisch, weil von solchen Sätzen im einzelnen als Regeln zu reden den Systemkontext nicht wiedergibt, in dem sie stehen. Diese Sätze zeigen einen Regelzusammenhang, drücken ihn aber nicht selber aus. An diesem Punkt, wo es darum zu tun wäre, die exemplarische Analyse umzusetzen in eine allgemeine Regelbeschreibung, wird Wittgenstein skeptisch, indem er sich darauf zurückzieht, daß die Logik letztlich nicht beschreibbar ist, sondern sich eben in der nicht mehr allgemein zu charakterisierenden Praxis der Sprache zeigt (vgl. 501 und 674).

Faktisch freilich taucht auch bei Wittgenstein ein Satz auf, durch den die selbstverständliche Grundlage der Sprachpraxis im Sinne einer allgemeinen Systemregel zu fassen wäre, der Satz nämlich „Es gibt physikalische Gegenstände“. Nachdem er diesen Satz wegen seiner unklaren logischen Struktur zunächst als Unsinn verwirft (vgl. 35 f.), gebraucht er ihn später ganz ohne Skrupel, um sich zu fragen, ob die Erkenntnis „es gäbe physikalische Gegenstände, eine sehr frühe oder eine sehr späte sei?“ (479). Dieser Widerspruch ist einmal der exemplarische Ausdruck von Wittgensteins metatheoretischem Dilemma, das ihn theoretisch-philosophische Aussagen verdrängen läßt, ohne sie der Sache nach missen zu können; auf der anderen Seite ist damit der theoretische Schritt angedeutet, den die soweit entwickelte Problematik verlangt; den zweifelsfreien Existenzvoraussetzungen, die Moores Sätze ausdrücken und deren Charakter Wittgenstein analysiert, entspricht die Interpretation des Satzes „Es gibt physikalische Gegenstände“ als einer fundamentalen Regel, die reflektiert, „was jenseits von berechtigt oder unberechtigt“ (vgl. oben) ein allgemeiner Grundzug sprachlicher Praxis ist.

Der zusätzliche Schritt in Richtung auf eine explizite Theorie der elementaren Sprachstrukturen gibt die Richtung einer produktiven Weiterentwicklung Wittgensteins an, in die — wenn auch in verschiedener Weise — bedeutende Autoren der Analytischen Philosophie gegangen sind (Strawson, Quine). Trotz dem gewichtigen neuen Material der Schrift „Über Gewißheit“ zeigt sich unter dieser Perspektive noch einmal Bedeutung und Beschränkung Wittgensteins: auf der einen Seite die genial einfache Beschreibung des elementaren Zusammenhangs von Sprache-Praxis-Welt, auf der anderen Seite ein Theorieverzicht, der es nicht zu begrifflicher Allgemeinheit und Konsolidierung kommen läßt.

Fragt man schließlich, wie Wittgensteins sprachtheoretische Position in allgemeinen Termini zu charakterisieren ist, so wird man sich an folgenden Stellen zu orientieren haben: „Ich will den Menschen hier als Tier betrachten; als ein primitives Wesen, dem man zwar Instinkt, aber nicht Raisonement zutraut. Als ein Wesen in einem primitiven Zustande. Denn welche Logik für ein primitives Verständigungsmittel genügt, deren brauchen wir uns auch nicht zu schämen. Die Sprache ist nicht aus einem Raisonement hervorgegangen“ (475). Oder: „... und schreib getrost ‚Im Anfang war die Tat‘“ (402).

Was Marx und Engels für die insbesondere durch A. Schmidt herausgearbeitete „Konstitutionsproblematik“ des Historischen Materialismus immer schon zugrunde legen (vgl. zum Beispiel MEW 19, S. 362 und S. 530), erreicht Wittgenstein in seiner Spätphase durch eine immanente Sprachkritik, die wegen ihres systematischen Ertrags auf dem analytischen Niveau gegenwärtiger Sprachphilosophie ihrerseits für die marxistische Theorie zu rezipieren ist, um zugleich für die erkenntnistheoretischen Fragestellungen fruchtbar gemacht zu werden. Daß Wittgenstein einer solchen Aufnahme bedarf, bezeichnet den gegenwärtigen Stand der Diskussion (vgl. etwa F. Rossi-Landi, *Sprache als Arbeit und als Markt*, München 1972, Kap. 3), während es — und dies kann hier nur als These stehen — zu einer tragfähigen eigenständigen Fortentwicklung von Sprachtheorie in materialistischer Absicht bislang nicht gekommen ist.

Was die erkenntnistheoretische Seite angeht, so liefert die Schrift „Über Gewißheit“ das beste Beispiel dafür, wie eine Thematisierung von Sprache als Aneignungsform von Welt durch Praxis Hand in Hand geht mit einer Interpretation des Stellenwerts von theoretischem Wissen und wie dadurch die Schwierigkeit einer Widerlegung agnostischer oder skeptischer Positionen ineins eine Klärung und Auflösung erfährt. Durch die fundamentale Einsicht der Sprachgebundenheit allen Bewußtseins und Erkennens, die Sprache als „das praktische, auch für andere Menschen existierende . . . wirkliche Bewußtsein . . . aus dem Bedürfnis, der Notdurft des Verkehrs mit anderen Menschen“ (MEW 3, S. 30 f.) begreift, ergibt sich eine Koinzidenz von Sprach- und Erkenntnistheorie derart, daß den elementaren semantischen Kategorien eine Schlüsselfunktion für die Interpretation von Erkenntnis zumindest auf der Ebene der Konstitutionsthematik zukommt. Die Aufnahme dieser Kategorien in kritischer Rezeption des durch Wittgenstein inzwischen klassisch vertretenen Ansatzes ist somit für die marxistische Theorie unabdingbar. Sie muß begleitet sein von der Unterscheidung einer Grundebene der Sprache und Erkenntnis, die durch einige wenige zentrale Sprachfunktionen zu charakterisieren ist (Identifikations-, Prädikations-, Negationsleistungen) und weder der Kategorie der Basis noch der des Überbaus angehört, von einer solchen, die spezifisch verknüpft ist mit sozio-ökonomischen Entwicklungen („Sprache der Bourgeoisie“) und deren Untersuchung bislang noch ein Postulat darstellt, für das systematische Kriterien zum Verhältnis von Sprache und Klasse erst noch der Ausarbeitung bedürfen.

Rolf Zimmermann (Heidelberg)

**Kutschera, Franz von:** *Sprachphilosophie*. Uni-Taschenbücher Bd. 80. Werner Fink Verlag, München 1971 (406 S., br., 19,80 DM).

Im Zeichen des gegenwärtigen Linguistikbooms scheint sich auch die sprachphilosophische Diskussion neopositivistischer Provenienz, die mit der Scheidung in transzendentallogische (Wittgenstein I, Car-

nap, Quine, Chomsky etc.) und pragmatisch/relativistische Richtungen vorerst zur Ruhe gekommen war, erneut zu beleben. Kutschera greift im vorliegenden Buch auf Elemente beider Richtungen zurück und sucht sie zu synthetisieren. Dieser Versuch ist interessant insofern, als er die Zusammenhänge von Sprache, Denken und Erkenntnis erneut einer detaillierten Diskussion unterwirft; problematisch ist er aber, weil die Diskussion ausschließlich immanent geführt wird und sie damit letztlich die Mängel beider Richtungen nur reproduziert. Seit jener angeblich „kopernikanischen Wende“ der erkenntnistheoretischen Reflexion, die die logischen Empiristen mit ihrer Formel „Sprachkritik statt Vernunftkritik“ in der bürgerlichen Philosophie bewirkt haben, ist das Verhältnis von Philosophie, Sprachphilosophie und allgemeiner Sprachwissenschaft unklar geworden: die Grenzen von Sprachphilosophie und Sprachwissenschaft, Denken und Sprechen verschwimmen eben von den erkenntnistheoretischen Voraussetzungen her. Denn wenn Vernunftkritik in Sprachkritik aufgeht, so fällt — vereinfacht gesagt — die Voraussetzungsproblematik der Erkenntnis mit der Strukturanalyse der Wissenschaftssprache zusammen; die Sprachwissenschaft wäre allgemeine Grundlagendisziplin, und „Philosophie“ hätte nur mehr die Aufgabe, die Reduktionen dieses Ansatzes plausibel zu machen. Auch Kutschera verzichtet darauf, die Grenzen zwischen philosophischer und sprachwissenschaftlicher Problemstellung zu explizieren. Die Gliederungsgesichtspunkte orientieren sich an der semiotischen Systematik: „Grammatiktheorien“, „Bedeutungstheorien“, „Sprache und Wirklichkeit“. Aber innerhalb dieses eher „sprachwissenschaftlichen“ Rahmens ist die eigentliche Frage die nach „Funktion und Leistung der Sprache“ (13), nach dem Zusammenhang von Denken, Sprechen und Erfahrung: „Besteht Sprechen nur im Ausdrücken sprachunabhängiger Denk- und Wahrnehmungsinhalte, an denen sich durch ihren Ausdruck nichts ändert, oder sind diese Inhalte immer schon sprachlich bestimmt, so daß die Formen unserer Sprache Formen unserer Erfahrung sind?“ (15)

Der Verfasser wendet sich zunächst einigen ausgewählten Grammatiktheorien zu und überprüft sie auf ihre deskriptive Exaktheit, Einfachheit und Angemessenheit. Die Darstellung leidet unter zwei Mängeln. Entgegen den Behauptungen im Vorwort und Klappentext dürften die Ausführungen über weite Strecken nur dem verständlich sein, der die Symbole der Prädikatenlogik ähnlich souverän zu handhaben weiß wie Kutschera selbst. Der zweite Einwand ist gravierender: Kutschera hält die logische Grammatik für „das einzige wirklich exakte Grammatikmodell . . ., das es gegenwärtig gibt“ (88); dementsprechend ist seine Perspektive bei der Kritik der traditionellen und generativen Grammatiktypen. In der (recht breiten) Darstellung der Kategorien der logischen Grammatik klingen Einwände gegen diesen Beschreibungstyp zwar an, werden aber in einer Form unterbewertet, die erst retrospektiv eine gewisse immanente Plausibilität erlangt. Als Grammatiktheorie umschreiben die logischen Kategorien eine in sich geschlossene, endliche Idealsprache mit festumris-

sener Axiomatik; dagegen bildet die natürliche Sprache ein historisch gewordenes, uneinheitliches System mit unklaren erkenntnistheoretischen Voraussetzungen. Wenn die logische Idealsprache eine adäquate Metasprache zur natürlichen sein will, so müßten die logischen Strukturen den realen Strukturen der Objektsprache prinzipiell isomorph sein: nur dann ließe sich jedem Satz der natürlichen Sprache eine entsprechende logische Normalform zuordnen. Das heißt aber, daß über die Anwendbarkeit von Idealsprachen nicht „beliebig“ nach Praktikabilitätsgesichtspunkten zu entscheiden ist, sondern nur nach vorheriger Klärung der erkenntnistheoretischen, logisch-systematischen und historisch-praktischen Voraussetzungen der Objektsprache.

Kutschera hütet sich zwar, die vollständige Isomorphie von logischer Grammatik und natürlicher Sprache zu postulieren, spricht aber gleichwohl von „fast völliger Synonymität“ (86) der Strukturen und faßt zusammen, daß die „logischen Strukturen die grundlegenden Strukturen der Sätze sind“ (88). Gegen diese Konstruktion lassen sich schon rein immanent gewichtige Einwände anführen: 1. Wenn die Logik bei weitgehender Gleichsetzung von Denken und Sprechen transzendierende Eigenart des Denkens ist, so müßte sie universal gültig sein und sich in jeder empirischen Sprache nachweisen lassen. Versuche in dieser Richtung sind aber bisher fehlgeschlagen. — 2. Die logische Analyse der Sprache liefert keine *gehaltvollen* — d. h. empirisch überprüfbaren — Aussagen. Erkenntnisfortschritt ist auf dieser Grundlage nicht zu erklären. — Kutschera kennt solche Einwände natürlich — obwohl er sie nicht anspricht —, und seine weiteren Darlegungen zielen implizit darauf ab, sie zu entkräften.

In der folgenden Gegenüberstellung „realistischer“ (nach Wittgenstein I, Frege und Carnap — wobei offensichtlich mit Äquivokationen gearbeitet wird!) und pragmatischer Bedeutungstheorien kommt es ihm zunächst darauf an, den eigenen transzendentallogischen Standpunkt in semantischer Hinsicht zu präzisieren. Er führt dabei die Unterscheidung in „Bedeutung“ (meaning) und „Bezug“ (reference) ein: da „die Bedeutung einer Kennzeichnung durch die Bedeutung des kennzeichnenden Prädikats“ (136) bestimmt sei, sei der „Begriff“ eine *logische* Kategorie, die durch die jeweilige Bedeutung des Prädikats „ausgedrückt“ (nicht: „bezeichnet“, „benannt“) werde; hingegen sei der „Bezug“ des Satzes eine *empirische Frage*.

Da die logische Analyse zwar begriffliche Präzisierungen im Rahmen ihrer Axiomatik liefern kann, nicht aber empirisch gehaltvolle Wahrheitskriterien — denn sonst wären Erkenntnisfortschritte der Einzelwissenschaften allein schon durch logische Analyse der jeweiligen Wissenschaftssprache zu erzielen, und man könnte sich die empirische Arbeit schenken —, bemüht sich Kutschera um die Integration jener zweiten Dimension, die er als den *Bezug* zwischen Proposition und realen Entitäten bestimmt. Bei der Schlüsselfrage, welcher Art nun dieser Bezug sein soll bzw. was die Wahrheit eines „synthetischen Satzes“ ausmacht, verwirft er letztlich die realistische Adäquationstheorie (*veritas est adaequatio intellectus ad rem*) zu-

gunsten einer „Gebrauchstheorie“, die er im Sinne des späten Wittgenstein verstanden wissen möchte. Was aber als Kutscheras Fassung der „Gebrauchstheorie“ übrigbleibt, ist keineswegs mehr Wittgenstein, sondern eine Art Konsensustheorie der Wahrheit: die „allgemein anerkannte Weise seiner Verwendung“ (229) bestimme den Bezug; was „wahr“ ist, werde durch „Übereinstimmung“ entschieden: die Kategorien „objektiv gültig“ und „intersubjektiv gültig“ seien im erkenntnistheoretischen Sinn weitgehend identisch (248 ff.).

Diese Fassung liquidiert zunächst einmal die materialistischen Elemente des späten Wittgenstein: dessen „Sprachspiele“ verstehen sich als konkrete Handlungsmodelle, die die Einheit von Sprachform und Lebensform als einen *praktischen* Sozialisationszusammenhang begreifen, der eben das Besondere des jeweiligen Sprachspiels ausmacht. Da diese Fassung transzendentallogischen Formalisierungen den Boden entzieht, besteht Kutschera gegen Wittgenstein auf dem *allgemeinen* Gebrauch, womit Praxis wieder weitestgehend auf Sprachpraxis, auf die sprachlichen Bedingungen der Gültigkeit von Sätzen, reduziert wird. Wenn auf dieser Grundlage die „intersubjektive Übereinstimmung“ als wesentliches Wahrheitskriterium angenommen wird, so wird unterschlagen, daß das „allgemeine Bewußtsein“ in der Klassengesellschaft ein herrschaftlich zwangsintegriertes und entfremdetes ist: die herrschende Ideologie als Existenzform des „allgemeinen Bewußtseins“ erhebt den Absolutheitsanspruch und begreift sich obendrein noch als „objektiv“! — Das Wort „Ideologie“ kommt denn auch im gesamten Text nicht ein einziges Mal vor; statt dessen häufen sich Beispielsätze wie „Der Hase sitzt auf der grünen Wiese“, „Die Rose ist rot“ etc. Im Kontext von Semantikertheorien laufen solche physikalistischen „Vereinfachungen“ beinahe notwendig auf ideologisierende Verfälschungen hinaus.

Das letzte Kapitel, das den Zusammenhang von Sprache und Wirklichkeit zu untersuchen vorgibt, ist schon beinahe eine Zumutung — nicht nur weil es sich über weite Strecken auf eine kaum kommentierte Zitatensammlung beschränkt, sondern vor allem, weil außer Kutscheras Gewährsleuten Humboldt, Sapir/Whorf und Weisgerber doch eine Reihe weiterführender Ansätze anzugeben wären, die aber nicht einmal im Anmerkungsapparat auftauchen. Kutscheras These ist grob gesagt die, daß ein vorgängiges, ontologisch festliegendes Sprachverständnis die menschliche Erkenntnisfähigkeit präformiert: „so etwas wie eine wohlbestimmte Welt (entsteht) immer erst durch sprachliche Interpretation“ (332) und „die Annahme einer an sich, d. h. unvermittelt durch sprachliche Interpretation bestimmten ‚objektiven Welt‘ ist sinnlos“ (333). Sprachliches Erkennen sei immer bezogen auf die Ontologie, die ihrerseits innerhalb der Sprache sinnvoll nicht in Frage gestellt werden könne: die ontologischen Grenzen der Sprache seien somit die Grenzen der (erkennbaren) Welt. Auf dieser Grundlage verbindet Kutschera Elemente der transzendentallogischen und pragmatischen Sprachtheorien mittels der Whorfschen *Relativitätstheese*: es gibt nicht *eine* Ontologie, sondern kulturspezifisch *mehrere*. Damit glaubt er sich endgültig der Verpflichtung enthoben,



sein transzendentallogisches Postulat als ein universalgültiges nachweisen zu müssen: die immanente Plausibilität scheint gesichert.

Dennoch fällt diese Konstruktion hinter den Stand zurück, der mit Wittgensteins „Philosophischen Untersuchungen“ erreicht ist. Kutschera bereichert im Grunde den Dualismus vorgängiger Vernunftwahrheiten und empirischer Tatsachenwahrheiten, der seit Descartes und Leibniz im modernen idealistischen Denken thematisch ist, nur um eine neue logos-mystische Variante. Seine integrierende Formel der kulturspezifisch festliegenden Sprachhandlungsmodelle leistet in dieser Abstraktheit überhaupt nichts: sie überkleistert nur die Notwendigkeit, den Zusammenhang von Denken und Handeln, Sprache und Bewußtsein *genetisch* (statt phänomenologisch) zu fassen und aus dem realen Geschichtsprozeß abzuleiten. Diese Ableitung müßte zeigen, daß sich „Erkenntnis“ nicht abgelöst als „reine Vernunft“ oder „reine Sprache“ bestimmen läßt, sondern nur als Element im realen Kontext gesellschaftlicher Arbeit und sozialer Herrschaft. Der Akzent liegt falsch: nicht nach irgendwelchen ontologischen Strukturen der Sprache wäre zu fahnden, die angeblich das Denken präformieren — was letztlich trotz aller Beteuerungen des Gegenteils doch wieder zur Reduktion der Erkenntnistheorie auf Syntaxtheorie führen muß —, sondern es wäre die dialektische Bestimmtheit der Sprache durch Gesellschaft historisch zu begreifen. Der Satz, daß Denken und Erfahrung immer auch praktisch bedingt sind, ist zwar richtig, aber eben nur in dem dialektischen Sinn, daß Sprache durch historische Praxis bestimmt ist, bevor und während sie diese ermöglicht. Axel Vielau (Marburg)

**Heintel, Erich: Einführung in die Sprachphilosophie.**

Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1972 (239 S., br., 25,30 DM).

Heintels Text gibt vor, eine „Einführung in die Sprachphilosophie“ zu leisten. Von einer wissenschaftlichen Einführungsschrift wird man allgemein erwarten dürfen, daß sie einen Überblick über die verschiedenen Ansätze und Methoden der Disziplin, über die wichtigsten Problemstellungen und den gegenwärtigen Stand der Fachdiskussion liefert; daß sie in Diktion, Gliederung und logischer Gedankenfolge so aufgebaut ist, daß auch der, der sich in der Systematik und Geschichte der Disziplin nicht auskennt, zu seinem Recht kommen kann; und schließlich, daß Sinn und Funktion der Disziplin sowohl mit Bezug auf die übergreifende Wissenschaftssystematik wie auf die gesellschaftlichen Zusammenhänge der Wissenschaftspraxis erläutert werden. — Mißt man den vorliegenden Text an diesem Anspruch, so ergeben sich wenig erfreuliche Perspektiven.

Bereits im Vorwort enttäuscht Heintel die Erwartungen, die sich an den präventösen Titel heften: er wolle nur das behandeln, was er im folgenden die „nicht-analytische“ Sprachphilosophie nennt. Mit dieser Eingrenzung sind die gegenwärtig einflußreichsten Strömun-

gen der bürgerlichen Sprachphilosophie — nämlich die positivistischen und neopositivistischen — von vornherein ausgeschlossen. Die nächste Einschränkung des Blickfelds wird nicht mehr explizit vollzogen, sondern über Art und Form der Darstellung: die „Einführung in die (nicht-analytische!) Sprachphilosophie“ entpuppt sich immer deutlicher als Einführung in Heintels *eigene* sprachtranszendentalistische Position, die sich zwar in endlosen Variationen und Querverweisen (etwa auf Hamann, Kant, Hegel, Humboldt, Husserl, Heidegger, Jaspers, Gehlen, Gadamer, Liebrucks u. a.) selbst bespiegelt, aber auf die jeweiligen Traditionslinien und Unterschiede transzendental-idealistischen Denkens nur entsprechend unsystematisch eingeht. Der Rezipient ohne umfassende Kenntnisse der Tradition wird daher nur in *eine* „nicht-analytische“ Position „eingeführt“: in die Heintels.

Heintels Auffassung ist grob gesagt die, daß alles menschliche Bewußtsein von Welt „immer schon“ über Sprache „vermittelt“ sei (13) und daß daher diese „sprachliche Vermittlung“ als transzendentes Apriori die Voraussetzung allen Denkens und Erkennens darstelle. Da es trivialerweise verschiedene natürliche Sprachen gibt, wird diese Grundannahme um eine empirische Dimension erweitert: „In der Sprachlichkeit des Menschen sind also immer schon ein transzendentes Sprachapriori und eine bestimmte geschichtliche Sprache (dialektisch) vereinigt“ (127). Mit anderen Worten: Heintels zweifelhafter „Dialektik“-Begriff soll herhalten, die immanenten Aporien des dualistischen Ansatzes im nachhinein auszubügeln. Da sich das transzendente Prinzip weder „mundan“ ableiten (130) noch innersprachlich erklären läßt, erlaubt diese Konstruktion Heintel zudem, mit der Gebärde des Wissenden auf die objektivistische Naivität „psychologisierender, soziologisierender und historisierender Einstellungen“ (70) herabzublicken, da diese die „eigentliche“, „fundamentalphilosophisch relevante“ Problematik verfehlen.

Heintels Konzept steht und fällt mit der rigiden Gleichsetzung von Denken und Sprechen, Bewußtsein und Sprache. Daß diese Voraussetzung weder in logisch-dialektischer Hinsicht reflektiert wird — auch die „Dialektik“ kommt bei Heintel nur da zum Zuge, wo sie ihm zur Stützung eigener Anschauungen geeignet erscheint — noch gar mit schlüssigen historischen und empirischen Materialien belegt, versteht sich am Rande. — Wenn also Denken und Sprache absolut identisch wären, wenn Denken nur „in Sprache“ sein könnte und Sprache ihrerseits „immer schon“ Bewußtsein voraussetzen würde, so wäre in der Tat nicht einzusehen, wie sich Denken und Sprechen über genetische Prozesse aus vorintelligenten und vorsprachlichen Formen herausentwickeln sollten. Heintel faßt diese Überlegung in die „Theorie“ vom „zeitlosen Sprachursprung“: eine Entwicklung vom Vorsprachlichen zum Sprachlichen im Sinne der Phylogenese gebe es nicht. Seine „Lösung“ besteht im Verweis auf das „Wunder der Sprache“ und den „Schöpfungsakt Gottes“ (14 ff.); sie gipfelt sinngemäß im beschriebenen Dualismus des unergründlichen, „nur im Resultat faßbaren“ Sprachapriori als transzendentaler Voraussetzung der empirischen Einzelsprachen.

Hinzuzufügen wäre eigentlich nur noch, daß die vorliegenden metaphysischen Spekulationen samt ihrer Inkonsistenzen, Zirkelschlüsse und unbewiesenen Voraussetzungen in einer Sprache gehalten sind, die gerade an den Schlüsselstellen immer wieder in den „Jargon der Eigentlichkeit“ (Adorno) verfällt und die sich zudem noch vielfach über Zitatmontagen einer stringenten eigenen Argumentation entzieht. Die Reflexion auf Wahrheitskriterien — in Gadammers Hermeneutik noch eine der Schlüsselfragen — vermißt man bei Heintel weitestgehend; ebenso, wie man vergeblich darauf wartet, genauere soziologische oder wissenschaftspraktische Zuordnungen über Sinn und Funktion einer solchen „Sprachphilosophie“ zu erhalten.

Axel Vielau (Marburg)

## Soziologie

**Leclerc, Gérard: Anthropologie und Kolonialismus** (Anthropologie et colonialisme, Paris 1972). Aus dem Französischen von Hanns Zischler. Hanser Anthropologie. Carl-Hanser-Verlag, München 1973 (164 S., br., 17,80 DM).

Thema des Buches ist eine kritische Analyse anthropologischer und ethnologischer Theorien unter dem Gesichtspunkt ihrer Bedingtheit durch die jeweilige historische koloniale Praxis — ein Unternehmen, an dem einzig verwundert, daß es erst heute in Angriff genommen wird. Doch der in der ethnologischen Forschung weitgehend einer nominalistischen Tabuisierung anheimgefallene Tatbestand, daß ihre „Objekte“ — gleichgültig ob man sie bald „wilde“ oder „primitive“, bald „traditionelle“ oder „archaische Gesellschaften“ nannte (7) — ihr wahres Gemeinsames in der Tatsache des „Kolonisiert-Seins“ fanden, wird selbstkritischer Reflexion offensichtlich erst in dem Augenblick zugänglich, als diese sich in den Selbstbefreiungsbewegungen der Dritten Welt als geschichtsmächtige Subjekte zu erweisen beginnen und somit heute eine ihres Gegenstandes verlustig gehende Wissenschaft vor das Dilemma stellen, sich entweder in ihre Nachbardisziplinen auflösen zu müssen, oder sich nostalgierend mit dem antiquarischen Horten verlorener Ursprünge zu begnügen.

Der Autor zeigt zunächst auf, weshalb der „neue Aufschwung“, den die Anthropologie um 1860 „nach einer längeren Periode des Schweigens“ erfährt (16) — es entstehen in dieser Zeit die klassischen Arbeiten der modernen Ethnologie, die Werke Bachofens, Maines, Tylors und Morgans — nicht zufällig mit dem Beginn der letzten großen Phase der kolonialen Expansion um die Mitte des 19. Jhdts. zusammenfällt. Als mit der zweiten industriellen Revolution die Ko-

lonien als Rohstofflieferanten zunehmend wichtig werden, muß der „Gute Wilde“, — der Aufklärung einst ein Gradmesser für die Nicht-Authentizität der Wert- und Sozialstrukturen der europäischen Gesellschaften und dem prärevolutionären Bürgertum somit ein Bündnispartner im Kampf gegen die ideologischen Fundamente des Feudalismus —, samt all seinen romantischen Konnotationen einer anderen Projektion weichen. Eurozentrischer und trotz ihres empirischen Anspruchs nicht weniger spekulativ als die Anthropologie der Aufklärung, erklärt die evolutionistische Ethnologie der imperialistischen Epoche die „Naturvölker“ nach Maßgabe ihres technologischen Niveaus in toto zu „Überlebsele“ („survivals“) einer archaischen Entwicklungsstufe der menschlichen Gattung. Mit dieser Gleichsetzung von chronologisch und logisch Erstem verliert der „Wilde“ die (in aufklärerischem Sinne positive) Qualität des Ursprungsnahen (147); als „Primitiver“ wird er zum Sinnbild des Ungeschlachten und Unvollendeten, wobei es dem abendländischen Sendungsbewußtsein obliegt, ihn nicht nur auf eine höhere Stufe der Menschheitsentwicklung emporzuheben, sondern darüber hinaus die dem primitiven Bewußtsein als solchem unzugängliche Rationalität seiner eigenen kulturellen Leistungen in der ethnologischen Reflexion zu ermitteln: „Rational‘ im eigentlichen Sinne ist also allein die anthropologische Theorie und nicht die primitive Kultur selbst, deren Rationalität immer nur eine vermittelte, nie aber eine für sich ist“ (21).

Mit dem Abschluß dieser letzten Phase imperialer Eroberungen erweist sich der zivilisatorische Euphorismus angesichts des Widerstandes der Eingeborenen und der daraus resultierenden Schwierigkeiten der Administration als dysfunktional. Insbesondere in den nach dem Prinzip der indirect rule verwalteten Gebieten des britischen Kolonialimperiums erkennt man die Notwendigkeit genauerer Analysen der komplexen Wirtschafts- und Sozialstrukturen der Eingeborenen. Mit der nunmehr intensiv betriebenen Feldforschung entsteht die Theorie des Funktionalismus, die den viktorianischen Evolutionismus, der vor diesen konkreten Aufgaben aufgrund der ihm inhärenten Beschränktheiten versagen mußte, als unwissenschaftlich ablehnt. Mit derselben Strenge weist sie, die auf das empirisch Vorfindliche sich beschränken zu müssen glaubt, den Wert von historischen Kategorisierungen überhaupt zurück und verdrängt somit, mehr oder weniger bewußt, den historisch entstandenen Verwertungszusammenhang, in dessen Dienste sie sich stellt. Denn dem klassischen „Schreibtisch-Ethnologen“ hat der Wissenschaftler dieser Epoche (von Leclerc dargestellt am Beispiel des polnischen Emigranten und Begründers der funktionalistischen Schule Bronislaw Malinowski) nicht nur den Kontakt mit dem Gegenstand voraus, sondern was diesen neuen Typus eines von der kolonialen Administration zunächst unabhängigen Forschers wesentlich kennzeichnet, ist seine oft noch begriffslose Opposition gegenüber den verinnerlichten ethischen Prinzipien der kapitalistischen Gesellschaft, die sich bisweilen (was der Autor übersieht) in einer Zuwendung zu anarchistischen Theorien äußerte.

Ist es auch unbestreitbar, daß sich der späte Malinowski mit den Interessen der Kolonisatoren identifizierte, oder daß die Feldforschungen Evans-Pritchards bei den Nuer, oder die Meyer Fortes' bei den Tallensi, denen man einige der besten ethnologische Monographien verdankt, im Auftrag der Kolonialverwaltungen erfolgten, so wird doch an der mangelhaften Darstellung des Spannungsfeldes, in dem sich der ethnologische Forscher seither befindet, eine der schwachen Seiten von Leclercs Untersuchung evident: zu glatt erscheint der direkte Schluß von der kolonialen Praxis auf eine ihr jeweils willfahrende ethnologische Theorie. Schon der gegenüber Maine, Tylor, Morgan und gar Bachofen erhobene Vorwurf eines „unilinearen Evolutionismus“ hätte notwendiger Einschränkungen bedurft — man erinnere sich nur an die Rezeption dieser Autoren durch Engels („Vom Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“) und Marx (vgl. neuerdings L. Krader, *Ethnologie und Anthropologie bei Karl Marx*, Hanser Anthropologie 1973). Die durch ihre innere Widersprüchlichkeit bedingte Unmöglichkeit, die angeführten ethnologischen Theorien als funktionale Faktoren aus den Anforderungen der kolonialen Praxis abzuleiten, erweist sich an den Schwierigkeiten, die es dem Autor bereitet, das in der funktionalistischen Modellvorstellung einer nach dem Kriterium der Übereinstimmung von Bedürfnis und Institution „funktionierenden“ Gesellschaft enthaltene utopische Potential zu erkennen und in die richtige Beziehung zur Kritik eines Malinowski oder eines Radcliffe-Brown an der eigenen Gesellschaft zu setzen. Motiviert von einem „Unbehagen in der Kultur“ — bei Malinowski etwa eindeutig deduzierbar aus seinem Spannungsverhältnis zur viktorianischen Sexualmoral (vgl. „A Diary in the Strict Sense of the Term“, New York 1967), sucht der Feldforscher Zuflucht in den unentfremdeten Lebensformen der „Urgesellschaft“. Die Option für die koloniale Administration steht insofern nicht von vorneherein fest, sondern mag sich als verzweifelter Ausweg aus der unerträglichen Konfliktsituation einer doppelten Identifikation erklären lassen. Wenn sich die Funktionalisten schließlich bewußt in den Dienst des Imperialismus stellten, so bleibt fraglich, ob sie diesem damit auch tatsächlich einen Dienst erwiesen. Das Problem des Exotismus ist in sich komplexer, als daß man es mit einer Formel wie: „Man will den anderen nicht nur ausbeuten, sondern ihn so, wie er ist, auch noch genießen . . .“ (27) einfach abtun könnte.

Die mangelnde Reflexion auf ein durch den Anspruch eines rigiden Empirismus sich lediglich tarnendes, dem funktionalistischen Verfahren möglicherweise immanentes Projektionsverhalten rächt sich dort, wo der Autor in einem dritten Teil des Buches, gleichsam zur Ehrenrettung der Disziplin, der imperialistischen britischen Ethnologie den amerikanischen Kulturrelativismus als eine explizit anti-kolonialistische Schultradition gegenüberstellt. Doch im Verlauf einer genaueren Analyse könnte sich womöglich erweisen, daß auch der bewußte Antikolonialismus dieser Schule nicht weniger frei von ideologischen Konnotationen ist und, in Vorbereitung der Rolle der USA als eines kapitalistischen Weltgendarmen, lediglich die sich ver-

ändernde internationale Situation widerspiegelt. So möchte man sich fragen, ob die relativistische These vom „Eigenwert einer jeden Kultur“ und die ihr korrespondierende Forderung nach einer Erhaltung der Mannigfaltigkeit der menschlichen Kulturen nicht die durch die Dynamik des expandierenden Kapitalismus erzwungene und irreversible tatsächliche Zerstörung der Kulturen einer „Dritten Welt“ verkennt, ob ein in dieser Weise nur moralisch argumentierender, pazifistischer Antikolonialismus nicht die ökonomische Abhängigkeit dieser Gesellschaften von den Metropolen de facto zementiert und damit zur geheimen Ideologie des Status quo gerinnt, mit der man selbst noch das Eingreifen der USA in den Befreiungskampf der Völker Indochinas als Abwehr eines „gleichmacherischen“ Kommunismus hätte rechtfertigen können?

Es scheint, daß eine Einteilung der Ethnologie in eine „böse“ und eine „gute“ Richtung, wozu die Studie Leclercs bisweilen tendiert, der inneren Ambivalenz nicht hinreichend gerecht wird, die allen in der vorliegenden Arbeit untersuchten anthropologischen Theorien eignet.

Karl-Heinz Kohl (Berlin/West)

**Schoeps, Hans-Joachim:** Deutschland droht die Anarchie. v. Hase und Koehler Verlag, Mainz 8 1972 (79 S., br., 6,80 DM).

Schoeps präsentiert seine Broschüre als stellvertretende Äußerung für die Millionen zählende „schweigende Mehrheit“ der BRD, „die ... in Presse, Rundfunk, Fernsehen kaum je zu Worte“ kommt. „Es wird Fraktur gesprochen ohne Rücksicht auf Verluste“, und zwar für die heute inorganisierten und unorganisierbaren Konservativen (5). — Der eigentliche Anlaß für die vorliegenden 80 Seiten aber steht auf S. 74 eher zwischen den Zeilen: die Bundestagswahlen von 1973; wir haben es also mit einem Wahlkampf pamphlet von rechts zu tun, das vor der vorzeitigen Auflösung des letzten Bundestages und vor Abschluß der Ostverträge („einseitige Verzichtleistungen“ [73]) verfaßt wurde.

Bezeichnenderweise wappnet sich Schoeps von vornherein gegen jede Kritik: „Das Schicksal dieser Publikation ist unschwer vorauszu- sehen. Die linken Meinungsmacher werden sie entweder totschweigen oder dumm bemekern oder ihren Autor gehässig verleumden. Unter Kennern gilt derlei als Auszeichnung“ (8). Nach diesem forschenden Bekenntnis zum soldatisch-preußischen „Viel Feind, viel Ehr“ entfaltet er seine Auseinandersetzung mit dem „Zeitgeist“, „wie er in der den Ton angehenden unruhigen Jugend dieser Jahre sich ausdrückt“ (5).

Er konstatiert ein neues historisches Faktum: den „Klassenkampf“ der Jugend gegen das Alter (7), verkörpert in der „Revolte anarchistischer Studenten“ (10), u. a. geführt vom „Anarchisten (!) Rudi Dutschke“ (18); d. h. wir haben es mit einer Variante des Generatio-

nenkonflikttheorems zu tun, dessen steigende Beliebtheit zur Erklärung der Studentenbewegung und dessen ideologische Funktion — Verlagerung des Problems von der politischen auf die psychologische bzw. Sozialisations-ebene — in dieser Zeitschrift bereits eingehend analysiert wurde (Uta Stolle, Die Ursachen der Studentenbewegung im Urteil bürgerlicher Öffentlichkeit, Das Argument 58, S. 375 ff., hier bes. S. 384 ff.).

Schoeps verbindet die Psychologisierung des studentischen Protests wie des Protests überhaupt („Das deutsche Volk . . . scheint hochneurotisch zu sein und erkrankt daher leicht an Wahnideen“ [27]) mit der konservativen Technokratiethese Gehlenscher und Schelskyscher Prägung zum Protest gegen „das Schreckbild einer automatisch gesteuerten und bürokratischen . . . manipulierten Gesellschaft“ (25); dieser Protest aber ist — so versichert er — aussichtslos, „da man aus dieser Entwicklung nicht mehr ausbrechen kann“ (26). Diese Hochstilisierung technischer zu naturwüchsiger Entwicklung und die damit verbundene Loslösung der Technik von ihrer gesellschaftlichen Organisation nimmt in bewährter Art jeder Kritik an der kapitalistischen Entwicklung ihre reale Basis.

Die Kapitel „Das Gesicht der neuen Jugend“ (29), „Die Rauschgiftwelle“ (44) und „Taktik und Zukunft der Neuen Linken“ (50) gipfeln in der zentralen Frage: „Was wird aber aus einem Staat, dessen Jugend zu einem großen Teil im Lager des Landes- und Hochverrats steht?“ (57). Die Antwort kann für Schoeps, der „1932 zaghaft Hoffnungen auf die Präsidialkabinette und den von Papen-Gayl verheißenen Umbau der Reichsverfassung in Richtung auf den starken autoritären Staat gesetzt“ hatte (33) und dessen Gesellschaftsbild von Hobbes und Carl Schmitt geprägt ist (42), nur lauten: „Wenn der Selbstverteidigungswille dieses Staates zu schwach ist, dann wird er eben untergehen“ (57).

Allerdings besteht noch eine Chance, „um den Hereinbruch des Chaos zu verhindern“: wir müssen „die Reste bestehender Ordnung mit *allen* Mitteln verteidigen“ (58). Dazu empfiehlt er fünf „Maßnahmen“ (62 ff.): 1. Maßnahmen zur Bewährung des staatsbürgerlich wünschenswerten Leistungswillens junger Menschen (freiwillige Arbeitslager z. B.); 2. Drosselung statt Erleichterung des Zugangs zur höheren Schule; 3. Abschaffung der Lehrstühle für Politologie, weil die Politik „nach Bismarck eine Kunst und keine Wissenschaft ist, noch sein kann“ (65). Dies würde zur inneren Beruhigung beitragen, „da die politologischen Seminare mit wenigen Ausnahmen (etwa Hennis, Maier, resp. Lobkowitz, Löwenthal u. a.) die eigentlichen Konzentrationsstellen der subversiven staatsfeindlichen Tätigkeit geworden sind“ (66). Für Soziologie genügen insgesamt 3 bis 4 Lehrstühle, da ein Max Weber sowieso jedes Jahrhundert nur einmal vorkommt. 4. Unterstellung der Universitäten unter die Aufsicht eines Staatskommissars, da sie zur Selbstverwaltung nicht in der Lage sind (66). 5. Wiedereinführung des Leistungsdrucks, besonders für Stipendien; Beseitigung der roten Allgemeinen Studentenausschüsse dadurch, daß „man ihnen die von den ‚linken Scheißern‘ unter den

Professoren eingeräumte ... Mitbestimmung“ auf Mitwirkung im Studentenwerk etc. reduziert (70). Ein weiteres Mittel sei die Wahlpflicht bei ASTA-Wahlen. — Zur Durchführung dieser Maßnahmen gibt es nur einen Mann, „da kein neuer General von Seeckt und kein Obristenkader bei uns zur Verfügung steht“: F. J. Strauß (71). Schoeps' Fazit: „Die Demokratie bekommt Deutschland nicht, zum zweiten Mal wissen die Deutschen mit ihr nichts anzufangen“ (76). — „Das Dritte Reich ist bereits zu lange her“ (49).

Dieses Buch — für den Wahlkampf geschrieben, aber deshalb keineswegs veraltet — ist ein agitatorischer Amoklauf gegen Demokratie und sozialen Fortschritt. Wirken auch die vorgebrachten Thesen zunächst einfach lächerlich, sie zeigen doch, womit zu rechnen ist, wenn die erneute Etablierung einer autoritären Gesellschaftsverfassung nicht verhindert werden kann. Reinhard Körner (Berlin/West)

**Schoeck, Helmut:** Die Lust am schlechten Gewissen.  
Herder Verlag, Freiburg/Br. 1973 (160 S., br., 3,90 DM).

Eine fundamentale wissenschaftliche Entdeckung ist anzuzeigen. Sie wird mit umso größerer Freude und Genugtuung begrüßt, als sich nach der wissenschaftlichen Diagnose des Verfassers „der durch unsere Verfassung vorgezeichnete Rechtsstaat und die Marktwirtschaft“ ... „seit etwa 1967 in einem erstaunlichen Rückzug vor ihren erklärten Feinden und vor dem eigenen Willen, sich zu behaupten“, (11) befinden, so daß somit durch die Aufdeckung des Grundübels und seiner Folgen zugleich und hoffentlich nicht zu spät ein Heilmittel bereitgestellt ist. Seit Freud wissen wir, daß unsere gesamte Seelentätigkeit darauf gerichtet ist, Lust zu erwerben und Unlust zu vermeiden. Der Mainzer Soziologe Schoeck („dessen Buch ‚Der Neid‘ in England und Amerika mit dem Beitrag Sigmund Freuds zur Erhellung der menschlichen Psyche verglichen wurde“, Umschlagstext des Verlags; das Buch ist besprochen in *Das Argument* 45, IX. Jg. 1967, S. 461 ff.), blickte tiefer und ging weit über Freud hinaus: Er hat das Prinzip entdeckt, das geeignet ist, Genese, Struktur und Mängel der gegenwärtigen Gesellschaft zu deuten. Seit seiner Rückkehr aus den USA im Jahre 1965, wo er frühzeitig „studentischen Anarchismus und Terror“ (65), „exhibitionistischen Vandalismus“ (61) und den „Rückfall in archaische Verhaltensformen der Naturvölker“ (83) observiert hat, ist Schoeck in einer Reihe von Zeitungs- und Zeitschriftenveröffentlichungen darangegangen, mit der Entfaltung der „gefährlichsten Motive der linken Gesellschaftsveränderer“ „Neid und Resentiment“ (12), und durch schonungslose Aufdeckung der „Mittel(n) der spätmarxistischen, psychoanalytisch aufgeputzten Demagogie“ (38) das Grundprinzip zu ermitteln, das der „Strategie zur linksradikalen Zermürbung unserer Gesellschaft“ (11) zugrunde liegt: die Lust am schlechten Gewissen. Die Kritik an diesem neuen Lustgefühl ist in gewisser Weise die kleine, etwas rachitische Schwester jener grö-



berer Brüder, die uns früher philosophisch und feuilletonistisch den „Untergang des Abendlandes“ und die „Lust am Untergang“ besichert haben.

Auf der Suche nach den „Motive(n) der Revolutionäre in der ‚Wohlstandsgesellschaft‘“ (57), der „jugendlichen haßerfüllten Rebellen in der westlichen Welt“ (59), der „studentischen Anarchisten“ (70) fand er allenthalben als Kern ihres Unbehagens ein tiefes, vages, allgemeines Schuldgefühl: „Weshalb bin ich, der ich bin, weshalb bin ich in dieser relativ günstigen Lage, weshalb leben 99 % der Welt in weniger günstigen Umständen?“ (66). Das „Schuldgefühl der Verschonten“ einer Generation, „der man vom zehnten Lebensjahr an buchstäblich täglich den Bissen im Mund mit dem Vorwurf der ‚Entwicklungsländer‘ vergällt hatte“, muß dann natürlich „dramatische Persönlichkeitskonflikte“, nihilistische Gesellschaftskritik und die Ablehnung der Wirtschafts- und Gesellschaftsform des Landes zur Folge haben (60 f.). „Was aus dem schlechten Gewissen allein entsteht, ist der Gram, die Unsicherheit, ja oft bereits der Ekel über die Gesellschaft, in der man aufwuchs. Dieser Unsicherheit, dieser suggerierten Selbstanklage suchen manche nun zu entfliehen, indem sie, als Zeichen ihres guten Willens, ihrer Fortschrittlichkeit, ihr schlechtes Gewissen mit dem vermeintlich ‚richtigen Bewußtsein‘ des Marxisten oder kompromißlosen Sozialisten tünchen und vieles, was diese anstreben, dann gar nicht mehr als so schlimm empfinden“ (9). Doch bleibt Schoeck nicht stehen bei der Analyse der persönlichen Psychodramen der „kleinen Ödipusse unserer Gegenwart“ oder bei „jenen ‚akademischen‘ Gammlertypen“ und „Autoritätsstürmer(n)“ (37), die sich eine „Autoritätsallergie“ zugelegt haben. (Die „Autoritätsallergie“ hat übrigens mit dem durch allzu große Freiheit und Freizügigkeit in den Ferien erzeugten Kontrast zum Ausbildungsplatz und Anstellungsverhältnis und mit der durch das Fernsehen erzeugten „Illusion der Omnikompetenz“ [40] zu tun.)

Mit psychologischem Scharfsinn wird auch der „Sturm auf Amtsbezeichnungen“ (77), der mit Demokratie nichts zu tun habe, die „Enttitelung“ (78) durchschaut. Da „viele Titel und auch die Sichtbarkeit militärischer Ränge“ nämlich nur einen Zweck haben: „den Verkehr zwischen Menschen übersichtlicher und voraussagbarer zu machen“ (73), da andererseits aber lediglich das „Motiv des Neides auf ein Berufsprestige“ (79) und die Hoffnung auf leichtere Einschüchterung von „Einheitsprofessoren oder Einheitsrichter(n) . . .“, „von der Basis her“ — und auch von Ministerien her — (78) hinter solchen pseudodemokratischen Tendenzen stehen, fällt die Entscheidung für die „Symbole sozialer Distanz“ (84) leicht. Auch Schoeck ist anscheinend ein Sucher nach dem Land, wo ihn „nicht jede Verkäuferin ‚honey‘ nennt“ (76).

In bestimmten sprachlichen Veränderungen wähnt Schoeck schon Modellfälle einer umfassenden „linguistischen Guerillataktik“ und „einer sprachlichen Unterwanderung unseres Bewußtseins und damit oft auch unseres Gemüts“ (21, 11), mit denen „heute in der Bundesrepublik unter der Regie einer linken Expertenclique, mit Hilfe einer

Anzahl von ‚reformistischen‘ Politikern und Publizisten, versucht wird“, „den Abbau von verbindlichen Wertvorstellungen, die unsere Gesellschaft bisher möglich gemacht haben“ (17 f.), z. B. „Vaterland“ und „Nation“, zu betreiben. Und wer unterstützt sie? Natürlich „Spiegel“, „Stern“, das Fernsehen und progressive Taschenbücher, die „zwecks Züchtung und Aufheizung eines künstlichen Klassenkampfklimas ... seit einigen Jahren systematisch das Anklagewort ‚lohnabhängig‘ in die Umgangssprache“ einschleusen (25). So stellt der auch ökonomisch bewanderte Soziologe den „Spätmarxisten unter uns“ (24, 25) die listige Frage, „weshalb Lohnabhängigkeit schlimmer sein soll als beispielsweise *Dividendenabhängigkeit*, wenn jemand auf diese angewiesen ist“ (25). Begriffliche Subversion, „Eskalations-Abstinenz“ staatlicher Organe gegenüber den „Nötigungen in der Maske von Demonstrationen“ (34), die „künftige sozialistische Erziehungsdiktatur“ (54) und der „Wettkampf zum Einheitsmenschen“ (73) gehören zu den von Schoeck kritisierten Konsequenzen des neuen Lustempfindens. Der neue Totalitarismus der Bewußtseinsveränderer verbindet außerdem in einem ungeheuerlichen Widerspruch „Amoralismus und Hedonismus“ (16), „sexuelle Enthemmung, Normenlosigkeit, uneingeschränkte private Lustsuche“ und „Askese und Genügsamkeit, fraglose Unterordnung unter ein Konsumsteuerungs-gremium“ (15) miteinander.

Weiter geht es gegen die „Verleumdung unseres Bildungswesens“ mit dem Schlagwort „Modernitätsrückstand“ (85), die sogenannte Bildungsreform, die „meist ... Statureinstampfung dekretiert, die bei einer Mehrheit auf Kosten einer Minderheit einen Benachteiligungsverdacht ausräumen sollen, den Politiker und Publizisten zuvor eingepflichtet hatten“, und sich in Widersprüche zwischen egalitären Ideologien und Mindestanforderungen einer Industriegesellschaft verstrickt (107). Der utopische Charakter des Begriffs Bildungschancengleichheit wird gnadenlos enthüllt (105—111). Mit Bedenken liest man allerdings in diesem Zusammenhang einen Satz, der, konsequent zu Ende gedacht, bedenklich an den Grundfesten der Verfassung rütteln könnte: „Solange jeder die Freiheit hat, so viele Lose gleichzeitig zu kaufen, wie seine Mittel erlauben, sind die Chancen für den Haupttreffer ungleich verteilt“ (111).

Das leitet über zu dem anti-egalitären Engagement, das Schoeck bei der Behandlung eines Tabus entwickelt, welches — wir ahnen es bereits — wieder ein Ergebnis schlechten Gewissens ist: „Prinzip und Praxis der progressiven Einkommenssteuer“ (115). Die Progression ist bekanntlich „nichts als eine vermeintlich politisch zweckmäßige Rücksichtnahme auf den Vergeltungs- und Rachedurst des kleinen Mannes“ (121). Doch verirrt sich Schoeck mit seinem Plädoyer für radikale Gleichbehandlung aller mittels Abkehr von Progressionstarifen nicht — theoretisch gesehen — gerade in das Lager der von ihm gebrandmarkten egalitären Ideologen? Hier werden gewisse Schwierigkeiten offenbar, die mit einem allzu geschwinden Wechsel abstrakter und konkreter Argumentationsebenen naturgemäß verbunden sind, die aber von einem Theoretiker, für den es ohnehin

keine wissenschaftlich begründ- und einsehbare Steuergerechtigkeit gibt, umso gewandter überwunden werden, als er „den modernen Gewissensmachern“ eben vor allem „rücksichtslose Fragen und Paradoxien der menschlichen Existenz“ entgegenstellt (Umschlagstext).

Das Kapitel „Genosse Copyright und sein Kapital“ (129—136) hat bereits im vergangenen Jahr zu einer kleinen Kontroverse im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ geführt (Nr. 55, 61, 63/1973). So wie Schoeck in Anouilh's Stück „Die Wilde“ Vorwegnahmen der „Bilder- und Bibliotheksstürmer unter den studentischen Anarchisten der späten 60er Jahre“ oder der Hessischen Rahmenrichtlinien (70) witterte, so animierte ihn Joseph Breitbachs Komödie „Genosse Veygond“ zu der Eingebung: marxistische Autoren wie z. B. Brecht und Peter Weiss sind ausbeuterische Kapitalisten. Dabei gelingt es ihm, einen ganz eigenen Begriff des „Produktionsmittels“ und des Kapitalismus zu entwickeln, wenn er zum Beispiel das Manuskript als ein durch das Urheberrecht erzeugtes Produktionsmittel des Autors (19, 132) und den Autor als „Monopolkapitalisten“ bezeichnet. Ansonsten ist aber der kapitalistische Ausbeuter nur eine Art Aberglaube des Marxisten.

Die Hauptgefahr für die „zivilisationsbedingte Umweltsverschlechterung“, ein weiterer „Knüppel“ für das Gewissen der „Nutznießer freier Wirtschaftssysteme“, geht nicht von den Industrieanlagen, sondern von den „Konsumgewohnheiten der Einzelverbraucher“ aus (150, 152). Zwischen der industriellen Produktion und ihrer Verbreitung und den Konsumgewohnheiten bestehen offensichtlich keine Zusammenhänge. Darum ist es sehr wichtig, eine gesetzliche Gewährleistung rauchfreier Sitzungen und ein Grundrecht der Nichtraucher auf tabaksqualmfreie Berufsausübung zu fordern und die Befürworter öffentlicher Verkehrsmittel im Interesse der Luftreinheit als Heuchelei zu brandmarken (151), andererseits aber ein gegen Rauschgiftkonsum gerichteten „Innenweltschutz bei Jugendlichen“ zu fordern, „wenn dieser mit Emanzipationsexperimenten der linken Intellektuellen kollidiert“ (153).

Das literarische Echo der kognitiven Dissonanzen Schoecks klingt in pessimistischer Skepsis aus. Da ist noch der Widerspruch zwischen der Angleichung der Entwicklungsländer an die Wertvorstellungen der westlichen Industriegesellschaften und der permissiven Gesellschaftspolitik im Binnenraum mit der Zulassung leistungsfeindlicher Subkulturen und Rauschgiftkulte (155). Der Glaube an die Planbarkeit der künftigen Gesellschaft schließlich ist wiederum nichts als eine direkte Folge des schlechten Gewissens bei der Betrachtung der eigenen Vergangenheit (157).

Aus einer Mitteilung der Redaktion der „auf Erfolgskurs“ gebrachten Herderbücherei: „Der weitverbreiteten Spekulation auf den Linkstrend der jungen Taschenbuchleser setzte die Redaktion ein Programm der progressiven Mitte entgegen.“ (Vgl. „Spiegel“, 14. 1. 1974, Nr. 3, S. 108). Auflage 150 000.

Albrecht Götz von Olenhusen (Freiburg/Br.)

**Gross, Herbert (Hrsg.):** *Zukunft aus Kreativität*. Econ-Verlag, Düsseldorf — Wien 1971 (275 S., Ln., 26,— DM).

Aus der Fülle der in den letzten Jahren auf dem Büchermarkt erschienenen Schriften zum Thema „Kreativität“ kann dieser Band mit gutem Grund herausgehoben werden: Gefördert von der Norddeutschen Hypotheken- und Wechselbank zeichnet er sich dadurch aus, daß in ihm sich auch Vertreter von Konzernen und Großbanken selbst zu Wort melden.

Die Konzeption des Sammelbandes stammt von Herbert Gross, dem Herausgeber eines wöchentlich erscheinenden „Beratungsbriefes“ mit „Gedanken für erfolgreiches Wirtschaften“. — Nennt Gross im Vorwort als Ziel der Schrift die „Zeichnung der Grundlinien des technodynamischen Zeitgeistes“, da ein großes Bedürfnis nach Zukunftswissen bestünde, so muß er doch — dem Dilemma bürgerlicher Prognostik folgend — feststellen, daß die Möglichkeit der Befriedigung dieses Bedürfnisses immer geringer werde: „Der Irrtumsfaktor wächst mit der Dynamik, und alle Zukunft entsteht weniger aus der Erfahrung von gestern als aus dem Willen und Können von morgen ...“ (265). Daß nun der Versuch unternommen wird, Prognostisches mit dem Maßstab der „Kreativität“ zu erfassen, ist sicher nicht zufällig, sondern der Tatsache zu verdanken, daß mit zunehmender Automatisierung ein neuer Produzententyp erforderlich wird: nicht mehr ein bloß passives „Anhängsel“ der Maschinerie, sondern ein aktiv eingreifender, die Maschinerie beherrschender Produzent. (Vgl. dazu Projektgruppe Automation und Qualifikation: Bildungsreform vom Standpunkt des Kapitals, in: *Das Argument*, Heft 80, S. 13 ff.).

Neben einigen Ratschlägen zum „kreativen Handeln“ in Werbung und Marketing, — zur Warenästhetik (Sandler, Generalbevollmächtigter des Oetker-Konzerns/Disch, Chefredakteur des „Marketing Journals“/Kaufmann, Generaldirektor der Magazine des Züricher Kaufhauses Globus), werden die Konsequenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts dargestellt sowohl für den Staat als „Systemsteuerer“ und „Träger des Entwicklungsprozesses der Industriekultur“ (Menke-Glückert, 106), die Notwendigkeit einer längerfristigen Technologieplanung und überhaupt aller infrastruktureller Maßnahmen bis hin zur Städteplanung betreffend (Jürgensen/Gross/Menke-Glückert) als auch für den Produzenten, seine Fähigkeiten, resp. seine Bildung und Ausbildung. Diese von Kapitalvertretern stammenden Darstellungen des Problems, daß zur Meisterung der hochentwickelten materiellen Produktivkräfte „kreative“ Fähigkeiten bei den Produzenten — und zwar bei einer ständig wachsenden Zahl — notwendig und also zu erzeugen sind, besitzen dokumentarischen Wert; zeugen davon, daß gerade die Vertreter des Kapitals nicht mehr umhin können, diese objektiven Veränderungen in der konkreten Arbeit in den Griff zu bekommen:

„Der geistig geschulte Arbeiter, der primär sein Hirn einsetzt (im Gegensatz zum Handarbeiter des 19. Jahrhunderts — d. Verf.), wird

schnell zum Mittelpunkt des Arbeitseinsatzes überall. Wir haben keine Ahnung davon, wie wir ihn führen, geschweige denn, wie wir ihn produktiv machen sollen, sich selbst in seiner Arbeit, in seiner Organisation, in seinen Aufgaben und in seinem Beruf als Persönlichkeit zu fühlen“ (Drucker, 66).

Aus dieser Perspektive müssen dann auch die Mängel und Grenzen des gegenwärtigen Bildungssystems manifestiert werden. Z. B. Picht hält es für selbstverständlich, „daß unser ganzes Bildungssystem einem radikalen Strukturwandel unterworfen werden müßte, wenn es sich herausstellen sollte, daß eine auf Verantwortung orientierte Form von kreativer Bildung zu den Existenzbedingungen unserer Zivilisation gehört“ (Picht, 39). — Daß eben dies auch zu den künftigen Verwertungsbedingungen gehört, wird wenige Seiten später von Unternehmerseite — durch Cattepoel, dem Personalberater der Quandt-Unternehmensgruppe, bestätigt: in einer Betrachtung des „Arbeiters gestern, heute, morgen“ stellt er fest, daß seit dem Zweiten Weltkrieg der Arbeitsprozeß infolge der gewaltigen Zunahme der „automatischen Mechanisierung“ durch völlig neue Anforderungen gekennzeichnet sei: „Nicht seine Arbeitskraft ist mehr gefragt, er ist nun mehr Steuer mann der Produktion, und so geht es bei ihm um Aufmerksamkeit, Reaktionsfähigkeit, Übersicht“ (Cattepoel, 53).

Zur Herstellung dieses ‚neuen Typs‘ des Produzenten werden verschiedene Wege skizziert: Ausgehend von der Einsicht, daß eine „kreative Gesellschaft“ „kreativer Menschen“ bedarf, „und zwar nicht nur einer Minderheit, einer ‚Schöpferelite‘“ (so der Hamburger Schulsenator Apel, 74; ähnlich Steinbuch, 175); daß es also darum gehen muß, „die Schöpferkräfte der Arbeitnehmerschaft in großem Ausmaß und planmäßig“ zu mobilisieren (Apel, 77), werden die sich daraus ergebenden Forderungen für Familie und Schule (Apel, 80), für berufliche Bildung als eine „Erziehung zum Wandel“, eine „kri-tische Erziehung“ (Apel, 79) und für den Betrieb nach Abbau der Hierarchien (Apel, 83), — für „Führung und Leitung“ von „morgen“ (Drucker, 63 ff./Gasser, 185 ff.) formuliert; auch der „musischen Bildung“, wie sie schon nach der Jahrhundertwende bis hin zu den Waldorf- und Montessori-Schulen gepflegt wurde, müßte nach Picht's Ansicht zu neuem Durchbruch verholfen werden (28 f.).

Zur Lösung des Problems, wie all dies in einer Gesellschaft, in der Arbeit als Lohnarbeit verrichtet wird, erreicht werden kann, werden verschiedene Maßnahmen angeboten: Apel, SPD-Politiker, Präses der Hamburger Schulbehörde und seit geraumer Zeit als Vollstrecker des Berufsverbotes für kommunistische und sozialistische Wissenschaftler bekannt, ist sich dieser Schwierigkeit sehr wohl bewußt, er nimmt die Fragestellung schon in den Titel seines Beitrages auf: „Kreativität in der ‚Abhängigkeit‘. Arbeitnehmer als Träger einer schöpferischen Gesellschaft.“ Er wendet sich gegen einen seiner Meinung nach „heute schon zum Anachronismus gewordenen . . . Kurzschluß, daß der schöpferische Mensch ein ‚Selbständiger‘ sein

müsse . . ." (74). Als Lösung schlägt er eine Verkehrung der Begriffe vor: Die eigentlich Abhängigen seien nicht die Lohnarbeiter, sondern die „Selbständigen“, die Unternehmer, da sie „heute oft in einer Weise abhängig (seien) vom Einfluß exogener Kräfte, sei es des nationalen Wettbewerbs, der Kapitalmarktsituation . . ." (76). — Angesichts dieser flachen Apologie kapitalistischer Abhängigkeitsverhältnisse ist ein Berufsverbot für Wissenschaftler, die in der Analyse des Bestehenden radikal sein wollen, nicht mehr verwunderlich.

Cattepoel dagegen versucht sich nicht in leicht durchschaubaren, begrifflichen Taschenspielertricks; er greift zurück auf bewährte Methoden der Spaltung der Arbeiterklasse und schlägt die Gleichstellung derjenigen Arbeiter mit Angestellten vor, „die von ihrer Haltung und Aufgabe angestelltengleich geworden sind“ (55), sieht er doch in der „Angestelltenmentalität“, „die keine marxistische Vergangenheit aufweist und auch heute nicht zum Marxismus tendiert“ (55), ein unentbehrliches Element „für den zukünftigen Bestand der westlichen Gesellschaftsordnung“ (55). — Wenn Gross — im übrigen Autor von „Geistkapital“ — behauptet, daß „mit der Dominanz des Geist- und Fähigkeitskapital die klassischen Kapitalien, also Boden-, Arbeit- und Geldkapital nicht überflüssig . . . aber wohl an Bedeutung“ verlieren würden; wenn „alle drei älteren Faktoren“ nur noch als „Werkzeuge von Fähigkeits- und Geistkapital“ deklariert werden (213), wenn also hiermit die Rolle der wissenschaftlich-technischen Intelligenz über der des Kapitals angesiedelt wird, dann kann dies wohl als Versuch der theoretischen Untermauerung der oben genannten Spaltungsstrategien gedeutet werden. Neben seinen konvergenz-theoretischen Schlüssen wie: „Die Konturen für eine Wirtschaftsordnung jenseits von Kapitalismus und Sozialismus . . . werden damit (mit der wachsenden Rolle des „Geistkapitals“ — d. Verf.) sichtbar“ (213) — mahnt er zu einer „neuen Sinngebung“ (201); ähnlich wie auch Müller-Markus, der etwa daran erinnert: „Nicht die Welt gilt es primär zu erneuern, sondern uns selbst“ (263).

Direkte materielle Hebel will Schmitz einsetzen; seine Empfehlung geht an die Adresse des Finanzkapitals, „neue Formen des Besitzes für alle“ zu erfinden: Der Bankier habe „es in der Hand, dieses System einem breiten Publikum verständlich und vertrauenswürdig zu machen — vor allem gegenüber einer kritisch eingestellten Jugend“ (232).

Wesemann, in der Zeit des Kalten Krieges Intendant der dem Antikommunismus verschriebenen „Deutschen Welle“, formuliert das Problem, wie einerseits kreative Kräfte freizusetzen, andererseits aber auch konform zu halten seien, zugespitzt: „Wird er (der qualifizierte, kreative Arbeiter — d. Verf.) zu den Ideologien flüchten, die ihm in reicher Auswahl eine von allen Übeln befreite sozialistische Welt vorspiegeln? Oder wird er, ein Sybarit von morgen, in maximalem Genuß dahindämmern . . .?“ (26) Als unumgänglich zur Verhinderung der „Flucht zu den Ideologien“ hält er eine verstärkte Einflußnahme auf die Freizeit, um einmal mobilisierte kreative Fä-

higkeiten auch in systemkonformen Grenzen zu halten. Dies kann als eine die obigen systemintegrativen Maßnahmen, wie sie angesichts sich mit Durchsetzung der Automatisierung zuspitzender Widersprüche von Vertretern des Kapitals eronnen werden müssen, nur noch abrundende Empfehlung gewertet werden.

Silke Wenk (Berlin/West)

## Erziehungswissenschaften

**Weber, Norbert:** Privilegien durch Bildung. Über die Ungleichheit der Bildungschancen in der BRD. Edition Suhrkamp, Bd. 601. Frankfurt/M. 1973 (146 S., br., 5,— DM).

Weber referiert die bildungspolitische Diskussion der 60er Jahre — Picht, Dahrendorf, Bernstein u. a. Er versucht, eine marxistische Position zu suggerieren, jedoch ist sein Standpunkt von dem der jeweils referierten liberalen Kritiker ununterscheidbar. Danach herrscht im Bildungsbereich der BRD eine totale, sich selbst ewig fortzeugende Lähmung; Lichtblick am Horizont ist der ausführlich referierte Bildungsbericht '70 der Bundesregierung. Daß inzwischen auch die CDU den Abbau von schichtenspezifischen Sprachbarrieren fordert, kann der Verfasser von dieser historisch und theoretisch zurückgebliebenen Position aus nur mit Verblüffung registrieren. Die Diskrepanz zwischen der behaupteten Stagnation und den Umwälzungen in der Wirklichkeit versucht Weber durch ein Vorwort zu mildern, in dem er Gründe für die Bildungsreform nachträgt; Orientierung in den Widersprüchen dieser Bewegung ist auch hier nicht zu finden. Nicht einmal die Zielvorstellung von „Chancengleichheit“ wird mehr als pauschal problematisiert. Der Verlag hat der ungeheuren Flut von Büchern über Bildung, mit der zur Zeit ein enormes Orientierungsbedürfnis profitlich vernutzt wird, einen weiteren nutzlosen Titel hinzugefügt.

Rolf Nemitz (Berlin/West)

**Menacher, Peter:** Jugendliche und Parteien. Ein Beitrag zur politischen Bildung unter besonderer Berücksichtigung der Kenntnisse und Stellungnahmen der Schüler beim Abschluß der Hauptschule. Günter Olzog Verlag, München-Wien <sup>3</sup> 1972 (181 S., br., 16,— DM).

P. Menacher, Mitarbeiter im bayerischen Kultusministerium, behandelt das Problem der Beziehung von Jugendlichen zu Parteien auf der Grundlage einer statistischen Untersuchung. Es ist dabei gut gelungen, das notwendige Begriffsinstrumentarium wie z. B. Ob-

ektivität, Validität, Stichprobenauswahl und Häufigkeitsverteilung deutlich zu erklären. Die Fragen des Tests sollen dazu dienen, zehn vorangestellte Hypothesen (47) zur politischen Bildung von Hauptschülern zu überprüfen. Der Test wurde 1970 wenige Monate nach der Bundestagswahl im Bundesland Bayern durchgeführt. Zusammengefaßt geht es um eine Hauptthese: „Die Information der Jugendlichen über die politischen Parteien hat beim Abschluß der Hauptschule ein Niveau erreicht, das höher ist, als üblicherweise in der Öffentlichkeit und Literatur angenommen wird“ (47).

Es ist klar, daß eine Untersuchung, die sich mit dem politischen Bewußtseinsstand am Ende der neunjährigen Hauptschule befaßt, Kritik und Wertung an der Schulpraxis selbst mit sich bringt. Diese Beurteilung hängt indirekt mit der o. a. Hypothese eng zusammen. Menachers Ansicht in dieser Sache ist: Grundsätzlich ist der Politische Unterricht an den Hauptschulen Bayerns in Ordnung. Angesichts der hohen politischen Informiertheit der Befragten „sollte man künftig von Klageliedern Abstand nehmen“ (74).

Sehen wir uns die Ergebnisse der diesbezüglichen Fragen an: Zuerst geht es um die „Kenntnisse der Schüler“ (54). Vorgelegt sind 15 relativ bekannte Abkürzungen aus dem Bereich der Politik von EWG bis UNO. Unter ihnen befinden sich auch die Abkürzungen von 9 deutschen Parteien, die nun herauszufinden und zu entziffern waren. Das Ergebnis: 97% ‚erkannten‘ die SPD, 96,6 % die CSU, 95,7 % die CDU und 94 % die FDP; ferner waren 63,6 % über die Abkürzung NSDAP und 90,6 % über die NPD informiert, hingegen konnten nur 23,3 % etwas mit DKP, 10 % mit DFU und 20,7 % mit SED anfangen (54).

Dennoch spricht Menacher bereits von einer „erfreulichen Groborientierung“ (55) und läßt die offenkundige Rechtslastigkeit der Informiertheit völlig außer acht. Es ist doch eine Fehlinterpretation, zum hohen Bekanntheitsgrad der NSDAP einfach zu sagen: „Zwei Drittel erkennen die geschichtlich bedeutsame NSDAP noch als politische Partei“ (54) und dabei die inhaltliche Affinität zur hochbekannten neofaschistischen NPD (90,6 %) zu ignorieren. Daß es gerade die Linksparteien sind, die wenig oder kaum bekannt sind, übersieht Menacher gleichfalls.

Ähnlich gering und ähnlich fatal verteilt ist die Informiertheit hinsichtlich der Geschichte der Parteien. Den Probanden wurden vier zu ergänzende Sätze vorgelegt: a) „Aus dem ‚Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein‘ (1863) entwickelte sich in hundertjähriger Geschichte die . . . ; b) Nach dem 2. Weltkrieg entstand als Nachfolgerin der Bayr. Volkspartei und durch Zusammenschluß überkonfessioneller Gruppen die . . . ; c) 1946 wurde in Berlin durch Zwangverschmelzung von SPD und KPD die . . . gegründet; d) Liberale Gruppen schlossen sich nach dem 2. Weltkrieg zur . . . zusammen.“ Das Resultat: 43,6 % erkannten die geschichtliche Entstehung der SPD, 50,0 % der CSU, 22,7 % der FDP und 4,3 %(!) der SED (72). Am aufschlußreichsten jedoch ist das Ergebnis der Fragen, die sich mit der Funktion von



Parteien beschäftigen. Vier verschiedene Möglichkeiten sind vorgegeben worden: a) Parteien sind „eine Lebensgemeinschaft von Menschen mit gleichen Idealen; b) ein Zweckverband, um politische Macht zu erlangen und dadurch ihre Ziele zu verwirklichen; c) die Vertretung eines Interessenverbandes, die die Entscheidung der Abgeordneten beeinflusst; d) eine Vereinigung aus allen Schichten des Volkes, die das Wohl und die Interessen aller Bürger harmonisch abstimmt“ (100). Es entschieden sich für die „Lebensgemeinschaft“ 13,5 %, für den „Zweckverband“ 14,3 %, für den „Interessenverband“ 4,7 % und für die „Volkspartei“ 62,8 %. „Lebensgemeinschaft“ und „Volkspartei“ zusammen ergeben also, daß 76,3 % der Hauptschüler eine Vorstellung von der Funktion von Parteien in der BRD haben, die mit der politischen Wirklichkeit nichts verbindet. Die Folgen dieses Mißstandes sieht Menacher genau; er prognostiziert, daß die Sicht der Hauptschüler „Fehlurteile fördert und falsche Maßstäbe für Entscheidungen setzt“ (102).

Aufgrund welcher Überlegungen der Autor dann dennoch seine eingangs vorgestellte Haupthypothese bestätigt, verschweigt er seinen Lesern. Hauptbezugspunkt hinsichtlich der „Literatur“ ist für Menacher die Arbeit von S. Herkommmer über „Situation und Wirksamkeit politischer Bildung an Volksschulen“ von 1966. Herkommers damaliges Fazit, daß „kaum die Hoffnung angebracht ist, daß in absehbarer Zeit an diesem beängstigenden Zustand der Unwissenheit Wesentliches sich ändern wird“, bezeichnet er als „nicht mehr haltbar“ und kurzerhand als „pädagogisch unfruchtbar“ (63). Die objektiven Ergebnisse dieser Untersuchung aber bestätigen ungewollt doch gerade sehr eindrucksvoll, daß Herkommers Analyse durchaus noch immer realitätsgerecht ist.

Wolfgang Lumb (Berlin/West)

**Barbagli, Marzio, u. Marcello Dei:** *Le vestali della classe media. Ricerca sociologica sugli insegnanti.* Società editrice il Mulino, Bologna 1969 (378 S., br., 4000 Lire).

Die vorliegende Untersuchung ist eine der interessantesten empirischen Arbeiten über die systemstabilisierende Rolle des Schulwesens im Kapitalismus. Sie analysiert die soziale Struktur der mit dem Reformgesetz von 1962 in Italien eingeführten Mittelstufe sowie die soziologischen Komponenten des Lehrerberufs (9). Die Autoren gelangen zu dem Ergebnis, daß die zwei wichtigsten systemerhaltenden Funktionen der Schule und des Lehrers einmal in der Auswahl und dem Ausschluß von der Bildung der aus den untersten sozialen Schichten herkommenden Schüler und zum anderen in der „Sozialisation zur Unterordnung“ (socializzazione alla subordinazione) liegt, d. h. in der „Übertragung von Werten an die Jugend, welche mit ihrer zukünftigen Rolle als Untergeordnete übereinstimmen“ (319). Barbagli und Dei zeigen die Funktionsmechanismen auf. Aufgrund von Befragungen analysieren sie den diskriminierenden Charakter

der neuen Schule der Mittelstufe (71 ff.), die sexuelle Sozialisation (165 ff.), schließlich die Rolle des Lehrers (249 ff.). Die Studie setzt die neueste entsprechende Literatur in Italien und im Ausland voraus. Sie ist zu empfehlen insbesondere für jene, die sich mit dem Bildungssektor beschäftigen. Eine Übersetzung ins Deutsche wäre empfehlenswert. Allerdings vermißt der ausländische Leser eine kurze Skizzierung der Schulreform von 1962, auf die sich die Analyse stützt.

Marios Nikolinakos (Berlin/West)

**Butschkau, Udo, u. Klaus-Jürgen Tillmann: Politische Sozialisation in der Gesamtschule. Ziele, Fakten, Strategien.** Juventa Verlag, München 1972 (180 S., br., 14,— DM).

Ausgangspunkt für die Hypothesenbildung der empirischen Studie ist die Ablehnung eines der wichtigsten Ziele der gegenwärtigen Gesamtschule: die „soziale Integration“. Es will scheinen, daß durch eine Erziehung auf dieses Ziel hin die „Fiktion des individuellen Aufstiegs für alle“ (22) gefördert wird. Die Konsequenz daraus muß der Kampf aller gegen alle sein, da Aufstiegspositionen immer nur in begrenzter Anzahl zur Verfügung stehen. Die Fixierung auf den beruflichen Aufstieg läßt die Angehörigen der verschiedenen Sozialschichten das gemeinsame Schicksal vergessen, unter dem alle zu leiden haben und das auch nur gemeinsam aufzuheben ist. Da den Autoren als das entscheidende gemeinsame Merkmal der „Mittel-“ und „Unterschicht“ die Lohnabhängigkeit erscheint, betrachten sie die Solidarität aller Lohnabhängigen als notwendiges politisches Ziel. Aus Untersuchungen bei Erwachsenen kann geschlossen werden, daß die Barrieren zwischen den Sozialschichten eine Solidarität zwischen den Schichten zum gegenwärtigen Zeitpunkt verhindern.

Entsprechend wird vermutet, daß Schüler im Untersuchungsalter (10—14 Jahre) „über ein Lageschema sozialer Schichtung verfügen, in dem die Unterschicht in Abgrenzung zu den anderen gesellschaftlichen Gruppen gesehen wird“ (61).

In diesem Lageschema werden — so weitere Hypothesen — der „Unterschicht“ Antipathie und negative Einstellungen, der „Mittelschicht“ dagegen Sympathie und positive Einstellungen entgegengebracht (61/62). „Diese Schichten-Stereotypen werden von Mittelschichtkindern stärker vertreten als von Unterschichtkindern“ (62).

Bis auf diese letzte Hypothese sehen sich die Autoren in ihren Annahmen weitgehend bestätigt. Denn die Befragungen von 384 Schülern ergaben hierin das genaue Gegenteil: „Stereotype Einstellungen, die die Unterschicht diskriminieren, werden von Arbeiterkindern deutlich stärker vertreten als von Mittelschichtkindern“ (125). Aus diesem Grund behaupten die Autoren im weiteren Verlauf der Arbeit, daß die entscheidende Barriere für Solidarität zwischen den Schichten der lohnabhängigen Bevölkerung in diesem „negativen Selbstbild der Unterschicht“ (62) begründet liegt.

Eine unzureichende Abklärung theoretischer Prämissen ist festzustellen. „Karl Marx hat ein schlüssiges Erklärungsmodell gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse vorgelegt, das wir unserer weiteren Analyse zugrunde legen“ (25). Dieser Bezug auf die marxistische Theorie wäre inhaltlich deutlich zu machen. Herrschaftsverhältnisse sind immer auch Klassenverhältnisse. Klassen-Probleme sparen die Autoren jedoch aus. Sie unternehmen nicht den Versuch, „Unter-“ und „Mittelschicht“ aus dem Klassenverhältnis der kapitalistischen Gesellschaft heraus zu interpretieren, sondern nehmen sie als Subsystem der Gesellschaft und isolieren sie vom gesellschaftlichen Ganzen.

Die Widersprüchlichkeit kapitalistischer Gesellschaft wird verwischt, wenn davon ausgegangen wird, daß das Sozialisationsmilieu „additiv“ aus familiärem und schulischem Einfluß bestehe (71). Der Konflikt zwischen Arbeitersozialisation und bürgerlicher Schule, die als „Mittelstandsinstitution“ eingehend beschrieben worden ist, kann nicht mehr begriffen werden. Daher bleiben auch die politischen Vorstellungen der Autoren unrealistisch, wenn sie nicht die gegenwärtige Gesamtschule auf die Realisierungsbedingungen von Erziehung zu Solidarität untersuchen, sondern diese Möglichkeit einfach setzen.

Der grundlegende Mangel der Untersuchung liegt darin begründet, daß die gesellschaftlichen Bedingungen von Verhaltens- und Bewußtseinsbildung nicht hinreichend analysiert worden sind. Eine Perspektive bekommen empirische Untersuchungen der vorliegenden Art nur in einem Zusammenhang, der historische Entwicklungen einschließt und nicht von vornherein negiert. Die Bedingungen der Auflösung bürgerlicher Bewußtseins- und Verhaltenselemente, die auch in der Arbeiterklasse zweifellos vorhanden sind, rücken den Stellenwert zurecht, der dem Befund eines „negativen Selbstbildes“ der Arbeiterkinder zukommt. Die empirische Momentaufnahme bekommt ihren Sinn erst im Rahmen einer Analyse, die die praktische Veränderung der Bewußtseins- und Verhaltensstrukturen durch die gesellschaftlichen Kämpfe einbezieht. Richard Kelber (Dortmund)

**Brezinka, Wolfgang:** Die Pädagogik der Neuen Linken. Analyse und Kritik. Seewald Verlag, Stuttgart 1972 (51 S., br., 4,80 DM).

Eine sich als wissenschaftlich ausgebende Kritik von rechts an der Linken hat es nicht ganz einfach: sie muß unvernünftige Verhältnisse als vernünftige ausgeben und die Anstrengungen derer, die eine rationale Gesellschaft wollen, als irrational diskreditieren. Brezinka löst diese Schwierigkeit so: Er kritisiert die Neue Linke an einem Punkt, wo die Kritik berechtigt ist, um mit dem so gewonnenen Einverständnis alle richtigen Elemente der antiautoritären Erziehung über Bord zu werfen. So kritisiert er zu Recht die Illusion, daß ein frei von allem gesellschaftlichen Anspruch sich entwickelndes Kind

spontan sich entfalten werde, ohne jedoch anzugeben, daß die Kritik der Erziehung in der bürgerlichen Gesellschaft sich gegen *bestimmte* soziale Kräfte richtete. Da er vom frühbürgerlichen Aufklärungsideal abrücken muß, bleibt ihm nur eine pessimistische Pädagogik, die die Tugenden des Sich-Bescheidens und -Abfindens fördert. Einleuchtend kritisiert er die Überschätzung der Bildsamkeit der menschlichen Natur; Ziel ist dabei jedoch, mit dem Hinweis auf Anlagefaktoren die Möglichkeiten von Erziehung weitgehend einzuschränken. Dasselbe Verfahren wendet er an, wenn er die elitäre Konzeption Marcuses von den „falschen Bedürfnissen“ verurteilt, um dann das Vorhandensein objektiver Interessen überhaupt zu leugnen.

Brezinka sieht in der Überbetonung der intellektuellen Fähigkeiten folgende Strategie der Neuen Linken: die Menschen sollen ernüchert und enturzelt werden, sie sollen sich vor dem Kapitalismus ekeln; geistig leere und emotional ausgedörrte Menschen würden „bereit sein, die Erlösung aus ihrem sinnlos gewordenen Leben im totalitären Sozialismus zu suchen“ (33). Warum jedoch, fragt sich Brezinka, treten hierzulande die von ihm mit den Kommunisten gleichgesetzten Neuen Linken für einen antiautoritären Führungsstil ein, während in den sozialistischen Ländern das Gegenteil geschieht? Dieser Widerspruch sei „bedingt durch den Unterschied zwischen dem Besitz der Macht und dem Kampf um die Eroberung der Macht“ (47). Während die „anarchistischen Erziehungsideen und -praktiken“ ein Werkzeug seien zur „Vorbereitung der Machtübernahme in den nicht-kommunistischen Gesellschaften“ (48), indem sie diese von innen zersetzen sollen, werde die Erziehungsstrategie nach „Errichtung eines totalitären sozialistischen Gesinnungsstaates“ (48) wieder umgekehrt.

Nachdem Brezinka dieses Wahngewilde einer kommunistischen Verschwörung entfaltet hat, kann er zum Ziel der „Analyse“ kommen. Er ruft nach einer Sammlungs- und Widerstandsbewegung zur geistigen Aufrüstung gegen die revolutionäre Unterwanderung. In dieser Gesellschaft, „die sich durch radikalen Zweifel an allen ihren Werten selbst zerstört“ habe (42), ohne daß Gewalt von außen angewendet worden sei — heißt es im Propagandajargon, der seit fünfzig Jahren gegen die Demokratie eingesetzt wird —, müsse den Menschen eine bessere gefühlsmäßige Bindung für die „Last der Freiheit“ verschafft werden (50), müsse zu „geistiger Orientierung“ wieder echte Autorität gesetzt werden (51).

Indem Brezinkas Schrift nicht so sehr Kritik der ständig an Bedeutung abnehmenden antiautoritären Erziehung als vielmehr Beförderung des Antikommunismus ist, wird sie mit diesem derzeit wohl kaum an Aktualität verlieren. Holm Gottschalch (Berlin/West)

**Christian, Wolfgang (Hrsg.): Polytechnik in der Bundesrepublik Deutschland? Beiträge zur Kritik der „Arbeitslehre“.** Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1972 (294 S., br., 6,— DM).

Die vorliegende Aufsatzsammlung ist der Versuch, die existierenden Konzeptionen und Projektvorschläge zum neuen Fach Arbeits-

lehre der Kritik zu unterziehen. Darüber hinaus werden eigene Curriculumvorschläge zur Diskussion gestellt. Gemeinsame Grundtendenz der Beiträge ist, daß sie Arbeitslehre nicht auf technologische Qualifizierung beschränken, sondern auch als Beitrag zur politischen Bildung der zukünftigen Arbeitnehmer betrachten.

Jürgen Pyschik und Peter Karasek referieren eine inhaltsanalytische Untersuchung von allen Unterrichtsbeispielen zur Arbeitslehre von 1964 bis September 1970, in der die folgende Hypothese geprüft und für weitgehend bestätigt gefunden wurde: „Der Unterricht in Arbeitslehre wird weitgehend bestimmt durch die Publikationen mit Unterrichtsvorschlägen . . . Das in diesen Publikationen gezeichnete Bild der Industriegesellschaft ist im zunehmenden Maße geprägt von der ‚technokratischen Ideologie‘, die die gesellschaftlichen Verhältnisse dadurch legitimiert, daß sie sie aus ‚Sachzwängen‘ ableitet“ (36). Wichtigstes Ergebnis ist die Feststellung, daß solche ideologischen Aussagen in den im Zeitraum 1969 und 1970 erschienenen Projekten absolut und relevant zunehmen.

Für diesen Befund versucht Dietmar Kahsnitz eine Begründung zu liefern. Die Annahme, die allgemeine Höherqualifizierung der Arbeitskräfte sei ein technisches Erfordernis, habe sich als falsch herausgestellt. Obwohl der Autor feststellt, daß diese Frage eingehender empirischer Untersuchungen bedürfe, sind ihm die Ergebnisse von Horst Kern und Michael Schumann bereits Empirie genug, um die These einer Höherqualifizierung fallen zu lassen. Die Einführung der Arbeitslehre sei lediglich aus ideologischen Motiven erfolgt. Die Frage, warum denn gerade zu jenem Zeitpunkt eine verstärkte ideologische Zurichtung auf das System notwendig ist und inhaltlich veränderte Ideologeme in den Arbeitslehrekonzeptionen auffindbar sind, beantwortet er mit dem Hinweis auf die „wachsende Kritik an der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ (179). Letztere ist aber ihrerseits ein Überbauphänomen, das der Erklärung durch Rekurs auf die ökonomische Basis bedarf, deren empirischen Zugang sich Kahsnitz durch die vorschnelle Übernahme der Befunde von Kern und Schumann freiwillig versperrt hat. Aus diesem falschen Verständnis über die tieferen Ursachen der wachsenden Bedeutung der Ideologie resultiert ein Konzept von Arbeitslehre als „sozialökonomische Bildung“, die nur dann den Anspruch erheben könne, Allgemeinbildung zu sein, wenn sie politische Aufklärung über die Herrschaftsverhältnisse im kapitalistischen Produktionsprozeß leiste (211 ff.). Die Marxsche Konzeption der polytechnischen Bildung, die nach Meinung des Autors „überwiegend in der Entwicklung instrumenteller Fähigkeiten ein Umwälzungsferment des Kapitalismus sieht“ (216), könne unter den heutigen Bedingungen nicht mehr als entscheidendes Umwälzungsferment angesehen werden: „Und insofern die technisch-ökonomische Entwicklung nicht zu einer zunehmenden Verelendung, sondern zu realen Verbesserungen in Form der anteilmäßigen Partizipation an dem ökonomischen Wachstum . . . führt, schlagen die sozialen Folgen von Technik und Wissenschaft tendenziell von einem Umwälzungsferment in ein Integrations- und

Legitimationsmoment des Systems um“ (218). Diese aus der falschen Trennung von technischer Entwicklung und gesellschaftlicher Organisation der Arbeit resultierende Unterschätzung der Bedeutung des Niveaus der Produktivkräfte für die Möglichkeit einer herrschaftsfreien Gesellschaft macht sich schließlich auch im Curriculumentwurf des Autors bemerkbar. Jeweils für die vor- und frühindustrielle Epoche der ökonomischen Entwicklung soll hier zunächst das „Modell herrschaftsfreier Arbeit und Kommunikation“ (229) eingeführt und erst in einem zweiten Schritt die jeweilige „historische Herrschaftsform“ (230) vermittelt werden. Damit wird die falsche Vorstellung nahegelegt, eine herrschaftsfreie Organisation der Arbeit wäre grundsätzlich auf jeder Entwicklungsstufe der Produktivkräfte möglich gewesen.

Einem ähnlichen Mißverständnis unterliegt *Werner Markert*, wenn er der polytechnischen Bildung in der DDR einseitige Orientierung auf die Produktivitätssteigerung vorwirft. Abgesehen davon, daß die politisch-ideologische Erziehung in den Lehrplänen zum polytechnischen Unterricht in der DDR einen zentralen Stellenwert hat, wird dem Leser nicht verdeutlicht, wieso überhaupt die Orientierung auf Produktivitätssteigerung dem Sozialismus wesensfremd sein soll. Hinter dieser Ansicht steht die unsinnige Auffassung vom Sozialismus als einer „tendenziell arbeits- und berufslosen Gesellschaft“ (150). Entsprechend kritisiert der Autor *Frankiewicz*, einen Theoretiker der polytechnischen Bildung der DDR, der als Lernziele Schöpfertum, Verantwortungsbewußtsein und Erfindungsreichtum angibt: „Die emanzipatorisch klingenden Qualifikationen ... sind nur noch ein Verbalismus; wie sollte auch im spezialistisch-arbeitsteiligen Beruf schöpferisches Arbeiten, eine typisch handwerkliche Kategorie, noch möglich sein“ (163). Statt zu sehen, daß im Sozialismus mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der Verwissenschaftlichung der Produktion die Verallgemeinerung schöpferischer Arbeit erst möglich wird, will *Markert* wirkliches Schöpfertum nur der technisch und geistig bornierten Handwerksarbeit zugestehen.

*Friedhelm Nyssen*, der das Problem von einem sozialisationstheoretischen Ansatz her angeht, versteht Arbeitslehre als Chance, „Kinder und Jugendliche durch pädagogisch organisierte Teilnahme an der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums aus Naturabhängigkeiten herauszuführen, die sich hier als Abhängigkeiten von ‚Eltern‘, ‚Verwandten‘, ‚Erwachsenen‘ überhaupt darstellen“ (84). Auf der Ebene der allgemeinen Analyse der Chancen einer polytechnischen Bildung unter kapitalistischen Produktionsbedingungen ist er sich des Widerspruchs, daß Arbeit immer zugleich Mittel der Befreiung und der Ausbeutung ist, bewußt: „Immerhin hat derselbe Kapitalismus ... erst den Blick geöffnet für die ganz andere Seite der Produktion: nämlich für ihre Möglichkeit, ein Mittel der Selbstbefreiung des Menschen aus der Abhängigkeit von der Natur zu sein“ (84). Bei dem Versuch der Bestimmung der Chancen von Arbeitslehre unter den derzeitigen Produktionsbedingungen hält *Nyssen* es jedoch nicht für notwendig, seine eigene Position gegenüber den Konzepten von

Blankertz und Groth näher zu konkretisieren. Er definiert Arbeitslehre „als Widerspruchsmoment in der Interdependenz zwischen Technik, Ökonomie und Politik“ (101). Die Feststellung, daß „sich in dieser Interdependenz im Rahmen des Kapitalismus immer wieder das politische Moment der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital durchsetzt“ (101), ist in dieser Allgemeinheit banal, sein Alternativvorschlag zu Groth, „die Schüler gerade nicht zu voneinander isolierten Individuen zu erziehen, ... sondern mit ihnen gemeinsam nach den Bedingungen solidarischen politischen Handelns zu suchen“ (104), ist eine *Maxime*, die auf jedes Unterrichtsfach angewendet werden kann.

Auch der Beitrag von *Werner Fuchs* über „Automationsforschung und Arbeitslehre“ läßt die notwendige Konkretisierung der eigenen Position vermissen. Immerhin verweist er darauf, daß die bisherigen Studien zur Automation nicht ausreichend seien und z. T. erhebliche methodische Mängel aufweisen. So müßten etwa die Erklärungen in den Studien des Rationalisierungskuratoriums der deutschen Wirtschaft (RKW), „weil sie ohne eine Theorie der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion unternommen werden, hilflos in ihren einzelnen Angaben und unsystematisch in ihrer Zuordnung“ (130) bleiben. Allerdings zieht Fuchs den vorschnellen Schluß, daß Prognosen über die Entwicklung der Produktivkräfte überhaupt kaum möglich seien (128), daß daher „die Funktionen und Inhalte des Faches Arbeitslehre nicht unmittelbar ... abgeleitet werden dürfen“ (132). Statt dessen plädiert er dafür, daß der „Widerspruch von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften ... in der Arbeitslehre selbst zentraler Gegenstand des Unterrichts werden“ (135) soll, ohne jedoch anzugeben, wie und an welchen konkreten Beispielen dies im Unterricht zu realisieren ist.

*Wolfgang Christian* und *Franz Heinisch* schließlich geben als globales politisches Lernziel an, „die Schüler zu befähigen, ihre Klassensituation in ihrer ökonomischen und politischen Bedingtheit zu erkennen und daraus adäquate Schlüsse für ihren politischen Weg zu ziehen“ (269). Nach einem kritischen Abriss der Didaktiken politischer Bildung einerseits, der Arbeitslehrekonzeptionen andererseits unter Herausarbeitung der jeweils zentralen Kategorien, plädieren die Autoren für eine „integrale Didaktik der Arbeitslehre als politischer Bildung“ (265), allerdings ohne genaue Angaben, worin das Gemeinsame von Arbeitslehre und politischer Bildung besteht und wo es Anknüpfungspunkte bei der Arbeitslehre für eine gesellschaftspolitische Bildung gibt.

So richtig es ist, Arbeitslehre nicht auf bessere technische Qualifizierung zu reduzieren, so berechtigt auch der Anspruch ist, sie als Beitrag zur politischen Bildung zu konzipieren, so fragwürdig ist doch der Versuch, Arbeitslehre ausschließlich als politische Aufklärung über die Rolle der Technik und die Stellung des Lohnarbeiters zu begreifen. Durch die unzulässige Identifizierung der Technik mit ihrer kapitalistischen Anwendung erliegen einige Autoren der Gefahr, zu Kritikern der Technik schlechthin zu werden, und fallen da-

mit der Eindimensionalität, die sie zu Recht in den technokratischen Konzeptionen kritisieren — quasi in entgegengesetzter Absicht — selber zum Opfer. Indem die Autoren die Qualifizierung der Produzenten für die technischen Erfordernisse des Produktionsprozesses für relativ irrelevant halten und damit die emanzipatorischen Möglichkeiten unberücksichtigt lassen, die gerade in einer dem technisch fortgeschrittenen Stand der Produktivkräfte angemessenen Ausbildung der Produzenten liegen, können sie folgerichtig auch nicht den Widerspruch zwischen dem technisch erforderlichen Ausmaß an allseitiger Bildung und ihrer durch das Kapital beschränkten Form konkret bestimmen.

Ilse Schütte (Berlin/West)

**Markert, Werner: Erwachsenenbildung als Ideologie.**  
Zur Kritik ihrer Theorien im Kapitalismus. Paul List Verlag, München 1973 (219 S., br., 9,80 DM).

Markert, der sich einer materialistisch-dialektisch orientierten Bildungstheorie (9, 12, u. ö.) verpflichtet fühlt, will anhand einiger exemplarisch ausgewählter Texte zur Geschichte der Erwachsenenbildung den Nachweis des ideologischen Charakters bürgerlicher Erwachsenenbildungstheorien führen. Dieser bestehe darin, daß das Bürgertum seine Gesellschaftsvorstellung und seinen Bildungsbegriff als der Gesamtgesellschaft verbindlich, als allgemein gültig ausbe und sich selbst mit diesem Totalitätsanspruch „zum Subjekt des gesellschaftlichen Ganzen erhebt“ (16). Die durch die soziale Lage des Bürgertums vermittelte Erwachsenenbildungstheorie verdränge die Reflexion der jeweils herrschenden ökonomischen und politischen Machtverhältnisse zugunsten der „neutralen“ Darstellung bürgerlicher „Kulturgüter“. In geschickter Weise werden die ideologiekritisch-theoriegeschichtlichen Untersuchungen mit wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Exkursen verknüpft, die es ermöglichen, den gesellschaftlichen Stellenwert der Erwachsenenbildungstheorien präzise zu bestimmen. Gegenstand der Analyse sind „allgemeine“ Erwachsenenbildungskonzeptionen, die — bis auf die Phase des deutschen Faschismus, die ohne Begründung übergangen wird — in ihrer Genese und Entwicklung hinsichtlich ihres Selbstverständnisses und ihrer objektiven Funktion betrachtet werden. „Anpassung“, „Disziplinierung“, „Integration“ — das sind die wirklichen Intentionen aller bürgerlichen Bildungspolitik, die sich auf die Arbeiterklasse richtet; daran hat sich bis heute — wie Markert überzeugend nachweisen kann — wenig geändert (143—177). Die einschlägige Theorie-diskussion wird Markerts kritischen Beitrag nicht übergehen können.

Martin Kipp (Frankfurt/M.)



**Mangel, Gerd, u. Karl Walter (Hrsg.): Kritischer Studienführer. Materialien für Abiturienten und Studienanfänger.** pocket 46. Kiepenheuer & Witsch Verlag, Köln 1973 (160 S., br., 10,— DM).

Dieses Buch verdient eine hohe Verbreitung nicht nur unter Abiturienten und Studienanfängern, sondern auch bei Studenten höherer Semester. Es informiert sachlich und kritisch über die Institution Universität, ihre Funktion im Bildungswesen und über die in ihr zur Zeit erkennbaren Reformansätze. Die Information verhilft zu größerer Distanz und besserer Transparenz des Arbeitsplatzes Universität. Man erfährt nicht nur Wissenswertes über die Struktur der Universität und die in ihr wirkenden politischen Richtungen, sondern erkennt die Gemeinsamkeiten der Reformbestrebungen in den verschiedenen Fachbereichen und gewinnt Verständnis für den historisch und fachspezifisch bedingten unterschiedlichen Stand der Reformdiskussion in den einzelnen Fächern. (Die musischen und technischen Fächer wurden ausgespart.) Dies alles sollte den Leser vor der Verengung des Blickwinkels auf das eigene Fach zumindest während des Studiums bewahren, also dem „Fachidiotentum“ entgegenwirken.

In der Einleitung geben die Marburger Herausgeber nicht nur eine kritische Darstellung des Bildungswesens und der derzeitigen bildungspolitischen Diskussion, sondern sie zeigen dem einzelnen Studienanfänger Sinn und Notwendigkeit einer Handlungsperspektive und verdeutlichen gleichzeitig, wo die Handlungsbereitschaft eingesetzt werden könnte (politische Gruppen, Basisgruppen, Fachschaften). Dem Studienanfänger kann die Lektüre dieses allgemeinorientierenden Aufsatzes im Zusammenhang mit dem Überblick über sein gewähltes Fach viel Unsicherheit und Zweifel ersparen.

Die Autoren der einzelnen Fachdarstellung sind durch ihre aktive Teilnahme an den Reformdiskussionen ihres jeweiligen Gebiets bekannt. Ich erwähne hier exemplarisch nur Reinhard Kühnl (Gesellschaftswissenschaften), Hans-Eberhard Porst (Mathematik), Rudolf Wiethölter (Rechtswissenschaften), Udo Schagen (Medizin), Rainer Seidel (Psychologie). Die einzelnen Beiträge beschränken sich daher nicht nur auf die Fakteninformation (Dauer des Studiengangs, Prüfungsmodi, Berufsaussichten), sondern setzen sich kritisch mit den Studieninhalten, der Art und Weise ihrer Vermittlung sowie der (möglichen) Verwertung erworbener Qualifikationen (auch politisch gemeint) im späteren Beruf auseinander. Ungewohnt, aber sehr nützlich scheinen mir die Informationen über unterschiedliche „Schulen“ innerhalb einer Disziplin (besonders ausführlich bei Kühnl).

Der Anhang informiert die Studienanfänger über Studienfächer und Hochschulorte, über die Zulassungsbeschränkungen für Studienanfänger, Studenten mittlerer und höherer Semester zum Wintersemester 1972/73. Er enthält außerdem ein Verzeichnis von Universitäten, Technischen, Pädagogischen und Gesamt-Hochschulen und informiert knapp über die Möglichkeiten der Ausbildungsförderung.

Petra Blanke (Oberursel/Ts.)

**Dirks, Heinz:** Fortbildung im Industrieunternehmen. Theoretische Grundlagen und System der Anwendung. Verlag für angewandte Psychologie, Stuttgart 1973 (214 S., br., 26,— DM).

Der Autor macht nicht viel Federlesens mit der „theoretischen“ Begründung seines Themas. In die bildungspolitische Diskussion mag er sich nicht einschalten; da kennt er nur „Schlagworte“, die nicht geeignet seien, „irgendeine Klarheit in diese Problematik hineinzutragen“ (9). Der Sinn steht ihm nach Praktischem: ihm geht es um „das Nächstliegende und Notwendige“ (9) „für die Fortbildungsmaßnahmen der Unternehmen“ (11). Als seinen Gegner erkennt er, wer „die absolute Freiheit, etwa im Sinne von Marcuse, anstrebt.“ (11) Demgegenüber müsse eine Konzeption der Fortbildung aufs „Leistungsprinzip“ abstellen: da der Staat die Aufgabe habe, die in seinen Grenzen lebenden Menschen zu ernähren, müßten in der Wirtschaft Leistungen verlangt werden. (10) Und da die Leistungen im Rahmen einer „recht schnellen technischen Entwicklung“ zu erbringen seien, müßten die Fortbildungsmaßnahmen der Unternehmen dieser angepaßt und systematisiert werden. (11) Angesichts der „Dynamik der Entwicklung“ gehe es nicht mehr darum, „im Rahmen bisheriger Erfahrung Wissen anzuwenden, sondern darum, neue Probleme mit neuen Methoden zur Lösung zu bringen.“ (16)

Die partiell richtige Beschreibung einzelner Seiten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts: die „immer stärkere Verwissenschaftlichung der Arbeit“ (34 ff.), das Entstehen „neuer, bisher unbekannter Berufe“ (54), der Zuwachs an „produktiv-kreativer Gestaltung der Berufsaufgabe“ (122) — geht als Realitätsgehalt in das Zentralstück des Buches, die Entwicklung des auf bestimmte Arbeitsprozesse bezogenen Fortbildungsprogramms, in kaum mehr nachvollziehbarer Weise ein. Der Autor möchte sein Programm so umfassend wie möglich konzipieren, unabhängig von Arbeitsplatz, Betrieb, Branche etc., für beliebige „Industrieunternehmen“. Nach welchen Kriterien und Regeln er verallgemeinert, bleibt völlig dunkel; was im Ergebnis des Programms nicht enthalten ist, gilt einfach als „Besonderheit der Tätigkeitssparte in einem Unternehmen“ (69), verdankt sich „Veränderungen in den Anforderungen der Funktion, wie sie sich durch die technische Entwicklung, Verbesserung der Arbeitsmethoden und der Organisation einstellen können“ und die hinsichtlich ihrer Anforderungen an Fortbildung nicht hier, sondern „von Fall zu Fall“ bestimmt werden sollen. (72) Ausgangspunkt ist eine Reihe von „Standard-Laufbahnen“ in der Produktion und den ihr vor-, neben- und nachgelagerten Bereichen. Diesen Laufbahnen wird jeweils ein nur grob sortierter Tätigkeitskatalog zugeordnet, von dem der Autor behauptet, er sei „aus zahlreichen Funktionsbeschreibungen abgeleitet und dürfte die Standardtätigkeiten umfassen“ (73). Die im Schnitt 30—40 Tätigkeiten pro Laufbahn werden auf sechs verschiedene Bearbeitungsstufen verteilt, wobei in der Regel nur die oberen vier herangezogen werden, die der

traditionellen Hierarchie: Sachbearbeiter — Gruppenleiter — Abteilungsleiter — Hauptabteilungsleiter entsprechen. Die Tätigkeiten werden sodann nach dem jeweiligen Anteil, den Verwaltungs-, Problemlösungs-, Verhandlungs- und Führungsaufgaben auf den einzelnen Bearbeitungsstufen haben, aufgeschlüsselt und gewichtet; die Gewichtungsfaktoren und ihre Quantifizierung bleiben wiederum völlig unbegründet. Schließlich werden angeblich „die Einzel-tätigkeiten, wie sie in den Tätigkeitskatalogen der Laufbahnen erscheinen, in Anforderungen übersetzt“ (84). Statt dessen finden sich auf den einzelnen Bearbeitungsstufen zusammenhanglos Anforderungen in sieben thematischen Komplexen (wie Quantitative Methoden, Vertriebsprobleme etc.) notiert, mehr oder weniger konkret, zumeist eher weniger. Soweit solche Anforderungen von den Mitarbeitern nicht eingelöst werden, gelten sie als Themen für die Fortbildung.

Die Funktion, die die vorliegende Arbeit für ihre primären Adressaten, die Unternehmen und ihre Ausbildungsinstitutionen, erfüllen will, ist die einer modellhaften Anleitung, wie das betriebliche Aus- und Fortbildungswesen sich ineffizienter Improvisation entledigen und kostensparender Systematisierung bedienen kann. Dem lohnabhängigen Leser verschafft sie kaum mehr als einen begriffslosen Eindruck von verschiedenen Tätigkeitsbereichen der materiellen Produktion.

Werner van Treeck (Berlin/West)

Werkpädagogik — Berufspädagogik — Betriebspädagogik. Materialien zu bildungs- und gesellschaftspolitischen Fragen, hersgg. v. F. Arlt, Folge 32. Deutsche Industrieverlagsgesellschaft, Köln 1970 (72 S., br., 9,80 DM).

Seit Mitte der sechziger Jahre beschäftigt sich das Deutsche Industrie-Institut innerhalb der oben genannten Schriftenreihe mit der Rationalisierung, der Effektivierung, aber auch der Verbesserung vornehmlich der betrieblichen Ausbildung. Aufgrund der allgemein gestiegenen Qualifikationsanforderungen in der Industrie müssen sich die Unternehmen zur Aufrechterhaltung der Produktion besonders anstrengen, um einerseits die Voraussetzungen für die noch nicht alt-ingesessenen Tätigkeiten in der automatisierten Fabrik zu schaffen, andererseits die noch auf dem Arbeitsmarkt verbleibenden, mit schlechter Grundschulbildung ausgestatteten Arbeiter für die Tätigkeiten ihrer weitergebildeten Kollegen zu qualifizieren. „... daß wir Jugendliche, die wir heute zu Facharbeitern ausbilden, vor dreizehn Jahren kaum als Laufburschen eingestellt hätten. Damals hat unser Unternehmen aus drei- bis vierhundert Bewerbern die besten aus-gelesen und zu Facharbeitern entwickelt.“ (45)

Von den verschiedenen Methoden, Interesse für die Arbeit zu wecken als Voraussetzung für schöpferische Initiative, Selbständigkeit, Engagement und Leistungsbereitschaft, wird im vorliegenden

Band der mögliche Beitrag der Werk- und Kunsterziehung diskutiert. Mit kritischer Bezugnahme auf die vorliegenden Konzepte zur Arbeitslehre wird in allen Beiträgen der erzieherische Effekt des Werkunterrichts gerade für die Lehrlingsausbildung betont. Durch den handwerklichen Charakter des Werkunterrichts soll das Gefühl des gemeinsamen schöpferischen Tuns befestigt werden, das man von dort auf die Fabrikproduktion zu übertragen hofft. Gelänge dies, so wären zugleich mit einer hohen Leistungsmotivation Einstellungen von starker Integrationskraft gewonnen — das Unternehmen könnte als hauptsächlich gebrauchswerteschaftendes Kollektiv wahrgenommen werden. Deshalb betonen auch alle Referenten des Bandes die Wichtigkeit der innerhalb des Werkunterrichts stattfindenden sozialen Unterweisungen (so werden etwa Lehrlinge angehalten, Kostenrechnungen für ihre Handwerksprodukte zu erstellen, bestehend aus Löhnen, Produktionsmitteln und Maschinenabnutzung, so als ob die Marktpreise am Ende durch diese Faktoren bestimmbar wären).

Von einem Beschäftigungstherapeuten werden noch zusätzliche Argumente für die „muische Betätigung“ als Ausgleich und ihre heilsame Wirkung auf das Betriebsklima vorgetragen.

Inwieweit der Werkunterricht die ihm zugeordneten Funktionen wirklich erfüllen kann, läßt sich solchen bloß programmatischen Bekundungen nicht entnehmen. Frigga Haug (Berlin/West)

**Asperger, Karl-Heinz, u. a.:** *Der Faktor Mensch*. Beiträge zur Betriebspsychologie und Betriebspädagogik. Materialien zu bildungs- und gesellschaftspolitischen Fragen, hrsgg. von Fritz Arlt, Folge 29. Deutsche Industrieverlagsgesellschaft, Köln 1970 (159 S., br., 16,80 DM).

Drei Merkmale der vorliegenden Aufsatzsammlung sind interessant genug, um das Buch genauer zu studieren: die Reihe, in der es erscheint; daß es L. Vaubel, Vorstandsmitglied der Vereinigten Glanzstoffabriken und Vorsitzendem des Kuratoriums der Walter-Raymond-Stiftung, gewidmet ist; und daß alle Autoren praktizierende Betriebspsychologen sind. Gemessen daran ist der Lesertrag sehr dünn. Man erfährt, was allgemein bekannt ist: daß Betriebspsychologen mit dem Personal zu tun haben; daß sie Eignungsuntersuchungen vornehmen und dafür Arbeitsplatzanalysen erstellen müssen; daß sie für Prüfungen und zum Teil auch für Führungsstile bzw. Betriebsklima zuständig sind.

Zwischen den Zeilen kann man herauslesen, daß die praktizierenden Psychologen einigermaßen überfordert sind von den Aufgaben, die ihnen die neue Technik abverlangt: den geeigneten Mann an die geeignete Stelle zu setzen, wenn die Stelle Motivation (Leistungsbereitschaft), Selbständigkeit, Erfahrung, einen hohen Ausbildungsgrad etc. verlangt — lauter Kriterien, die traditionell zu Führungspersonen gehören, jetzt aber auf immer mehr Produzenten zutref-

fen sollen — und dann noch, den entsprechenden Führungsstil für solche Produzenten ausfindig zu machen und zugleich noch auf einer Allgemeinstufe zu arbeiten, die Prognosen möglich macht. Ebenso beiläufig erfährt man, daß Peter F. Drucker, langjähriger Klassiker der Managementtheorie, nicht mehr ganz die richtigen Anleitungen für den modernen Führungsstil zu geben imstande ist. Durchweg ist von größerer Ausbildungsnotwendigkeit sowie vom wachsenden „Selbstbewußtsein“ der Produzenten die Rede. Für ihre Gängelung wie auch für die Leitung der Produktionsprozesse müssen sich die herrschende Klasse und ihre Beauftragten neue Konzepte einfallen lassen.

Frigga Haug (Berlin/West)

- Walther, Frank J.:** Klarer, schneller, rationeller. Der neue Arbeitsstil moderner Sachbearbeiter und Korrespondenten. Econ Verlag, Wien und Düsseldorf 1973 (121 S., geb., 14,— DM).
- Naef, Regula D.:** Rationeller Lernen lernen. Ratschläge und Übungen für alle Wißbegierigen. Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1971 (236 S., br., 10,— DM).

Die Menge der gegenwärtig erscheinenden Bücher zur Technik geistiger Arbeit verweist auf eine bedeutsame Lücke zwischen den Anforderungen einer hochtechnisierten Gesellschaft und den Ergebnissen des traditionellen Bildungswesens. Diesem Nachholbedarf wird individuell mit Hinweisen zur Verbesserung des Arbeitsstils durch systematische Organisierung von Zeit und Hilfsmitteln Rechnung getragen.

Walther, Abteilungsleiter eines Konzerns, wendet sich an Sachbearbeiter und Korrespondenten — jene Berufsgruppen also, die im automatisierten Büro überflüssig werden, aber im rückständigen Betrieb in Konkurrenz zur modernen Technik erhöhten Intensitätsanforderungen ausgesetzt sind. Die witzelnd verfaßten praktischen Ratschläge und stichwortartigen Erläuterungen „von A-blage bis Z-wischenbescheid“ (63) sind sicherlich ganz nützlich, aber — auch in anbetracht des großzügigen Drucks mit einem Sechstel Leerseiten — mit diesem Preis überbezahlt.

Der wiederholte Verweis, worauf zu achten sei, „wenn Sie einmal der Chef sind“ (22, 34, 55), verbindet die beiden von Walther bevorzugt eingesetzten Stimuli: Angst vor dem Vorgesetzten und Aufstiegswunsch; schöpferische Potenzen der Arbeitskraft werden so zugleich gefördert und gefesselt. Hier liegt auch die Hauptstoßrichtung von Walthers Anleitung: Kontrolle von außen soll zur Selbstkontrolle, Rationalisierungszwang zum persönlichen Bedürfnis werden — auch wenn der Verbesserungsvorschlag nicht prämiert wird (112). Wem damit letztlich gedient wird, steht im Klappentext: „Dieses Buch zeigt, wie man rationalisiert, ohne investieren zu müssen.“

Unabhängig vom Profitprinzip gibt sich Naef durch ihren anderen Adressatenkreis: Studenten, die mit schlechten Lerngewohnheiten zu-

viel Zeit verträdeln, erhalten wissenschaftlich fundierte und praktische Anregungen, deren Spannweite von der Lesetechnik über die Bibliotheksbenutzung bis zur Prüfungsvorbereitung reicht. Im wesentlichen in Form eines Literaturberichts werden Forschungsergebnisse verschiedener Fachrichtungen (Lernpsychologie, Motivationsforschung, Gruppendynamik, Arbeitsphysiologie usw.) verarbeitet und durch eigene Erfahrungen ergänzt. Ein Trainingsprogramm mit Fragebögen, Tests, Planvorlagen hilft, die allgemeinen Hinweise schon beim Durcharbeiten des Buches zur Anwendung zu bringen. Betont wird die grundlegende Bedeutung des Interesses, der Fragen, für die man eine Lösung sucht, und der individuellen Perspektive, z. B. eines klaren Berufsziels. So hat eine langfristig effektive Arbeitsweise ihre Voraussetzung in einer engagierten, insgesamt vernünftigen Lebensgestaltung, zu der gesunde Ernährung und Bewegung ebenso gehören wie ein ausgewogenes Verhältnis von Arbeit und Freizeit, soziale Kontakte, Kooperation in Kleingruppen und überhaupt die aktive Auseinandersetzung mit der Umwelt. Die Autorin sieht, daß Handlungsanweisungen mangelnde Motivation nicht ersetzen können (14). In einem durch Ausbeutung der Arbeit gekennzeichneten Gesellschaftssystem können Engagement und Interesse nicht getrennt von ihren gesellschaftspolitischen Implikationen betrachtet werden.

Margret Baumgarten (Berlin/West)

## Psychologie

**Hacker, Winfried:** Allgemeine Arbeits- und Ingenieurpsychologie. Psychische Struktur und Regulation von Arbeitstätigkeiten. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin/DDR 1973 (472 S., Ln., 24,80 M).

Die traditionelle Trennung der angewandten Disziplinen von den Grundlagendisziplinen in der Psychologie hat zu der bereits seit einigen Jahren diskutierten Krise in psychologischer Methodologie und Theorienbildung geführt. In der Arbeits- und Ingenieurpsychologie hatte dies notwendig zur Folge, daß häufig unter dem Zwang der Erarbeitung kurzfristiger Lösungen für spezifische Probleme der nachträglichen Anpassung einzelner Arbeitsbedingungen an den Menschen, Detailwissen ohne bewertende psychologische Konzeptionen einerseits und ohne Erkenntnisrückführung andererseits aufgehäuft wurde. In der bürgerlichen Psychologie wird das Individuum von seiner gesellschaftlichen Bestimmtheit isoliert betrachtet. Diese Trennung als notwendige Folge ist somit auf ihrer eigenen Grundlage prinzipiell nicht aufhebbar. In der arbeits- und ingenieurpsychologischen Forschung der sozialistischen Länder hat sich im Zuge der

notwendig raschen technischen Entwicklung eine vordergründig ähnliche Tendenz herausgebildet, die aber auf der Grundlage des marxistischen Menschenbildes prinzipiell überwindbar ist.

Hacker hat mit dem vorgelegten Buch erstmals einen solchen Versuch für die Disziplin Arbeits- und Ingenieurpsychologie unternommen. Er versucht die „zahlreichen produktionsrelevanten psychologischen Einzelerkenntnisse und Denkansätze . . . (zu) einer tragfähigen, produktionsbezogenen theoretischen Konzeption“ (13) zu verdichten. Das Schlüsselproblem ist dabei die Aufdeckung „durchgängiger Eigenschaften und Regelhaftigkeiten“ (16) der psychischen Strukturen und Regulationsweisen von Arbeitstätigkeiten, dessen Lösung „insgesamt noch am Anfang eines langen und komplizierten Weges“ (437) steht. Seine Bedeutung gewinnt dieser Entwurf dadurch, daß aufgrund der fortschreitenden wissenschaftlich-technischen Revolution und den daraus erwachsenden veränderten Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte die mögliche Wirksamkeit der Psychologie im Produktionsprozeß wächst. In den Bereichen psychologische Arbeitsmittel- und -ablaufgestaltung, Entwicklung von Ausbildungsverfahren, Arbeitsorganisation und in bestimmten Umfange im Arbeits- und Gesundheitsschutz hat der Entwurf Grundlagenfunktion. In diesem Zusammenhang wird das Buch durch seinen klar gegliederten Aufbau auch dem vom Autor formulierten Anspruch, als Lehrbuch zum gründlicheren theoretischen Kenntnisstand des Arbeits- und Ingenieurpsychologen beizutragen, gerecht. Da es sich um die Konzeption einer Theorie handelt, hat Hacker bewußt auf eine Darstellung der arbeits- und ingenieur-psychologischen Methoden, der Verfahren psychologischer Arbeitsuntersuchung sowie der kybernetischen Hilfsmittel der Arbeits- und Ingenieurpsychologie verzichtet.

Die Grundlage für die Lösung des genannten Schlüsselproblems ist das zuerst von Rubinstein ausgearbeitete Prinzip der Einheit von Bewußtsein und Tätigkeit, wobei die Arbeitstätigkeit als besondere Form der menschlichen Tätigkeit betrachtet wird und die psychischen Vorgänge und Gebilde als Abbilder der durch menschliche Tätigkeit veränderten Wirklichkeit regulierende Funktion haben. Zwischen beiden besteht eine Wechselbeziehung, in der „die Außenwelt Einfluß gewinnt auf das menschliche Verhalten durch dessen innere Organisation, mit anderen Worten, durch die Herausbildung einer regulativ wirksamen psychischen Struktur“ (36). Demgemäß ist der Ausgangspunkt der psychologischen Analyse nicht die arbeitende Persönlichkeit, sondern der Produktionsprozeß unter sozialistischen Verhältnissen.

Zunächst werden die verschiedenen im Produktionsprozeß auftretenden und das Arbeitsergebnis sowie die Arbeitstätigkeit beeinflussenden Wirkungsweisen „äußerer“ und „personaler“ Arbeitsbedingungen analysiert (35 ff.). Besonders herausgearbeitet werden dabei die möglichen Veränderungen beim arbeitenden Menschen. Erst dadurch wird es möglich, die Arbeitstätigkeit auch als psychologischen Untersuchungsgegenstand zu fassen (2. Kapitel). Zunächst wird der

Begriff der Arbeitstätigkeit, den Gedankengängen Rubinsteins folgend, in seiner Allgemeinheit, so wie er für alle Gesellschaftsformationen gilt, entwickelt. Die dann notwendig folgende Spezifizierung des Begriffs für die Erfassung der historisch bestimmten gesellschaftlichen Verhältnisse des realen Sozialismus wird nicht genügend geleistet. Die Darstellung bleibt zu allgemein, wenn gesagt wird: „Die Arbeit stellt die Hauptbedingung der Entwicklung psychischer Erscheinungen dar. Diese Bedeutung kommt dabei nicht nur einzelnen Arbeitstätigkeiten eines Menschen zu, sondern durch diese vermittelt weit darüber hinaus dem gesamten gesellschaftlichen Arbeitsprozeß, also den sozialökonomischen Bedingungen, dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und ihrem Verhältnis zu den Produktionsverhältnissen sowie den daraus bestimmten allgemeinen und arbeitstätigkeitsspezifischen Bedingungen der Arbeitstätigkeit“ (60). Als allgemeine Arbeitsbedingungen werden hier beispielhaft die „Einheit von Produzent und Eigentümer“, „sozialistische Demokratie bei der Produktionsleitung“, „Einheit von Produktivitätssteigerung und Persönlichkeitsförderung“ u. ä. (40) genannt. Eine weitere differenzierte Charakterisierung dieser allgemeinen gesellschaftlichen Arbeitsbedingungen erfolgt an keiner Stelle. Wenn aber die psychischen Vorgänge und Gebilde als Abbilder der Wirklichkeit regulative Funktion für die Arbeitstätigkeit haben, kommt es ganz wesentlich darauf an, den gesellschaftlichen Charakter der bestimmten historischen Gesellschaftsformation, hier des Sozialismus, in seiner Bedeutung für die Arbeitstätigkeit herauszuarbeiten.

Objektive Bedeutung und persönlicher Sinn der Arbeitstätigkeit fallen auch im Sozialismus noch in bestimmter Weise auseinander. Die materielle Ursache liegt darin, daß in historischer Notwendigkeit die unmittelbaren Produzenten nur vermittelt über bestimmte gesellschaftliche Institutionen Eigentümer an ihren Produktionsmitteln sind und der Anteil des je einzelnen Produzenten am gesellschaftlich erarbeiteten Reichtum über den Arbeitslohn vermittelt ist. Dies prägt zunächst das Verhältnis von Motiv und Ziel der Arbeitstätigkeit in der Weise, daß nicht von vornherein und unmittelbar die objektive Bedeutung der gesellschaftlichen Arbeitstätigkeit einsichtig ist und zu einer entsprechenden Motivierung führt. Die Zielgerichtetheit der Arbeitstätigkeit (Antriebsregulation), deren beide Komponenten Ziel und Motiv sind, bestimmt die psychische Struktur und damit auch die psychische Regulation der Arbeitstätigkeit (81 ff.). Somit prägt der Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen gearbeitet wird, auch mehr oder weniger die von Hacker unterschiedenen drei Regulationsebenen der Ausführungsregulation: intellektuelle, perceptiv-begriffliche und sensumotorische.

Die relativ im Allgemeinen bleibende Charakterisierung der sozialistischen Verhältnisse hat zur Folge, daß die von den arbeitenden Individuen vollzogene Aneignung differenzierter realer Strukturmomente dieser Gesellschaft sich nicht in der Weise in der theoretischen Konzeption niederschlägt, daß zugleich Möglichkeiten und Grenzen der Entfaltung der arbeitenden Persönlichkeit angegeben



werden. Verdeutlicht am Gegenstand des 8. Kapitels (345 ff.) heißt dies, daß Bedingungen für Strukturdeformationen und Disregulationen wie für Struktur- und Regulationsverbesserungen von Arbeitstätigkeiten ohne Reflexion ihrer gesellschaftlichen Determiniertheit angegeben werden. Damit werden die gesellschaftlichen Verhältnisse im Sozialismus als allgemeine gesetzt und tendenziell der konkrete, wirkliche Mensch in seiner historischen Gewordenheit unter eben den konkreten Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft verfehlt.

Trotz dieser in der theoretischen Konzeption angelegten Tendenz kommt Hacker der Verdienst zu, erstmals mit dem vorgelegten Entwurf die wesentlichen Umriss einer psychologischen Theorie der menschlichen Arbeitstätigkeit in der sozialistischen Gesellschaft gezeichnet und durch die Fülle der berücksichtigten relevanten psychologischen Einzelergebnisse zugleich an den entsprechenden Stellen die noch bestehenden Erkenntnislücken aufgezeigt zu haben. Dieser Entwurf ist auch für die Erarbeitung einer allgemeinen Arbeitspsychologie in der kapitalistischen Gesellschaft von erheblichem Wert, sofern man ihn als die Explikation der allgemeinen psychologischen Charakteristik menschlicher Arbeitstätigkeit auffaßt. Erst durch den Bezug zu den besonderen Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft gewinnt der Entwurf seine konkret-historische Bestimmtheit. Er verkehrt sich indessen in sein Gegenteil, führt zu irrtümlichen und falschen wissenschaftlichen Erkenntnissen, wenn er als Explikation der konkreten psychologischen Charakteristik menschlicher Arbeitstätigkeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen mißverstanden wird.

Gerhard Zimmer (Berlin/West)

**Skell, Wolfgang (Hrsg.): Psychologische Analysen von Denkleistungen in der Produktion.** Untersuchungsmethoden, experimentelle Befunde, Ansätze zur Rationalisierung. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin/DDR 1972 (221 S., br., 12,— M).

Infolge der Automatisierung werden immer mehr Werktätige aus unmittelbaren Produktionstätigkeiten verdrängt. Die effektive Bewältigung der intellektuellen Anforderungen wird damit zum entscheidenden Faktor für die Arbeitsproduktivität. Selbst in den herkömmlichen Formen der Produktionstätigkeit hängt die Leistung entscheidend von der intellektuellen Bewältigung der Anforderungen ab, wie die hier veröffentlichten Untersuchungen zeigen. Die Werktätigen müssen fähig sein, im Kopfe mittels vorgegebener algorithmischer oder heuristischer Vorschriften solche Tätigkeitsstrukturen antizipierend aufzubauen, die einen optimalen Vollzug der gestellten Arbeitsaufgabe gewährleisten. Die hier veröffentlichten vier empirischen Arbeiten stellen, obgleich von sehr unterschiedlicher Qualität, einen wichtigen Beitrag dar innerhalb der bis jetzt noch

wenigen, vor allem von sowjetischen und DDR-Arbeitspsychologen vorgelegten, denkpsychologischen Untersuchungen der intellektuellen Regulation von Produktionstätigkeiten.

Skell faßt eine Reihe von eigenen und von seinen Mitarbeitern durchgeführten empirischen Untersuchungen zusammen (13—100), deren gemeinsamer Gegenstand die Untersuchung der Möglichkeiten der Ausbildung technologisch-organisatorischer Fähigkeiten bei Lehrlingen der Zerspanungstechnik durch Einführung von Denkhilfen nichtalgorithmischer Art ist.

Neubert (101—172) knüpft an das in der arbeitswissenschaftlichen Forschung verschiedentlich konstatierte Faktum an, daß beträchtliche Leistungsunterschiede bei den Werktätigen „primär Ausdruck einer unterschiedlichen Planung und Organisation des Tätigkeitsablaufs, also intellektuell vermittelter Strukturformen der Tätigkeit sind“ (106). Er untersucht empirisch am Lösungsprozeß einer typischen Aufgabe spanender Formgebung, „Wirkung, Anteil und Beschaffenheit intellektueller Prozesse bei der Genese aufgabenspezifischer Tätigkeitsstrukturen“ (105).

Beide Autoren gehen davon aus, daß der Planungsprozeß ein auf Grundlage theoretischer Kenntnisse über Gegenstand, Mittel und Verfahren sowie praktischen Erfahrungen beruhende Festlegung einer optimalen Teilzielhierarchie und Bearbeitungsfolge zur Erreichung des Endprodukts ist. Die Teilziel-, Mittel- und Weg-Entscheidungen müssen an den Knotenpunkten des Handelns durch Antizipation noch bevorstehender unter Berücksichtigung bereits zurückliegender Prozesse und Zustände entsprechend der Anzahl möglicher Freiheitsgrade getroffen werden. Das Entscheidungsverhalten an den Knotenpunkten ist maßgebend für die Effektivität der Tätigkeitsstrukturen. Hier greifen folglich die aufgestellten Denkhilfen optimierend ein.

Sehr ausführlich wird jeweils von beiden Autoren eine in weiten Teilen übereinstimmende neue Methodik abgeleitet, die auch für die allgemeine denkpsychologische Forschung nutzbar gemacht werden kann. Theoretische Grundlage der Ableitung ist die Rubinsteinsche Interpretation des Denkens als Prozeß der Wechselwirkung zwischen Subjekt und Objekt, insofern die Ergebnisse des Denkens, die das durch das Subjekt veränderte Objekt widerspiegeln, in das Denken selbst einbezogen werden als Grundlage der folgenden Etappe. Zugang zur Analyse der inneren, unmittelbarer Beobachtung verschlossenen und nicht vollständig in äußeren registrierbaren Fakten zum Ausdruck kommenden Denkprozesse wird durch „die Analyse der Handlungen selbst“ (105), der „Erfassung von Merkmalen der äußeren Tätigkeit“ (33) und ihrer Gegenüberstellung zu den objektiven Anforderungen abstrahierend gewonnen. Die zusammenfassende Beschreibung der Einzeldaten läßt bereits eine Ableitung wesentlicher Charakteristika des gesamten Denkprozesses zu. An den Knotenpunkten können nur dann mit Sicherheit produktive intellektuelle Prozesse nachgewiesen werden, wenn „eine differenzierte Analyse des Lernfortschritts“ (117) in aufeinanderfolgenden Versuchen vor-

genommen wird. Diese Untersuchungsmethode unterscheidet sich prinzipiell von der Methode des „lauten Denkens“ der klassischen Denkpsychologie, — denn wirkliches Denken ist nicht identisch mit dem begrifflich-verbalen „lauten Denken“, — und unterscheidet sich auch von der kybernetisch orientierten Denkpsychologie, die zwar einige Seiten des Denkprozesses qualitativ erfaßt, aber von der unmittelbaren Umsetzung von Denkopoperationen in Handlungsphasen ausgeht und insofern auch lediglich Denkergebnisse konstatiert statt den Prozeß zu erfassen. Beide Methoden sind in den neuen Konzepten als Bestandteile aufgehoben.

Die Untersuchungen von Skell und Mitarbeitern ergaben, daß die Leistungen der Versuchsgruppe durch die Benutzung heuristischer Vorschriften für das Finden von Arbeitsverrichtungen und ihrer optimalen zeitökonomischen Abfolge eindeutig besser waren als die der „Nicht-Benutzer“ (72, 78). Daraus wird die Forderung an die Ingenieurpädagogen (Lehrmeister) abgeleitet, unter Anleitung von Fachwissenschaftlern Übungen im Rahmen der praktischen Berufsausbildung zur stufenweisen Entwicklung der Fähigkeit zum technologischen Planen, eingebaut „in ein Gesamtsystem . . . der Entwicklung geistiger Fähigkeiten“ (88/89), durchzuführen.

Neubert, der hauptsächlich den Lernfortschritt an den Knotenpunkten der Tätigkeitsstrukturen untersucht, kommt zu dem interessanten Ergebnis, daß die Veränderung der Tätigkeitsstrukturen zu etwa 70 Prozent auf intellektuelle Prozesse und nur zu 30 Prozent auf durch Übungsfortschritt zeitlich verkürzte motorische Abläufe zurückzuführen ist (158). Zur Effektivierung des technologischen Planens entwickelt er eine hypothetische Modellvorstellung über die Lösungsgenese und den Aufbau eines Handlungsplanes (160).

Skell vertritt die These, daß die technologisch-organisatorische Fähigkeit eines jener Elemente herkömmlicher Tätigkeitsstrukturen sei, das auch bei Automatisierung der Zerspanungsprozesse seine Bedeutung behält und lediglich um Aspekte der Programmierung bereichert wird. Insofern sei es für eine dispositive Ausbildung irrelevant, „wer an welcher Stelle in Produktionsprozeß und Produktionsvorbereitung solche Akte technologischen Planens vornimmt“ (21). In der Tat kommen die technologisch-organisatorischen Fähigkeiten erst im automatisierten Fertigungsprozeß voll zum Tragen, weil der eigentliche Vollzug der unmittelbaren Arbeitshandlung, mit Ausnahme weniger Meßvorgänge, eine Funktion der Maschine ist und weil gegenüber dem herkömmlichen Fertigungsprozeß die Möglichkeit, während des schrittweisen Vollzuges der Fertigung immer optimalere Lösungen zu finden, fortfällt und nur noch dem unmittelbaren Produktionsprozeß zeitlich vorgelagert geplant werden kann. Sie sind damit von „echter polytechnischer Bedeutung“ (21).

Eißner (173—189) untersucht prinzipiell die Möglichkeit, durch einen bewußten Lehr-Lern-Prozeß auf der Grundlage von Begriffen, die den motorischen Handlungsgliedern zugeordnet sind (Sprechimpulsen), eine effektivere sensumotorische Regulationsstruktur für eine einfache, zyklisch wiederkehrende Arbeitshandlung zur Redu-

zierung von Überlastungsschäden aufzubauen. Die Überlastungsschäden verursachenden objektiven Arbeitsbedingungen konnten zum Zeitpunkt der Untersuchung aus ökonomischen Gründen nicht wesentlich verändert werden. Insofern blieben nur die Verbesserung der subjektiven Voraussetzungen und Bedingungen durch ein entsprechendes Anlernverfahren und eine Reihe weiterer sozialer und medizinischer Maßnahmen übrig.

Görner u. a. (190—220) untersuchen die Makrostruktur der geistig-produktiven Tätigkeit von Konstrukteuren und leiten Kriterien für die Beschreibung des Konstruktionsprozesses ab, vor allem zum Zwecke der Leistungsbewertung. Darin liegt zugleich die Schwäche ihrer Untersuchung: die Objektivierung der Bewertung von Leistungen ist zwar wichtig — solange der Anteil am gesellschaftlichen Reichtum nach den dazu beigetragenen Leistungen verteilt werden muß — aber der Entwicklung der Produktivität vor allem der geistigen Arbeit kommt entscheidendere Bedeutung zu. Hierzu erbringt die vorliegende Arbeit keinen wesentlichen Beitrag.

Gerhard Zimmer (Berlin/West)

## Geschichte

**Ruge, Wolfgang:** Weimar — Republik auf Zeit. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin/DDR 1969 (388 S., br., 12,80 M).

Für Ruge ist die Weimarer Republik nicht eine ferne Episode deutscher Geschichte, über die sich sine ira et studio debattieren ließe. Die Klassenkämpfe, in denen die Weimarer Republik entstand und in denen sie unterging, sind — das ist die Quintessenz des Buches — ebenso Gegenwart wie Geschichte. Indem er die Ereignisse zwischen 1918 und 1933 in ihrem oft scheinbar undurchsichtigen und widerspruchsvollen Ablauf auf die Klasseninteressen einer geschwächt aus dem Weltkrieg hervorgegangenen, an ihren imperialistischen Zielen dennoch festhaltenden Bourgeoisie und eines durch Spaltung geschwächten Proletariats bezieht, zeigt er nicht nur die entscheidenden Triebfedern der Politik in der Weimarer Republik, sondern legt, meist zwischen den Zeilen, aber unübersehbar, dar, was aus den Teilerfolgen und Niederlagen der Arbeiterklasse zwischen 1918 und 1933 zu lernen ist.

Ruge zeigt, wie Industrie und Banken, Großgrundbesitz und Militär unter dem Druck der „gegen Völkermord, Ausbeutung und Willkürherrschaft aufbegehrenden Massen“ sich zur Etablierung einer „freiheitlichen“ Republik bequemen mußten (5). „Ihre Absicht bestand

von vornherein darin, alle ihnen entrissenen Zugeständnisse zurückzunehmen und zur Vorbereitung eines zweiten Griffes nach der Weltmacht erneut ein Regime der unbemäntelten Niederhaltung der Werktätigen zu errichten. So war der Staat von Weimar von Anbeginn als Republik auf Zeit konzipiert“ (6). Ruge zeigt weiter, wie nur die Spaltung der Arbeiterklasse der Bourgeoisie die Möglichkeit gab, 1918 ihre drohende Niederlage zu verhindern, und wie sie diese Spaltung aufrechtzuerhalten suchte. „1918/19, als die Möglichkeit des Herankommens an die sozialistische Umwälzung bestand, leistete diese (sozialdemokratische — W. F.) Führung dem Rufe der Monopolbourgeoisie und der Generalität zur Rettung der verderbten imperialistischen Ordnung Folge; 1932/33, als es erforderlich war, die Reste der bürgerlich-demokratischen Errungenschaften mit allen Mitteln zu verteidigen, ließ sie sich — wiederum von der Monopolbourgeoisie und der Generalität — widerstandslos davonjagen“ (359). Diesem Verhalten der rechten SPD werden die nicht widerspruchsfreien, aber beharrlichen Versuche der KPD gegenübergestellt, eine Aktionseinheit des Proletariats zu erreichen. Die Analyse dieser gescheiterten Politik und der daraus folgenden Niederlage der Arbeiterklasse 1933 gibt dem Buch seine Bedeutung für die aktuellen politischen Kämpfe.

Walter Fischer (Bonn)

**Krause, Fritz (Hrsg.): Arbeitereinheit rettet die Republik.** Dokumente und Materialien zur Niederschlagung des Kapp-Putsches im März 1920. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1970 (181 S., br., 5,— DM).

In der Einleitung des vorliegenden Dokumentenbandes, welche auch dessen aktuelle Bezüge hervorhebt, skizziert Krause Vorgesichte und Hintergründe des ersten Frontalangriffs der extremen Reaktion auf die in der Novemberrevolution erkämpften demokratischen Rechte und sozialpolitischen Errungenschaften. Er schildert die Niederschlagung des Putsches durch Generalstreik und bewaffnete Abwehraktionen der geschlossen handelnden Arbeiterklasse sowie die Spaltung der Abwehrbewegung nach diesem Teilerfolg durch die Führung der Mehrheitssozialdemokratie, der es — begünstigt durch das schwankende Verhalten der Parteispitze der USPD — somit, wie schon im November 1918, gelang, eine Veränderung des gesellschaftlichen status quo und sogar die Entfernung reaktionärer, mit dem Putsch sympathisierender oder ihn unterstützender Elemente aus den zivilen und militärischen Staatsorganen zu verhindern. Die anschließende Dokumentation, die den Hauptteil des Bandes ausmacht, belegt eindrucksvoll die einleitenden Ausführungen. Sie legt den Schwerpunkt auf die Politik der Arbeiterorganisationen, das Ausmaß und die Intensität der Abwehrbewegung und die Rolle aufschlußreiches Material zur Reaktion der herrschenden Klasse und der rechtssozialdemokratischen Führungsgruppen, enthält aber auch

insbesondere der Reichswehr auf den Staatsstreich und die Gegenmaßnahmen der Arbeiterklasse.

Die Dokumente waren zum Zeitpunkt des Erscheinens des vorliegenden Bandes größtenteils in der BRD noch nicht veröffentlicht. (Sie finden sich jetzt wieder in einer umfangreichen Quellensammlung: Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz. Quellen ausgewählt und bearbeitet von Erwin Könnemann, Brigitte Berthold und Gerhard Schulze, 2 Bde, Glashütten/Taunus 1971). Sie belegen ebenso, daß der Kapp-Lüttwitz-Putsch keineswegs eine isolierte Aktion einiger militärischer und junkerlicher Ultras war, die bei der Mehrheit von Großbürgertum und Reichswehrrührung auf Unverständnis oder gar Ablehnung gestoßen wäre, wie sie auch erhellen, daß der Staatsstreich einzig durch die prompten Abwehrmaßnahmen der Arbeiterklasse überwunden wurde und daß die Tendenz zur Kooperation mit der MSPD-Führung (und das implizierte die Duldung der parlamentarischen Regierungsform) erst dann bei Monopolkapital, bürgerlichen Parteien und bewaffneten Organen der Staatsmacht wieder dominierte, als der Putsch gescheitert war und weitergehende Erfolge der Abwehrbewegung zu befürchten standen.

Sowohl die Einleitung als auch die Dokumentenauswahl können dem historisch interessierten Leser ebenso wie dem Studenten der Geschichts- oder Politikwissenschaft neue Einsichten in diesen wichtigen Abschnitt der Geschichte der Weimarer Republik und der deutschen Arbeiterbewegung vermitteln, die weit hinausgehen über die zu diesem Thema in der bürgerlichen Literatur der Bundesrepublik bislang vorherrschenden Einschätzungen. Die Benutzung des Bandes hätte allerdings durch ein Verzeichnis der abgedruckten Dokumente erleichtert werden können.

Jürgen Harrer (Marburg)

Friedrich Ebert 1871—1925. Hrsgg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn — Bad Godesberg 1971 (214 S., Ln., 78,— DM).

Zum 100. Geburtstag von Friedrich Ebert hat die sozialdemokratische Friedrich-Ebert-Stiftung ein in der Aufmachung repräsentatives Buch über ihn erstellen lassen. In einem Geleitwort Heinemanns über den ersten sozialdemokratischen Reichspräsidenten werden „die Feinde der jungen Republik von rechts *und links*“ (5, Hervorhebung von mir) verurteilt, eine Methode, die nur die Funktion haben kann, die Sozialdemokratie als einzige republikanische und demokratische Partei erscheinen zu lassen. Auf den 50 folgenden Seiten versucht Peter-Christian Witt einen Abriß des „Parteiführers, Reichskanzlers, Volksbeauftragten und Reichspräsidenten“ (9) zu entwerfen, während der Hauptteil des Buches aus teilweise zum ersten Mal veröffentlichten Bildern und Dokumenten besteht. Eine ausführliche Bibliographie mit einer eigenen Rubrik „Veröffentlichungen über Friedrich Ebert in Zeitungen und Pressediensten“ (1925—1970) (210 ff.) schließen den Prachtband ab. Witt umschreibt in der biogra-

phischen Skizze über Ebert (1914—1925) seinen eigenen politischen Standort, indem er erklärt, „daß für ihn demokratischer Sozialismus nicht denkbar ist ohne das klare Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie, das auch für Ebert verbindlich war“ (12). So nimmt es nicht Wunder, daß Marburger politikwissenschaftliche Arbeiten über einzelne linke Gruppierungen in der Weimarer Republik für ihn eine „gewisse Fehlorientierung der Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik Deutschland“ (11) signalisieren, und er behauptet, daß alle „kommunistischen Historiker“ (worunter in denunziatorischer Absicht er, wie die 2 Quellenangaben zeigen, die Geschichtswissenschaftler der DDR zusammenfaßt) Ebert nur als „Verräter der Arbeiterklasse“, als „Opportunist“, ja als „Arbeitermörder“ bezeichneten. Auf die jeweiligen Argumentationszusammenhänge wird nicht eingegangen, die Belege für diese Aussagen sind unzureichend. Auslassungen wichtiger politischer Tatsachen und ungenaue Absicherung von Behauptungen — trotz der vielen Quellenangaben — finden sich des öfteren wieder: So werden die Verhandlungen zwischen der USPD und der MSPD am 9./10. November 1918 zu Fragen einer Beteiligung der USPD an der Regierung der Volksbeauftragten nur unzulänglich dargestellt und wesentliche Vereinbarungen der beiden Parteien nicht erwähnt. Schreibt Witt, daß die Forderungen der USPD, „sämtliche staatliche Gewalt bei den ‚gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten‘, d. h. bei den Arbeiter- und Soldatenräten, zu monopolisieren, für Ebert und die MSPD völlig unannehmbar“ (30) waren, so vergißt Witt das endgültige Ergebnis der Verhandlungen dem Leser mitzuteilen, wo es heißt: „Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reiche alsbald zusammenzuberufen sind.“ (Abgedruckt u. a. in Richard Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, 2. Band. Die Novemberrevolution, Malik-Verlag: Wien 1925, S. 29). Probleme des 1. Reichsrätekongresses werden überhaupt nicht erwähnt; vom Januaraufstand 1919 erfährt der Leser nur einen polemischen Satz gegen Karl Liebknecht; Fragen der Sozialisierung klammert der Autor willkürlich aus (36). An der Stärkung der Rechten in der Weimarer Republik tragen immer irgendwelche linken Gruppen oder Parteien, seien es USPD, Räte ganz allgemein oder die KPD die Schuld (28, 32, 51, 54, 56); die Tatsache, daß große Teile der Beamten während des Kapp-Putsches für die alte Reichsregierung eintraten, wird „vorwiegend“ mit einer abstrakten Loyalität gegenüber Ebert erklärt, „weil auch Friedrich Ebert ihnen trotz zumeist unterschiedlicher politischer Grundhaltung loyal und mit einem gewissen Vertrauensvorschuß entgegengetreten war“ (53).

Auf diese Art wird dem Leser klarzumachen versucht, daß Ebert „in täglicher Kleinarbeit, mit vielfachen Schwierigkeiten kämpfend, die Grundlage für eine soziale Demokratie gelegt“ (34) hatte. Diese Tendenz, Ebert als Wegbereiter und Förderer einer sozialen Demokratie darzustellen, alle übrigen politischen Gruppen als verkappte oder offene Feinde der Weimarer Republik zu betrachten, ist durch-

gänglich zu beobachten. Manchmal jedoch muß den Quellen Gewalt angetan werden, um die Politik Eberts ohne jede Abstriche zu rechtfertigen: Über den Januaraufstand heißt es in einer Fußnote: „Die bei der Niederwerfung des Aufstandes gegen die Regierung der Volksbeauftragten von den Freikorps angewandte Brutalität war weder von Ebert noch von Noske gewollt. [...] Auch sollte der gewaltsame Tod von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nicht den Blick dafür vernebeln, daß sie tatsächlich Wegbereiter eines kommunistischen Systems waren, die ‚den Gebrauch *aller* politischen Machtmittel zur Verwirklichung des Sozialismus‘ (so Rosa Luxemburg in ‚Die Rote Fahne‘, 20. 11. 1918) empfahlen.“ (Anm. 57, S. 34). Diese Betrachtungsweise spricht für sich, aber was schrieb Rosa Luxemburg in der Roten Fahne?

„Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: *bürgerliche* Demokratie oder *sozialistische* Demokratie. Denn Diktatur des Proletariats, das ist Demokratie im sozialistischen Sinne. Diktatur des Proletariats, das sind nicht Bomben, Putsche, Krawalle, ‚Anarchie‘, wie die Agenten des kapitalistischen Profits zielbewußt fälschen, sondern das ist der Gebrauch aller politischen Machtmittel zur Verwirklichung des Sozialismus, zur Expropriation der Kapitalistenklasse — im Sinne und durch den Willen der revolutionären Mehrheit des Proletariats, also auch im Geiste der sozialistischen Demokratie.“ (Rosa Luxemburg: Die Nationalversammlung, in: Die Rote Fahne (Berlin), Nr. 5 (20. November 1918), S. 1 f., hier S. 2). Solche Auslassungen und eigenmächtige, ungekennzeichnete Hervorhebung kommen Fälschungen nahe!

Witts abschließende Würdigung zeigt — wenn auch vielleicht nicht in seinem Sinne — zusammenfassend die Politik Eberts in der revolutionären Nachkriegskrise deutlich: „Ebert hat im November 1918 bewußt seine Entscheidung für die parlamentarische Demokratie und für die Heranziehung der bürgerlichen Mittelparteien zur Mitarbeit getroffen. Die Entscheidung bedingte auch eine gewisse Kontinuität der gesellschaftlichen und politischen Struktur in Deutschland“ (64). Diese Kontinuität — Beibehaltung und Stärkung des kapitalistischen Wirtschaftssystems — hergestellt zu haben, bleibt das entscheidende Verdienst der Mehrheitssozialdemokratie unter Ebert.

Hartfrid Krause (Darmstadt)

**Czisnik, Ulrich:** Gustav Noske. Ein sozialdemokratischer Staatsmann. Reihe Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 53. Musterschmidt-Verlag, Göttingen 1969 (103 S., br., 5,80 DM).

Über die Reihe ‚Persönlichkeiten und Geschichte‘ heißt es auf dem Umschlag „Stets waren es einzelne Persönlichkeiten, die das Schicksal der Völker bestimmten und die großen Zäsuren im Ablauf der Weltgeschichte setzten ... Die Verfasser der einzelnen Biographien sind erste Sachkenner, die vielfach die Ergebnisse eigener langjähriger Forschung in knapper, lebendiger, leicht lesbarer Form



vorlegen.“ Czisnik berichtet u. a. über Noske als Kriegsberichterstatter: „Er schildert ... treffend die Front und die frontnahen Gebiete und vermittelte einen Eindruck von der keineswegs immer reibungslos laufenden Kriegsmaschinerie. In Brüssel lernte er den sehr lebenswürdigen General v. Lüttwitz kennen ... Schon auf der Bahnfahrt hatten belgische Mädchen den deutschen Soldaten zugewinkt. Hier in Brüssel verstärkte sich der Eindruck, nicht in Feindes-, sondern in Freundesland zu sein (28).“

Noske in Kiel: „Noch bevor er mit seinen Ausführungen beendet hatte, begann es heftig zu regnen. Damit war für diesen Tag die Revolution beendet. Noske machte hier erstmals, die später vielfach bestätigte Erfahrung, daß Revolutionen, Demonstrationen und Unruhen durch nichts so gut unterbunden werden wie durch naßkaltes Wetter (41).“ „Einige Revolutionsführer, die sich als üble Subjekte erwiesen hatten, und nur sich selbst bereichern und die Bevölkerung terrorisieren wollten, ließ Noske vorübergehend in Arrest stecken (44).“

Noske als Volksbeauftragter: „Noske erkannte bald, daß die radikalen Revolutionäre von Schwätzern ohne Tatkraft geführt wurden (51).“ Über die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht: „Außerdem darf nicht übersehen werden, daß man damals die beiden Ermordeten noch nicht mit einem Heiligenschein sah, wie das heute meist der Fall ist, sondern als Opfer ihrer eigenen Gewaltpolitik (54).“

Ulrich Czisnik ist seit dem 1. Oktober 1968 als Kapitänleutnant in der Personalabteilung des Bundesministeriums der Verteidigung. „In der Marine-Rundschau erschien 1969 die Untersuchung [Czisniks] über die Unruhen in der Marine 1917 und 1918. Bei einem Aufsatzwettbewerb für junge Offiziere der Bundeswehr gehörte er 1964 mit dem Thema ‚Braucht die Demokratie eine Ideologie‘ zu den Preisträgern (4).“

Hartfrid Krause (Darmstadt)

### **Schumacher, Martin:** Mittelstandsfront und Republik.

Die Wirtschaftspartei — Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919—1933. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 44. Droste Verlag, Düsseldorf 1972 (271 S., Ln., 54,— DM).

Schon von Zeitgenossen (Geiger, Neumann, Rosenberg) war registriert worden, daß die NSDAP den Durchbruch von einer regionalen Splitterpartei zur reichsweiten Massenbewegung zwischen 1928 und 1930 der nachhaltigen Mobilisierung von Wählern und Anhängern aus dem selbständigen und abhängigen, protestantischen „Mittelstand“ verdankte. Bis 1928/30 waren weite Teile der Handwerker-schaft, der Gewerbetreibenden, freiberuflich Tätigen und der abhängig Beschäftigten mit „white collar“-Status parteipolitisch in den rechtsbürgerlichen Parteien DNVP, DVP oder in regionalen Gruppierungen wie der welfischen Deutsch-Hannoverschen Partei, oder

aber in reinen berufsständischen Konventikeln repräsentiert, von denen in der Phase der relativen Stabilität die „Wirtschaftspartei“ bzw. „Reichspartei des deutschen Mittelstandes“ reichsweite Geltung erlangen konnte.

Über die Wirtschaftspartei (WP) gab es bislang in der Literatur nur kursorische Bemerkungen (vgl. immer noch anregend Neumann, Parteien der Weimarer Republik, 66 f., und neuerdings Fritsch im Handbuch der bürgerlichen Parteien II, S. 541 ff.). Sie behandeln allenfalls andeutungsweise den Zusammenhang zwischen dem Zersetzungsprozeß der bürgerlichen Rechten, deren Integrationskraft sich in den Jahren der Mitte-Rechts-Koalitionen erschöpfte, und der Festigung bzw. Neugründung von berufsständischen Sonderbestrebungen mit gänzlich einseitigen Interessenbindungen im Parteienspektrum (WP, Landvolk-Partei). Kurzfristig fingen diese den Prozeß der Radikalisierung und Loslösung der Mittelschichten von ihren traditionellen Repräsentationsorganen auf, ohne jedoch längerfristig eine entscheidende Alternative zum Anwachsen der NSDAP bilden zu können. Für die WP liegt nun mit Martin Schumachers Monographie eine erschöpfende, alle verfügbaren Quellen auswertende Analyse vor, die den Anfängen, der Entwicklung, Struktur und Ideologie der Partei, sowie ihrer politischen Wirksamkeit in den Jahren der „Auflösung“ der Weimarer Demokratie nachgeht. Schumachers Arbeit zeichnet sich durch Gründlichkeit, aufschlußreiche Statistiken zu Wahlergebnissen, Verbandsinteressen und beruflicher Gliederung in den WP-Fraktionen und die akribische Aufarbeitung verstreuter Materialien aus, ohne daß der Autor allerdings immer der Gefahr einer allzu einlinigen Fixierung auf „seine“ Partei entginge. So wäre es sicher interessant gewesen, die Erfolge der WP 1928 in Beziehung zur Abspaltung der Landvolk-Partei und des Christlich-Sozialen Volksdienstes von der DNVP zu setzen, um die Trends zur „reinen“ mittelständischen Berufspartei in eine größere Perspektive einzubetten.

Die WP verstand sich als mittelständische Sammlungsbewegung mit einer zweifachen ideologischen und interessenpolitischen Frontstellung — gegen „privat- und staatskapitalistische Vertrustung“ und gegen „sozialistisch-genossenschaftliche Konzentration“ (vgl. das Zitat aus „Grundeigentum“ 5/3.2.29 auf S. 12). Die in der Partei vorhandenen „antimonopolistischen Tendenzen“ (Fritsch S. 542) waren freilich nie so stark, daß sie eine Zusammenarbeit mit den übrigen bürgerlichen Parteien, in denen industrielle und großagrarisches Einflüsse eine wesentliche Rolle spielten, unmöglich machten. Anlässlich der Reichspräsidentenwahlen von 1925 unterstützten die Wirtschaftsparteiler Bredt und Drewitz im „Loebell-Ausschuß“ die von der DNVP geförderte Hindenburg-Kandidatur, und während der Reichstagswahlen 1924 und 1928 gab es verschiedene Bemühungen um Stillhalteabkommen mit den Deutschnationalen. So zielte die reale Stoßrichtung der Partei bei allen antikapitalistischen Ressentiments einseitig gegen die Arbeiterbewegung, gegen Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften, sowie gegen SPD und KPD, die ihrerseits

trotz zaghafter programmatischer Ansätze nur wenig Rückhalt in mittelständischen Wählergruppen fanden.

Ursprünglich die Frucht eines im Zeichen der Wohnungszwangswirtschaft und der nachrevolutionären Steuergesetzgebung um sich greifenden Politisierungsprozesses der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine, die für die im September 1920 gegründete WP den organisatorischen Rückhalt und die finanzielle wie soziale Basis bildeten, konnte sich die Partei zwischen 1924 und 1930 „von einer Partei des Hausbesitzes zur Mittelstandspartei des Hausbesitzes und Handwerks“ (70) profilieren. Vor allem in Mittel- und Norddeutschland, aber auch auf Reichsebene gelang der Anschluß an das organisierte Handwerk (Reichsverband des deutschen Handwerks, Mitteldeutscher Handwerkerbund, Nordwestdeutscher Handwerkerbund), dessen Repräsentanten in den Fraktionen der WP im Reichstag und in den Länder- und Kommunalparlamenten stets wachsende Kontingente stellten. Sogar der großagrarische Reichslandbund war bei den Reichstagswahlen 1928 bereit, Kandidaten der WP zu unterstützen, sofern sie Landbundmitglieder waren, und auf regionaler Ebene kam es zur zeitweiligen Kooperation zwischen WP und Landbünden (Thüringen und Mecklenburg-Schwerin). Mit den Görlitzer Richtlinien von 1926 gab sich die Partei eine Plattform, die sich an „alle schaffenden Kräfte im Volke“ wandte, die sich weder „zum klassenkämpferischen Proletariat“ zählten, noch sich dem „Gedanken des persönlichen feindlichen Kapitalismus“ (51) verpflichtet fühlten. Neben engen Berufsinteressen postulierten die Richtlinien die Abkehr von parlamentarischen Verfahrensweisen bei der Regierungsbildung zugunsten einer Verselbständigung der Exekutive und polemisierten massiv gegen das Finanzgebaren der öffentlichen Haushalte wie auch gegen die „unproduktiven“ Sozialausgaben. In ihrer Ablehnung des Sozialstaats Weimarer Prägung traf sich die WP mit DNVP, DVP und Teilen des Zentrums, wie überhaupt ihre ideologischen und politischen Äußerungen keinerlei Originalität beanspruchen konnten. Obwohl sich die Partei in den Görlitzer Richtlinien zur „politischen Vertretung des gesamten deutschen Mittelstands“ deklarierte, wurde sie nie zur „Massenpartei des Mittelstandes“, blieb der Begriff von der einheitlichen „Mittelstandsfront“ bloßes Wunschbild — auch wenn kurzfristig Einbrüche in die traditionellen mittelständischen Domänen der übrigen bürgerlichen Parteien erzielt werden konnten. Das heterogene Bündnis zwischen den Interessen des Haus- und Grundbesitzes und denen des Handwerks war ephemer: der Wählerzustrom auf dem Hintergrund der beginnenden ökonomischen Krise 1928—30 konnte nicht in dauerndes Wählerpotential stabilisiert werden, so daß die WP für mittelständische „Verbands- und Protestwähler“ (112) nur ein Durchgangsstadium auf dem Weg zur NSDAP bildete. Schumacher schildert diese Wählerbewegung detailliert, ohne jedoch hinreichend deutlich zu machen, warum gerade 1927/28 die ersten nachhaltigen Umschichtungen im Wahlverhalten und in der parteipolitischen Orientierung der städtischen und ländlichen Mittelschichten einsetzten, warum sich mittelständische Wäh-

ler und Organisationen von ihren traditionellen Parteibindungen lösten. Gerade in diesem Zusammenhang wäre eine detaillierte Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Mittelschichten am Vorabend der Weltwirtschaftskrise wünschenswert und nützlich gewesen, um das von Geiger übernommene Schlagwort von der „Panik im Mittelstand“ mit den grundlegenden sozialökonomischen Prozessen zu vermitteln.

In der WP setzte sich der „Primat des Politischen“ nie gegenüber „partikular-gesellschaftlichen Kräften“ (17) durch, was Schumacher exemplarisch an der nur wenige Monate dauernden Beteiligung an der Regierung Brüning (Bredt als Justizminister) im Jahr 1930 nachweist. Interne Querelen, die durch die Zurückziehung Bredts aus dem Kabinett nur notdürftig überdeckt wurden, und der Zusammenbruch der mit der Partei personell eng verzahnten Mittelstandsbanken im Herbst 1931 markieren Stationen des Zerfalls einer Interessentenpartei, deren „historisch-politischer Standort ... im Vorfeld des autoritären Faschismus“ (27) anzusiedeln ist.

Jens Flemming (Hamburg)

**Gossweiler, Kurt:** *Großbanken — Industriemonopole — Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914—1932.* VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften. Berlin/DDR 1971 (428 S., Ln., 41,80 M).

Thema der Arbeit ist die Frage, wie sich aus unterschiedlichen politischen Konzeptionen verschiedener bürgerlicher Fraktionen in z. T. heftigen Kämpfen die innen- und außenpolitischen Hauptlinien der deutschen imperialistischen Politik zwischen 1914 und 1932 herausbildeten. „Die Frage nach dem Ursprung für verschiedene Konzeptionen innerhalb der herrschenden Klasse ist für den politischen Kampf der Arbeiterklasse von großer Bedeutung; denn ihre Beantwortung ist Voraussetzung ebenso für Voraussagen über die künftig zu erwartende Politik des Klassegegners wie für die Ausnutzung der Widersprüche und Gegensätze in seinem Lager“ (8).

Gossweiler knüpft in vielen Punkten an J. Kuczynski an, der in verschiedenen Arbeiten die innermonopolistischen Auseinandersetzungen untersucht und dem Konzept von zwei um den politischen Einfluß konkurrierender Gruppen — auf der einen Seite die Kohle-Eisen-Stahl-Industrie, auf der anderen Seite die Chemie- und Elektro-Industrie — einen festen Platz in der Geschichtsschreibung der DDR gesichert hat. Doch setzt sich Gossweiler, indem er Kuczynskis Ansätze weiterführt, in vielen Punkten von ihm ab und gelangt zu einem sehr viel differenzierteren Bild. Erstens wendet er sich gegen eine Verabsolutierung des Kampfes der beiden Monopolgruppen, zweitens betont er das allen Monopolgruppen gemeinsame imperialistische Interesse gegenüber der Arbeiterklasse im Inneren und der Konkurrenz im Ausland, drittens weist er nach, wie die Verflechtung der Monopole mit den Großbanken die bei Kuczynski

so klar erscheinende Frontstellung beider Gruppen modifiziert. Vor allem die Darstellung der Rolle der Großbanken, die in keiner anderen Publikation mit vergleichbarer Gründlichkeit durchgeführt wurde, der Nachweis, daß die vielfach verschobene, gelegentlich kaum exakt feststellbare Frontstellung der Monopolgruppen angesichts ihrer gemeinsamen imperialistischen Ziele stets eine relative blieb, und die bislang kaum untersuchte Frage, welche *ökonomischen* Entwicklungen letztlich die unterschiedlichen *politischen* Konzeptionen bedingten, erweitern in wichtigen Punkten die Kenntnisse über die Geschichte des ersten Weltkriegs und der Weimarer Republik.

Nach Gossweiler reichen die Auseinandersetzungen zwischen den beiden industriellen Hauptgruppen in das 19. Jahrhundert zurück. Sie waren zunächst handelspolitischer Natur. „Während die Schwerindustrie . . . im Bündnis mit den ostelbischen Junkern als die eifrigsten Verfechter der Hochschutzzollpolitik auftraten, waren die Elektro- und die chemische Industrie als besonders stark exportorientierte und auf Rohstoffeinfuhr angewiesene Industriezweige Vorkämpfer für den Abbau der Zölle. Mit dem Zusammenschluß der schwerindustriellen Unternehmungen zu Kartellen und Syndikaten verlagerte sich der Schwerpunkt des Kampfes. Geschützt durch hohe Zollmauern und Kartelle erlegten die Ruhrkonzerne den kohleverbrauchenden und eisenverarbeitenden Industrien im Inland einen schweren Tribut auf. Sie verkauften diesen Industrien die Produkte zu Preisen, die ein Vielfaches des Weltmarktpreises betrugten; billiger als für die deutschen Industriellen war die deutsche Kohle und das deutsche Eisen für deren ausländische Konkurrenten. Deshalb ging der Kampf nun auch und vor allem darum, das Preisdiktat der Ruhrmonopole zu brechen“ (18/19). Führend bei den Versuchen, die Schwerindustrie aus ihrer dominierenden Position zu vertreiben, waren die sog. neuen Industrien, die Chemie- und elektrische Industrie. Da diese zunächst ohne entscheidenden Einfluß auf die Regierung blieben, mußten sie andere Wege suchen. „Vor allem suchten sie Bundesgenossen in den Industriekreisen und den Schichten der Bevölkerung, die ebenfalls die ihnen von der Ruhrschwerindustrie auferlegten Lasten abzuschütteln trachteten. Dabei waren sie sehr darum bemüht, die aufkommende antimonopolistische Opposition in der nichtmonopolistischen Bourgeoisie einseitig gegen die Monopole der Grundstoffindustrie zu lenken“ (19/20). Ein anderer Weg war, die Sozialdemokratie für die eigenen Ziele einzuspannen. Bei den hohen Profiten der neuen Industrien und bei ihrer günstigen Stellung im internationalen Konkurrenzkampf konnten sie sich eine Politik der Bekämpfung der Revolution durch Reformen eher leisten als die Schwerindustrie; während diese auf Neuaufgaben des Sozialistengesetzes hinarbeitete, konnten sie dank ihres ökonomischen Spielraums der Arbeiterklasse bei Fragen der Löhne und Arbeitszeiten weiter entgegenkommen. „Viele der unmittelbaren Tagesforderungen der Sozialdemokratie waren für die Monopolisten der neuen Industrien durchaus akzeptabel: Beseitigung der vom Block Schwerindustrie — Junker verteidigten Hochschutzzölle, die sowohl

Kohle und Eisen als auch das Brot verteuerten und damit die Lohnkosten in die Höhe trieben; Bekämpfung des Preisdiktats der Syndikate der Grundstoffindustrie. Sogar die Forderung nach Verstaatlichung der Kohlenbergwerke fand . . . Unterstützung. Und selbst die sozialdemokratische Forderung nach Abschaffung des stehenden Heeres und nach seiner Ersetzung durch eine Volkswehr (Miliz) bot die Möglichkeit, das Adelsprivileg auf die Besetzung der militärischen Kommandostellen zu brechen und damit der Junkervorherrschaft, die eine der Hauptstützen der Vormachtstellung der Schwerindustrie war, einen entscheidenden Schlag zu versetzen“ (27/28).

Es gab jedoch Faktoren, die einer Herausbildung stabiler Industriegruppen mit unterschiedlichen Interessen entgegenwirkten. Gossweiler weist auf die Konkurrenz innerhalb der großen Monopolgruppen hin, die deren Einheit in Frage stellte und zu Koalitionen mit der „gegnerischen Seite“ führen konnte (z. B. Stinnes und Siemens). Weiter spielten regionale Unterschiede eine Rolle. So war z. B. Bayer mit der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie in manchen Punkten enger verbunden als mit der BASF, die ihrerseits enge Beziehungen zu den süddeutschen Industrien unterhielt. Auch die Montanindustriellen im Rheinland, im Saarland und in Schlesien bildeten nicht immer eine geschlossene Front. Der wichtigste Grund, der einer dauerhaften Stabilisierung beider Gruppen entgegenstand, war nach Gossweiler die Zugehörigkeit aller Monopole zum Einflußbereich der verschiedenen Großbanken. Deren Geschäftsbeziehungen erstreckten sich zu Unternehmen in allen Wirtschaftszweigen, sie waren nicht ausschließlich an einen Industriezweig gebunden, auch wenn die Disconto-Gesellschaft stärker in der Schwerindustrie und die Deutsche Bank mehr in der Chemie- und Elektroindustrie engagiert war. „Die Gruppenbildung in der Monopolbourgeoisie erfolgt also nicht nur um eine, sondern um zwei Achsen, erstens um die Achse der sich aus den ökonomisch-technischen Produktions- und Absatzbedingungen ergebenden spezifischen Industriezweiginteressen, zum andern um die Achse der aus finanzkapitalistischen Verflechtungen hervorgehenden Interessen“ (35). So setzte sich der Kampf der Monopolgruppen im Kampf der Großbanken in modifizierter Form fort, der Einfluß der Banken auf die Konzerne, die Rivalität der Banken untereinander schufen neue Fronten, die oft quer durch die beiden großen Monopolgruppen hindurchliefen.

Der Band untersucht die unterschiedlichen Konzeptionen der herrschenden Klasse während des ersten Weltkrieges, die innen- und außenpolitischen Varianten imperialistischer Politik zur Zeit der Republik (Rathenau, Stinnes, Erfüllungs- und Katastrophenpolitik, Seeckt 1923), analysiert das Eindringen amerikanischen Kapitals im Zusammenhang mit dem Dawes-Plan, die Kämpfe der Großbanken vor allem seit Ende der zwanziger Jahre bis zum Bankkrach 1931. Ein zweiter Band, der das Verhältnis der verschiedenen monopolistischen Gruppen zum Faschismus in der Weimarer Republik und in der Konsolidierungsphase der faschistischen Diktatur behandelt, ist angekündigt.

Walter Fischer (Bonn)

## Ökonomie

**Schultz-Wild, Rainer, u. Friedrich Weltz: Technischer Wandel und Industriebetrieb.** Die Einführung numerisch gesteuerter Werkzeugmaschinen in der Bundesrepublik. Athenäum Verlag, Frankfurt/M. 1973 (184 S., br., 18,— DM).

Teilergebnis eines Forschungsauftrags, den das Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft 1967 an eine Gruppe des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung in München vergab, ist der vorliegende Bericht. Während der Gesamtauftrag der allgemeinen Untersuchung des Einsatzes numerisch gesteuerter Werkzeugmaschinen (NC-Maschinen) in der BRD galt, soll sich der Teilbericht „vorwiegend mit den innerbetrieblichen Auswirkungen“ beschäftigen.

Daß sich Sozialwissenschaftler mit dem Einsatz neuer Technologie in Betrieben und deren konkreten Auswirkungen befassen, ist begrüßenswert — verwunderlich und erklärungsbedürftig ist nur immer wieder, wie es gelingen kann, die Welt der Arbeit, die Triumphe der Wissenschaft in der Produktion, die Anwendung und Erfindung von Maschinen, die den Arbeiter vom Joch schwerer körperlicher Arbeit befreien können, so unendlich langweilig darzustellen, daß selbst jene, deren Sache hier verhandelt wird, sich als Nichtbetroffene fühlen müssen.

Da die öde Langeweile wohl kaum aus der Wirklichkeit selber, auch nicht aus ihrer analytischen Betrachtung springen kann, wäre das fragende Interesse der Autoren besonders zu prüfen. Welcher Art ist es, daß es allgemeines Interesse nicht zu wecken vermag, wo allgemein interessante Dinge verhandelt werden?

Geprüft werden sollen die „sozialen Auswirkungen der Einführung von numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen“ (3). Der Schwierigkeit, welche die vorgängige Klärung des Verhältnisses von Empirie und Theorie verursacht, der Ableitung und Begründung des zur verwendenden Kategoriensystems entgehen die Autoren, indem sie — wie viele vor ihnen — gleich ohne Theorie anfangen. Auf diese Weise verstricken sie sich allerdings hoffnungslos in die vielfältig vorgefundenen Erscheinungsformen, ins historisch Zufällige, welches für sie ununterscheidbar bleibt vom historisch Notwendigen. Die chaotische, zum Teil widersprüchliche Vielfalt von Erscheinungen, die die Einführung numerisch gesteuerter Werkzeugmaschinen bestimmen oder begleiten, werden so von ihnen mangels eines unterscheidenden Kategoriensystems gleichrangig breit und ausführlich dargestellt. So z. B., daß Meister mal mehr, mal weniger von der Einführung neuer Technologie betroffen sein können, desgleichen Maschinenbediener; die Funktion des Einrichtens ist nicht an eine bestimmte Berufsgruppe ausschließlich gekoppelt, Programmierer kommen innerbetrieblich zusätzlich vor oder auch nicht. Die Autoren

scheinen zu hoffen, daß der notwendige Qualifikationsgrad und die notwendige Struktur der Arbeitskräfte an NC-Maschinen bzw. überhaupt unter automatisierten Bedingungen, für deren geplante Durchsetzung Unterlagen zu erstellen sie wohl beauftragt waren, sich naturwüchsig schon durchgesetzt hat.

Seitenweis liest man daher Sätze wie folgende: „Der verbreitetste Weg ist die Angliederung des Programmierbüros als mehr oder weniger selbständige Neben- oder *Unterabteilung der betrieblichen Arbeitsvorbereitung* ... Daneben gibt es Möglichkeiten, die Programmierabteilung einer speziell zur Leitung und Überwachung des Einsatzes der NC-Maschinen gebildeten *Stabsabteilung* anzugliedern oder — insbesondere bei geringem Anfall von Programmieraufgaben — diese als *Nebentätigkeit* einzelner Ingenieure, Techniker, Konstrukteure usw. zu definieren. Schließlich können — unter bestimmten Bedingungen — die Programmieraufgaben überhaupt *außerhalb* des betreffenden Einzelbetriebes erledigt werden, z. B. für das Zweigwerk eines größeren Unternehmens in einer zentralen Programmierabteilung ... oder — bei Betrieben mit insgesamt relativ geringem Programmieraufwand oder fehlender Erfahrung im Programmieren — in benachbarten Betrieben oder im Betrieb des Herstellers der Maschine bzw. der Steuerung“ (85) usw. usw.

Folge des vordergründigen, theorieleeren empirischen Herangehens ist die Unmöglichkeit, die selbst gestellten Fragen wirklich zu verfolgen, vielmehr werden empirische Beobachtungen und Korrelationen aneinandergereiht, deren Vielzahl aber kaum den Mangel vorhergehender Überlegung verdecken kann. So werden im einzelnen Komplexe untersucht, die nützlich sein könnten, wenn man wüßte, wozu man ihre Kenntnis braucht, die aber im vorliegenden Buch nur ermüdend wirken. Gesammelt scheinen sie unter einem Dachthema, welches etwa heißen müßte: Alle möglichen Fragen, die im Zusammenhang mit dem Einsatz numerisch gesteuerter Maschinen gestellt werden könnten. Behandelt werden z. B. Schichteinsatz, Kapazitätsauslastung, Verwendungsart, Programmierungsart, Zahl der pro Monat gefahrenen Programme, typische Losgrößen, Bearbeitungszeiten, Rüstzeiten, Mehrfachaufspannung, Wiederholhäufigkeit, Mehrmaschinenbedienung, verschiedene Organisationsformen der Arbeit, verschiedene Tätigkeitsbilder, Personaleinsätze quantitativ und qualitativ, Lohnfragen etc. etc. Bei der Untersuchung aller dieser Fragen ist zum Teil die Methode immanent fragwürdig, so, wenn anstelle eigener analytischer Beobachtung von Arbeitsanforderungen eine Befragung „von Experten“ erfolgte.

Fragwürdig sind auch die wenigen theoretischen Begründungen und Hypothesen, die die Autoren beisteuern. So erfährt man, daß als Triebkraft für Produktivitätsfortschritte das „Modernitätstmotiv“ (71) vorwiegend sei; eine „zentrale These“ (5) der Autoren ist es, daß Art und Ausmaß der Anwendung mancher Maschinen im Ermessen des Einzelbetriebs liege und demnach die sozialen Folgen einzelbetrieblich verschieden seien. Eine These, die einerseits auf die allerbanalste Weise natürlich richtig ist, andererseits wegen ihres fal-



schen Allgemeinheitsanspruches dem historischen Trend gegenüber, in der das ökonomisch Tragfähigste allgemein auch die Durchsetzungsweise der NC-Maschinen bestimmen muß, sich als blind erweisen muß und dazu führt, daß alle von den Autoren angeschnittenen Fragen quasi unentschieden bleiben. Besonders originell wurde von den Autoren die Frage von Freisetzung und Vollbeschäftigung gelöst: sie überzeugen nämlich einerseits den Leser, daß Freisetzungen durch die Einführung von NC-Maschinen überhaupt nicht vorkommen, daß größere Rentabilität, Einsparung von Lohnkosten bei der Anschaffung solcher Maschinen überhaupt keine Rolle spielen, um im nächsten Abschnitt, bei der von ihnen dankenswertere Weise auch behandelten Frage der mit den Maschinen ausgestoßenen Produktenmenge darauf zu kommen, daß eine NC-Maschine etwa soviel schafft wie 2,3 konventionelle Werkzeugmaschinen, daß hypothetisch an den derzeit im Einsatz befindlichen Maschinen 25—50 % der Arbeitskräfte eingespart wurden, was berechnet auf die 1972 geschätzten 3 500 im Einsatz befindlichen NC-Maschinen eine Einsparung von 4 000 bis 12 000 Arbeitskräften ausmache (148 f.).

Für eine in diesem Buch nicht geleistete Untersuchung über die sozialen Folgen der Einführung von NC-Maschinen in die Produktion als Voraussetzung für notwendig zu ergreifende Maßnahmen bildungs-, gesundheits- und lohnpolitischer Art, für Fragen gesellschaftlicher Kontrolle usw. bietet die Arbeit des Münchener Instituts gleichwohl unerläßliche Vorarbeiten z. B. über den Ausbreitungsgrad der NC-Maschinen, ihre Herkunft aus der Rüstungsindustrie, ihre Entwicklung, Ort und Art ihrer bisherigen Anwendung, Verhältniszahlen zu konventionellen Werkzeugmaschinen etc., wie sie bisher in so vollständiger und bis 1973 ergänzter Form nicht vorlagen.

Frigga Haug (Berlin/West)

**Warnecke, Hans-Jürgen, und Rolf-Dieter Schraft:** *Industrie-Roboter*. Reihe „Produktionstechnik heute“, Band 4. Krausskopf-Verlag, Mainz 1973 (315 S., geb., 84,— DM).

Auf der Schlußseite des Buches findet sich eine Anzeige mit dem Titel: „Stellengesuch. Ich bin ein erstklassiger Farbspritzer und arbeite 24 Stunden am Tag.“ Nach dem Paßfoto eines Industrieroboters folgt als qualifizierender Text: „Wer hat für mich noch einen Arbeitsplatz? Für eine Dauerstellung natürlich. Was ich biete: Ich bin qualifiziert für jedes Spritzsystem und habe keine Angst vor irgendeiner Spritzpistole. Außerdem arbeite ich bei Pausen durch, ... Was ich mir wünsche: Einen Arbeitsplatz, wo ich mich so richtig in die Arbeit knien kann. ... Was ich koste: Billig bin ich nicht, das ist klar, doch was Sie heute investieren, macht sich bald bezahlt. Und noch ein Pluspunkt für mich: An mir können Sie getrost vorbeigehen, ohne daß ich Sie um eine Lohnerhöhung anspreche. ...“

Die Hereinnahme dieser Anzeige in das wissenschaftlich aufgemachte Werk erweist sich nach der Lektüre aber keineswegs als skan-

dalös, sondern vielmehr als Quintessenz des gesamten Buches. Vor dem etwa fünf Sechstel des Bandes umfassenden Katalog (in ihm werden die wichtigsten derzeit auf dem Weltmarkt vorhandenen Geräte — 173 von 71 Firmen — mit technischen und sonstigen Daten und Preisen erfaßt), hebt ein theoretischer Teil das Buch über das Niveau eines einfachen Messekatalogs. Er liest sich wie eine Einführung in bestimmte Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus.

Marx schrieb in der Mitte des vorigen Jahrhunderts: „Da es (das Kapital, F. H.) nicht die angewandte Arbeit zahlt, sondern den Wert der angewandten Arbeitskraft, wird ihm der Maschinengebrauch begrenzt durch die Differenz zwischen dem Maschinenwert und dem Wert der von ihr ersetzten Arbeitskraft“ (MEW 23, 414). Die Autoren des vorliegenden Buches stellen Überlegungen „für die Aufbereitung einer Investitionsentscheidung für Industrie-Roboter zusammen“ (35): „Die jährliche Kostenersparnis ergibt sich im wesentlichen aus den Einsparungen an Lohnkosten, vermindert um die Kosten für Energie, Instandhaltung, Programmierung, Rüsten und Kapitalverzinsung. . . Die Amortisationsrechnung oder payback-Methode will zum Ausdruck bringen, in welcher Zeit sich der Kapitalaufwand über die Kostenersparnisse amortisiert. . . Wenn man denselben Industrie-Roboter im Zwei-Schicht-Betrieb einsetzen kann und damit 2 Arbeiter einspart, steigen die Lohnersparnisse. . .“ (38 f.). Zwar scheinen für den Bedarf und Einsatz von Robotern an erster Stelle „soziologische Gründe“ zu existieren wie etwa: „Arbeitskräftemangel für niedrig bewertete Tätigkeiten, für Schichtbetrieb, für Arbeiten in menschenfeindlicher Umgebung, z. B. unter Einwirkung von Schmutz, Hitze oder Lärm“ (17) oder auch, daß die „verlorene Bindung des Menschen an den Arbeitsplatz. . . Qualitätsverlust bei manuell produzierten Gütern“ verursache (10 u. 17); seinen Höhepunkt jedoch findet der theoretische Teil in einem eigenen Kapitel über „Wirtschaftlichkeit“ mit einem 33-Punkte-Programm, Formeln und einer bis auf 5 Stellen hinter dem Komma ausgerechneten Tabelle für die Ermittlung der Gewinnmaximierung beim Einsatz von Robotern, beim Ersatz von Arbeitern. Es entspricht dies dem Gesetz, nach dem im Kapitalismus die Entwicklung der Produktivkräfte, der Einsatz und die Verbreitung der Maschinerie sich vollziehen. Ebenso eindrucklich wie dieses wird vor Augen geführt, wie der Mensch (Arbeiter) vom Konsumenten seiner Arbeitskraft eingeschätzt wird: „Der Mensch hat in Armen, Händen und Fingern 27 Freiheitsgrade der Bewegung. Er hat die für Handhabungsvorgänge wichtigen Sinnesfunktionen wie Fühlen, Sehen und Hören. Darüber hinaus läßt er sich leicht anlernen und kann sich schnell auf neue Aufgaben umstellen“ (18). Fast alle diese Fähigkeiten lassen sich vom Roboter zweckmäßig ersetzen, da sie ohnehin in den meisten Arbeitsvorgängen nur teilweise genutzt werden. Der einzige erhebliche Unterschied: „Industrie-Roboter sind heute und in absehbarer Zeit nicht in der Lage zu lernen.“ (15)

Solche Aussagen wirken bedrohlich, weil hinter ihnen als Antrieb für Erfindungen und technische Weiterentwicklungen die — als Lohneinsparungen dargestellte — Wegrationalisierung von Arbeits-

plätzen steht und nicht die Freisetzung von Arbeitskraft für menschlichere Aufgaben. Die Autoren scheinen sich den technischen Fortschritt überhaupt nur unter Verwertungsgesichtspunkten vorstellen zu können; die Schranke, die das Kapital ihren Möglichkeiten als Ingenieurwissenschaftlern setzt, scheint ihnen als solche nicht bewußt; statt dessen halten sie eifrig nach Märkten Ausschau, betätigen sich als Werbeleute für ihre Produkte. Dabei verbreiten sie den Verwertungsstandpunkt als allgemeine Sichtweise. Das Profitstreben, das die Autoren als natürliche Beigabe der Technik darstellen, hindert immerhin nicht die Weiterentwicklung der Produktivkräfte überhaupt. Bei aller Einfühlung in die Kapitalgesetze denken die Autoren in ihrem Fach der Produktionstechnik als praktische Materialisten und finden nichts dabei, zur Definition von Intelligenz Georg Klaus' *Wörterbuch der Kybernetik* aus der DDR mitsamt abbildtheoretischem Erkenntnisbegriff zustimmend zu zitieren (15). Ebensowenig wie den Autoren der Fall der Profitrate durch den Einsatz von Robotern und der damit ständig steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals zum Problem wird, ebensowenig sehen sie, was bei keiner Maschine so deutlich wie beim Roboter sichtbar ist, daß er, der *einige Seiten* menschlicher Fähigkeiten ersetzen kann, zur Aufhebung der *Einseitigkeit* menschlicher Tätigkeit beizutragen in der Lage ist; nicht nur einem solchen Einsatz, sondern auch der entsprechenden Konstruktion von Robotern sind unter Verwertungsgesichtspunkten enge Schranken gesetzt; ihre volle Entfaltung können sie erst im entwickelten Sozialismus erfahren.

Frigga Haug (Berlin/West)

**Tengelmann, Curt:** *Antiautoritäre Unternehmensführung. Macht und Sozialbindung des Management. Kooperative Führung und Leitung, Neuorientierung der leitenden Angestellten, Mitbestimmung.* Sauer-Verlag, Heidelberg 1972 (181 S., br., 26,— DM).

„Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse im vorigen Jahrhundert machte besonders deutlich, daß die Konzentration von Grund und Boden und der Produktionsmittel in der Hand weniger eine ungewöhnliche Machtentfaltung ermöglichte und provozierte, die sehr leicht mißbraucht werden konnte. Dieses Ergebnis war nicht immer mit den Belangen der Gemeinschaft vereinbar, so daß die *Schranken des Eigentums* im Laufe der Entwicklung immer sichtbarer gemacht werden mußten“ (41). Im „liberalen, kapitalistischen Zeitalter“ habe der Eigentumsbegriff die Befugnis beinhaltet, „nach Belieben mit der Sache verfahren und andere von der Einwirkung auf die Sache ausschließen zu können“ (40). „Diesem Zeitgeist entsprach auch die Einstellung zum Menschen im Betrieb. Er war lediglich Objekt der von oben ausgeübten Allmacht“ (40). Tengelmanns Einschätzung der unbeschränkten Macht des Kapitals in seiner goldenen anarchischen Phase kann man weitgehend zustimmen. —

Tengelmanns Vorschläge sind am besten verständlich, wenn man sich den transitorischen Charakter der gesellschaftlichen Führungsrolle des Managements vom marxistischen Standpunkt aus vergegenwärtigt. Die Konzentration und Zentralisation der Kapitale hat riesenhafte Aktienkonzerne und Monopole entstehen lassen, die über globale ökonomische und daher politische Macht verfügen. Diese wird nicht mehr von fungierenden Kapitaleigentümern ausgeübt, sondern von bloßen Dirigenten. Sie verfügen über enorm produktive gesellschaftliche Arbeitskörper in ganze Städte umfassenden Produktionsstätten, die die Form von Gesellschaftskapitalen angenommen haben und damit „die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst“ sind (Marx, MEW 25, 452 f.). Mit der immer umfassenderen gesellschaftlichen Produktionspotenz der Konzerne erweisen sie sich als Resultat der höchsten Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und damit gleichzeitig als „ein notwendiger Durchgangspunkt zur Rückverwandlung des Kapitals in Eigentum der Produzenten“, „als das Eigentum ihrer als assoziierter, als unmittelbares Gesellschaftseigentum“. Ebenso erscheinen die heute mit dem Kapitaleigentum verknüpften Funktionen des Management als Durchgangspunkt zu ihrer Verwandlung „in bloße Funktionen der assoziierten Produzenten, in gesellschaftliche Funktionen“ (a.a.O.). Tengelmans Aussagen sollen im Hinblick auf diesen Widerspruch als Indizien betrachtet werden.

Die historische Bewegung der Annäherung an die absoluten Schranken der kapitalistischen Produktionsweise stellt das Kapital und damit Tengelmans als Sprecher des Top-Management, dem er „viele Jahre hindurch als Syndikus-Anwalt angehörte“ (13), vor ein *Effektivitäts-* (a.), ein *Anpassungs-* (b.) und ein *Legitimationsproblem* (c.).

(a.) Die traditionellen autoritären Führungsmethoden erweisen sich — dem Autor zufolge — in den Verwaltungen der riesigen Kapitalgesellschaften als dysfunktional und hemmend. Einerseits beeinträchtigt der „Dschungelkrieg um die Macht innerhalb der Führung“ (111) das Bestehen „in dem harten Konkurrenzkampf auf internationalen Märkten“ (141). Das willkürliche Umgehen klarer Kompetenzabstufungen und Verantwortlichkeiten durch direkten Kontakt mit höheren Führungsebenen oder umgekehrt das unmittelbare Heranziehen weit untergeordneter Angestellter unter Ausspielen des Zuständigen habe schwerwiegende Nachteile: „Vertrauensschwund, Autoritätsverlust, das Kommunikationssystem wird unterbrochen und graue Kommunikationswege geschaffen, völlige Unklarheit in den Aufgaben und Verantwortungsbereichen, Überlastung des Top, Verärgerung seiner unmittelbaren Vertrauensleute usw.“ (121). Reibungsverluste und Kräfteverschleiß an „nervenzerstörenden Machtfrenten im Unternehmen selbst“ (67) seien Resultate eines anachronistischen autoritär-zentralistischen Führungsstils. Er zwingt Verantwortungsunfähigkeit, Initiativlosigkeit, Unselbständigkeit und Unwissenheit auf. Fähigkeitspotentiale, die für die Ziele des Unter-

nehmens motiviert werden sollten, lägen nicht nur brach, sondern schlägen — ungenutzt — zu hemmenden Faktoren um. „Der Bestand eines Unternehmens ist durch falsche Menschenführung gefährdeter als durch unrichtige Sachentscheidungen“ (108). Um dieses Problem zu bewältigen, schlägt Tengelman nach Höhns Bad Harzburger Modell eine kooperative Leitung und Führung vor. Es beruht auf dem Prinzip der Aufgabendelegation von oben nach unten als Derivationsvorgang von Dispositionsbefugnissen (77), also Macht; wobei zusätzlich eine klare Unterscheidung getroffen wird zwischen Führungs- und Leitungs-Funktionen: letztere sollen zugunsten ersterer im Zuge des Aufstiegens der Managementpyramide zunehmen (118 f.).

(b.) Andererseits scheint die auf Kapitalbesitz und -verfügung beruhende Herrschaftsausübung im Betrieb auf Grenzen des Bewußtseins der Arbeitenden zu stoßen. So passe der „autoritär-dogmatische Denk- und Verhaltensstil“ (33) im „Geist des politischen Absolutismus“ (29) „heute nicht mehr in die politische Landschaft, in das Bild einer mündigen Gesellschaft“ (33). „Der absolute Herrschaftsanspruch über Menschen mit seiner autoritär selbstherrlichen Maske widerspricht den Forderungen unserer Zeit, die man zur Wahrung der Menschenwürde im Betrieb unabdingbar stellen muß“ (50). Der Betriebsangehörige habe „das Recht auf freie Persönlichkeits- und Berufsentfaltung“ und darauf, „in einer als mündig behandelten Gesellschaft nach Können und Vermögen selbständig in einem für ihn abgegrenzten Verantwortungsbereich zu arbeiten“ (62). Eine in diesem Sinne „illegale Machtausübung“, die dem Prinzip der Menschenwürde nicht entspreche, sei z. B. „die Einführung von Kontrolluhren für leitende Angestellte ohne ersichtlichen Anlaß“ (61). Auch schickanöse Kritik (59) oder ihr Gegenteil, der patriarchalische Führungsstil, seien dem heutigen Betriebsangehörigen unangemessen, denn „er verzichtet, selbstbewußt geworden, auf die Attitüde einer gönnerhaften Umarmung“ (35). — Das Verhältnis der Arbeitenden zu ihrer Arbeitstätigkeit, ihr Bewußtsein gesellschaftlich zu produzieren, läßt eine bedingungslose Gängelung von oben offenbar nicht mehr zu. Auch die oberen Manager können nicht mehr als den Betriebsherren Untergebene behandelt werden, wollen nicht mehr „lediglich ausführendes Werkzeug sein“ (32). — Besorgt um die Sicherung straffer Führung und Stärkung des Top-Management, schlägt Tengelman zur Verbesserung des Mitarbeiterverhältnisses eine Vielzahl psychologischer und gruppenspezifischer Techniken (89 f.) und organisatorischer Regelungen (z. B. von Arbeitsverträgen, 44) vor.

(c.) Auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene stößt die überschüssige Autorität des traditionellen Management auf Grenzen. Die unkontrollierte Herrschaftsausübung über riesige gesellschaftliche Arbeitsprozesse stößt zunehmend auf Widerstand in der Gesellschaft und gerät in neue Legitimationsprobleme. Besorgt realisiert Tengelman, daß „ein nicht geringer Teil der Jugend“ sowie die politisch organisierte Linke versuche, über die überflüssige hinaus „sogar

echte Autorität abzubauen“ (35). Auch unterschätzt er nicht den gesellschaftlichen Rückhalt der gewerkschaftlichen Forderung nach paritätischer Mitbestimmung in Zeiten, in denen Entscheidungen des Management zehntausende von Menschen direkt existenzbedrohend betreffen (Stilllegungen, Umweltverschmutzung etc.). Zudem sei leider — auf Grund mangelnder public relations — ein überaus negatives Stereotyp des Managers entstanden, das seinen Führungsanspruch in Frage stelle. — Man erkennt, das Management kann seine Macht über den gesellschaftlichen Produktionsprozeß, dessen Produktivität seine kapitalistische Form zu sprengen droht, nurmehr mit Vor- und Rücksicht ausüben, es muß ständig des gesellschaftlichen Widerstands gewärtig sein. — Diese Schranken zu unterlaufen, ist Tengelmann nur mehr über die Einführung des Begriffs der sozialgebundenen und die Menschenwürde achtenden Ausübung der Macht (50) möglich, der vom Grundgesetzbegriff der Sozialbindung des Eigentums abzuleiten sei. Von der so legalisierten — allerdings nicht praktisch kontrollierten — Macht schließt er: „Die Nichtbeachtung der Grenzen der legalen Macht ist Mißbrauch“ (47), und „autoritäre Machtausübung ist illegal“ (56). Das Gegenstück zu echter Autorität hingegen sei „Zufriedenheit am Arbeitsplatz, Bedürfnis zur Mitarbeit, Disziplin“ (52). Die gewisse Entscheidungsbefugnisse einräumende Delegation von Aufgaben bedeute bereits „die Verwirklichung eines wesentlichen Teiles ‚Mitbestimmung‘ . . . , denn Entscheidungsfreiheit ist Mitbestimmung im Arbeitsprozeß“ (84). So wird ein weiterer Zweck des Buches erfüllt, triftige Gründe gegen die Mitbestimmungsforderungen zu finden: sie seien überflüssig, weil schon realisiert.

Für einen Top-Manager seien die Persönlichkeitsqualitäten „Initiative, Entschlossenheit, Talent, Intelligenz, Standfestigkeit, Urteilsvermögen, Verantwortungsbereitschaft, Charakter“ (128) Selbstverständlichkeiten; über sie hinaus seien jedoch „Kultur, Bildung und Gesinnung“ unabdingbar notwendig (128). Nur mit „Wirkungsqualitäten in Form eines dynamischen Naturells“, nur von einer „kultivierten Persönlichkeit“ (129) seien die Führungsaufgaben des Management noch zu bewältigen. Das Management solle — innerhalb der legalen Grenzen unbedingt positiv zu seiner gesellschaftlichen Führungsaufgabe stehen und die erforderliche Autorität kräftig ausüben. „Soweit . . . legal etablierte Macht auf der Grundlage der Legalität in der Wirtschaft ausgeübt wird, ist jeder Machthaber zum Einsatz eines jeden Mittels für die Verteidigung und den weiteren Ausbau autorisiert“ (20). Dieser Imperativ wird mit einer Drohung Servan-Schreibers unterstrichen: „Die wirkliche Gefahr für unsere Gesellschaft liegt in der Schwäche des Management. Die Gesellschaft kann nur überleben und sich entwickeln, wenn das Management unaufhaltsame Fortschritte macht“ (21).

Holm Gottschalch (Berlin/West)

**Winnacker, Karl:** Nie den Mut verlieren. Erinnerungen an Schicksalsjahre der deutschen Chemie. Econ-Verlag, Düsseldorf-Wien 1971 (524 S., Ln., 28,— DM).

Der Verfasser dieser Erinnerungen ist ehemaliger I.G. Farben-Direktor. Von 1952 bis 1969 war er Vorstandsvorsitzender, heute ist er Aufsichtsratsvorsitzender der Farbwerke Hoechst AG, eines der drei großen westdeutschen I.G.-Farben-Nachfolger. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung rangierten die Farbwerke auf der Skala der größten Konzerne der BRD auf dem dritten Platz und standen in der Rangliste der internationalen Chemiemonopole hinter DuPont (USA) und ICI (Großbritannien) ebenfalls auf dem dritten Platz noch vor den beiden anderen I.G.-Nachfolgern Bayer und BASF. Seit Ende 1972 hat die BASF mit einem Weltumsatz von rd. 13,7 Mrd DM die Farbwerke (13,5 Mrd DM) und Bayer (12,9 Mrd DM) überrundet. Der Charakter der I.G. Farben-Nachfolger als internationale Monopole ist besonders ausgeprägt: von den 142 000 Arbeitern und Angestellten, die 1971 im unmittelbaren Herrschaftsbereich der Farbwerke arbeiteten, waren allein 45 000 im Ausland beschäftigt. Der Auslandsanteil am Gesamtumsatz, der 1971 56 Prozent betrug, ist in den letzten Jahren weiter gewachsen, wobei insbesondere die Auslandsproduktion außerordentlich hohe Zuwachsraten zu verzeichnen hat. Nach Angaben des Farbwerksvorstandes vom September des letzten Jahres (1972) soll der Auslandsanteil an der Gesamtproduktion, der heute rd. 20 Prozent beträgt, in den nächsten fünf Jahren auf rd. 33 Prozent heraufgeschraubt werden. Die entsprechende Investitionspolitik des Konzerns — die Investitionen in der BRD sollen auf Abschreibungsniveau stagnieren, wobei durch Steigerung der Arbeitsproduktivität und Rationalisierungsmaßnahmen in den letzten Jahren bereits Arbeitsplätze abgebaut wurden — dürfte u. a. auch eine Reaktion auf die erstmals im Jahre 1971 entwickelten gewerkschaftlichen Kampfaktionen der Chemiarbeiter zurückzuführen sein.

Solange die Betriebsarchive der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind, zählen die Memoiren von Großindustriellen und Finanziers zu den wichtigen Quellen bei der Untersuchung von Ökonomie und Politik der Monopole. Hinsichtlich der Chemiegeschichte genügt es, an die Memoiren Carl Duisbergs zu erinnern, in denen erstmals 1933 die Hintergründe und Modalitäten der Gründung des I.G. Farben-Konzerns dargestellt wurden, dessen Anteil an der Machtübernahme der Hitler-Faschisten und der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkrieges seit dem Nürnberger I.G. Farbenprozeß für alle Welt aktenkundig geworden ist (Vgl. Hans Radandt [Hrg.], Fall 6. Ausgewählte Dokumente und Urteil des I.G. Farben-Prozesses, Berlin 1970). Winnacker berichtet in seinen Memoiren im wesentlichen über die Entwicklung der Farbwerke Hoechst nach 1945, also eine Periode, über die nur wenige Untersuchungen vorliegen. Seine Darstellung verdient daher Interesse.

Der Verf. läßt einer kurzen Darstellung seiner Jugend- und Studienjahre (Winnacker studierte chemische Technologie und hat sich

durch Herausgabe mehrerer Handbücher als Fachmann auf diesem Gebiet ausgewiesen) einen Abriß der Geschichte der I.G. Farben folgen (64—125). Dieser Abschnitt bewegt sich ganz auf der Linie bisheriger apologetischer Darstellungen (vgl. z. B. Fritz ter Meer, Die I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, Düsseldorf 1953); er enthält zwar eine Reihe interessanter, neuer Detailangaben, klammert aber alles Material aus, was in Zusammenhang mit den eigentlich wichtigen Punkten aus der I.G.-Geschichte zu bringen wäre, also dem Interesse an der autarkieorientierten Rüstungskonjunktur, der zentralen Stellung der I.G. im faschistischen Herrschaftssystem, Fragen der Konzeption, Vorbereitung und Durchführung der Kriegs- und Expansionspläne usw.

Aufschlußreicher und in der Darstellung teilweise sehr offen ist dagegen der folgende Abschnitt, der sich mit der I.G.-„Entflechtung“ und der Ausgründung der Nachfolgegesellschaften beschäftigt (125 bis 176). Winnacker bestätigt hier die Auffassung, daß die Neugliederung der I.G. mit tatkräftiger Unterstützung der Adenauer-Regierung nach den Plänen und Vorschlägen des alten Konzernmanagements erfolgte, das ausländische Regierungen und Alliierte Kommissionen gern umging und untereinander bzw. mit den internationalen betroffenen Konzernen direkt verhandelte. Diese Seite der Kontinuität zwischen I.G. und Nachfolgegesellschaften nennt Winnacker „die merkwürdige Situation, daß die entscheidende Phase der Entflechtung von den Männern mitbestimmt wurde, die der Vorstand der alten I.G. viele Jahre zuvor als Leiter der drei großen Betriebsgemeinschaften Leverkusen, Ludwigshafen und Hoechst ausgewählt hatte“ (196). Die bisherige Organisationsstruktur der I.G. habe „schließlich die Entflechtung mehr oder minder so vorgezeichnet, wie sie die Siegermächte dann vollzogen“. Dabei bleibt es letzten Endes gleichgültig, ob dies der Einsicht der Alliierten zu verdanken ist, oder ob sie zwangsläufig so handeln mußten (455).

Die Bundesregierung setzte in dieser Periode der Neukonstituierung „ihr zunehmendes Gewicht“ gegenüber den Alliierten für den Plan des alten I.G. Managements ein, anstelle mehrerer kleiner Unternehmen als „Kernstück des gesamten I.G. Vermögens“ drei große Konzernblöcke zu bilden (482).

Die enge Verquickung von staatlicher und Monopolmacht äußert sich auch in einer vom Verf. mit großer Ungeniertheit vorgetragene Episode aus dem Jahre 1954. Nach einem Hinweis von den aus dem Landsberger Kriegsverbrechergefängnis entlassenen ehemaligen I.G.-Direktoren Jähne und Krauch auf einen erst im Kriege gebauten Rüstungsbetrieb in Gendorf, Bayern, bemühte Winnacker sich um eine Genehmigung für den Ankauf der Anlagen aus Bundesbesitz. Sie war von den Alliierten nicht zu erhalten. Daraufhin gab Winnacker der bayerischen CSU-Regierung ohne „reguläre Quittung noch eine schriftliche Zusage der künftigen Übereignung“ (259) einen Scheck über 11 Millionen DM, mit dem diese den Gendorfer Betrieb für die Farbwerke vom Bund kaufte. Die ganze Transaktion durfte



„weder im Parlament behandelt noch der Öffentlichkeit bekannt werden, da keine alliierte Genehmigung vorlag“ (ebd.).

In den weiteren Teilen seiner „Erinnerungen“ widmet sich Winnacker folgenden Problemen: Stärkung des Farbwerkskonzerns und Entwicklung seiner inneren Struktur nach Produktionsbereichen und Organisation in den fünfziger Jahren (177—287); Bedeutung von Forschung und Entwicklung, Einflußnahme auf die Wissenschaftsförderung, Forcierung der Atomforschung (288—331); Übergang zu einer Phase verstärkter internationaler Auseinandersetzung mit dem anglo-amerikanischen Kapital, wachsender Waren- und Kapitalexport etwa ab 1961 (364—476).

Als zentrale Aufgaben, die in den fünfziger Jahren in der chemischen Industrie gelöst werden mußten, wenn internationale Konkurrenzfähigkeit gesichert sein sollte, benennt der Verf.: 1. Entwicklung neuer Produktionssparten wie Fasern, Kunststoffe, Folien; 2. Intensivierung des Waren- und Kapitalexports, Steigerung des innereuropäischen Warenaustausches; 3. endgültige Liquidierung der traditionellen Rohstoff- und Energiebasis Kohle durch Übergang zur Petrochemie sowie Ausbau der Atomenergieerzeugung; 4. Konzentration des Konzerns auf Produktionsschwerpunkte und hierbei maximale Ausnutzung der FE-Potentiale.

Die Durchführung dieses Programmes war zugleich mit einem intensiven Konzentrationsprozeß verbunden, der in der BRD durch das Eindringen der I.G.-Nachfolger in den Rohstoff- und Verarbeitungsbereich ab Ende der fünfziger Jahre voll zum Tragen kam. Diese „Verstärkung der inländischen Position und ... Abwehr von Großaufkäufen der Konkurrenz“ (383; in erster Linie us-amerikanischer Konkurrenz) bot die Basis für die I.G.-Nachfolger, ihrerseits in einer Offensive auf dem internationalen Chemiemarkt besonders den Kapitalexport voranzutreiben. Ende der sechziger Jahre wurden gut 75 Prozent des Auslandsumsatzes in Europa abgewickelt; die USA selbst wurden zu einem wichtigen Ziel des Kapitalexports. Aus dem ersten Geschäftsbericht der American Hoechst Corp. (für 1972) geht hervor, daß seit 1952 rd. 20 Prozent aller Auslandsinvestitionen in die USA geflossen sind. Für die Forcierung des Kapitalexportes in die USA, die in den letzten Jahren festzustellen ist, dürfte dabei von entscheidender Bedeutung das relative Absinken des Lohnniveaus in vielen Regionen der USA gegenüber der BRD sein. So erläuterte der Winnacker-Nachfolger Sammet auf der Aktionärs-HV im Juni 1973, daß die Lohnkosten im Werk Spartanburg/USA um rd. 20 Prozent niedriger liegen als in dem vergleichbaren Werk Hersfeld/BRD, ein Umstand, der wichtige Veränderungen in der Lage der amerikanischen Arbeiterklasse und im ökonomischen Kräfteverhältnis zwischen den USA und der BRD signalisiert. Die Farbwerke verfügen heute über Produktionsbetriebe in allen Erdteilen, jeder für sich „ein Schmuckstück“ (429).

Auf einigen Seiten (bes. 344 ff.) äußert sich Winnacker zur Notwendigkeit einer integrativen Unternehmenspolitik gegenüber der Arbei-

terklasse. Er betont den Vorteil der im Bereich der I.G.-Nachfolger auf der Grundlage hoher Monopolprofite aufgebauten sozialpolitischen Integrationsinstrumentarien, insbesondere auch des nichtgewerkschaftlichen Vertrauensmänner-Systems. Die letzten Jahre haben jedoch gezeigt, daß eine derartige Integrationspolitik zwar unter bestimmten Umständen die Entwicklung gewerkschaftlichen Bewußtseins in der Belegschaft behindern kann, daß die von den Chemieindustriellen sorgsam gepflegte Illusion der „Betriebsfamilie“ jedoch in der Konfrontation mit den grundlegenden Widersprüchen zwischen Lohnarbeit und Kapital auf betrieblicher Ebene zerbrochen werden kann. Es ist dies der politische Inhalt der Chemiestreiks vom Sommer 1971, wie auch z. B. der heftigen Kampfaktionen der Belegschaft des BASF-Stammwerkes in Leverkusen vom April/Mai 1973.

Greift man die wenigen Kernsätze zu Fragen der politischen und ökonomischen Strategie des Konzerns aus der Vielzahl nichtssagender, wohlformulierter Allgemeinplätze heraus (Winnacker weist im Vorwort darauf hin, daß der public-relations-chef und Konzern-Historiograph Ernst Bäumler Hilfestellung bei der literarischen Gestaltung gab) und setzt sie mit der realen Konzernstrategie, wie sie sich in Investitionspolitik u. a. m. äußert, ins Verhältnis, so springt im Vergleich mit den I.G. Farben ein gewisser Wandel in spezifischen Punkten ins Auge, der sich im Rahmen einer geradezu mustergültig vorgeführten Kontinuität vollzogen hat. Dieser partielle Wandel, der ein Wandel in taktischen Fragen ist und u. E. den Konzern heute politisch enger mit dem us-amerikanischen Kapital verbindet, hat seine Wurzel in jenem kleinen, bemerkenswerten Satz, „daß die Welt, in der wir uns heute bewegen, sehr viel enger geworden ist als vor dem Zweiten Weltkrieg“ (440), und in jenen Erfahrungen, die die I.G. Farben nach 1945 mit den sie aus wohlabgewogenem Interesse stützenden und unterstützenden us-amerikanischen Monopolen beim I.G.-Farben-Prozeß, bei der „Entflechtung“ des Konzerns und beim raschen Wiederaufbau der Monopolmacht über die Marshallplanhilfe machen konnten. Während Carl Duisberg in seinen Memoiren noch 1933 ausführlich seine heftigen Angriffe auf die USA aus den Jahren 1919 bis 1921 wiederholte — die USA hatten nach dem Ersten Weltkrieg die deutschen Patente und Warenzeichen annektiert und beabsichtigten außerdem, die Produktionskapazitäten der deutschen Chemieindustrie auf den Eigenverbrauch Deutschlands zu reduzieren —, so findet sich bei Winnacker zu fast denselben (nun freilich viel schneller abgeblasenen) Plänen und Vorgängen zwar vereinzelt eine kopfschüttelnde Bemerkung, aber der Tenor ist ein ganz anderer. Man rekapituliere: in der Weimarer Republik zählten die I.G. Farben geradezu zum Kern jener um die Deutsche Bank formierten Monopolgruppe, die sich heftigst jeder Unterordnung unter das us-amerikanische Kapital widersetzte und in ihren Expansionsplänen durchaus bereit war, den Kampf gegen die Sowjetunion mit einer gleichzeitigen Auseinandersetzung mit den USA als ihrem imperialistischen Haupt- rivalen zu führen; sie suchte ihre Position gegenüber den USA durch die Herstellung einer europäischen „Plattform“ über die deutsch-

französische Annäherung zu stärken und bekämpfte ganz entschieden die taktische Konzeption der „amerikanischen Fraktion“ der deutschen Monopolbourgeoisie, die bereit war, sich vorerst mit der Rolle des Juniorpartners gegenüber den USA abzufinden. Der Grund hierfür lag selbstverständlich in der besonders scharfen Konkurrenz zu den amerikanischen Chemiemonopolen. An letzterem hat sich heute nichts geändert, im Gegenteil, die Stärke der amerikanischen Konkurrenz ist sogar noch gewachsen. Was sich für den Verf. in den letzten 30 Jahren geändert hat, ist das internationale Kräfteverhältnis zwischen der kapitalistischen Welt insgesamt und der „geschlossenen wirtschaftlichen Macht im Osten“ (13). Der oben zitierte Satz, daß die kapitalistische Welt heute kleiner, enger geworden ist, findet für den ehemaligen I.G. Farben-Direktor seine Konkretion darin, daß er nunmehr aus dem „zusammengedrängten Deutschland“ (10) heraus expandieren muß und daß er „die I.G.-Anlagen in Mitteldeutschland im Februar 1945 zum letzten Mal“ besuchen konnte (441). Unter diesen Bedingungen mußte sich nach 1945 zwangsläufig die Frage nach den Beziehungen zwischen den USA und der BRD und den sie beherrschenden Monopolen ganz anders als im Anschluß an den Ersten Weltkrieg stellen. Entsprechend war eine „intensive Verflechtung der Vereinigten Staaten mit den politischen Lebensfragen, mit denen jetzt die Welt konfrontiert wurde“, zwangsläufig, konnten die USA „nicht wieder zum Isolationismus zurückkehren“, mußten sie „die Führungsrolle der westlichen Welt übernehmen“ (10). Freilich, konstatiert Winnacker, man „erhielt zwar großzügige amerikanische Unterstützung, wie etwa im Rahmen des ERP . . ., stieß später aber auch auf die Konkurrenz der amerikanischen Wirtschaftsmacht“ (ebd.). Aber trotzdem kann Winnacker sich „nicht den Vorbehalten und erst recht nicht der negativen Einstellung anschließen, die viele europäische Kreise heute gegenüber den Vereinigten Staaten einnehmen“ (11). Der Autor kritisiert de Gaulle, der „dem wirtschaftlichen Einfluß der Amerikaner in Frankreich entgegentrat und sogar das NATO-Hauptquartier aus Frankreich verbannte“ (12). Die einzige Antwort — so Winnacker — „auf eine solche Herausforderung von amerikanischer Seite kann doch nur darin bestehen, daß wir in der Integration Europas Fortschritte machen und endlich zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum kommen“ (ebd.). Es sind dies wieder bekannte Töne, die der alten Europa-Konzeption durchaus verwandt sind. Sie belegen, daß den Wandlungen in den politischen Beziehungen zwischen den imperialistischen Mächten auf Grund der Widersprüche zwischen diesen Mächten enge Grenzen gezogen sind. Winnackers Memoiren spiegeln daher die Tatsache, daß heute in der kapitalistischen Welt neue Widersprüche wachsende Bedeutung erlangen, wie die Notwendigkeit, heftigste Monopolkonkurrenz mit den gemeinsamen, auf die Sicherung des Gesamtsystems ausgerichteten Interessen in der internationalen Klassenauseinandersetzung zu vereinbaren.

André Leisewitz (Frankfurt/M.)

**Ästhetik  
und Kommunikation  
Beiträge  
zur politischen Erziehung**

15

**Lip — Rahmenrichtlinien — Individuelle Pathologie und kapitalistische Gesellschaft**

D. Wittenberg: LIP. Neue Kampf-  
formen und proletarische Öffent-  
lichkeit

B. Voigt: Zum bildungspolitischen  
Verhalten gegenüber den Rah-  
menrichtlinien - Gesellschaftslehre

R. Lichtner-DeClerck: Pathologie  
und Entfremdung

G. Vinnai: Sind die Befunde der  
psychiatrischen Familienforschung  
generalisierbar?

R. Paris: Die Grenzen des Double-  
Bind-Konzepts

D. Dilthey: Schizophrenie als  
Kommunikationspathologie und  
als soziales Delikt

M. Wolf: Individuum, Subjekt,  
Vergesellschaftung der Produk-  
tion

S. Becker: Kritik an Michael  
Schneiders „Neurose und Klas-  
senkampf“

5. Jahrgang, Juni 1974, Heft 1

Erscheint vierteljährlich. — Einzelheft  
5,— DM, im Jahresabo 4,25 DM. —  
Bestellungen über Buchhandel oder  
Scriptor Verlag, 6242 Kronberg/Ts.,  
Schreyerstr. 2

**MARXISMUS  
DIGEST**  
Theoretische Beiträge  
aus marxistischen  
und antipositivistischen  
Zeitschriften

herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main

18

**Philosophie und Naturwissen-  
schaften**

L. Geymonat: Neopositivistische  
Methode und dialektischer Mate-  
rialismus

H. Ley: Jacques Monod und die  
Relevanz von Kategorien

Fuchs-Kittowski, Rapoport, Ro-  
senthal, Wintgen: Zur Dialektik  
von Notwendigkeit und Zufall in  
der Molekularbiologie

P. Ruben: Aktuelle theoretische  
Probleme der materialistischen  
Naturdialektik

H. Hörz: Philosophische Probleme  
einer Elementarteilchentheorie

V. A. Engel 'Gardt: Integratismus  
— der Weg vom Einfachen zum  
Komplizierten bei der Erkenntnis  
der Lebenserscheinungen

P. Rádi: Bewegungsformen und  
Strukturformen

V. A. Ambarcumjan, V. V. Kazju-  
tinskij: Die materialistische Dia-  
lektik — Methodologie und Logik  
der Entwicklung der modernen  
Naturwissenschaft

5. Jahrgang, April—Juni 1974, Heft 2

Erscheint vierteljährlich. — Einzelheft  
5,— DM, im Jahresabo für Studenten,  
Lehrlinge, Wehr- und Ersatzdienstlei-  
stende 4,— DM (nur über IMSF). —  
Bestellungen über Buchhandel oder  
Institut für Marxistische Studien und  
Forschungen (IMSF), 6 Frankfurt/M. 1,  
Liebigstr. 6

# NEUES FORUM

INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT  
ENGAGIERTER CHRISTEN  
UND SOZIALISTEN

# tendenzen

Zeitschrift für engagierte Kunst

tendenzen — die einzige marxistische  
Kunstzeitschrift in Westeuropa

---

## 244

G. Zwerenz: Solschenizyn go home?

F. Ackermann, A. MacEwan: Das Ölkomplott

D. Bravo: Ökolonnie Venezuela  
Das Ölgeschäft zerstört Persien

R. D. Laing: Gummizelle Familie

N. Bisseret: Fähigkeit — ein klassenabhängiger Begriff (I)

## 245

J. P. Sartre: Ich glaube an die Illegalität

A. Langer: Fanfaschismus. Fanfani wird Italiens de Gaulle

M. Papandreou: Noch kontrolliert der CIA Griechenland

B. Braun: Die westdeutsche Hochschulreform wird widerrufen

N. Bisseret: Fähigkeit — ein klassenabhängiger Begriff (II)

P. Kürten: Proletarischer Mörder. Aus Gerichtsprotokollen

A. Hrdlička: Otto Dix, wie ich ihn sehe

21. Jahrgang, April und Mai 1974

---

Erscheint in 12 Heften im Jahr, z. T. in Doppelheften. — Einzelheft 5,— DM, 35 öS; im Jahresabo 3,60 DM, 25 öS, für Studenten 2,50 DM, 17,50 öS. — Bestellungen über Buchhandel und Neues Forum, A 1070 Wien, Museumstr. 5

---

## 95

**Design und Mitbestimmung**

O. Sudrow: Vom Musterschöpfer zum Koordinator?

G. Cordes: Die Aktualität bedürfnisgerechter Produktionsgestaltung

U. Klitzke, H. J. Pfennig, W. Schiffele: Arbeitsplatzgestaltung: Ein Beitrag zur Humanisierung der Arbeitswelt?

K. Pallowski: Ästhetik und Funktion

Ch. Friemert: Praktische und politische Perspektiven

W. F. Haug: Gibt es eine sozialistische Warenästhetik?

R. Hiepe: Politische Figurinen, Puppen, Masken

Der Karikaturist Ernst Volland

K. Maase: Massenkultur und Demokratisierung

Neue Solidaritätsgraphiken

D. Shmarinov: Die Rolle des Künstlers bei der Gestaltung der Umwelt (2. Teil)

15. Jahrgang, Mai/Juni 1974, Heft 3

---

Erscheint alle zwei Monate. — Einzelheft 6,50 DM; im Jahresabo 5,80 DM, für Studenten 4,50 DM. Bestellungen über Buchhandel oder Damnitz-Verlag, 8 München 40, Kaiserstr. 54

# DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE

---

## 3 '74

**Immanuel Kant · 1724—1804**

M. Buhr: Kant und das Grundproblem der klassischen bürgerlichen Philosophie. — F. Richter, V. Wrona: Neukantianismus und Sozialreformismus. — M. Thom: Die Bedeutung der Freiheitsproblematik für Kants Übergang zum Transzendentalismus. — H. Ley: Zu Kants Unterscheidung von Platonismus und Epikureismus. — I. S. Narski: Kants Antinomien und die Logik der Erkenntnis

J. Rathmann: Herders Methode in seiner Geschichtsphilosophie

*Bemerkungen und Berichte:* G. Richter: Der Kritische Rationalismus und Kant. — A. Liepert: Aufklärung und Religionskritik bei Kant

## 4 '74

D. Wittich: Fragen der philosophischen Lehre. — D. Kirchhöfer: Der Prinzipienbegriff in der marxistisch-leninistischen Philosophie. — J. Pröhl: Das Aufsteigen der Erkenntnis vom Abstrakten zum Konkreten. — W. Naumann: Über die Kategorien Inhalt und Methode in der Pädagogik

*Zum IV. Philosophiekongreß der DDR:* H. Leisering: Das ökonomische Grundgesetz der kommunistischen Gesellschaftsformation und einige philosophische Probleme. — G. Stieler: Determiniertheit und Entwicklung

*Diskussion:* H. Steußloff: Über die Wahrheit und den Wahrheitsbegriff. — F. Loeser: Wahrheit und Moral. — R. Hellborn: Das einfachste und grundlegendste Verhältnis der sozialistischen Gesellschaft

*Bemerkungen und Berichte:* O. Klohr, G. Handel: Der atheistische Charakter der marxistisch-leninistischen Philosophie und Weltanschauung. — B. P. Löwe: „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“. — G. Thiele: Aktuelle Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution in der sowjetischen Philosophie

22. Jahrgang, März und April 1974, Hefte 3 und 4

---

Erscheint monatlich. — Einzelheft 6,— DM, Jahresabo 72,— DM. — Bestellungen über Buchhandel oder Buchexport, DDR 701 Leipzig, Leninstr. 16

# vorgänge

Zeitschrift für Gesellschaftspolitik

# MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME  
DER GESELLSCHAFT, WIRT-  
SCHAFT UND POLITIK

---

8

## Women's Lib in der Bundesrepublik

Ch. Maack: Die Situation der Frau  
in Ehe und Familie

U. Erler: Mutterideologie

C. Pinl: Frauenarbeit

U. Linnhoff: Die neue Frauen-  
bewegung in der Bundesrepublik  
(und — zum Vergleich — in den  
USA)

H. Schreiner-Huber: Rückkehr  
von Frauen in den Beruf

B. Schleich: Frauen streiken!

K. Bergdoll, B. Nirumand:  
Frauenemanzipation und gewerk-  
schaftliche Frauenarbeit

*Interview:* C. Pinl: Zum Beispiel  
Gisela B., 25, Postangestellte

L. Schöffel: Der soziale Status der  
alleinstehenden Mutter

HU-Frauenarbeitskreis Berlin:  
Frauen vor Ort

H. Hering: „Ms.“ — eine andere  
Frauenzeitung

J. Glötzner: Die Rolle der Frau in  
Mathematikbüchern

Literatur zur Frauen-Befreiungs-  
bewegung

Nichtkommerzielle Frauenzeitun-  
gen in der BRD

13. Jahrgang, April 1974, Heft 2

---

Erscheint alle zwei Monate. — Einzel-  
heft 10,— DM, im Jahresabo 6,— DM.—  
Bestellungen über Buchhandlungen  
und Beltz Verlag, 694 Weinheim, Post-  
fach 167

---

2 '74

## Neue Beziehungen zwischen Staa- ten mit gegensätzlichen Gesell- schaftsordnungen

G. Schachnasarow: Die sowjeti-  
sche Philosophie des Friedens

G. Matthiessen: Der Kampf um  
Abrüstung

E. Weber: Erfolge der friedlichen  
Koexistenz

M. Buschmann: Zur Entwicklung  
der Beziehungen BRD — DDR

E. Rudolf: Zur wirtschaftlichen  
Zusammenarbeit in Europa

K. Kniestedt: Westberlin

A. Seiderer: Friedliche Koexistenz

R. Eckert: Sozialdemokratische  
Auffassungen zur friedlichen  
Koexistenz

E. Gärtner: Die „Dritte Dimen-  
sion“ der NATO und die fried-  
liche Koexistenz

P. Gingold: Linksoportunisten  
und Ultrarechte gegen friedliche  
Koexistenz

## Diskussion:

R. Steigerwald: Worum es in der  
Diskussion wirklich geht? — H. H.  
Holz: Schlußbemerkungen

12. Jahrgang, März/April 1974, Heft 2

---

Erscheint alle zwei Monate. — Einzel-  
heft 3,— DM, im Jahresabo 2,50 DM.—  
Bestellungen über Buchhandel oder  
Verlag Marxistische Blätter, 6 Frank-  
furt/M. 50, Hedderheimer Landstr. 78a

# Blätter für deutsche und internationale Politik

---

## 3 '74

*Kommentare und Berichte:* P. Oehlke: Großbritannien nach den Wahlen. — K. Borissow: Kontroverse Standpunkte in Wien. — K. Ehrler: Zur Initiative für einen Weltabrüstungstag

*Hauptaufsätze:* W. M. Breuer: Vermögensbildung? Zur Konzeption der sozialliberalen Koalition für ein Vermögensbildungsgesetz. — B. Güther, J. Prieue: Zur wirtschafts- und energiepolitischen Lage in der BRD. — M. Hall: Zur Lage in den USA. — K. Priester: Aktuelle Tendenzen auf dem Gebiet der „politischen Bildung“. — Ch. Kievenheim: Zu Fragen der marxistischen Klassentheorie und zur Analyse der Stellung der Intelligenz im entwickelten Kapitalismus. — R. Kühnl: Sozialwissenschaftliche Nachschlagewerke. Ein Literaturbericht

Chronik des Monats Februar 1974 — Medienkritik — Bücher — Dokumente zum Zeitgeschehen

## 4 '74

*Kommentare und Berichte:* K. D. Bredthauer: Treibt die Bundesrepublik nach rechts? — K. Ehrler: Zum Wirtschaftstag der CDU. — B. Robur: Portugals Kolonialkrieg und die Bundesregierung

*Hauptaufsätze:* Stellungnahmen von Juristen zum „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften“ (Genscher-Entwurf) vom 6. März 1974. (W. Abendroth, A. Azzola u. A. Podlech, F. Benseler, H. Düx, E. Eisner, K. Grimmer, H. Hannover, W. Piepenstock, U. K. Preuß, H. Ridder, P. Römer, Th. Schiller, H. E. Schmitt-Lermann, H.-P. Schneider, G. Stuby, D. Th. Tsatsos, H. Wagner, R. Wahsner). — P. Becker: Die Berufsverbotspraxis als Vehikel zur Fundamentalerosion des Grundgesetzes. — G. Matthiessen: Historische und aktuelle Dimensionen der Abrüstungsfrage. — G. Meyer: Anmerkungen zu Alexander Solschenizyns „Archipel GULAG“

Chronik des Monats März 1974 — Medienkritik — Bücher → Dokumente zum Zeitgeschehen

19. Jahrgang, März und April 1974, Hefte 3 und 4

---

Herausgeber: Hilde Bentele †, Wilfried Frhr. v. Bredow, Gerhard Gollwitzer †, Urs Jaeggli, Gerhard Kade, Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschnig, Hans Rheinfelder †, Helmut Ridder, Robert Scholl †, Fritz Strassmann, Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen, Ernst Wolf †. — Erscheint monatlich. — Einzelheft 5,— DM; im Jahresabo 3,50 DM, für Studenten, Schüler, Wehr- und Ersatzdienstleistende 3,— DM. — Bestellungen über Buchhandel oder Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 183



WORKING PAPERS ON THE

# KAPITALISTATE

---

**2 '73**

J. O'Connor: Nixon's Other Watergate: The Federal Budget for Fiscal 1974

T. Noguchi: Recent Japanese Speculation

B. Ollmann: State as a Value Relation

W. Hein, K. Stenzel: The Capitalist State and Underdevelopment in Latin America — the Case of Venezuela

H. Radice: The Conference of Socialist Economists (C.S.E.)

E. Altwater: Notes on Some Problems of State Interventionism (II)

S. Leibfried: Reform of the US Central Government's Administrative Structure During the Ash Period (1968—1971)

S. Sardei-Biermann, J. Christiansen, K. Dohse: Class Domination and the Political System: A Critical Interpretation of Recent Contributions by Claus Offe

C. Offe: The Abolition of Market Control and the Problem of Legitimacy (II)

1. Jahrgang, 1973, Heft 2

---

Einzelheft 9,— DM, Bestellungen über Buchhandel oder durch Überweisung auf Postscheckkonto 3234-852 Nürnberg (Politladen GmbH, Erlangen) unter Namens-, Adressen- und Heftangabe; Abo für vier Hefte 25,— DM auf Postscheckkonto Gero Lenhardt, Sonderkonto K, 359436-100 Berlin West

<i>Reichelt, Helmut: Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx (U. Müller)</i> . . . . .	279
<i>Lenin, Wladimir Iljitsch: Hefte zu Hegels Dialektik (H. Fleischer)</i> . . . . .	284
<i>Brecht, Bertolt: Arbeitsjournal 1938—1955 (Claas)</i> . . . . .	220
<i>Wittgenstein, Ludwig: Über Gewißheit (R. Zimmermann)</i> . . . . .	286
<i>Kutschera, Franz von: Sprachphilosophie (A. Vielau)</i> . . . . .	290
<i>Heintel, Erich: Einführung in die Sprachphilosophie (A. Vielau)</i>	294

### **Soziologie**

<i>Leclerc, Gérard: Anthropologie und Kolonialismus (K.-H. Kohl)</i>	296
<i>Schoeps, Hans-Joachim: Deutschland droht die Anarchie (R. Körner)</i> . . . . .	299
<i>Schoeck, Helmut: Die Lust am schlechten Gewissen (A. G. v. Olenhusen)</i> . . . . .	301
<i>Gross, Herbert (Hrsg.): Zukunft aus Kreativität (S. Wenk)</i> . . . . .	305

### **Erziehungswissenschaften**

<i>Weber, Norbert: Privilegien durch Bildung (R. Nemitz)</i> . . . . .	308
<i>Menacher, Peter: Jugendliche und Parteien (W. Lumb)</i> . . . . .	308
<i>Barbagli, Marzio, u. Marcello Dei: Le vestali della classe media (M. Nikolinakos)</i> . . . . .	310
<i>Butschkau, Udo, u. Klaus-Jürgen Tillmann: Politische Sozialisation in der Gesamtschule (R. Kelber)</i> . . . . .	311
<i>Brezinka, Wolfgang: Die Pädagogik der Neuen Linken (H. Gottschalch)</i> . . . . .	312
<i>Christian, Wolfgang (Hrsg.): Polytechnik in der Bundesrepublik Deutschland? (I. Schütte)</i> . . . . .	313
<i>Markert, Werner: Erwachsenenbildung als Ideologie (M. Kipp)</i>	317
<i>Mangel, Gerd, u. Klaus Walter (Hrsg.): Kritischer Studienführer (P. Blanke)</i> . . . . .	318
<i>Dirks, Heinz: Fortbildung im Industrieunternehmen (W. van Treeck)</i> . . . . .	319
<i>Werkpädagogik — Berufspädagogik — Betriebspädagogik (F. Haug)</i> . . . . .	320
<i>Asperger, Karl-Heinz, u. a.: Der Faktor Mensch. Beiträge zur Betriebspsychologie und Betriebspädagogik (F. Haug)</i> . . . . .	321
<i>Walther, Frank J.: Klarer, schneller, rationeller. Der neue Arbeitsstil moderner Sachbearbeiter und Korrespondenten (M. Baumgarten)</i> . . . . .	322
<i>Naef, Regula D.: Rationeller Lernen lernen (M. Baumgarten)</i> . . . . .	322

### **Psychologie**

<i>Hacker, Winfried: Allgemeine Arbeits- und Ingenieurpsychologie (G. Zimmer)</i> . . . . .	323
<i>Skell, Wolfgang (Hrsg.): Psychologische Analysen von Denkleistungen in der Produktion (G. Zimmer)</i> . . . . .	326